

# Das Parlament

Berlin, Montag 4. Februar 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 6/7 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Nach Berlin heimgekehrt

**Inge Deutschkron** Es war ihre eigene hochdramatische Lebensgeschichte, die die deutsch-jüdische Journalistin am Holocaust-Gedenktag



in bewegenden Worten erzählte. Inge Deutschkron, die kleine Frau mit dem roten Haarschopf und unerschrockenem Berliner Mundwerk, beschrieb im Reichstag Stationen ihres Lebens in der Hitler-Zeit. Geboren 1922 in Finsterwalde

und mit der Familie 1927 nach Berlin gezogen, überlebte sie dort den NS-Terror gegen Juden. Während dem Vater 1939 die Flucht nach England gelang, konnten sich Inge Deutschkron und ihre Mutter von 1943 bis 1945 bei Berliner Familien verstecken. 1946 nach England gegangen, studierte Inge Deutschkron Sprachen und arbeitete ab 1955 in Bonn für das israelische Blatt Maariv. 1966 erhielt sie zur deutschen die israelische Staatsbürgerschaft. Nach Jahren in Israel wohnt sie seit 2001 wieder in Berlin und engagiert sich für die Erinnerung an das Geschehen im Dritten Reich. kru

## ZAHL DER WOCHE

1.360

**Jugendliche** aus Europa zwischen 17 und 24 Jahren haben seit 1997 an der Jugendbegegnung des Bundestags teilgenommen. Dazu werden jedes Jahr im Januar Teilnehmer eingeladen, die sich mit der NS-Zeit auseinandersetzen. In diesem Jahr hatten 78 Jugendliche in Kiew Stätten von NS-Verbrechen besucht.

## ZITAT DER WOCHE

»Demokratie muss gestaltet und verteidigt werden.«

**Norbert Lammert (CDU)**, Bundestagspräsident, in der Gedenkstunde des Bundestags für die Opfer des Nationalsozialismus

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

**Rechtsextreme** Bundestag diskutiert über Verbotswürdigkeit der NPD Seite 7

### EUROPA UND DIE WELT

**Afghanistan** Bundeswehr bleibt länger am Hindukusch Seite 10

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

**Altersvorsorge** Ein Gesetz will privates Engagement besser fördern Seite 12

### KEHRSEITE

**Weihnachtsrätsel** Die Fragen und die richtigen Antworten Seite 16

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Erinnern – ein Leben lang

**NS-OPFER** Inge Deutschkron hält zum Holocaust-Gedenken eine beeindruckende Rede im Bundestag

Es ist das wohl symbolträchtigste Bild dieser an emotionalen Momenten so reichen Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages: An der Hand von Bundestagspräsident Norbert Lammert, auf der anderen Seite untergekehrt bei Bundespräsident Joachim Gauck, flankiert von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesratspräsident Winfried Kretschmann verlässt Inge Deutschkron den Saal. Die Spitzen der Verfassungsorgane erweisen der 90-Jährigen damit nicht nur die Ehre für ein beeindruckendes Lebenswerk. Nein, es scheint, als solle diese zierliche, körperlich zerbrechlich wirkende Frau geschützt werden vor weiterem Unheil, von dem sie als junge Jüdin im nationalsozialistischen Berlin so viel erfahren musste. Die Parlamentarier im Raum unterstreichen die Würde dieses Augenblicks mit einem Ausdruck der Hochachtung, indem sie stehend und schweigend abwarten, bis Inge Deutschkron den Saal verlassen hat.

Damit endete eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus, wie sie der Deutsche Bundestag seit 1996 anlässlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 jährlich begeht. Die Journalistin und Schriftstellerin Inge Deutschkron hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, über ihre Erlebnisse zu berichten und der Nachwelt anschaulich Zeugnis zu geben von der skrupellosen Grausamkeit, mit der Hitlers Machtapparat seine Tötungsmaschinerie in Gang gesetzt hatte.

**Rückblick auf Jubel in Berlin** Diesen Anspruch erfüllte Inge Deutschkron am vergangenen Mittwoch, auf den Tag genau 80 Jahre nach Hitlers Machtübernahme, vor dem voll besetzten Plenarsaal mit dem Bericht über ihr „zerrissenes Leben“ vorzüglich. Sie erzählte, wie es war an jenem Abend des 30. Januar 1933, als die Berliner den Nazis, die in einem Fackelzug durch das Brandenburger Tor marschierten, zuzubelten. Wie es war, als die damals Zehnjährige nachts aus Angst vor der Verhaftung des Vaters nicht schlafen konnte. Wie es war, als ihr Vater, der für seinen Einsatz im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, aus dem Staatsdienst entlassen wurde, weil er als Jude kein Lehrer mehr sein durfte. Wie es war, als Kind mit dem gelben „Judenstern“ durch Berlin zu gehen und Verachtung, aber auch Mitleid zu erfahren. Wie es war, als die Deportation der Berliner jüdischen Gemeinde systematisch durchgeführt wurde und Freunde der Familie ihr Leben riskierten, weil sie Inge Deutschkron und ihrer Mutter jahrelang in der Verstecke boten. Schließlich: Wie es war, als



Die deutsch-jüdische Schriftstellerin Inge Deutschkron am Rederpult bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Reichstagsgebäude.

sie nach dem Krieg ihren gerade noch rechtzeitig nach England geflüchteten Vater zum ersten Mal wiedersah und sich angesichts der Millionen Menschen, die den Terror der Nazi-Herrschaft nicht überlebt hatten, schuldig fühlte. Dieses Schuldgefühl ließ sie nie mehr los. „Ich musste es niederschreiben“, sagte sie in den Plenarsaal, „die Wahrheit, die lückenlose Wahrheit, präzise und emotionslos.“

Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte zuvor an das schier unermessliche Ausmaß, in dem Menschen zu Opfern der nationalsozialistischen Ideologie wurden, erinnert. Er sagte: „Wir gedenken der europäischen Juden, Sinti und Roma, der zu ‚Untermenschen‘ degradierten slawischen Völker, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, dem Hungertod preisgegebenen Kriegsgefangenen, der Opfer staatlicher Euthanasie, der Homosexuellen, aller, die sich aus religiösen, politischen oder schlicht menschlichen Beweggründen dem Terror widersetzen und deswegen der totalitären Staatsgewalt zum Opfer fielen.“

Der Reichstag sei ein „stummer Zeuge“ des Niedergangs der ersten deutschen Demo-

kratie vor 80 Jahren. Deshalb sei er „der richtige Ort, um öffentlich als Staat und Gesellschaft den Toten Ehre zu erweisen und gleichzeitig den Willen zu bekunden, alles zu tun, damit eine ähnliche, menschengemachte, staatlich organisierte Katastrophe sich nie mehr ereignen kann.“ Dafür wäre es freilich hilfreich gewesen, die Botschaften dieses Gedenktages in die Welt zu tragen. Für Lammert ein Ansatz zur Kritik an der Programmgestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Es sei gut, „wenn diese Veranstaltung von Phoenix übertragen wird, noch besser wäre es, wenn ARD oder ZDF es wie wir wichtig genug fänden, dieses Gedenken und diesen gemeinsamen Willen aller Demokraten einer breiten Öffentlichkeit im Hauptprogramm“ zu vermitteln, sagte der Bundestagspräsident. Klatschen im Plenum.

Sonst ist es andächtig still. Im Laufe der Gedenkstunde wächst eine Beklemmung, die sich bleiern über den Saal legt, als wolle sie die Anwesenden an ihre Verantwortung für eine Zukunft in Freiheit und Frieden für alle Zeiten erinnern. Besonders als das Synagogal Ensemble Berlin das Gebet „El Male Rachamim“ (Gott voller Erbarmen) anstimmt. Darin werden zum Gedenken an die Opfer des Holocaust Namen von Konzentrationslagern genannt. Der des Hebräischen Unkundige versteht nur diese Worte, die mit sakraler Intonation vorgetragen, in Trauer anklagen. Niemand im Saal kann sich in diesem Moment des Pflichtgefühls entziehen, das Menschenmögliche zu tun, die Narben des schmerzlichsten Kapitels der deutschen Geschichte nicht wieder aufplatzen zu lassen. Jörg Biallas

»Ich musste es niederschreiben, die lückenlose Wahrheit, präzise und emotionslos.«

Inge Deutschkron

Den Wortlaut der Reden finden Sie in der Debattendokumentation dieser Ausgabe. Siehe auch Seite 9, 15

## Im Dienst der europäischen Einigung

**ÉLYSÉE-VERTRAG** Bundestag und Assemblée nationale verabschieden auf gemeinsamer Sitzung Erklärung zum 50. Jubiläum

Deutschland und Frankreich wollen ihre Zusammenarbeit ausbauen und damit weitere Impulse für die europäische Einigung setzen. 50 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages verabschiedeten deutsche und französische Abgeordnete am 22. Januar in Berlin eine Gemeinsame Erklärung (17/12100), in der dafür konkrete Projekte vereinbart wurden. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) erinnerte daran, dass es die staatliche Einheit Deutschlands „ohne die Aussöhnung zwischen unseren beiden Ländern nicht geben würde“. Viele Menschen würden den Zustand des dauerhaften Friedens längst für eine „sichere Selbstverständlichkeit“ halten. Gerade für die Zukunft Europas bleibe die deutsch-französische Zusammenarbeit „unverzichtbar“, gerade auch, „weil diese beiden Länder eben nicht immer gleiche, sondern durchaus unterschiedlichen Interessen, Traditionen und Vorstellungen haben“.

**Erste Rede im Bundestag** Frankreichs Staatspräsident François Hollande (PS), würdigte in seiner ersten Rede vor dem deutschen Parlament die Rolle der beiden Länder für die europäische Zusammenarbeit: „Unsere Freundschaft hat immer im Dienst der europäischen Einigung gestanden“, betonte er.



In Zukunft soll es noch mehr Austausch zwischen ihren beiden Parlamenten geben: Bundestagspräsident Lammert (rechts) und sein französischer Amtskollege Bartolone

Dabei gelte es, Europa Vertrauen in seine Zukunft zu vermitteln. Deutschland und Frankreich müssten als Motor der europäischen Einigung darauf achten, andere Länder mitzunehmen: „Aber wir sind diejenigen, die zeigen müssen, wohin der Weg geht.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte mit Blick auf die Eurokrise, dass diese die Europäische Union „vor die größte Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen“ stelle. Aus

den 50 Jahren deutsch-französischer Freundschaft habe man aber lernen können, dass auch die größten Probleme überwunden werden könnten, „wenn wir den Mut zu Veränderungen haben“, sagte die Bundeskanzlerin. Lammerts Amtskollege, der französische Parlamentspräsident Claude Bartolone (PS), rief Deutsche und Franzosen auf, sich gemeinsam den Herausforderungen der europäischen Finanzkrise zu stellen. „Zusammen wollen wir

den Karren aus dem Dreck ziehen“, sagte er vor den über 850 Abgeordneten beider Länder und zahlreichen Ehrengästen. In der anschließenden Aussprache kamen die Fraktionsvorsitzenden aller in beiden Parlamenten vertretenen Fraktionen zu Wort. Diese hatten sich zuvor auf den Text der Gemeinsamen Erklärung verständigt, die die Abgeordneten per Akklamation annahm. Der Text sieht vor, dass beide Parlamente ihre gegenseitigen Beziehungen weiter ausbauen. Zu besonders wichtigen Themen wie etwa der Energiewende sollen dazu gemeinsame Arbeitsgruppen gebildet werden. Außerdem soll auch die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsverwaltungen in Berlin und Paris durch einen regelmäßigen Austausch weiter intensiviert werden. Annette Sach

Weitere Berichte auf Deutsch und Französisch auf den Seiten 4 und 5

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## EDITORIAL

### Bewegende Mahnung

VON JÖRG BIALLAS

Inge Deutschkron war zehn Jahre alt, als die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Demontage der jungen deutschen Demokratie einleiteten und die Welt ins Unglück stürzten. Heute ist sie 90. Genau 80 Jahre nach Hitlers Machtübernahme und anlässlich des Gedenkens an die Befreiung der Überlebenden im Konzentrationslager Auschwitz am 27. Januar 1945 erinnerte Inge Deutschkron vor dem Deutschen Bundestag an das Schicksal Millionen NS-Opfer. Es war ein bewegender Auftritt, der das Parlament in Trauer, aber auch in der Überzeugung, Rechtsextremismus mit demokratischer Entschlossenheit zu begegnen, einleitete. Die Jüdin Inge Deutschkron verdankt ihr Überleben Nicht-Juden. Berliner Helfer hatten den Mut, sie und ihre Mutter vor dem todbringenden Zugriff der Nazi-Schergen zu verstecken. Es ist diese Art von Zivilcourage, die auch heute noch das beste Rezept gegen rechtsextremistische Einfalt ist. Zahlreich sind die Beispiele effektiven Aufbegehrens gegen Neonazis: in Bürgerinitiativen, bei Demonstrationen, in der Politik. Und doch erschüttern immer wieder Übergriffe nicht für möglich gehaltenen Ausmaßes die Republik, zuletzt das grausame Todeschwadron der „NSU-Mörder“. Die akribische politische Aufarbeitung dieser Fälle in mehreren parlamentarischen Untersuchungsausschüssen ist Beleg dafür, dass sachlicher Umgang und parteiübergreifende Geschlossenheit helfen, den braunen Spuk zu entzaubern. Dazu ist diese Gesellschaft, dazu ist dieser Staat ausreichend stabil und in der Lage. Übrigens hat das auch der sehr überschaubare Zuspruch für die NPD bei den jüngsten Landtagswahlen in Niedersachsen gezeigt. Nachvollziehbar werden vor diesem Hintergrund wieder Stimmen lauter, die Bedenken formulieren, ein erneutes Gerichtsverfahren mit dem Ziel eines Verbots der Partei könnte scheitern. All das ist gewiss kein Grund, die Gefahr von rechts außen nicht mehr als solche wahrzunehmen. Auch 80 Jahre, nachdem ein Diktator die Geschicke des deutschen Volkes an sich gerissen hatte, ist dieser von kompromissloser Menschenverachtung, psychopathischer Großmännlichkeit und selbstgefälliger Intoleranz besessene Geist keineswegs verfliegen. Es ist geboten, dagegen etwas zu unternehmen und Mahnungen gegen das Vergessen zu stellen. So wie es Inge Deutschkron nunmehr ein Leben lang auf beeindruckende Weise vormacht.



GASTKOMMENTARE

KAMPFDROHNEN FÜR DIE BUNDESWEHR?

Das kalkulierte Risiko

PRO



Holger Möhle  
»General-Anzeiger«, Bonn

Die militärischen Einsätze der Zukunft verändern sich. Und mit ihnen auch die Instrumente für diese Einsätze. Die Bundeswehr, jene Armee im Wandel, zu deren Aufgaben immer häufiger das Verteidigen oder Herstellen von Sicherheit außerhalb der Landes- oder gar Bündnisgrenzen gehört, wird sich für solche Missionen neu rüsten (müssen). Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat erkennen lassen, dass die Bundeswehr Kampfdrohnen für diesen Krieg der Zukunft kaufen wird, auch wenn noch nichts beschlossen ist. Die asymmetrische Bedrohung, bei der eine geordnete Armee auf nicht geordnete Kämpfer, Aufständische oder fanatische Religionskrieger als Gegner trifft, nimmt zu. Und sie bleibt unkalkulierbar. Als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt muss de Maizière wie auch seine militärische Führung die eigenen Truppen gegen die latente Gefahr aus dem Nichts wappnen. Mit bewaffneten Drohnen können sie Gegner an Ort und Stelle aufklären und im Zweifel in Echnzeit dort auch bekämpfen, ohne selbst Soldaten in Marsch zu setzen und zu gefährden. Das ist ein Vorteil, weil er den Einsatz von Mann und Mitteln begrenzt. Dieser Vorteil aber birgt eine Gefahr: Er könnte zu dem Glauben verleiten, Krieg mit dem kleinstmöglichen chirurgischen Schnitt sei tatsächlich möglich. Am Ende ist es immer noch der Mensch, der die Entscheidung über Leben und Tod trifft – ob als Pilot im Kampfflugzeug oder beim Einsatz einer Kampfdrohne. Und es sind immer auch Menschen, die dabei sterben. Am Ende braucht es aber Regeln, besser: das internationale Recht, damit der Einsatz von Kampfdrohnen nicht der Willkür von High-Tech-Militärs unterliegt. De Maizière ist Jurist. Für eine Parlamentsarmee gibt es keinen Einsatz im rechtsfreien Raum.

Ethische Bedenken

CONTRA



Stephan Hebel  
»Frankfurter Rundschau«

Wenn es um bewaffnete „Drohnen“ geht, legt unser Verteidigungsminister „Wert darauf, dass ein gesellschaftlicher Diskurs stattfindet“. Gut so! Noch schöner wäre es, wenn Thomas de Maizière sich ernsthaft auseinandersetze mit den schweren ethischen Bedenken gegen diese Waffe. Stattdessen verkündet der Minister seit Monaten, dass sich eine unbemannte Kampfdrohne von einem bemannten Kampfflugzeug „ethisch nicht unterscheidet“. Es sei „irrelevant, ob der Mensch im Cockpit sitzt und eine Bombe auslöst oder vor einem Monitor auf dem Boden“. Das klingt zunächst einleuchtend, geht aber am „gesellschaftlichen Diskurs“ vorbei. Sogar an der Erkenntnis des eigenen Hauses, dass Drohnen-Einsätze „nicht durch die psychischen und physischen Grenzen einer Luftfahrzeugbesatzung eingeschränkt“ werden. So steht es in der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion – „irrelevant“ ist etwas anderes. Befürworter der Kampfdrohnen sehen allerdings genau diesen Unterschied als entscheidenden Vorteil: Ein Soldat, der weit weg vom Einsatzgebiet agiert, kann im Kampf nicht getötet werden. Nur: Diesem Vorteil stehen Szenarien entgegen, die am Ende mehr statt weniger Menschenleben kosten könnten: „Dass sich militärische Gewalt durch Drohnen effektiver und kosteneffizienter einsetzen lässt, wirft ... die Frage auf, ob damit nicht auch die Einsatzschwelle für einen Waffeneinsatz sinkt.“ Dieser Hinweis stammt nicht etwa von der Opposition, sondern von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Im Rat der vom Bund finanzierten Stiftung sitzt ein Staatssekretär des Verteidigungsministeriums. Er hätte de Maizière einen Lesetipp geben sollen. Aber für einen Verzicht auf die nächste Eskalationsstufe des High-Tech-Krieges ist es nie zu spät.

Mehr zum Thema auf der Seite 3  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Königshaus, folgt man ihrem neuen Jahresbericht, dann ist die Bundeswehr familienfreundlich, an der Grenze zur Belastbarkeit und die Stimmung in der Truppe wegen der Reform der Streitkräfte insgesamt schlecht. Kann die Bundeswehr unter solchen Bedingungen ausreichend Nachwuchs gewinnen?

Das kann sie sicherlich, aber sie muss sich deutlich verbessern. Die Bundeswehr hat zwar ein Attraktivitätsprogramm aufgelegt, aber im Augenblick sind wir von einem Attraktivitätsgewinn noch weit entfernt. Wir reden bisher lediglich davon, bestehende Nachteile gegenüber anderen Arbeitgebern abzubauen. Die Soldaten klagen beispielsweise über fehlende Perspektiven. So weiß ein freiwillig Wehrdienstleistender oft selbst kurz vor Dienstzeitende nicht, ob es für ihn nach 23 Monaten die Möglichkeit einer Weiterverwendung geben wird. Gleiches gilt auch für einen Zeitsoldaten, der sich für vier Jahre verpflichtet. Zugleich sind sie aber verpflichtet, sich weltweit einsetzen zu lassen. Hinzu kommen Kommandierungen an heimatferne Dienst- oder Ausbildungsorte. Das bedeutet für die Soldaten und Soldatinnen lange Trennungsphasen vom Partner, von der Familie und vom sozialen Umfeld. Das ist ein gravierender Unterschied und Nachteil gegenüber zivilen Berufen.

Geht dies nicht zwangsläufig zum Soldatenberuf?

Natürlich sind einige dieser Nachteile – etwa die Kommandierung in einen Auslandseinsatz – unvermeidbar, damit die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen kann. Aber wenn sie gegenüber anderen Arbeitgebern im Rennen bleiben will, dann müssen die vermeidbaren Nachteile beseitigt werden.

In welchen Bereichen ist das möglich?

Es geht zunächst einmal um das Leben und den Dienst der Soldaten in Deutschland. Dazu gehört beispielsweise, dass die Personalplanung Reserven vorhält, um auf die individuellen Lebensumstände der Soldaten flexibel reagieren zu können, etwa im Krankheitsfall oder bei Schwangerschaften. Es kann nicht sein, dass sich eine Soldatin Gedanken machen oder gar Vorwürfe anhören muss, weil ihre Kameraden ihre Arbeit zusätzlich erledigen müssen, wenn sie in Elternzeit geht. Einem solchen Druck setzt sich kein Mensch gerne aus. Zudem müssen ausreichend Betreuungspunkte für die Kinder der Soldaten zur Verfügung gestellt werden.

Das Verteidigungsministerium meldete Anfang des Jahres, es gebe keine Nachwuchsprobleme. Hat das Ministerium eine falsche Wahrnehmung?

Das Ministerium hat eine andere Wahrnehmung, weil es sich bisher scheinbar mit dem status quo tröstet und sich nicht perspektivisch mit dem Problem befasst. Wir haben derzeit bei den freiwillig Wehrdienstleistenden durch die doppelten Abiturjahrgänge wegen der Schulzeitverkürzung eine atypische Situation. Manche der jungen Leute, die deswegen keinen Studienplatz direkt nach dem Schulabschluss bekommen haben, melden sich zur Bundeswehr. Da aber die Alterskohorten in Zukunft immer kleiner und dadurch auch genügend Studienplätze zur Verfügung stehen werden, wird sich die Situation deutlich ändern. Das gleiche gilt für Schulabgänger mit mittlerer Reife oder einem Hauptschulabschluss. Die Bundeswehr muss attraktivere Angebote für eine Berufsausbildung machen, die der Soldat nach seinem Ausscheiden im Zivilleben nutzen kann. Bei einem Kfz-Mechaniker ist das vergleichsweise einfach. Aber das muss auch für einen Informatiker gelten. Der kann mit seiner soldatischen Ausbildung im Zivilleben nur wenig anfangen.

Sie haben die mangelnde Betreuungsmöglichkeiten für Soldatenkinder mo-

»Auf dem Rücken der Soldaten«

HELLMUT KÖNIGSHAUS Der Wehrbeauftragte sieht die Bundeswehr an der Grenze zur Belastbarkeit. Und fordert mehr Reserven und Attraktivität



niert. Gibt es konkrete Zahlen, wieviele Betreuungspunkte benötigt werden?

An den einzelnen Standorten wird der Bedarf immer wieder neu erhoben. Wegen des ständigen Personalwechsels alle paar Monate, ändert sich aber auch ständig der Bedarf. Und da die Bundeswehr derzeit noch über keine eigene Einrichtungen verfügt, suchen sich die Eltern einen Betreuungspunkt im zivilen Bereich. Oder sie organisieren das privat wie etwa auf dem Gelände der Bundeswehr-Universität in München. Wenn die Bundeswehr aber einen Frauenanteil von 15

Prozent in den Streitkräften anstrebt, dann lässt sich ja anhand der durchschnittlichen Geburtenrate leicht ausrechnen, welcher Versorgungsbedarf vorhanden sein wird. Wenn eine alleinerziehende Soldatin zu einer viermonatigen Ausbildung fern ihres Wohnortes kommandiert wird, dann braucht sie dort einen Kinderbetreuerplatz. An den Universitäten, den Krankenhäusern und den Ausbildungszentren der Bundeswehr müssen prioritär Betreuungseinrichtungen geschaffen werden. Das geht mir im Augenblick zu langsam voran. Und

an Kleinstandorten müssen Kooperationsabkommen mit den lokalen Betreuungseinrichtungen abgeschlossen werden. Warum soll sich eine Bundeswehr-Kita nicht für den zivilen Bereich öffnen und umgekehrt?

Verteidigungsminister Thomas de Maizière zeigt sich wenig begeistert über bundeswehreigene Kitas. Er befürchtet, dass sich die Truppe von der Gesellschaft abkapselt und verweist auf das Beispiel USA, wo ein Großteil der sozialen Infrastruktur in den Kasernen angesiedelt ist. Sehen Sie diese Gefahr auch?

Diese Gefahr besteht vor allem dann nicht, wenn die Bundeswehr keinen Nachwuchs mehr gewinnt. Abgesehen davon existieren in Deutschland solche Großstandorte wie in den USA mit bis zu 50.000 Soldaten nicht. Deswegen teile ich diese Befürchtung nicht. Es müssen die realen Bedürfnisse mit einem vernünftigen Angebot an Betreuungspunkten gedeckt werden.

Wenn die Bundeswehr an der Grenze der Belastbarkeit angekommen ist, erübrigen sich dann nicht Diskussionen über weitere Auslandseinsätze, etwa in Mali?

Im Augenblick führen wir diese Debatten immer nur unter dem Gesichtspunkt, ob wir uns an einem Einsatz beteiligen wollen oder sollen. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, was wir leisten können. Wenn in den laufenden Einsätzen personelle Engpässe entstehen, dann wird dies immer wieder auf dem Rücken der Soldaten und Soldatinnen ausgetragen. Das lässt sich auf Dauer nicht durchhalten. Wir können nicht ständig die Regenerationszeiten bei bestimmten Einheiten wie den Spezialpionieren immer wieder verkürzen oder die Einsatzzeit verlängern. Gleiches gilt für den Feldnachrichtendienst oder die Kampfmittelbeseitigung. Zwischen den Einsätzen in der Regenerationszeit werden die Soldaten zudem zu Lehrgängen geschickt. Dies bedeutet weitere Trennungszeiten von der Familie. Ein normales Familienleben ist so nicht möglich und das macht Menschen auf Dauer krank. Oder die Beziehung mit dem Partner scheitert.

Nach ersten Ergebnissen einer Studie der Universität Dresden war etwa die Hälfte der Soldaten, die traumatisiert aus einem Auslandseinsatz zurückkehrten, bereits vorher psychisch erkrankt oder belastet. Werden die Soldaten vor ihrem Einsatz nicht ausreichend untersucht?

Der Dienstherr darf die Soldaten natürlich nur gesund in einen Auslandseinsatz entsenden. Diesem Aspekt muss zukünftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Müssen die betroffenen Soldaten befürchten, dass ihnen Versorgungsleistungen vorenthalten werden, weil sie es schwerer haben zu belegen, dass ihre Traumatisierung einsatzbedingt ist?

Wenn die Bundeswehr einen Soldaten als verwendungsfähig einstuft für einen Auslandseinsatz, dann bescheinigt er ihm zugleich, dass er gesund ist. Wenn sich nach dem Einsatz herausstellt, dass dem nicht so war, kann er dem Soldaten natürlich nicht entgegen halten, dass die Traumatisierung nicht einsatzbedingt sei. Zudem kann die Ursache der Erkrankung ja auch in einem früheren Einsatz liegen.

Das Interview führte Alexander Weinlein.

Hellmut Königshaus, Jahrgang 1950, ist seit Mai 2010 Wehrbeauftragter. Zuvor war er sechs Jahre Abgeordneter der FDP-Fraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Pragmatikerin: Susanne Kastner

Bevor Susanne Kastner etwas über die Bundeswehr sagt, nimmt sie erst einmal einen tiefen Schluck Bio-nade. Das Getränk wird in ihrem Wahlkreis produziert, und das vergisst sie nicht vorzuschicken. Ach ja, der neue Wehrbericht. „Die Sprache hat mich etwas überrascht.“ Ja, die Bundeswehr sei immer noch familienunfreundlich, aber dass zum Beispiel die Soldaten zu wenig Schlaf kriegen würden, „das teile ich so nicht uneingeschränkt“. Susanne Kastner, 66, SPD-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Bad Kissingen legt ihre Arme über den braunen Hosenanzug ineinander. Sie denkt nach, bevor sie spricht. Dann beugt sie sich nach vorn. So sei es halt. „Die Bundeswehrreform wurde verkehrt herum aufgegeizt. Man hätte erst einmal definieren sollen: Was muss die Bundeswehr können?“ Seit 2009 steht sie dem Verteidigungsausschuss des Bundestags vor: „Ich wurde Anfangs als notwendiges Übel angesehen“ – eine Frau, dazu gelernte Erzieherin und Religionslehrerin, unter grimmigen Grauröcken? Sie schmunzelt. „Ach, beides ist nicht weit voneinander entfernt. Hat ja alles mit jungen Leuten zu tun.“ Damals, vor vier Jahren, musste eine neue Aufgabe her für die verdiente Streiterin des konservativen Seeheimer-Kreis-Flügels in der SPD, die einmal als Parlamentarische Geschäftsführerin die Fraktion mit zusammenhielt und von 2002 bis 2009 als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages wirkte – bis sie dann eine Kampfabstimmung gegen Wolfgang Thierse verlor.

Eine Novizin in Sachen Streitkräfte war sie indes nicht. Gleich 1989 mit dem Einzug in den Bundestag ging die Unterfränkin als Mitglied in den Verteidigungsausschuss, in ihrem Wahlkreis hatte sie vier Standorte der Bundeswehr, „für die wollte ich etwas tun“. Den Respekt ihrer Kollegen erarbeitete sich die Vorsitzende, auch wenn der Verteidigungsausschuss zu jenen Stationen gehören dürfte, an die sie sich weniger gern erinnern wird.



© DRF/leichtschaffen Medien

»Die Bundeswehrreform wurde verkehrt herum aufgegeizt.«

„Gleich zu Beginn meines Vorsitzes 2009 gab es den Untersuchungsausschuss. Das ging körperlich und menschlich ziemlich an die Substanz.“ Kastner wirkt kräftig und zierlich zugleich, sie kann antworten. Sie stand Wolfgang Clement im parteiinternen Streit bei und giftete gegen Andrea Ypsilantis Kurs in Hessen. Aber eigentlich, sagt sie, bevorzuge sie die „sanfte Keule“. Wie damals, als sie mit Parlamentariern Djibuti und Südsudan besuchte, auf dem Programm vor Ort aber den Titel vorfand: „Reise des Wehrbeauftragten und der Obleute“ – ein Affront gegen die Ausschussvorsitzende. „Dann fragte ich: Wann geht mein

Flug zurück?“ Und die Herren in den Tamfarben wurden rot. Einen Verdrängungsmechanismus vermutet sie hier. Bundeswehr, das sei ein Männerverein, „das muss man wissen“. Die Butter vom Brot jedenfalls lässt sie sich schon lange nicht mehr nehmen.

Als die Tochter einer höheren Beamtenfamilie Abitur machen wollte, meinte ihr Vater, ein CSU-Mitglied, die Töchter würden eh heiraten, da brauche man lieber eine ordentliche Ausbildung. Kastner wurde Erzieherin, heiratete mit 21 und bekam drei Kinder. Und beschränkt den zweiten Bildungsweg. Mit 29 begann sie ihr Studium an der Religionspädagogischen Hochschule in Nürnberg.

Etwas beruhigt an Susanne Kastner, wenn sie einem gegenüber sitzt. Diese entspannte Körperhaltung, das Wiegen des Kopfes beim Rollen ihres fränkischen „Rrrr“ – sie scheint mit sich im Reinen zu sein. Dieses Jahr noch, dann ist Schluss. „Ich will nicht mit den Beinen zuerst rausgetragen werden aus dem Bundestag“, hat sie einmal gesagt. Was kommen mag? „Ich warte auf kreative Ideen“, sagt sie. Und sie freut sich drauf. Kastner ist vollkommene Pragmatikerin. Auf die Frage nach ihrem politischen Vermächtnis fallen ihr ein Autobahnstunnel und eine Ortsumgehung ein. Ideale, gar Ideologie? „Politik verstehe ich als Dienstleistung. Wir sind von Menschen für Menschen gewählt worden.“ Dahinter erscheint eine Hartnäckigkeit. Ein liebevoller Starrsinn, „das mit Kastner in der Welt der Streitkräfte ihre Frau gestanden haben wird.“

Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(äußer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@  
bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Dr. Verena Renneberg (ver)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)  
Dr. Thomas von Winter (twv)

Fotos  
Stephan Roters  
Redaktionsschluss  
1. Februar 2013

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhrenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für  
Schüler, Studenten und Auszubildende  
(Nachweis erforderlich) 13,80 €  
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor  
Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für  
vier Ausgaben kann bei unserer  
Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
stellen nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion dar. Für unerlangte  
Einsendungen wird keine Haftung  
übernommen. Nachdruck nur mit  
Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien  
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“  
ist Mitglied der  
Informationsgesellschaft  
zur Feststellung  
zur Verbrüderung  
von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung  
„Das Parlament“ wird ausschließlich  
Recycling-Papier verwendet.





Deutschlands Soldaten müssen immer wieder lange Trennungszeiten von ihren Familien hinnehmen. Dies und andere Belastungen führen zu einer überdurchschnittlichen Scheidungs- und Trennungsrate.

# Die Grenzen der Belastbarkeit

**BUNDESWEHR** Der Wehrbeauftragte mahnt in seinem neuen Jahresbericht eindringlich ungelöste Dauerprobleme an

**A**ls Broschüre für die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr hat der jährliche Bericht des Wehrbeauftragten wahrlich noch nie getaugt. Jahr für Jahr legt er offen, wo in den Streitkräften der Schuh drückt, wo es an Ausrüstung, Ausbildung oder medizinischer Versorgung mangelt, wo Vorgesetzte sich gegenüber den Soldaten im Ton verfeuern, sie gar drangsaliieren oder es zu sexistischen Übergriffen gekommen ist. All dies fällt in den Zuständigkeitsbereich des Wehrbeauftragten des Bundestages, an den sich jeder Soldat vom Rekruten bis zum General – auch unter Umgehung des Dienstweges – mit seinen Nöten und Sorgen wenden kann. Und der Wehrbeauftragte hat das Recht, selbstständig zu ermitteln, wenn er die Dinge aus dem Ruder laufen sieht. Von Seiten des Verteidigungsministeriums wird deshalb gerne darauf hingewiesen, dass dessen Jahresbericht „natur-gemäß ein Mängelbericht“ sei.

**»Tiefgreifende Verunsicherung«** Doch der Jahresbericht 2012, den der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus in der vergangenen Woche an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergab und der Öffentlichkeit präsentierte, ist dann doch mehr als nur ein Mängelbericht. Er spricht sehr grundlegende Probleme an. Königshaus zog vor der Presse eine recht schonungslose Bilanz über den Zustand der deutschen Streitkräfte. Die Truppe habe ins-

besondere bei der Dienst- und Einsatzbelastung „vielfach die Grenzen der Belastbarkeit erreicht, teilweise bereits überschritten“. Überall stoße man bei den Soldaten aller Dienstgradgruppen auf „gedrückte Stimmung und eine tiefgreifende Verunsicherung“. Die Soldaten fühlen sich bei der Umsetzung der Bundeswehrreform „nicht mitgenommen, nicht eingebunden und nicht ausreichend informiert“. Immerhin hat Königshaus auch Positives zu berichten. So habe die Bundeswehr in ihren Auslandseinsätzen seit dem 11. Juni 2011 keinen Toten mehr beklagen müssen. Und auch die Zahl und Schwere der Verwundeten sei zurückgegangen. Er führt dies unter anderem auch auf die verbesserte Ausrüstung und Ausbildung vor allem der deutschen Isaf-Soldaten in Afghanistan zurück. Sorge bereitet hingegen die unverändert große Zahl von Soldaten, die traumatisiert aus ihren Auslandseinsätzen zurückkehren. Inzwischen leiden 1.143 von ihnen an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Ein neuer Höchststand. Gleichzeitig fehlt es nach Angaben des Wehrbeauftragten an Psychologen und Psychotherapeuten, um die erkrankten Soldaten zu behandeln. Und während er sich lobend darüber äußert, dass die Universitäten der Bundeswehr mit ergänzenden Stu-

dienangeboten auf die Situation reagiert haben, muss er gleichzeitig von neuen beunruhigenden Erkenntnissen berichten. Erste Ergebnisse der „Dunkelfeldstudie“ der Universität Dresden besagen, dass etwa die Hälfte aller Soldaten, die mit einer PTBS aus dem Einsatz zurückkehren, offenbar schon vor ihrer Auslandsverwendung erkrankt waren. Das wirft neue Fragen nach der Qualität der einsetzungsvorbereitenden Untersuchungen auf. Zunehmende Probleme bereiten den Soldaten die in der Praxis zu kurzen Regenerationszeiten zwischen den viermonatigen Auslandseinsätzen. Zwischen zwei Einsätzen sollen nach einer Vorgabe des Verteidigungsministeriums eigentlich 20 Monate liegen. Doch bei spezialisierten Einheiten wie den Kampfmittelräumern oder den Spezialpionieren bleibt dies oft Theorie, bei ihnen betragen die Regenerationszeiten neun und weniger Monate. Zwischen den Einsätzen müssen die Soldaten dann oftmals noch zu Schulungen und Ausbildungen fern des Wohnortes, was die Trennungsphase von den Familien erneut verlängert. Und so fordert Königshaus auch deutlich, dass bei der Diskussion über zukünftige Auslandseinsätze nicht nur die Frage der politischen Wünschbarkeit, sondern eben auch der militärischen Machbarkeit stärker berücksichtigt wird. Personalengpässe in den Einsätzen könnten nicht immer wieder „auf dem Rücken der Soldaten“ ausgetragen werden.

Natürlich weiß auch Königshaus, dass die Bundeswehr „kein Leben wie auf dem Poneyhof bietet“, wie es Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) formulierte. Allerdings sind viele der beanstandeten Defizite nicht neu, in weiten Teilen ähneln die Mahnungen des Wehrbeauftragten denen aus seinem Bericht des Vorjahres. Schon vor einem Jahr hatte er auf die schlechte Stimmung in der Truppe hingewiesen. Inzwischen wurde dieser Befund von zwei unabhängig voneinander in Auftrag gegebenen Studien bestätigt. Eine vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr im

**»Eine Verbesserung der Stimmung in der Truppe zeichnet sich nicht ab.«**  
Hellmut Königshaus

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**WEHRBEAUFTRAGTER**

Wie jeder Mensch haben auch die Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr ihre Probleme und Sorgen. Nicht immer können oder wollen ihnen ihre Chefs jedoch helfen, diese Probleme zu lösen. Deshalb dürfen alle Soldaten einen Brief an den Wehrbeauftragten des Bundestages schreiben und um Hilfe bitten. Der Wehrbeauftragte versucht dann, den Soldaten zu helfen. Außerdem sammelt er die Briefe und schreibt einmal im Jahr einen Bericht über die größten Probleme in der Bundeswehr. Diesen Bericht gibt er an die Abgeordneten im Bundestag. Diese können dann Gesetze machen, um die Ursachen für die Probleme der Soldaten zu lösen.

Auftrag des Verteidigungsministeriums und eine zweite der Technischen Universität Chemnitz im Auftrag des Deutschen Bundeswehrverbandes. Und so stellte Königshaus denn auch in der vergangenen Woche fest: „Eine Verbesserung der Stimmung in der Truppe zeichnet sich nicht ab.“

**Probleme an der Heimatfront** Ein besonderes Augemerkt richtet Königshaus wie bereits im vergangenen Bericht auf die familiäre Situation der Soldaten. Seit der Öffnung der Bundeswehr für Frauen, gewinnt dieses Thema zunehmend an Brisanz. Wo Frauen sind, sind auch Kinder. Zwar ist die Bundeswehr mit einem Frauenanteil von durchschnittlich 9,95 Prozent noch weit von ihrer anvisierten Quote von 15 Prozent entfernt, doch das Thema Kinderbetreuung gewinnt auch in der Truppe zunehmend an Bedeutung. So zeigt denn Königshaus auch kein Verständnis, warum dieses Problem nicht unterschiedener angepackt wird: „Das ist verständlich, vor allem, weil die Bundesregierung die Arbeitsgeber der zivilen Wirtschaft dazu auffordert, eigene Betriebskindergärten einzurichten und dies auch durch ein spezielles Förderprogramm unterstützt.“ Soldatenfamilien leiden unter besonderen Belastungen. Da sind zum Einen die Trennungsphasen wegen der Auslandseinsätze und Kommandierungen zu Lehrgängen.

Verschärft wird dieses Problem durch die Schließung vieler Standorte im Zuge der Bundeswehrreform. Etwa 70 Prozent der rund 198.000 Soldaten und Soldatinnen führen nach Angaben des Wehrbeauftragten ein Leben als Wochenendpendler zwischen Dienst- und Wohnort. Das tut keiner Ehe oder Beziehung auf Dauer gut. Die Trennungs- und Scheidungsraten sind bei Deutschlands Soldaten überdurchschnittlich hoch, weiß Königshaus zu berichten.

Hinzu kommen die Konflikte am Arbeitsplatz mit Kameraden, wenn Soldatinnen und Soldaten in Elternzeit gehen wollen. Die Bundeswehr verfügt derzeit über keine Vertretungsreserven, die Königshaus für Schwangerschaften und Elternzeiten einfordert. Sprich: Die Arbeit muss vom Stammpersonal übernommen werden. Das führt auch zu erheblichen Spannungen unter den Soldaten. „Musst Du schon wieder schwanger werden.“ Diesen Spruch müssen sich Soldatinnen mitunter schon mal anhören. Die Auswirkungen auf das Familienleben spiegelt sich im Jahresbericht des Wehrbeauftragten auch in einer steigenden Zahl von Eingaben zu diesem Thema.

Viele der anstehenden Probleme der Bundeswehr haben sich über Jahre hinweg auf-

gestaut. Faktisch befindet sich die Truppe seit der Wiedervereinigung in einem Zustand der Dauerreform. Galt es zunächst, Teile der Nationalen Volksarmee der DDR in die Bundeswehr zu integrieren bei gleichzeitigem Truppenabbau, rückte die Truppe seit Mitte der 1990er Jahre in ihre ersten Auslandseinsätze und Kampfeinsätze. Die nächste Herausforderung brachte die Öffnung der Bundeswehr für die Frauen mit sich. Im Sommer 2011 verabschiedete sich Deutschland dann von der Wehrpflicht und leitete die größte Reform seit Bestehen der Bundeswehr ein, begleitet von einem weiteren Personalabbau. Gleichzeitig binden Einsätze wie in Afghanistan seit zwölf Jahren Kräfte und Gelder. Bislang haben die Soldatinnen und Soldaten diese „Operation am offenen Herzen“ bewerkstelligen können. Doch nicht nur der Wehrbeauftragte warnt davor, dass die Streitkräfte jetzt an einer Belastungsgrenze angekommen sein könnten. Harsche Worte kamen in der vergangenen Woche einmal mehr vom Deutschen Bundeswehrverband. Dessen Vorsitzender, Oberst Ulrich Kirsch, forderte einen „Krisengipfel“ ein: Kanzlerin Angela Merkel müsse die Bundeswehrreform endlich zur Chefsache erklären. **Alexander Weinlein**



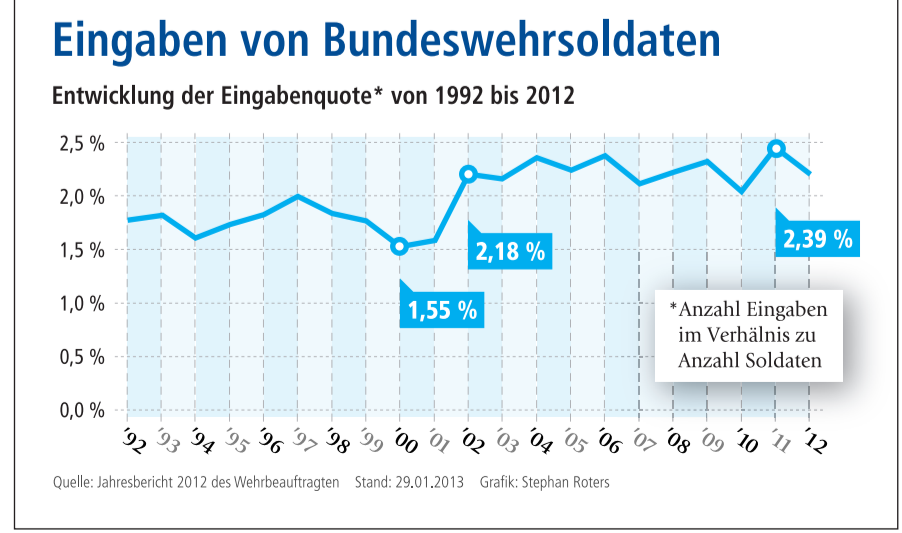
## Waffen des Fortschritts

**VERTEIDIGUNG** Kampfdrohnen entzweien die Gemüter

Der Verteidigungsminister will sogenannte Kampfdrohnen für die Bundeswehr – die Linksfraktion lehnt das kategorisch ab. Die Koalitionsfraktionen sehen zwar durchaus Vorteile im Einsatz solcher unbemannter Flugsysteme, wollen aber eine breite Diskussion über die Rahmenbedingungen ihres Einsatzes. Und auch SPD und Grüne fordern diese Debatte vor einer möglichen Anschaffung ein. So präsentierte sich die politische Gemengelage am vergangenen Donnerstag in einer von der Linksfraktion beantragten Aktuellen Stunde. Bislang verfügt die Bundeswehr nur über unbewaffnete Aufklärungsdrohnen. Aus Sicht von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) dienen die Flugkörper dem Schutz der eigenen Soldaten. Dies sei für ihn ein wichtiges Argument. Da es sich um gezielt wirkende Waffen handle, könnten auch Kollateralschäden verhindert werden, betonte der Minister. Er zeigte sich allerdings dankbar, dass der Bundestag das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat.

**Kritik an de Maizière** Das wäre gar nicht nötig gewesen, hätte sich der Minister nicht bislang der Debatte entzogen, kritisierte Rolf Mützenich (SPD). Auch diesmal habe de Maizière kritische Fragen nicht aufgegriffen. So etwa die Gefahr der Verselbstständigung solcher Systeme. Davor warnten auch

Experten. Auch die völkerrechtlichen Aspekte seien außen vor geblieben. So müsse die Regierung der Bevölkerung sagen, dass die Kommandozentralen, von denen Kampfdrohnen eingesetzt werden, „legitime Ziele in einem Konflikt sein werden“. Von einer wichtigen Diskussion, die erst am Anfang stehe, sprach Elke Hoff (FDP): „Wir brauchen klare Regelungen.“ Es sei wichtig zu sagen, was die Bundeswehr mit den Drohnen tun soll und was nicht. Gebe es eine klare sicherheitspolitische Begründung, könne man auch den Weg für eine „notwendige technologische Entwicklung“ frei machen, urteilte Hoff. Die Regierung blende die Gefahren aus und hechele der technologischen Entwicklung hinterher, kritisierte hingegen Agnes Brugger (Grüne). Aber auch sie rief dazu auf, eine Debatte über den Einsatz zu führen. „Kampfdrohnen sind Killerwaffen“, stellte Andrej Hunko (Die Linke) rigoros fest. Da gebe es „ethisch nichts zu diskutieren“. Seine Fraktion lehne sowohl die Anschaffung von Kampfdrohnen als auch die Bestückung von Aufklärungsdrohnen mit Waffen ab. Bernd Siebert (CDU) warf der Linksfraktion vor, „sinnvollen technologischen Fortschritt“ ausbremsen zu wollen. Besser sei es, konstruktiv zu diskutieren, „welche Rahmenbedingungen wir uns auferlegen wollen“.



Anzeige

## Die Grammatik der Freiheit

**Die Grammatik der Freiheit**  
Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat  
Von Peter Graf Kielmansegg  
2013, 278 S., brosch., 39,- €  
ISBN 978-3-8329-7855-6

Der demokratische Verfassungsstaat ist, so scheint es, aus den Kämpfen des 20. Jahrhunderts siegreich hervorgegangen. Wird er den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen sein? Wenn wir seinen Erfolg wollen, müssen wir dieses einzigartige Produkt einer langen Geschichte zunächst einmal gut verstehen. In acht Anläufen versucht „Die Grammatik der Freiheit“ dazu einen Beitrag zu leisten.

Weitere Informationen:  
[www.nomos-shop.de/19727](http://www.nomos-shop.de/19727)



CHRONIK



Konrad Adenauer

**22.1.1963** Bundeskanzler Konrad Adenauer und Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle unterzeichnen im Pariser Élysée-Palast den Vertrag über die Deutsch-Französische Zusammenarbeit – den „Élysée-Vertrag“.

Die Vertragspartner vereinbaren regelmäßige Treffen der Regierungsvertreter, die Absprache in der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit in der Kultur- und Jugendpolitik. In einer zusätzlichen Erklärung werden die Ziele benannt: die Aussöhnung der in jahrhundertelanger „Erbschaft“ verbundenen Staaten, die Begründung einer echten Freundschaft zwischen den beiden Völkern, insbesondere der Jugend, und der Aufbau eines einigen Europas. Dem Vertrag vorausgegangen waren mehrere Initiativen zur Zusammenarbeit in Europa: 1952 wurde die Montanunion ins Leben gerufen, die auf dem Schuman-Plan für eine Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion fußte. Im Januar 1958 traten die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Kraft.



Helmut Kohl

**4./5.7.1963** Bei den ersten deutsch-französischen Konsultationen in Bonn wird die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) beschlossen. Seither haben etwa acht Millionen Deutsche und Franzosen an rund 300.000 Austauschprogrammen und Begegnungen teilgenommen.

**10.2.1972** Beide Seiten vereinbaren die Einrichtung deutsch-französischer Gymnasien und die Schaffung des deutsch-französischen Abiturs („AbiBac“). Die gegenseitige Anerkennung der „Allgemeinen Hochschulreife“ und des französischen „baccalauréat“ folgt 1986.

**11.10.1983** Erstes Deutsch-Französisches Jugendparlament: Rund 100 junge Deutsche und Franzosen diskutieren mit Abgeordneten aus Bundestag und Assemblée nationale.

**22.9.1984** Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl gedenken in Verdun gemeinsam der in beiden Weltkriegen gefallenen deutschen und französischen Soldaten.

**22.1.1988** Anlässlich des 25. Jahrestages wird der Élysée-Vertrag um Zusatzprotokolle erweitert, die unter anderem zur Gründung eines gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsrats, eines Umwelt- und Kulturrats sowie eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats führen.



Gerhard Schröder

**30.5.1992** Der von Deutschland und Frankreich ins Leben gerufene Fernsehsender „Arte“ mit Sitz in Straßburg geht auf Sendung.

**5.1.1993** Das Eurocorps nimmt seinen Dienst am offiziellen Sitz in Straßburg auf, ihm gehören zu Beginn 40.000 Soldaten aus Deutschland und Frankreich an.

**21.2.1998** In Posen treffen sich erstmals die Präsidenten Frankreichs und Polens und der deutsche Bundeskanzler im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“.

**22.1.2003** Am 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages findet das erste Treffen des deutsch-französischen Ministerrates im Élysée-Palast statt. Seither kommen halbjährlich die Kabinette beider Staaten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Höhepunkt der Feierlichkeiten ist die erste gemeinsame Sitzung der Abgeordneten der Assemblée nationale und des Bundestages in Versailles. Unter anderem beschließen die Abgeordneten dort regelmäßige gemeinsame Präsidiumsitzungen, eine stärkere Kooperation von Ausschüssen sowie den Austausch von Beamten.



Angela Merkel

**8.7.2012** Bei einer Gedenkfeier in der Kathedrale von Reims erinnern Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident François Hollande an einen wichtigen symbolischen Akt der deutsch-französischen Freundschaft vor 50 Jahren. In der Kathedrale von Reims hatten am 8. Juli 1962 die beiden Staatsmänner de Gaulle und Adenauer gemeinsam an einer Messe teilgenommen und damit ihren Willen zur Versöhnung bekräftigt.



Kühle Temperaturen draußen – warme Stimmung im Reichstag



Gemeinsames Mittagessen im Paul-Löbe-Haus



Der Plenarsaal des Bundestages war extra umgebaut worden.



Die Parlamentspräsidenten Norbert Lammert und Claude Bartelone

# Mehr als eine runde Zahl

ÉLYSÉE-VERTRAG Deutsche und französische Abgeordnete begehen gemeinsames Jubiläum in Berlin

Neben dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle und dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer gibt es zwei „europäische Helden“, die viel zum Verständnis des Nachbarlandes und zur Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich beigetragen haben. Bei offiziellen Feierlichkeiten aber blieben sie bislang zu meist unerwähnt. Beim festlichen Mittagessen aus Anlass der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages im Paul-Löbe-Haus erinnert Gastgeber Bundestagspräsident Norbert Lammert auf besondere Weise an diese beiden „Europäer“: Er zitiert, was die beiden Gallier Asterix und Obélix in dem 1963 erschienenen Band „Asterix bei den Goten“ bei der Überschreitung des Rheins gesagt hatten: „Im Gotenland ist das Wetter scheußlich, das Klima unerträglich und das Essen ungenießbar.“ Zur Erheiterung der über 850 deutschen und französischen Abgeordneten kann der Bundestagspräsident aber dann doch erleichtert feststellen: „Die Welt hat sich gründlich verändert.“ Das beweist der eintägige Besuch der mehr als 350 französischen Abgeordneten in Berlin in vielerlei Hinsicht.

**Gegeneinladung** Zehn Jahre später sitzen einige von ihnen bei der Gegeneinladung nach Berlin wieder gemeinsam an runden, festlich gedeckten Tischen an einem Ort, der kaum gegensätzlicher sein könnte als das Schloss von Versailles, aber doch auch voller Symbolkraft. „Dieser Saal zeigt, dass Menschen, Männer und Frauen, die Geschichte verändern können“, sagt der französische Parlamentspräsident Claude Bartelone beim gemeinsamen Mittagessen. Ein Hauch von Geschichte weht auch, als deutsche und französische Abgeordnete nach dem Essen im Plenarsaal Platz nehmen. Er ist eigens für den Festakt umgebaut worden. Die traditionelle blaue Bestuhlung nach Fraktionen wurde durch schwarze, leichte Stuhlreihen ersetzt. Hinter dem Rednerpult haben an diesem Nachmittag die beiden Parlamentspräsidenten, der Direktor beim Bundestag Horst Risse und seine französische Kollegin

Corinne Luquens Platz genommen. Ein französischer Plenarassistent mit weißer Fliege und elegantem schwarzen Frack gießt für den ersten Redner ein Glas Wasser ein. Die Abgeordneten im Saal stehen dort in deutsch-französischen Grüppchen beieinander, Küsschen links und Küsschen rechts, viele machen noch schnell ein Erinnerungsfoto mit der Handkamera bevor um 14.16 Uhr der Gong ertönt. Alles erhebt sich und spontaner Applaus kommt auf. Die beiden Parlamentspräsidenten Norbert Lammert und Claude Bartelone sowie Bundespräsident Jo-

achim Gauck, Frankreichs Staatspräsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel werden kurz darauf mit anderen Vertretern der Verfassungsorgane zu einer Sonderstuhlleihe geleitet. Dann ein kurzer Moment der Stille, der spüren lässt, dass dies keine Sitzung wie jede andere ist. „Wer ein Gespür für die Bedeutung von 50 Jahren in der jüngeren europäischen Geschichte hat, kann das nicht nur für eine runde Zahl oder ein beliebiges Ereignis halten“, sagt der Bundestagspräsident zur Begrüßung. Er erinnert daran, dass es in jeder langjährigen, stabilen Beziehung „Phasen der Leidenschaft und der Vernunft“ gebe. Im Augenblick befänden sich beide Länder in einer „Phase der leidenschaftlichen Vernunft aus der romantischen Verliebtheit“. Lammert stellt fest: „Das muss kein Nachteil sein.“ Mit der Normalisierung der Beziehungen könnte man „sehr gut leben, besser als jemals zuvor in der deutschen Geschichte“. Auch der französische Staatspräsident François Hollande ruft ins Gedächtnis, dass „Deutschlands und Frankreichs Schicksale“ eng miteinander verbunden sind. Neben der Vergangenheit mahnt er „neue Perspektiven“ für die Zukunft an. Die Jugend und das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) spielen dabei für die beiderseitigen Beziehungen eine ganz besondere Rolle. Denn, warnt Hollande, „der Jugend droht die Krise“ und er kündigt eine weitere Harmonisierung der Berufsbildungssysteme an.

Um die deutsch-französische Freundschaft zu erhalten, bedarf es nach Meinung von Bundeskanzlerin Merkel immer auch der „Neugier auf den Nachbarn“. „Diese Neugier muss erhalten bleiben, von Generation zu Generation weitergeben werden“, fordert sie. Denn ein Vertrag könne eben nicht „befehlen, dies für den anderen zu interessieren“. Deutschland und Frankreich würden auch in Zukunft „eine gemeinsame Verantwortung verspüren, einmal für unsere beiden Länder, aber immer im Kontext von Europa“, sagt sie. Auch der Präsident der französischen Nationalversammlung, Claude Bartelone, ist sich sicher, man könne sich nur gemeinsam weiterentwickeln. Entscheidend sei dabei vor allem, das europäische Integrationsprojekt voranzubringen: „Die Seele unserer Freundschaft ist Europa.“ Angesichts der aktuellen Diskussion um die Eurokrise fordert er aber

auch mehr Wachstum: „Ohne Rückkehr zum Wachstum erreichen wir nichts in Europa.“ Wie viel in den beiderseitigen Beziehungen schon erreicht wurde, wo aber noch vieles verbessert werden kann, zeigt auch die anschließende Aussprache, in der die Vorsitzenden aller Fraktionen beider Parlamente zu Wort kommen.

Danach nehmen die Parlamentarier die Gemeinsame Erklärung (17/12100) an, in der die Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit beider Länder festgelegt sind. Während die vorherige Debatte schon fast an den politischen Alltag erinnert, kommt beim letzten Teil der Sitzung das auf, was im parlamentarischen Geschäft selten zu erleben ist: ein Moment des Innehaltens – und auch der Rührung. Sie ist einigen der Abgeordneten ins Gesicht geschrieben, als sie in Begleitung von fünf Bläsern erst die Marseillaise und dann die deutsche Nationalhymne singen.

**Kraft der Musik** Die verbindende Kraft der Musik empfinden viele Abgeordnete noch einmal beim anschließenden Konzert auf Einladung von Bundespräsident Gauck in der Berliner Philharmonie. Neben Beethovens Ouvertüre zu Goethes „Egmont“ erklingt dort Camille Saint-Saëns’ „Orgelsinfonie“. Beides Stücke, in denen Trauer und Freude, Zorn und Zärtlichkeit zum Ausdruck kommen – Musik, die bei jedem einzelnen Zuhörer seine ganz persönliche deutsch-französische Geschichte zum Klingen bringt. Der Bundespräsident wendet sich in seiner Rede vor allem an die anwesenden 150 deutschen und französischen Jugendlichen – Enkel und Urenkel der deutsch-französischen Freundschaft. Er freue sich, dass sie sich Krieg nicht mehr vorstellen könnten. „Politik kann und darf Geschichte nicht löschen“, mahnt Gauck. Sie könne aber „Widersprüche zähmen, Verbindendes entdecken und stärken, Gemeinsamkeiten gestalten“. Politik kann Raum schaffen für Begegnung, für Heilung und Versöhnung.

In diesem Sinne bittet er, an die Mitglieder der Assemblée nationale gewandt, eines als Gewissheit mit nach Paris zu nehmen: „Ja, wir Deutschen wollen Europa. Und eines ist sicher, wir wollen es immer und nur in tiefer und fester Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland.“

Annette Sach



Mehr als 850 deutsche und französische Abgeordnete kamen zur gemeinsamen Sitzung beider Parlamente in Berlin zusammen.

lik ist: der Halle des Paul-Löbe-Hauses. In dem großen kathedralenartigen Bau dominieren eigentlich Beton, Glas und Metall. An diesem Tag geben die festlich in Cremefarben gedeckten Tische, der rote Teppichboden und das warme Licht dem Raum eine festliche, fast heitere Atmosphäre. Von der großen Halle des Paul-Löbe-Hauses schaut man auf der einen Seite auf das Bundeskanzleramt, das nach der Wiedervereinigung gebaut wurde. Auf der anderen Seite fällt der Blick auf die Spree, wo auf der gegenüberliegenden Uferseite einst die Mauer mit Stacheldraht und

Corinne Luquens Platz genommen. Ein französischer Plenarassistent mit weißer Fliege und elegantem schwarzen Frack gießt für den ersten Redner ein Glas Wasser ein. Die Abgeordneten im Saal stehen dort in deutsch-französischen Grüppchen beieinander, Küsschen links und Küsschen rechts, viele machen noch schnell ein Erinnerungsfoto mit der Handkamera bevor um 14.16 Uhr der Gong ertönt. Alles erhebt sich und spontaner Applaus kommt auf. Die beiden Parlamentspräsidenten Norbert Lammert und Claude Bartelone sowie Bundespräsident Jo-

## Kinder des Élysée-Vertrages

PORTRÄTS Die Abgeordneten Andreas Mattfeld und Matthias Fekl erleben die deutsch-französischen Beziehungen auf sehr persönliche Weise – in ihren Familien

Sie führen ein anderes Leben, sprechen verschiedene Sprachen und gehören unterschiedlichen politischen Lagern an. Auf den ersten Blick haben der französische Abgeordnete Matthias Fekl (PS) und sein deutscher Kollege Andreas Mattfeld (CDU) nicht viele Gemeinsamkeiten. Dennoch eint beide eines: mit ihren deutsch-französischen Wurzeln und binationalen Familiengeschichten sind sie „Kinder des Élysée-Vertrages“ – ohne den Schulterschluss beider Länder wären ihre Leben anders verlaufen.

**Besonderer Vertrag** Andreas Mattfeld ist sich sogar ganz sicher: „Ohne den Élysée-Vertrag würde es mich nicht geben. Das ist definitiv so“, sagt er. Sein Vater kam 1968 im Rahmen einer Städtepartnerschaft nach Deutschland. Dort lernte er seine Mutter kennen und lieben. Im Jahr darauf, 1969, wurde Mattfeld in Verden an der Aller geboren. Seinen Vater und seine französische Familie hat der Industriekaufmann aber erst 35 Jahre später „kennen, schätzen und lieben gelernt“.

Auch Matthias Fekl wurde in Deutschland geboren, 1977 in Frankfurt am Main. Seine französische Mutter und sein deutscher Vater vermittelten ihm schon früh die Liebe zum Nachbarland jenseits des Rheins. Kindheit und Jugend verbrachte Fekl in West-Berlin. Eines der prägendsten Ereignisse deutscher Geschichte, den Fall der Mauer, hat er dort selber erlebt: „Am Morgen danach habe ich mit meinem Vater und meinem Bruder als Mauersprecher kleine Teile von der Mauer abgeschlagen“, erinnert er sich. Umso interessanter ist, wo Fekl seine Heimat sieht: „Ich fühle mich einfach als Franzose, auch wenn ich die doppelte Staatsbürgerschaft habe“, sagt er.

**Klassischer Karriereweg** Ein Beweis dafür ist auch sein klassisch französischer Karriereweg: Nach dem Abitur in Berlin studierte er an mehreren französischen Eliteuniversitäten und entschied sich für die Laufbahn eines Verwaltungsrichters. Als leitender Mitarbeiter und Berater, unter anderem vom französischen Senatspräsidenten Jean-Pierre Bel, lernte er das politische Geschäft von der Pike auf, sowohl in Paris, aber auch in der so genannten Provinz, seinem heutigen Wahlkreis Lot-et-Garonne im Süden Frankreichs. Mehr als 1.500 Kilometer nördlich hat Andreas Mattfeld seine politische Karriere begonnen.

Nach dem Abitur und einer Ausbildung zum Industriekaufmann arbeitete er mehrere Jahre lang in der Lebensmittelindustrie. 1990 trat der Vater zweier Töchter in die CDU ein. Seit 2009 sitzt er für die Partei im Bundestag. Sein französischer Vater, ein Journalist, hat ihm dabei geholfen, auch wenn der eigent-



Der deutsche Abgeordnete Andreas Mattfeld ist seit 2009 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

lich ein Anhänger von Präsident Hollande ist. Beide diskutieren gerne und leidenschaftlich über Politik. Nicht immer sind sie einer Meinung, aber er hilft dabei im Wahlkampf, meine Bilder aufzuhängen. Da sind eben die Familienbande“, sagt Mattfeld. Dabei erinnert er sich vor allem auch an seinen französischen Großvater. „Als er bei einem Familienfest neben mir saß, waren alle verwundert, in welchem gutem Deutsch er mit mir sprach.“ Der Großvater erzählte, dass er in den ersten Kriegswochen gefangen und zur Zwangsarbeit nach Thüringen geschickt worden war. In solchen Momenten denkt Mattfeld, dass sich sein deutscher und sein französischer Großvater im Krieg hätten begegnen und töten können. „Das hat schon etwas unwirkliches, wenn man heute darüber nachdenkt“, sagt er. Auch für Fekl hat die Erinnerung an die Geschichte eine starke Bedeutung. Er ist überzeugt: „Gedenkfeiern wie die zu Élysée-Vertrag sind wichtig und starke politische Zeichen. Aber sie sind

nicht ausreichend.“ Seiner Meinung nach braucht das deutsch-französische Verhältnis „starke neue Initiativen“. Als ein solches Projekt kann er sich beispielsweise einen deutsch-französischen Zivildienst vorstellen. Aber auch im Bereich der Forschung und in Fragen der Energiepolitik sieht der junge französische Parlamentarier eine Menge neues Potential.

**Seite an Seite** Gerade die Energiepolitik ist für den Abgeordneten Mattfeld ein Beispiel dafür, dass es trotz vieler bereits bestehender Kontakte zwischen beiden Ländern noch viel Erklärungsbedarf gibt. Sein französischer Vater etwa verstehe die „deutsche Angst gegenüber der Kernkraft überhaupt nicht“, erzählt er. Auch die Frage einer Rentenreform wird diesseits und jenseits des Rheins ganz anders diskutiert.

Trotz mancher Meinungsunterschiede „gibt es zwischen beiden Ländern einen enormen Vertrauensvorsprung, weil wir gleiche Interessenlagen haben“, weiß Mattfeld. Frankreich wisse gerade auch mit Blick auf die Situation in Mali, „dass sie uns in jedem Fall an ihrer Seite wissen. Und auch Fekl ist sich sicher: „Keine unserer beiden Nationen kann die Herausforderung der Zukunft alleine regeln. Zu zweit können Deutschland und Frankreich viel mehr erreichen.“

ahel







(links) und Claude Bartolone leiten die Sitzung.



Les députés chantent les hymnes nationaux.



La chancelière Merkel et président Hollande



Concert donné dans la Philharmonie de Berlin.

## CHRONIQUE

**22.1.1963** Charles de Gaulle, président de la République française, et Konrad Adenauer, chancelier fédéral, signent le traité de l'Élysée, fondateur de la coopération franco-allemande. Les parties conviennent d'organiser des rencontres régulières entre représentants gouvernementaux, d'accorder leurs politiques respectives dans le domaine des affaires étrangères, des affaires européennes et de la défense, et d'instaurer une coopération étroite dans le domaine de la culture et de la jeunesse. Une déclaration commune énonce les objectifs de l'entreprise : réconcilier deux États séparés par une rivalité séculaire, jeter les bases d'une amitié réelle entre les deux peuples, en particulier au sein de la jeunesse, et contribuer à l'édification d'une Europe unie.



Charles de Gaulle

**4/5.7.1963** Lors des premières consultations franco-allemandes tenues à Bonn, les partenaires décident de créer l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ). Depuis lors, huit millions de Français et d'Allemands ont pris part aux quelque 300.000 programmes d'échanges et rencontres organisés dans ce cadre.

**10.2.1972** Les deux parties conviennent de la création de lycées franco-allemands et d'un baccalauréat franco-allemand (l'ABIBAC). Cette initiative est suivie, en 1986, par la reconnaissance mutuelle de l'« Allgemeine Hochschulreife » allemande (certificat de fin d'étude permettant l'accès à l'enseignement supérieur) et du baccalauréat français.



François Mitterrand

**11.10.1983** Premier Parlement des jeunes franco-allemand : une centaine de jeunes Allemands et Français discutent avec les députés des deux parlements.

**22.9.1984** À Verdun, le président François Mitterrand et le chancelier fédéral Helmut Kohl honorent ensemble la mémoire des soldats français et allemands tombés au cours des deux Guerres mondiales.

**22.1.1988** À l'occasion des 25 ans de sa signature, le traité de l'Élysée est assorti de protocoles additionnels, qui président entre autres choses à la création d'un Conseil économique et financier, d'un Conseil environnemental et culturel et d'un Conseil de défense et de sécurité communs.



Jacques Chirac

**30.5.1992** La chaîne de télévision franco-allemande Arte commence à émettre depuis Strasbourg.

**5.1.1993** Depuis sa base de Strasbourg, l'Eurocorps entre en fonction. À sa création, il compte 40 000 soldats allemands et français.

**21.2.1998** À Poznan, les présidents français et polonais et le chancelier fédéral allemand se réunissent pour la première fois dans le cadre du " triangle de Weimar ".

**22.1.2003** À l'Élysée se tient la première réunion du Conseil des ministres franco-allemand, en marge des célébrations du 40e anniversaire de la signature du traité de l'Élysée. Depuis lors, les gouvernements des deux États tiennent une séance commune tous les six mois. Le point d'orgue des célébrations du 40e anniversaire est la séance conjointe des députés de l'Assemblée nationale et du Bundestag, réunis à Versailles. Les parlementaires y conviennent entre autres de la tenue de réunions régulières entre leurs Bureaux respectifs, d'une coopération entre les commissions parlementaires, ainsi que de l'échange de fonctionnaires entre les deux parlements.



François Hollande

**8.7.2012** Lors d'une cérémonie en la cathédrale de Reims, la chancelière fédérale, Angela Merkel, et le président François Hollande commémorent un événement hautement symbolique de l'amitié nouée entre la France et l'Allemagne 50 ans auparavant. Le 8 juillet 1962, MM. Charles de Gaulle et le chancelier Konrad Adenauer avaient assisté ensemble à une messe célébrée dans cette même cathédrale et affiché ce faisant leur volonté de réconciliation.

ahe

# Plus qu'un jubilé

## TRAITÉ DE L'ÉLYSÉE Un anniversaire qui réunit députés allemands et français à Berlin

Outre le président français Charles de Gaulle et le chancelier fédéral allemand Konrad Adenauer, il est « deux héros européens » qui ont grandement contribué à une meilleure compréhension du pays voisin et à l'amitié entre la France et l'Allemagne. Or, ils n'ont jusqu'ici guère été évoqués dans le cadre des célébrations officielles. Lors du déjeuner officiel donné dans le bâtiment Paul-Löbe à l'occasion du cinquantenaire du traité de l'Élysée, Norbert Lammert, hôte du jour en sa qualité de président du Bundestag, livre une évocation particulière de ces deux « Européens », en citant les propos tenus par Astérix et Obélix, les deux Gaulois, au moment de traverser le Rhin, dans l'album « Astérix chez les Goths » paru en 1963 : « Chez les Goths, le temps est infect, le climat insupportable et la nourriture immanquable. »

Sous les rires des députés français et allemands, le président du Bundestag fait alors, rassuré, le constat qui suit : « Le monde a profondément changé. » La visite d'un jour d'une délégation de plus de 350 députés français le démontre à maints égards.

**Moment d'Histoire** La neige et les températures glaciales qui accablent nos contrées en ce 22 janvier posent de fameux défis aux organisateurs, qui, à Paris comme à Berlin, pourrissent cette rencontre depuis des mois. Pourtant, lorsqu'à 11 h 14, la majorité des membres de l'Assemblée nationale atterrissent à Berlin à bord d'un Airbus 340, l'un des symboles de la coopération franco-allemande, l'ambiance est au beau fixe et à la joie de prendre part au grand événement. « C'est vraiment un moment chargé d'Histoire. Je suis ravi de pouvoir vivre cette journée », déclare William Dumas, député du Gard, à son arrivée à la portière Ouest du bâtiment du Reichstag, avant de se diriger vers l'étage où se réunissent les groupes parlementaires. L'heure est aux présentations, ou aux retrouvailles, avec les collègues allemands. Nombre de députés se connaissent grâce au travail conjoint accompli, par exemple, au sein des commissions des affaires européennes et de la défense ou des consultations semestrielles entre les gouvernements allemand et français – volet

important du traité de l'Élysée, mais aussi de la déclaration commune signée par les deux pays en 2003, lorsque les deux Parlements s'étaient réunis à Versailles pour célébrer le 40e anniversaire de la signature du traité. Dix ans plus tard, certains d'entre eux, ayant répondu à l'invitation allemande, se retrouvent réunis autour de tables rondes élégamment dressées dans le foyer du bâtiment Paul-Löbe. L'imposante construction, véritable cathédrale faite de béton, de verre et de métal, forme un ensemble qui ne saurait contraster davantage avec le château de Versailles, mais n'en est pas moins tout aussi chargé sur le plan symbolique. En ce jour, les tables parées

de cette séance n'est pas une séance comme les autres. Saluant l'assistance, le président du Bundestag déclare : « Celui qui a conscience de ce que représentent 50 ans dans l'Histoire européenne récente ne peut penser qu'il ne s'agit aujourd'hui que d'un jubilé, d'un événement comme il y en a tant. » Rappelant que toute relation stable et durable traverse des phases de passion et de raison, il constate que les deux pays se trouvent actuellement dans une « phase de raison passionnée plutôt que d'inclination romantique » et que « cela ne doit pas être considéré comme un handicap ». La normalisation des relations est à ses yeux une évolution dont « on s'accorde parfaitement, mieux que jamais auparavant dans l'Histoire de l'Allemagne. » Le président français, François Hollande, rappelle lui aussi que « les destins de la France et de l'Allemagne » sont étroitement liés. Dépassant l'éloge du passé, il appelle à ouvrir de « nouvelles perspectives » pour l'avenir. En la matière, la jeunesse et l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) ont joué un rôle tout particulier dans les relations entre les deux pays. Or, avertit encore M. Hollande, la jeunesse est frappée par la crise. Il annonce dès lors la poursuite de l'harmonisation des systèmes de formation professionnelle.

De dans la salle, les députés, réunis en petits groupes franco-allemands, distribuent main-

tenant cette séance n'est pas une séance comme les autres. Saluant l'assistance, le président du Bundestag déclare : « Celui qui a conscience de ce que représentent 50 ans dans l'Histoire européenne récente ne peut penser qu'il ne s'agit aujourd'hui que d'un jubilé, d'un événement comme il y en a tant. » Rappelant que toute relation stable et durable traverse des phases de passion et de raison, il constate que les deux pays se trouvent actuellement dans une « phase de raison passionnée plutôt que d'inclination romantique » et que « cela ne doit pas être considéré comme un handicap ». La normalisation des relations est à ses yeux une évolution dont « on s'accorde parfaitement, mieux que jamais auparavant dans l'Histoire de l'Allemagne. » Le président français, François Hollande, rappelle lui aussi que « les destins de la France et de l'Allemagne » sont étroitement liés. Dépassant l'éloge du passé, il appelle à ouvrir de « nouvelles perspectives » pour l'avenir. En la matière, la jeunesse et l'Office franco-allemand pour la jeunesse (OFAJ) ont joué un rôle tout particulier dans les relations entre les deux pays. Or, avertit encore M. Hollande, la jeunesse est frappée par la crise. Il annonce dès lors la poursuite de l'harmonisation des systèmes de formation professionnelle.

**Responsabilité commune** Prenant la parole, la chancelière fédérale, Mme Merkel, juge que la pérennité de cette amitié passe par la curiosité à l'égard du voisin. « Cette curiosité, ajoute-t-elle, il faut la préserver [...] et la transmettre de génération en génération. En effet, si quelqu'un n'est pas curieux, ce n'est pas par un traité qu'on pourra lui ordonner de s'intéresser aux autres. » Poursuivant son allocution, elle déclare « que l'Allemagne et la France éprouveront encore à l'avenir une même responsabilité commune – vis-à-vis de nos deux pays mais aussi et toujours dans le contexte européen. Claude Bartolone, président de l'Assemblée nationale française, se dit lui aussi convaincu que les deux pays ne pourront progresser qu'ensemble. Pour ce faire, il convient avant toute chose de faire avancer l'intégration européenne : « l'âme de notre amitié, c'est l'Europe ! » Mais, face au débat suscité par la crise de l'euro, il appelle aussi à davantage de croissance : « sans le retour à la croissance, rien n'est possible en



Quatre présidents : Claude Bartolone, président de l'Assemblée nationale, le président français François Hollande, le président du Bundestag, Norbert Lammert et le président fédéral Joachim Gauck (de gauche à droite).

de nappes de couleur crème, la moquette rouge et la lumière chaude confèrent pourtant au lieu une atmosphère festive, presque chaleureuse. Depuis le foyer du bâtiment Paul-Löbe, on peut apercevoir d'un côté la Chancellerie fédérale, construite après la réunification, et de l'autre la Spree. Sur la rive d'en face se dressait autrefois le Mur, avec ses barbelés et ses postes de tir automatique. Durant le déjeuner, Claude Bartolone, président de l'Assemblée nationale, déclare que ce lieu est la démonstration que les hommes et les femmes peuvent changer l'Histoire. Le

tes acrobaties et nombre d'entre eux prennent rapidement une photo-souvenir à l'aide de leur téléphone portable avant que ne retentisse le gong, sous le coup de 14 h 16. Tous se lèvent et applaudissent spontanément. Les présidents Lammert et Bartolone, le président fédéral Joachim Gauck, le président français François Hollande et la chancelière fédérale Angela Merkel sont alors conduits, en compagnie de représentants des pouvoirs publics constitutionnels, vers une rangée de sièges leur étant réservée. Vient ensuite un bref moment de silence, comme si tous sentaient que

## Les enfants du Traité d'Élysée

**PORTRAITS** Andreas Mattfeldt et Matthias Fekl vivent la relation franco-allemande de manière très personnelle - dans leurs familles

La vie qu'ils mènent, les langues qu'ils parlent et leurs appartenances politiques sont différentes. À première vue, le député français Matthias Fekl (PS) et son collègue allemand Andreas Mattfeldt (CDU) n'ont guère de points communs, mais une chose les unit : tous deux ont des racines franco-allemandes et une histoire familiale binationale qui en font des « enfants du Traité de l'Élysée » – sans le rapprochement entre les deux pays, leurs vies auraient pris une tournure différente. Andreas Mattfeldt en est même fermement convaincu : « Sans le Traité de l'Élysée, je n'existerais pas, cela ne fait aucun doute ». Son père, venu en 1968 en Allemagne dans le cadre d'un jumelage, y tomba amoureux de sa mère. L'année suivante, en 1969, Andreas Mattfeldt naissait à Verden au der Aller. Cet agent technico-commercial, père de deux enfants, a dû attendre trente-cinq ans avant de pouvoir « connaître, apprécier et aimer » son père et sa famille française.

**Enfance en Allemagne** Matthias Fekl, lui aussi, est né en Allemagne, à Francfort-sur-le-Main, en 1977, d'une mère française et d'un père allemand qui lui ont inculqué très tôt l'amour du pays voisin. Matthias Fekl a grandi à Berlin-Ouest, où il a vécu l'un des événements les plus marquants de l'histoire de l'Allemagne, la chute du Mur : « Le lendemain,

avec mon père et mon frère, nous sommes allés arracher des fragments du Mur », se rappelle-t-il. Il est d'autant plus intéressant de voir où Matthias Fekl situe sa patrie : « Je me sens Français, tout simplement, même si j'ai la double nationalité », déclare le jeune député. Affirmation corroborée par son parcours typiquement français : après sa scolarité et son baccalauréat obtenu à Berlin, il a franchi le Rhin et enchaîné les grandes écoles avant de s'engager dans une carrière de magistrat administratif. Proche collaborateur et conseiller de plusieurs personnalités politiques, dont Jean-Pierre Bel, président du Sénat, il a appris le métier sur le tas, à Paris, mais aussi en province, dans sa circonscription actuelle du Lot-et-Garonne.

**Liens familiaux** C'est à plus de 1.500 km de là, dans le nord de l'Allemagne, qu'Andreas Mattfeldt a fait ses premiers pas en politique. Titulaire du baccalauréat et d'une formation d'agent technico-commercial, il a travaillé plusieurs années dans l'industrie alimentaire. Membre de la CDU depuis 1990, il a été élu au Bundestag en 2009. Son père français, journaliste, l'y a aidé, alors qu'il est plutôt partisan du président Hollande. Le père et le fils ont souvent des discussions passionnées sur la politique. Ils ne sont pas

toujours du même avis, « mais il m'aide à coller mes affiches pendant la campagne électorale. C'est ça, justement, les liens familiaux », déclare Andreas Mattfeldt. Il se souvient aussi de son grand-père français : « Pendant une fête de famille, nous étions assis l'un à côté de l'autre, et tout le mon-



Depuis 2012 Matthias Fekl est membre de l'Assemblée nationale

de a été étonné de voir qu'il parlait si bien allemand. » Le grand-père raconta alors qu'il avait été fait prisonnier pendant les premiers semaines de la guerre et envoyé au travail forcé en Thuringe, dans le centre de l'Allemagne. C'est dans des moments comme ceux-là qu'Andreas Mattfeldt pense que ses deux grands-pères, l'Allemand et le Français, auraient pu se rencontrer et se tuer : « C'est quand même un peu irréel quand on y pense aujourd'hui. » Pour Matthias Fekl aussi, il est très important d'entretenir la mémoire historique. Il en est convaincu : « Les commémorations comme celle du Traité de l'Élysée sont importantes, ce sont des signaux politiques forts, mais elles ne suffisent pas. » Selon lui, les relations franco-allemandes ont besoin de « nouvelles initiatives fortes », de projets comme un service civique franco-allemand, par exemple. Le jeune élu français estime qu'il existe aussi des perspectives prometteuses dans la recherche ou en matière de politique énergétique.

Pour le jeune député Matthias Mattfeldt, ce dernier domaine est emblématique du fait qu'en dépit des nombreux contacts établis entre les deux pays, un important travail d'explicitation reste à faire. Son père français, par exemple, ne comprend « pas du tout la peur des Allemands face à l'énergie nucléaire », et la réforme des retraites donne lieu à un débat très différent des deux côtés du Rhin.

**Gands enjeux** Malgré certaines divergences d'opinion, « les deux pays s'accordent un énorme crédit de confiance, car nous avons les mêmes intérêts », indique-t-il, ajoutant que la France sait, notamment en ce qui concerne la situation au Mali, que l'Allemagne est à ses côtés. Matthias Fekl, lui aussi, en est certain : « Aucun de nos deux pays ne peut régler à lui seul les grands enjeux. À deux, l'Allemagne et la France pourront réaliser bien plus de choses que seules. »

traduction : Philippe Beaudonnet

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Auch totgeborene Kinder mit einem Gewicht unter 500 Gramm können künftig in die Personenstandsbücher aufgenommen werden.

# Ein Kind ist keine Sache

**FAMILIE** Bundestag beschließt einstimmig Neuregelungen für »Sternenkinder« und für Intersexuelle

Was sie gefühlt hat, als am Donnerstagabend dann alles geschafft war, das kann Barbara Martin gar nicht recht in Worte fassen. „Glücklich und überwältigt“ sei sie, „aber jetzt müssen wir das alles erst einmal sacken lassen“. Denn bei aller Begeisterung: In die Freude darüber, dass ihre Petition es nach langem Kampf schließlich in ein Gesetz geschafft hat, mischt sich auch die Trauer über den Grund ihres Anliegens. Barbara Martin hat drei Kinder verloren – auf dem Papier aber ist sie bislang nur Mutter von einem von ihnen. Zwei ihrer Kinder wurden mit einem Gewicht knapp unter 500 Gramm tot geboren. Rein rechtlich existierten sie bis dato nicht; es gibt für sie keine Personenstandsurkunde, ins Stammbuch der Familie wurden sie nicht eingetragen. Für Barbara Martin und ihren Mann ein fürchterlicher Zustand. „Für uns waren diese Kinder real und haben verdient, auch von der Gesellschaft und vom Staat als wirkliche Kinder anerkannt zu werden.“ Das Ehepaar initiierte eine Petition, in der sie forderten, dass auch totgeborene Kinder unter 500 Gramm, die bislang als Fehlgeburten definiert wur-

den, in die Personenstandsbücher eingetragen werden können. Mehr als 40.000 Menschen unterstützten mit ihrer Unterschrift das Anliegen der Martins, auch Familienministerin Kristina Schröder (CDU) zeigte sich tief beeindruckt. Sie könne „das tiefe Bedürfnis der Eltern so gut verstehen, ihren Kindern einen Namen zu geben und damit auch deutlich zu machen: Wir sind Mutter und Vater, auch wenn unsere Kinder nicht mehr leben“, gab die Familienministerin anlässlich der ersten Debatte zur Änderung des Personenstandsrechts im Januar zu Protokoll. Eine Neuregelung werden den Schmerz nicht lindern, den der Verlust eines Kindes bedeute. „Aber sie ermöglicht Eltern wenigstens einen würdigen Abschied von ihrem Kind.“ Eine solche Neuregelung hat der Bundestag nun einstimmig beschlossen (17/10489, 17/12192). 15.000 Menschen besuchten am Abend der Abstimmung die Facebook-Seite von Martins Initiative, viele verfolgten die Abstimmung per Live-Stream. Mit dem Votum der Abgeordneten können die Eltern so genannter Sternenkinder die Existenz ihrer Kinder bei den Standesämtern beurkun-

den lassen und haben damit auch das uneingeschränkte Recht, sie auf einem Friedhof bestatten zu lassen. Nötig ist dafür lediglich die Bescheinigung eines Krankenhauses, dass eine Geburt stattgefunden hat. Einen Stichtag gibt es nicht: Sofern der Nachweis über die Kinder möglich ist, können auch Geburten, die viele Jahre zurückliegen, beurkundet werden. „Damit zählen die Kinder der vielen betroffenen Eltern endlich wirklich zu deren Familien. Das ist unglaublich wichtig“, sagt Barbara Martin. **LoB der Opposition** Auch Abgeordnete aller Fraktionen unterstrichen, dass mit dieser Möglichkeit den Wünschen vieler tausender trauernder Eltern Rechnung getragen würde. Es sei wichtig, argumentierte Stefanie Vogel-sang (CDU), dass auch Menschen, die tot mit einem Gewicht unter 500 Gramm zur Welt kommen, „als Menschen, als Personen behandelt werden und nicht als Sache oder gar Klinikmüll“. Manuel Höferlin (FDP) betonte, es sei „nicht hinnehmbar“, dass diese Kinder bisher „für den Staat rechtlich nicht existiert“ hätten und ihnen zum Teil sogar die Bestattung verweigert worden sei. Barbara Martin ist froh, dass sich dies nun ändert. Sie ist überzeugt davon, dass künftig auch die Kliniken, „für die diese Kinder nun keine Sache und schon gar kein Müll mehr sind, anders mit den Eltern umgehen – einfach würdevoller“. Doch nicht nur für die Sternenkinder-Eltern wurde in der vergangenen Woche das Perso-

nenstandsrecht geändert. So soll es künftig möglich sein, bei Kindern, die ohne klar Geschlechtszugehörigkeit zur Welt kommen – sogenannte Intersexuelle –, Einträge ins Register ohne Angaben zum Geschlecht zu machen. Die Opposition begrüßte, dass sich die Koalition doch noch zu diesem Schritt entschlossen habe. Es sei „gut und richtig, dass es hier nun eine neue Regelung gibt“, sagte Gabriele Fograscher (SPD). Ulla Jelpke (Die Linke) argumentierte, damit werde der Druck von den Eltern genommen, bald nach der Geburt „geschlechtsangleichende Operationen an ihrem Kind vornehmen zu lassen“. Jelpke bedauerte allerdings, dass man nicht dem Vorschlag des Ethikrates gefolgt sei, neben „männlich“ und „weiblich“ als neue Geschlechtskategorie „anderes“ einzuführen. Konstantin von Notz (Grüne) betonte, das Personenstandsrecht werde so geändert, „dass ein Eintrag des Geschlechts in der Geburtsurkunde auch der Existenz von intersexuellen Menschen angemessen Rechnung trägt“. *Susanne Kailitz*

Der Bundestag soll nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition am 22. September 2013 gewählt werden. Darauf verständigten sich die Spitzen von Union und FDP vergangene Woche bei einer Sitzung des Koalitionsausschusses. Endgültig festgelegt wird der Termin der Bundestagswahl von Bundespräsident Joachim Gauck in Abstimmung mit der Bundesregierung. Während in Hessen am Tag der Bundestagswahl auch der Landtag neu gewählt werden soll, ist für die Landtagswahl in Bayern der 15. September vorgesehen. *sto*

**KURZ NOTIERT**

**Bundestagswahl soll am 22. September stattfinden**

Der nächste Bundestag soll nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition am 22. September 2013 gewählt werden. Darauf verständigten sich die Spitzen von Union und FDP vergangene Woche bei einer Sitzung des Koalitionsausschusses. Endgültig festgelegt wird der Termin der Bundestagswahl von Bundespräsident Joachim Gauck in Abstimmung mit der Bundesregierung. Während in Hessen am Tag der Bundestagswahl auch der Landtag neu gewählt werden soll, ist für die Landtagswahl in Bayern der 15. September vorgesehen. *sto*

**Grüne wollen UN-Konvention im Wahlrecht umsetzen**

Die Grünen-Fraktion hat einen Gesetzentwurf „zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Wahlrecht“ (17/12068) vorgelegt, über den der Bundestag vergangene Woche in erster Linie beriet. Der Vorlage zufolge sind nach dem Bundes- und dem Europawahlgesetz „all jene Menschen pauschal vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer oder eine Betreuerin bestellt ist“. Ebenfalls ausgeschlossen seien Menschen, die eine Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit begangen haben und aufgrund dessen in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Beide Ausschlusskriterien sollen nach dem Willen der Grünen gestrichen werden. Sie seien nach geltenden menschenrechtlichen Standards nicht zu rechtfertigen und stünden „im Widerspruch zu den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, die seit 2009 in der Bundesrepublik geltendes Recht sei. *sto*

**Bundesrat will Bildungs- und Teilhabepaket ändern**

Der Bundesrat will einzelne Regelungen zum sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ändern. Deshalb hat er einen entsprechenden Gesetzentwurf (17/12036) in den Bundestag eingebracht, der vergangene Donnerstag in erster Lesung im Plenum beraten wurde. Die Länderkammer argumentiert, dass die Erfahrungen der Praxis der vergangenen zwei Jahre gezeigt hätten, „dass die derzeitigen Regelungen an einigen Punkten zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führen und die Inanspruchnahme ungewollt erschweren“. *ver*

**Neurungen für privat Krankenversicherte**

Bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Bundestag am 31. Januar einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften (17/11469) in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung (17/12199) angenommen. Danach können unter anderem privat Krankenversicherte künftig vom Versicherer jederzeit eine Umstellung des Vertrags in den Basisstarif ohne Selbstbehalt verlangen, wenn der im Basisstarif vereinbarte Selbstbehalt den Beitrag nicht angemessen verringert. Der Vertrag muss innerhalb von drei Monaten umgestellt werden. Die Kündigungsfrist wird von einem auf zwei Monate verlängert. *ver*

**STICHWORT**

**PERSONENSTANDSRECHT – Zentrale Neuregelungen:**

- > **Totgeburten:** Tot geborene Kinder mit einem Gewicht unter 500 Gramm können künftig in die Register aufgenommen werden. Auf Wunsch der Eltern ist eine Beurkundung durch die Standesämter möglich. Nötig ist nur der Nachweis der Geburt; einen Stichtag gibt es nicht.
- > **Intersexuelle:** Bei Kindern, die ohne eindeutige Geschlechtszugehörigkeit zur Welt kommen, ist es möglich, im Register auf eine Geschlechtsangabe zu verzichten.
- > **Weißer Karteikarten:** Die sogenannten weißen Karteikarten mit Angaben zu nichtehelich geborenen oder adoptierten Kindern der Jahrgänge 1970 bis 2009 werden künftig an die Bundesnotarkammer übermittelt und dort verwaltet. Dies soll den Schutz dieser Kinder im Erbrecht garantieren.



Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

## Streit um Datenauskunft

**INNERES** FDP will Regierungsentwurf nachbessern

Die Pläne der Bundesregierung zur Neuregelung der sogenannten Bestandsdatenauskunft stoßen auch innerhalb der schwarz-gelben Koalition auf Bedenken. Der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12034) müsse in den parlamentarischen Beratungen noch verändert werden, gab FDP-Fraktionsvize Gisela Piltz vergangene Woche im Bundestag zu Protokoll. Scharfe Kritik an dem Regierungsentwurf kam aus den Reihen der Opposition. Mit der Neuregelung sollen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden. Das Gericht hatte im Januar 2012 die bisherigen Regelungen für die Bestandsdatenauskunft nur noch übergangsweise bis längstens zum 30. Juni 2013 für anwendbar erklärt (1 BvR 1299/05). Nach diesen Regelungen müssen Telekommunikationsanbieter den zuständigen Stellen Auskunft zu bei ihnen gespeicherten Kundendaten geben, wenn dies etwa zur Strafverfolgung erforderlich ist. Bestandsdaten sind dabei Name und Anschrift sowie weitere Kontaktda-

ten des Inhabers eines Telekommunikationsanschlusses, aber auch Zugangsdaten wie die Handy-PIN-Nummer. Nicht dazu zählen die bei der eigentlichen Telekommunikation anfallenden Verbindungsdaten. **»Verbesserungsbedarf«** Armin Schuster (CDU) wertete die Bestandsdatenauskunft in der ersten Lesung des Entwurfs als „unverzichtbares Instrument der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung“, das es zu erhalten gelte. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), versicherte, mit der Vorlage würden keine neuen Befugnisse für Strafverfolgungs- oder Sicherheitsbehörden geschaffen. Vielmehr beschränke sie sich auf die Umsetzung der Karlsruher Vorgaben. Piltz sah indes in mehreren Punkten „Verbesserungsbedarf“. Der SPD-Innenexperte Michael Hartmann kündigte an, seine Fraktion werde keiner Regelung zustimmen, „die Maßnahmen ohne Richtervorbehalt vorsieht, keine Benachrichtigungspflichten definiert und die einschlägigen Delikte nicht begrenzt“. Für Die Linke kritisierte ihr Abgeordneter Jan Korte den Entwurf als „schwammig und intransparent“. Der Grünen-Parlamentarier Konstantin von Notz monierte, die Regierung liefere eine „nahezu ignorant indifferente Umsetzung der Vorgaben“ des Verfassungsgerichts. *sto*

## »Noch mehr Transparenz«

**PARTEIEN** Linke und Grüne wollen Spenden begrenzen

Die Koalition hat Vorstöße der Links- und der Grünen-Fraktion für eine Begrenzung von Parteispenden zurückgewiesen. Zugleich zeigten sich Vertreter der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion am Freitag bereit, über eine Stärkung der Transparenz etwa beim Parteien-Sponsoring zu sprechen. Die Abgeordneten debattierten in erster Lesung über einen Gesetzentwurf der Grünen zur Änderung des Parteiengesetzes (17/11877). Darin schlägt die Fraktion vor, eine Obergrenze für Spenden bei 100.000 Euro festzuschreiben und Spenden juristischer Personen generell zu verbieten, „um einen übermäßigen Einfluss wirtschaftlicher Interessengruppen zu verhindern“. Ferner soll der Vorlage zufolge unter anderem klargestellt werden, „dass Sponsoring nur dann nicht unter den Spendenbegriff fällt, wenn sich Leistung (Geldzuwendung) und Wert des Sponsorings wirtschaftlich die Waage halten“. Dem Parlament lag zugleich ein Antrag der Linksfraktion (17/9063) vor, in dem unter anderem ein Verbot von Spenden durch juristische Personen sowie ein Verbot des Sponsorings von Parteien gefordert wird. Ferner soll die Spendenhöhe für natürliche Personen der Vorlage zufolge auf 25.000 Euro jährlich begrenzt werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Volker Beck, sagte, die Parteienfinanzierung müsse auf „transpa-

rentere Füße“ gestellt werden. Die Bürger müssten darauf vertrauen können, „dass sich niemand Parteien oder Politik kaufen kann“. Auch Raju Sharma (Die Linke) warnte vor dem Eindruck, Politik werde gekauft. Er verwies darauf, dass seine Partei keine Unternehmensspenden annehme und ihre Parteitage auch nicht sponsern lasse. **»Schlicht verfassungswidrig«** Der CDU-Abgeordnete Armin Schuster sagte, ein Spenden- und Sponsoring-Verbot für Unternehmer sei „schlicht verfassungswidrig“. Es gehöre zur „Entscheidungsfreiheit von Bürgern wie Unternehmen, Spenden zu leisten.“ „Eventuell gerechtfertigt“ könne es indes sein, „reguläres Großsponsoring ähnlich wie auch Großspenden anderen Offenlegungserfordernissen zu unterwerfen“. Der FDP-Parlamentarier Stefan Ruppert betonte, dem Grundgesetz entspreche es, dass sich auch die Wirtschaft an der Parteienfinanzierung beteilige. Dabei gebe es „ein hohes Maß an Transparenz“, doch sei er bereit, im einen oder andern Fall „für noch mehr Transparenz zu sorgen“. Auch die SPD-Abgeordnete Gabriele Fograscher lehnte ein Spendenverbot für juristische Personen ab. Eine Begrenzung in Höhe von etwa 100.000 Euro scheine indes sinnvoll. „Spenden von Unternehmensverbänden sollten jedoch ausgeschlossen werden“. *sto*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Ein NPD-Anhänger bei einer Demonstration im November 2012 in Frankfurt (Oder)

# Viele Bedenken

**NPD-Verbot** Der Bundestag hat sich erstmals nach dem Verbotsantrag des Bundesrates mit dem Thema beschäftigt

Der Bundesrat hat Druck aufgebaut. Spätestens seitdem sich die Länderkammer im Dezember des vergangenen Jahres dafür entschieden hat, beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die NPD zu stellen, wartet die Öffentlichkeit gespannt, wie sich Bundesregierung und Bundestag in dieser Frage positionieren würden. Die Abgeordneten des höchsten Verfassungsorgans haben sich nun am vergangenen Freitag in einer Plenardebatte mit dem Thema beschäftigt. Einig war man sich dabei in der Feststellung, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei ist. Ob jedoch der Deutsche Bundestag ebenfalls einen Verbotsantrag gegen die NPD stellen sollte, war in der Debatte umstritten. Während der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, sich für einen solchen Antrag aussprach und dem Vorhaben gute Chancen einräumte, äußerten sich Redner von Unions- und FDP-Fraktion skeptisch, was die Erfolgchance des Antrags, aber auch die Wirksamkeit eines eventuellen Verbotes angeht. Grünen- und Linksfraktion stehen einem Verbotsantrag zwar grundsätzlich positiv gegenüber, räumten aber ein, dass es Bedenken hinsichtlich des dem Antrag zugrundeliegenden Materials gebe. Wortlos blieb die Bundesregierung.

**SPD optimistisch** Der Bundesrat habe sich seine Entscheidung für ein Verbot nicht leicht gemacht, sagte Oppermann. Nun müssten Bundesregierung und Bundestag entscheiden, ob sie dem folgen wollten. Seine Fraktion habe daher einen Antrag (17/12168) mit der Forderung vorgelegt, dass sich der Innenausschuss mit der Materialsammlung beschäftigen und eine Empfehlung aussprechen solle. Oppermann gab

enthalten, die Frage der Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Wahlkampf zu ziehen. „Das ist der Sache nicht dienlich“, befand der FDP-Politiker. Wolff räumte ein, dass gegebenenfalls auch ein Parteienverbot zur wehrhaften Demokratie gehöre. Es stelle sich aber die Frage, ob man mit einem Verbot nicht nur die Hülle beseitige, während das Grundproblem weiter bestehe.

**Regierung wortlos** Die Gefährlichkeit der NPD rühre aus dem Zusammenwachsen mit der freien Szene, aus der Gewalttätigkeit und dem „arbeitsteiligen Vorgehen“, sagte Wolfgang Wieland (Grüne). Er persönlich sei zwar leidenschaftlich für ein Verbot. Zugleich erkenne er jedoch an, dass es „respektable Argumente“ dagegen gebe. Wieland warnte davor, diese Frage für „parteipolitische Geplänkel“ zu nutzen. Durch das Vorgehen des Bundesrates sei der Bundestag verpflichtet, sich eine Meinung zu bilden. Volker Beck, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, zeigte sich besorgt, dass ein Verbot scheitern könne. Unsicher sei bereits, ob das vorliegende Material gegen die Rechtsextremisten die Hürde in Karlsruhe nehmen werde. Nach Ansicht Beck ist es auch zweifelhaft, ob der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein Verbot nachträglich billigen würde.

Von der Bundesregierung war im Verlauf der Debatte nichts zu erfahren. Die zuständigen Minister für Inneres und Justiz, Hans-Peter Friedrich (CSU) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), haben beide erhebliche Vorbehalte gegen das Verbotverfahren. Die Bundesregierung will im März ihre Haltung festlegen. Friedrich und Leutheusser-Schnarrenberger verfolgten die eineinhalbstündige Debatte im Bundestag, ergriffen aber zum Ärger der SPD-Fraktion selber nicht das Wort.  *Götz Hauding*

## Chaos im Sicherheitsapparat

**NSU-AUSSCHUSS** Blick auf die Thüringer Fahndung

Die brisante Frage steht unausgesprochen hinter jedem Wortwechsel im NSU-Untersuchungsausschuss mit den aus Thüringen angereisten Zeugen: Hätten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe nach ihrem Untertauchen schon Ende der 1990er Jahre entdeckt werden können? Mutmaßlich wäre es dann nicht zu zehn Morden an türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin zwischen 2000 und 2007 gekommen.

Zum NSU mutierte das Trio erst im Laufe der Zeit nach dem Januar 1998: Damals verschwand die Gruppe während der Durchsuchung mehrerer Garagen in Jena, bei der sich Bombenmaterial fand. All das, was vergangene Woche über Pannen, Fehlgänge, Desorganisation, Informationslücken und Blockaden beim Landeskriminalamt (LKA) wie beim Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) publik wird, lässt die Mitglieder des Untersuchungsausschusses zuweilen konsterniert dreinblicken.

Das Team des Zielfahnders Sven Wunderlich galt beim LKA als effiziente Elitetruppe. Doch Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe waren einfach nicht zu packen. Der Zeuge erhebt schwere Vorwürfe gegen den Geheimdienst, aber auch gegen die eigene Behörde. So könne er sich „nicht erklären“, warum ihm die LKA-Ermittler jene Liste mit Kontaktadressen, die bei der Garagenaktion auftauchte, seinerzeit nicht ausgehändigt hätten. „Mit Erschrecken“, besonders wegen des Vermerks zu potenziellen Aufenthaltsorten des Trios, habe er diese Liste erstmals in den Medien gesehen. Egon Luthardt, von 1997 bis 2000 LKA-Chef, räumt bei seinem Auftritt ein, dass „die Zielfahnder oft allein gelassen wurden“. Zu seinem Erstaunen fand Wunderlich die ominöse Adressenliste einige Tage vor seiner Vernehmung im Ausschuss plötzlich in den einst von ihm angelegten Akten. Mehrere Abgeordnete äußern den Verdacht, die Dokumente könnten nachträglich „frisirt“ worden sein. Schlagkräftig scheint das LKA nicht gewesen zu sein. Luthardt war offenbar ein Chef ohne große Autorität. Die kommissarische Leitung übernahm er eher wider-

willing, nach seinen Worten wurde aus dem Thüringer Landes-Innenministerium öfter an ihm vorbei in seine Behörde hineingehandelt. In Thüringen „waren viele Türen für mich verschlossen“, meinte Egon Luthardt vor den Abgeordneten. Beim Landeskriminalamt seien im Jahr 1997 viele Planstellen unbesetzt gewesen, das Personal habe über wenig Berufserfahrung verfügt.

„Wir waren sehr nah dran, aber wir kamen immer zu spät“, bilanziert Luthardt die ergebnislose Fahndung. Wegen dieses Fiaskos bekommt der Geheimdienst sein Fett weg. Hinweise auf Aufenthaltsorte des Trios hätten existiert, so Luthardt, „aber die waren nicht bei uns“. Die Informationen des Landesamtes für Verfassungsschutz seien „gering, dünn, spärlich“ gewesen, kritisiert Wunderlich: „Man hat uns ausgetrickst.“ Empört zeigt sich der Zeu-

ge, dass der Geheimdienst nichts über das Bemühen der Zelle mitgeteilt habe, sich Waffen zu besorgen: „Das hätte für uns tödlich sein können.“ Die Fahnder hätten angenommen, bei der Gruppe handele es sich nur um junge Leute, „die in Garagen Blödsinn machen“. Nun hat aber jüngst der ehemalige LfV-Vize Peter Jörg Nocken gegenüber den Parlamentariern beteuert, man habe das LKA umfassend über eigene Erkenntnisse unterrichtet. Der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy sagt über die widersprüchlichen Aussagen: „Einer hat gelogen.“

Verblüfft ist das Bundestags-Gremium über Wunderlichs Hinweis, das LfV habe die Fahnder gemahnt, bei ihrer Suche im rechtsextremen Milieu „nicht für Unruhe zu sorgen“. Beim LKA keimte sogar der Verdacht, der Geheimdienst behindere bewusst die Fahndung, um V-Leute zu schützen. Laut Ex-LKA-Chef Luthardt existierten dafür aber keine Belege. Der Vater von Mundlos erzählte Wunderlich, Zschäpe sei eine „Quelle“ des Landesamtes für Verfassungsschutz. Der fand diese These „sehr glaubwürdig“, überprüfte den Verdacht indes nicht näher. Der Ausschuss staunt. *Karl-Otto Sattler*

»Wir waren sehr nah dran, aber kamen immer zu spät.«

Egon Luthardt, Ex-LKA-Chef in Thüringen

»Das LfV hat gemahnt, im Milieu nicht für Unruhe zu sorgen.«

Sven Wunderlich, LKA-Zielfahnder

Anzeige

Frieden ist schön

... macht aber viel Arbeit

Konflikte friedlich regeln, Gewalt ohne militärische Mittel eindämmen: Das ist das Ziel des Zivilen Friedensdienstes (ZFD). Daran arbeiten mehr als 250 ZFD-Fachkräfte in über 40 Ländern.

Für politische Bildung und Friedensarbeit hat der ZFD eine Posterausstellung, Informations- und Unterrichtsmaterialien entwickelt, die Sie online bestellen können: [www.ziviler-friedensdienst.org](http://www.ziviler-friedensdienst.org)

**zfd** Ziviler Friedensdienst  
Wir scheuen keine Konflikte.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

mit freundlicher Genehmigung der Karl Valentin-Erbin hinsichtlich des Original Karl Valentin-Zitates: „Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“





# Eine Frage der Ehre

**FAIRER HANDEL** Seit den jüngsten Bränden in asiatischen Textilfabriken ist ein altes Streitthema Gegenstand neuerlicher Debatten: die weltweite soziale Verantwortung von Unternehmen

Mustergültig: Diese Textilfabrik in Bangladesch entspricht höchsten Standards. Deshalb fertigt sie unter anderem Ware für bekannte europäische Modemarken.

**S**ieben Frauen tötet das Feuer. Zwei von ihnen sind erst 15 und 16 Jahre jung. Es gibt weder Notausgänge noch Feuerlöscher. Dieser Brand in einer Textilfabrik in einem Vorort Dhakas, der Hauptstadt Bangladeschs, ereignet sich am letzten Januarwochenende in diesem Jahr. Und er reiht sich ein in die Berichte über ähnliche Vorfälle in Bangladesch und Pakistan Ende vergangenen Jahres. Sie beflügeln die öffentliche Diskussion über die ökologische und ökonomische Verantwortung deutscher Unternehmen. Denn allzu oft sind sie Auftraggeber und Abnehmer dieser Textilfabriken, die ohne Brandschutz und Sicherheitslizenzen arbeiten. Und somit seien die deutschen Firmen mitverantwortlich, argumentieren Kritiker.

fangreiche Offenlegungspflichten „für Unternehmen hinsichtlich nicht-finanzieller Informationen in Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit“ einzusetzen. Die Plenardebatte eröffnete Johann Wadepuhl (CDU). Er wies die Forderungen der Sozialdemokraten als übertrieben zurück: „Sie wollen immer alles normieren.“ Dabei würden deutsche Unternehmen, von denen der Christdemokrat einige lobend erwähnte, bereits ihre Verantwortung wahrnehmen. Beispielsweise würden sie erzielte Gewinne teils in Umweltprojekte investieren und diese fördern.

**Misstände verhindern** Für die SPD-Fraktion sprach Gabriele Hiller-Ohm. Sie widersprach Wadepuhl mit der Begründung, wenn die Unternehmen die Verantwortung wahrnehmen würden, dann wären nicht immer wieder solche Katastrophen passieren, „mit Arbeitsunfällen und Ausbeutung von Kindern und Arbeitern“. Die Textilfabrik, die im November ausbrannte, habe schließlich auch für ein deutsches Unternehmen produziert, argumentierte die Sozialdemokratin. Somit seien die Bedingungen, unter denen auch deutsche Firmen weltweit produzieren lassen, oft katastrophal. „Solche Misstände müssen verhindert werden“, erklärte sie. Weil die Konsumenten vermehrt auf Herkunft und Nachhaltigkeit von Produkten achten, würden auch „die Unternehmen zunehmend auf die Produktionsbedingungen achten“, sagte Pascal Kober (FDP). Bei den Forderungen der SPD-Fraktion sei fraglich, ob die Unternehmen diese überhaupt erfüllen könnten. Denn wenn ein Unternehmen nur eine geringe Menge eines Produkts ein-

kaufe, könne es keine Forderungen an den Partner stellen. Jutta Krellmann (Die Linke) zeigte sich überzeugt, dass einige, vor allem große Unternehmen, freiwillige Selbstverpflichtungen für politische Diskussionen nutzen. Anderen wiederum würden diese Maßnahmen für ihre Außenwirkung oder Mitarbeiterwerbung instrumentalisieren. Daher werde jeder Debatte um eine gesetzliche Verankerung von Mindeststandards durch Selbstverpflichtungen „der Wind aus den Segeln genommen. Nach dem Motto: ‚Wir machen doch schon was‘“. Der Abgeordnete Volker Beck von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagte: „Wir müssen doch faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen schaffen, die sich die Mühe machen nicht billiger einzukaufen, weil ihre Hersteller und Lieferanten Menschenrechte mit den Füßen treten.“ Das sei folglich eine Wettbewerbsverzerrung. Die Menschen in Deutschland wären seiner Meinung nach bereit, auch wenn sie wenig verdienen würden, ein bisschen mehr zu zahlen, wenn dafür Kinderarbeit ausgeschlossen werden könne. Selbstverpflichtungen würden keine Transparenz schaffen, gab sich Beck überzeugt.

**Antrag abgelehnt** Anschließend wurde der Beschlussempfehlung (17/12110) des Sozialausschusses, den Antrag abzulehnen, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD- und Grünen-Fraktion bei Enthaltung der Linksfraktion Folge geleistet.

## KOMPAKT

**> CSR-Aktionsplan** Der Aktionsplan Corporate Social Responsibility (CSR) wurde 2010 von der Bundesregierung beschlossen. Bei dem Plan handelt es sich um die nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen.

**> Aktueller Stand** Der Umsetzungsstand ist online unter [www.csr-in-deutschland.de](http://www.csr-in-deutschland.de) abrufbar. Die Seite betreibt das Bundesarbeitsministerium.

**> Weitere Informationen** In einer Antwort (17/10506) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/10274) erteilt die Bundesregierung Auskunft zu Details und Hintergründen.

**Antrag abgelehnt** Anschließend wurde der Beschlussempfehlung (17/12110) des Sozialausschusses, den Antrag abzulehnen, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD- und Grünen-Fraktion bei Enthaltung der Linksfraktion Folge geleistet. Die Textilfabrik in Bangladesch übrigs fertigte Kleidung für europäische Unternehmen. Ein Journalist vor Ort fand Etiketten spanischer und französischer Modemarken. Mit etwa 4.500 Textilfabriken ist Bangladesch einer der größten Bekleidungshersteller der Welt. Die Branche ist der wichtigste Wirtschaftszweig des Entwicklungslandes. Der Monatslohn der Arbeiter liegt bei umgerechnet gerade einmal 27 Euro. Seit 2006 starben bei Bränden in Bangladeschs Textilfabriken etwa 700 Menschen. Bei dem verheerenden Fabrik-Brand Ende November waren mehr als 100 Menschen gestorben. *Verena Renneberg*

Mehr zum Thema der Woche online unter: [www.test.de/thema/unternehmensverantwortung](http://www.test.de/thema/unternehmensverantwortung)

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Dem Wandel gerecht werden

**FAMILIENRECHT** Angesichts der steigenden Zahlen unverheirateter Eltern und nichtehelicher Kinder befassen sich Regierung, Parlament und Länderkammer derzeit mit Novellen familienrechtlicher Angelegenheiten. Am vergangenen Donnerstag standen im Bundestagsplenar Initiativen zu Neuregelungen von Sorge- und Erbrecht auf der Tagesordnung. Dazu zählte der Regierungsentwurf „zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern“ (17/11048). Mit ihm will die Bundesregierung die Möglichkeiten des Zugangs des nicht mit der Kindesmutter verheirateten Vaters zur gemeinsamen elterlichen Sorge deutlich erweitern. Wenn der andere Elternteil schweige oder keine potenziell kindeswohlrelevanten Gründe vortrage und diese auch nicht ersichtlich sind, bestehe eine gesetzliche Vermutung, dass die gemeinsame Sorge dem Kindeswohl nicht widerspreche. Dieser soll „in einem beschleunigten und überdies vereinfachten Verfahren zur Durchsetzung verholten werden“, heißt es in dem Entwurf. Darüber hinaus soll nach dem Willen der Regierung dem Vater der Zugang zur Alleinsorge auch ohne Zustimmung der Mutter eröffnet werden, „und zwar sofern eine gemeinsame el-

terliche Sorge nicht in Betracht kommt und zu erwarten ist, dass die Übertragung auf den Vater dem Wohl des Kindes am besten“ entspreche. Dieser Gesetzentwurf wurde anschließend mit den Stimmen der Koalitionsfraktion und der Bündnisgrünen gegen die Stimmen der SPD- und bei Enthaltung der Linksfraktion in zweiter und dritter Beratung angenommen. Dagegen wurden drei Anträge der Oppositionsfraktionen von SPD (17/8601), Grünen (17/3219) und Linken (17/9402) abgelehnt. Später am Tag stand noch ein weiterer Regierungsentwurf auf der Agenda des Plenums: Der „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters“ (17/12163) wurde in erster Lesung diskutiert und anschließend zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Ein zentrales Anliegen dieses Gesetzesinitiativ ist es, dem leiblichen Vater „ein Recht auf Umgang mit dem Kind“ zu gewähren, „wenn der Umgang dem Kindeswohl dient“. Ausschlaggebend dafür soll ein „nachhaltiges Interesse“, dass der leibliche Vater an dem Kind zeigen müsse. Dabei soll das Umgangsrecht unabhängig davon sein, ob zwischen Vater und Kind eine sozial-familiäre Beziehung besteht. *ver*

### Bund erhöht Mittel für Kita-Ausbau

**FAMILIE** Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag zusätzliche Gelder für den Ausbau der Kindertagesbetreuung bewilligt. Statt der ursprünglich auf dem Krippengipfel im Jahr 2007 anvisierten rund 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, sollen jetzt insgesamt 780.000 Plätze zur Verfügung gestellt werden. Darauf hatten sich Bund, Länder und Kommunen im vergangenen Jahr geeinigt. Um die Finanzierung der zusätzlichen 30.000 Plätze zu sichern, verabschiedete der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/12057) in der durch den Familienausschuss nochmals geänderten Fassung (17/12217). Mit Ausnahme der Linksfraktion, sie enthielt sich der Stimme, votierten alle Fraktionen für das Gesetz. Die Tatsache, dass der Bund seine Beteiligung am Kita-Ausbau erhöht, reklamieren sowohl Koalition als auch Opposition jeweils für sich als Erfolg. SPD, Grüne und Linke argumentieren, sie hätten Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) bei diesem Thema „zum Jagen tragen müssen“. Der Bund wird sich in den Jahren 2013 und 2014 mit 580,5 Millionen an den benötigten In-

vestitionen beteiligen. Die Gesamtinvestitionen von Bund, Ländern und Kommunen werden auf 1,08 Milliarden Euro beziffert. Auch an den laufenden Betriebskosten für die zusätzlichen Kita-Plätze beteiligt sich der Bund. Durch eine entsprechende Änderung des Finanzausgleichsgesetzes werden den Ländern im laufenden Jahr 18,75 Millionen Euro, im Jahr 2014 dann 37,5 Millionen Euro und ab 2015 jährlich 75 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bislang hat sich der Bund mit vier Milliarden Euro an den Gesamtinvestitionskosten von zwölf Milliarden Euro für die ursprünglich anvisierten 750.000 Plätze beteiligt. Diese Bundesmittel seien inzwischen zu 99 Prozent von Ländern und Kommunen beantragt worden, teilte Familienministerin Schröder in der vergangenen Woche mit. Mit den 780.000 Betreuungsplätzen soll eine Betreuungsquote von durchschnittlich 38 Prozent erreicht werden. Am 1. August diesen Jahres tritt der Rechtsanspruch auf einen Platz in der öffentlichen geförderten Betreuung für Kinder unter drei Jahren in Kraft. Die Opposition jedoch bezweifelt, dass die Quote von 38 Prozent den realen Bedarf an Betreuungsplätzen wird abdecken können. *aw*

### Kaum Dissens über Krebsregister

**KREBSBEKÄMPFUNG** Der Bundestag hat vergangene Woche darüber beraten, wie die Politik den Herausforderungen bei der Krebsbekämpfung begegnen kann. Dem Plenum lagen dazu ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/11267) und ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/12223) vor. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen angenommen, der Entschließungsantrag wurde abgelehnt. In der Debatte erinnerte die FDP-Abgeordnete Christine Aschenberg-Dugnus daran, dass die Diagnose Krebs für die Betroffenen immer noch dramatisch sei und die Behandlung daher eine hohe Qualität haben müsse. „Mit der flächendeckenden Einführung von klinischen Krebsregistern werden wir bald in der Lage sein, die Qualität der onkologischen Versorgung sektorenübergreifend darzustellen“, sagte die Abgeordnete. Der CDU-Abgeordnete Rudolf Henke warnte demgegenüber vor überzogenen Erwartungen. Erfolge bei der Krebsvermeidung hingen auch vom Wissen und der Verantwortung des Einzelnen ab. „Deswegen ist der Aufklärungsansatz in der Primärprävention, immer wieder Handlungserfordernisse zu betonen,

richtig“, sagte Henke. Die SPD-Abgeordnete Marlies Volkmer betonte, dass das Gesetz Vorgaben des Nationalen Krebsplanes umsetze. Künftig würden die Daten der klinischen Krebsregister mit den vorliegenden Daten der epidemiologischen Krebsregister verknüpft. Dadurch könne man „erstmalig in Deutschland erkennen, welche Therapie unter welchen Bedingungen die besten Ergebnisse liefert“, sagte Volkmer. Die Abgeordnete der Linken Martina Bunge ist hingegen davon überzeugt, dass sich mit dem Gesetz das Ziel, die Qualität der Versorgung zu erforschen, nicht hinreichend realisieren lasse. Bedauerlich sei auch, dass die Koalition „nicht der Forderung nach einer vollständigen Kopplung der Daten der Früherkennung mit den Daten der Krebskrankungen nachkommen“ sei, meinte Bunge. Die Grünen-Abgeordnete Birgit Bender warf der Koalition vor, der Gesetzentwurf sei zu sehr auf die Früherkennung als Maßnahme zur Krebs-Bekämpfung fixiert. Demgegenüber wäre es aus Benders Sicht angezeigter, die Menschen darüber aufzuklären, dass der Nutzen erheblich geringer „und der Schaden von Früherkennungsuntersuchungen deutlich größer ist, als man bisher gedacht hat“. *tw*

## Stimmrecht für Emigranten

**WAHLGESETZ** Bundestag beschließt Fünf-Fraktionen-Initiative

Einstimmig hat der Bundestag in der vergangenen Woche einen gemeinsamen Gesetzentwurf aller fünf Fraktionen zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (17/11820) in modifizierter Fassung (17/12174) angenommen. Danach sind Auslandsdeutsche bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen künftig wieder wahlberechtigt, sofern sie „entweder nach Vollendung ihres 14. Lebensjahres mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurück liegt oder aus anderen Gründen persönlich und un-

mittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind“. Derzeit können Auslandsdeutsche an Bundestagswahlen nicht teilnehmen, nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 4. Juli 2012 (Aktienzeichen 2 BvC 1 / 11, 2 BvC 2 / 11) die bisherige Regelung zum Wahlrecht im Ausland lebender Deutscher im Bundeswahlgesetz für nichtig erklärt hatte.

**Statistikgesetz novelliert** Mit dem Bundestagsbeschluss wird zugleich das Wahlstatistikgesetz geändert. Danach sollen bei den repräsentativen Wahlstatistik, die bei Bundestagswahlen seit 1953 erfolgt, die 60 und mehr Jahre alten Wähler in die Altersgruppen „60 bis 69“ sowie „70 und mehr Jahre“ aufgeteilt werden können. Derzeit werden sie in einer Altersgruppe erfasst. *sto*

## Kritik an Neuregelung der Prozesskostenhilfe

**JUSTIZ** Bundestag berät in erster Lesung über die Reformpläne der Bundesregierung

Mit den geplanten Änderungen bei der Prozesskostenhilfe (17/11472) hat sich die Bundesregierung die Kritik der Opposition zugezogen. Das wurde während der Debatte am vergangenen Donnerstag deutlich.

**Missbrauch vermeiden** Ziel der Neuregelung ist es laut Bundesregierung, ungerechtfertigte Prozesskostenhilfebewilligungen zu vermeiden und der missbräuchlichen Inanspruchnahme von Prozesskostenhilfe entgegenzuwirken. Die Regelungen führten zu einer erheblichen Benachteiligung derjenigen, die auf die Hilfe angewiesen seien, kritisierte Jens Petermann (Die Linke). Von einer „Zweiklassenjustiz“ sprach Ingrid Hönlinger (Bündnis 90/Die Grünen). Sonja Steffen (SPD) äußerte die Befürchtung, dass dem Gleichheitsgrundsatz nicht mehr gedient werden könne. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

(FDP) verteidigte die Vorlage. Die Mittel sollten denjenigen zukommen, die sie wirklich benötigten, sagte sie. Und Ute Grannold (CDU) warnte davor, ungerechtfertigte Ängste zu schüren. Umstritten war auch der ebenfalls aus dem Justizministerium stammende Entwurf eines Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (17/11471). Darin ist unter anderem vorgesehen, die Vergütung von Rechtsanwälten, Notaren und anderen Prozessbeteiligten anzuhäufeln. Gegen diese Vorlage erhob sich Kritik von Seiten der Bundesländer. Angela Kolb (SPD), Justiz-

ministerin in Sachsen-Anhalt, machte deutlich, dass eine Modernisierung des Kostenrechts dringender erforderlich sei. Die Regie-

rungsvorlage führe jedoch zu einer weiteren Verschlechterung des Kostendeckungsgrades in der Justiz. Leutheusser-Schnarrenberger hatte hingegen dargestellt, dass durch die Neuregelung 177 Millionen Euro an Mehreinnahmen für die Länder zu erwarten seien. Dagegen sei für sie nicht erklärbar, wie die Bundesregierung auf diesen Betrag komme, sagte die Landesministerin, die eine Steigerung der Gerichtsgebühren um 20 Prozent forderte. Die Justiz benötige eine angemessene personelle Ausstattung. Detlef Seif (CDU) wies die Kritik der Landesministerin zurück. Die Länder seien für die Justiz zuständig und müssten auch die nötigen Kosten tragen. Das vorliegende Gesetz führe zu einer Steigerung des Kostendeckungsgrades auf über 50 Prozent, sagte er. Berechnet sei dieser Wert auf Grundlage von Angaben aus den Ländern. *Götz Hausding*



Prozesskosten: Kritiker befürchten Zwei-Klassen-Justiz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Die Inschrift über dem Westportal des Reichstagsgebäudes »DEM DEUTSCHEN VOLKE« wurde Ende 1916 von der Berliner Bronze gießerei Albert und Siegfried Loewy (1856–1925, 1859–1936) angebracht. Deren Familien wurden – weil sie Juden waren – Opfer des Nationalsozialismus. Sie wurden verfolgt, enteignet und in Plötzensee, Theresienstadt und Auschwitz ermordet.



Mitten im Ersten Weltkrieg, im Dezember 1916, bringen Arbeiter der Firma Loewy am Westportal des Reichstags die Schrift DEM DEUTSCHEN VOLKE an (rechts). Siegfried Loewy (oben links) und sein Neffe Ernst Loewy (Bild darunter) leiteten die Firma gemeinsam bis 1936. Nach Siegfrieds Tod 1936 war Ernst Loewy bis zur „Arisierung“ 1939 letzter Chef der Bronze gießerei Loewy. Er wurde wie sein Cousin Erich Loewy bzw. Gloeden (Bild oben, 2. v. links) im Dritten Reich ermordet. Eine Gedenktafel (u. links) am Reichstag erinnert an die Familie Loewy.

# Die Vollender des Reichstags

**WIDMUNG** Die Gießerei der jüdischen Familie Loewy stellte die berühmte Inschrift über dem Westportal her. Sie wurde Opfer der Nazis

Das jüdische Familienunternehmen S.A. Loewy in Berlin bestand 85 Jahre. Es war die größte und bekannteste Bronze gießerei der Stadt. Heute erinnert nur noch ein bescheidenes Schild an die Firma und die Menschen, die mit ihr verbunden waren. Das Schild ist klein und grau wie der Stein der Säule, an dem es am Reichstag hängt. Man übersieht es leicht. Der Text auf der Tafel hat lediglich vier Zeilen: „Die Inschrift über dem Westportal des Reichstagsgebäudes, »DEM DEUTSCHEN VOLKE« wurde Ende 1916 von der Berliner Bronze gießerei Albert und Siegfried Loewy angebracht. Deren Familien wurden – weil sie Juden waren – Opfer des Nationalsozialismus. Sie wurden verfolgt, enteignet und in Plötzensee, Theresienstadt und Auschwitz ermordet.“

Der Fotograf war mit auf dem Gerüst, ganz dicht bei den Männern. Deshalb sind Einzelheiten gut zu erkennen. Es muss kalt gewesen sein. Vermutlich wehte oben an der Fassade an diesem Vorweihnachtstag ein eisiger Wind. Trotzdem arbeiten die Vier ohne Handschuhe. Kein Vergnügen, kalter Stein, kaltes Metall. Jeder der Arbeiter hat einen der steifen Hüte auf dem Kopf, wie sie damals Mode waren. Und nicht nur das. Unter ihren dicken Joppen tragen sie Hemden und – Krawatten. Welcher Arbeiter würde heute mit Hemd und Krawatte auf der Baustelle erscheinen? Dieser Tag aber war ein besonderer Tag für die vier Männer vor der Schrift. Ein patriotischer Tag. Sie legten buchstäblich letzte Hand an den Reichstag. Endlich, 22 Jahre nach der Einweihung, wurde die Inschrift angebracht, für die der Architekt Paul Wallot extra eine Fläche freigehalten hatte.

Ernst Loewy, ein Enkel des Firmengründers, war 1936 der letzte Loewy, der die Bronze gießerei leitete. Der Betrieb wurde 1939 „arisiert“, wie es damals hieß. 1944 wurde Ernst Loewy nach Auschwitz deportiert und vergast. Da war seine Mutter schon zwei Jahre tot – ermordet von den Nationalsozialisten in Theresienstadt. Siegfried Loewy, einer der beiden Söhne des Firmengründers und Chef der Bronze gießerei bis zu seinem Tode 1936, liegt in einem Familiengrab auf dem Friedhof S. Elisabeth in Mitte, einen Steinwurf von der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße entfernt. Es ist ein evangelischer Friedhof, auf dem der jüdische Bronze gießer begrabt ist.

Wer heute nach dem Grab von Siegfried Loewy sucht, muss wissen, was er finden will. Auf einem Stein steht eine steinerne Urne. Keine Inschrift, kein Name, nichts. Kein Buchstabe ist übrig geblieben. Das Grab steht auf der Liste derjenigen Gräber, die man spenden kann, wenn man in Berlin Grabmale retten möchte. Auch dieses Grab würde die Mühe lohnen. Siegfried Loewy, der Mann im namenlosen Grab, hatte einen Sohn. Der hieß Erich. Und eine Tochter. Die hieß Ursula. Beide waren getauft, beide waren christlich erzogen. Assimilierung und Anpassung, die ihnen Antisemitismus ersparen und ihnen das Leben retten sollte. Siegfried Loewy ging sogar so weit, seine beiden Kinder von einem Freund adoptieren zu lassen. Jetzt hießen beide Gloeden. Nichts sollte mehr an die jüdischen Wurzeln erinnern, schon gar nicht der verräterische Name Loewy. Erich Gloeden, geborener Loewy. Einer, der sich in der Nazi-Zeit vom Assimilierten zurück verwandelte – in einen überzeugten Juden und Zionisten. In einem langen Aufsatz, den er Anfang der vierziger Jahre schrieb, tritt Erich Gloeden bereits vehement für die Einrichtung eines eigenen jüdischen Staates ein. Ein Wanderer zwischen den Welten, der sich schließlich entschied. Für die Geschichte seines Volkes und damit auch für die Geschichte seiner Familie.

Erich Gloeden, geborener Loewy. Einer, der sich in der Nazi-Zeit vom Assimilierten zurück verwandelte – in einen überzeugten Juden und Zionisten. In einem langen Aufsatz, den er Anfang der vierziger Jahre schrieb, tritt Erich Gloeden bereits vehement für die Einrichtung eines eigenen jüdischen Staates ein. Ein Wanderer zwischen den Welten, der sich schließlich entschied. Für die Geschichte seines Volkes und damit auch für die Geschichte seiner Familie.

Kastanienallee 23 in Westend. Das Haus ist heute weiß gestrichen. Wer auf das Pflaster unter seinen Füßen achtet, entdeckt auf dem Bürgersteig vor dem Hauseingang drei bronzenfarbene Stolpersteine. Sie tragen die Namen und Lebensdaten von Erich Gloeden, geboren als Erich Loewy, seiner Frau und seiner Schwiegermutter. Die Broschüre des Internationalen Auschwitz Komitees (siehe Beitrag unten) ist in diesem Sinne auch ein Stolperstein. Ein Stolperstein zum Gedenken an die deutsch-jüdische Handwerkerfamilie Loewy. Ein Stolperstein für die Menschen vor der Schrift am Reichstag. Bernd Oertwig

Der Autor ist Journalist in Berlin

## Der letzte Firmenchef Ernst Loewy wurde nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Ein Familiengrab auf dem Friedhof S. Elisabeth in Mitte, einen Steinwurf von der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße entfernt. Es ist ein evangelischer Friedhof, auf dem der jüdische Bronze gießer begrabt ist. Wer heute nach dem Grab von Siegfried Loewy sucht, muss wissen, was er finden will. Auf einem Stein steht eine steinerne Urne. Keine Inschrift, kein Name, nichts. Kein Buchstabe ist übrig geblieben. Das Grab steht auf der Liste derjenigen Gräber, die man

Doppelleben geführt Erich Gloeden und seine Frau Elisabeth, eine promovierte Juristin, führten in der Folge ein Doppelleben. Ihre Wohnung in der Kastanienallee 23 im Charlottenburger Westend, in der auch Erich Gloedens Schwiegermutter Elisabeth Kuznitsky lebte, wurde zu einer wichtigen Anlaufstelle für Menschen, die auf der Flucht vor den Nazis waren. Einer dieser Flüchtlinge hieß Fritz Lindemann und war Artillerie-General. Er gehörte zum Kreis der Hitler-Attentäter vom 20. Juli. Auf seine Ergriffung

## Kreislauf des Gedenkens

Seit 2001 erinnert am Hauptportal des Reichstags eine kleine Gedenktafel an die Berliner Bronze gießerei Albert und Siegfried Loewy, die 1916 die dort die Inschrift DEM DEUTSCHEN VOLKE angebracht hatte und deren Familien durch die Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. Auf die Spur gebracht wurde der Bundestag vom Jüdischen Museum in Berlin. 2012 erstellte das Internationale Auschwitz Komitee (IAK) 2012 eine Broschüre („Die Menschen vor der Schrift“) über die tragische Geschichte der Familie Loewy. Das IAK ist der Zusammenschluss von Auschwitz-Überlebenden und ihrer Organisationen und Stiftungen aus 19 Ländern. Die Geschäftsstelle ist in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin angesiedelt und wird vom Exekutiv-Vizepräsidenten Christoph Heubner geleitet. IAK-Präsident ist der Auschwitz-Überlebende Roman Kent, der in New York lebt. Die Arbeit des IAK wird von der Bundesregierung finanziell unterstützt. Zu den Projekten des Auschwitz Komitees gehört auch die gemeinsame Arbeit mit Lehrlingen von VW und polnischen Schülern, die fünf Mal jährlich für je 14 Tage in der Gedenkstätte Auschwitz arbeiten und beim Erhalt der Gedenkstätte helfen. Zur Nachbereitung kommen die Jugendlichen nach Berlin und auch in den Reichstag. Durch ihre Erfahrungen in der Gedenkstätte Auschwitz sensibilisiert, entdeckten die Jugendlichen 2011 beim Verlassen des Reichstags am Hauptportal das Gedenktafel: Somit schloss sich ein Kreis für die Jugendlichen und es kam der Wunsch auf, mehr über die jüdische Eisengießer-Familie Loewy zu erfahren. In der Folge entstand die Broschüre des Internationalen Auschwitz Komitees. kru

## Reise in die Ukraine wider das Vergessen

**HOLOCAUST-GEDENKEN** 78 Jugendliche aus ganz Europa besuchen auf Einladung des Bundestags Kiew

„Diese Fahrt war sehr wichtig und eindrucksvoll. Sie veranlasst mich jetzt erst recht, mich mehr zu engagieren.“ Mit dieser Aussage steht Valeria Högerle nicht alleine da. Wie sie äußerten sich auch die anderen Teilnehmer der 17. Jugendbegegnung des Bundestages, die vom 24. bis 30. Januar in der Ukraine stattgefunden hat. Dort informierten sich die Jugendlichen über die Verbrechen der Nationalsozialisten vor Ort und die ukrainische Erinnerungskultur.



Schweigeminute am Denkmal für die Opfer von Babyn-Jar

Gedenkarbeit Seit 1997 veranstaltet der Bundestag jährlich eine Jugendbegegnung zu den Themen Holocaust, Nationalsozialismus und Erinnerungspolitik. Dazu werden jeweils 80 junge Menschen im Alter von 17 bis 24 Jahren aus Deutschland und ganz Europa eingeladen. Sie alle sind aufgrund ihres Engagements in der Gedenkkultur, in der Antirassismus-Arbeit oder wegen einer persönlichen Betroffenheit ausgewählt worden. „Die Jugendbegegnung ist ein Weg, die nachfolgenden Generationen am Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu beteiligen“, fasst Birgid Aschinger, Leiterin des Besucherdienstes des Bundestages, den Sinn der Reise zusammen. So soll das Wissen über die Verbrechen des Nationalsozia-

listen an die nächsten Generationen weiter gegeben werden. Die Jugendbegegnung geht dabei auf eine Initiative der früheren Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) zurück. Die diesjährige Reise stand unter dem Titel „Osteuropa als Ort nationalsozialistischer Verbrechen: Besatzung, Zwangsarbeit und Völkermord in der Ukraine.“ Ziel der Exkursion war die ukrainische Hauptstadt Kiew.

Insgesamt nahmen in diesem Jahr 78 Jugendliche aus acht verschiedenen Nationen teil. „Die Jugendlichen sollen sich auf der Fahrt mit den unterschiedlichen Erinnerungskulturen in Deutschland und der Ukraine vertraut machen und die Opferrolle des Zweiten Weltkrieges, gerade in Osteuropa, kennenlernen“, erklärt Jochen Guckes, Referent für Jugendprojekte des Besucherdienstes des Bundestages, die Themen-

schwerpunkte der Reise. Dazu besichtigten die Jugendlichen in Kiew verschiedene Museen und Gedenkstätten, die den Opfern des Holocausts gewidmet sind. Unter anderem besuchten sie die Massenerschießungsstätte Babyn Jar. Auf dem heute als Park genutzten Gelände fand die größte einzelne Mordaktion des Krieges statt, bei der am 29. und 30. September 1941 etwa 34.000 Juden erschossen wurden. Außerdem trafen sich die Teilnehmer mit noch lebenden Zeitzeugen, die von ihren traumatischen Erlebnissen als Zeugen von Massenerschießungen, Zwangsarbeiter oder KZ-Häftling erzählten. Kooperationspartner der diesjährigen Jugendbegegnung war die Organisation Yahad – In Unum, die sich für die Dokumentation und Erhaltung von Massengräbern in Osteuropa einsetzt sowie die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Im Anschluss an das Programm in der Ukraine nahmen die Jugendlichen schließlich an der offiziellen Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag in Berlin statt. Abschließend diskutierten sie im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ihre Erlebnisse und Eindrücke. Julian Burgert

Mehr zum Thema unter: <http://www.auschwitz.info>

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





## Soziale Grundsicherung für die Ärmsten

**ENTWICKLUNG** Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihren Initiativen zum Aus- und Aufbau sozialer Sicherungssysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern gescheitert. Zwei entsprechende Anträge (17/7358, 17/11665) fanden am vergangenen Donnerstag keine Mehrheit im Plenum.

Die Sozialdemokraten hatten sich dafür stark gemacht, den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zum „Motor solidarischer und nachhaltiger Entwicklungspolitik“ zu machen. Konkret soll sich die Bundesregierung für das Konzept der sogenannten „Social Protection Floors“ (SPF) einsetzen. Dieses von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entworfene Konzept sieht laut Antrag vier Säulen sozialer Sicherung vor: Dazu gehören die Mindestgesundheitsversorgung für alle, die Verhinderung von Kinderarbeit, Unterstützung für Arme und Arbeitslose und schließlich Mindesteinkommensgarantien im Alter und für Menschen mit Behinderung. Die Grünen forderten darüber hinaus die „Zielgröße soziale Sicherung“ im Entwicklungsetat wieder einzuführen und jährlich mindestens 100 Millionen Euro für bilaterale und multilaterale Projekte zur Verfügung zu stellen.

Helga Daub (FDP) argumentierte in der Debatte, dass es auch darum gehen müsse, Hilfe beim Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft zu leisten: „Arbeitsplätze bedeuten Lohn, und wer Lohn erhält, kann auch Steuern zahlen“, die eine Basis sozialer Sicherungssysteme seien.

Karin Roth (SPD) nannte als positives Beispiel das brasilianische Sozialprogramm „Bolsa Familia“, das einen großen Beitrag zur Verbesserung der Bildung und der Gesundheit geleistet und „die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums“ erhöht habe.

Sabine Weiss (CDU) warf Grünen und SPD vor, die „Herkulesaufgabe“ der sozialen Sicherung in den ärmsten Ländern der Welt zu unterschätzen und obendrein den ersten Schritt vor dem zweiten tun zu wollen: Ohne funktionsfähige Verwaltungen, transparente Steuersysteme und Geburtenregister hätten flächendeckende soziale Sicherungssysteme keine Chance.

Niema Movassat (Die Linke) betonte, dass es soziale Sicherung ohne eine gerechte Verteilung des weltweiten Wohlstandes nicht geben könne. Es reiche nicht aus, „durch ein bisschen soziale Sicherung Verteilungskonflikte abzumildern“. Uwe Kekeritz (Grüne) betonte, dass Sicherungssysteme öffentlich und solidarisch organisiert werden müssten, statt das lukrative Feld sozialer Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern privaten Versicherern und den Staaten dann die Versorgung der „Masse der Mittellosen“ zu überlassen. **aha**

## Brennpunkt Sahelzone

**MENSCHENRECHTE** Die Grünen fordern von der Bundesregierung mehr Unterstützung für die Sahelzone. Seit Jahren komme es in der Region durch Dürren und Misswirtschaft zu Lebensmittelkrisen, heißt es in einem Antrag (17/10792) der Fraktion, der am vergangenen Donnerstag abschließend beraten wurde. Die politischen Umbrüche in Nordafrika, die Rückkehr bewaffneter Söldner, islamistischer Terrorismus sowie die Eskalation im Norden Malis hätten „die Ernährungs- und Sicherheitslage in der Sahel-Region dramatisch verschärft“, heißt es darin weiter. Deutschland solle „mehr nachhaltige präventive Unterstützung“ in den Bereichen humanitäre Hilfe, Katastrophenhilfe, Entwaffnung und Integration von Söldnern, Sicherheitsreform und Korruptionsbekämpfung leisten.

Marina Schuster (FDP) verwies darauf, dass die Bundesregierung seit Ende 2011 „an humanitäre Hilfe für die Region mehr als 55 Millionen Euro bereitgestellt“ habe. Mit Blick auf Mali sagte sie, dass es vor allem auch darum gehe, die „afrikanischen Kapazitäten“ zu stärken, um die Probleme in den Ländern vor Ort zu lösen. Auch Frank Heinrich (CDU) betonte, dass viele der Forderungen bereits in die Wege geleitet worden seien. Christoph Strässer (SPD) sah im Antrag die Kernprobleme der Sahelzone angesprochen, die sich „allein durch eine militärische Intervention“ nicht lösen ließen. Christine Buchholz kritisierte eine Verknüpfung von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen im Grünen-Antrag. Katja Keul (Grüne) warf der Bundesregierung vor, zu spät reagiert zu haben – nämlich erst, „als die militärische Option auf dem Tisch lag“. Frühzeitige und international koordinierte Verhandlungen hätten in Mali gute Aussicht auf Erfolg gehabt. Der Antrag wurde mit den Stimmen von Union, FDP und Die Linke abgelehnt. **aha**



Gemeinsame Patrouille der Bundeswehr und der afghanischen Armee bei Nawabad im Norden Afghanistans

# Abzug auf Raten

**AFGHANISTAN** Bundestag verlängert das Bundeswehrmandat um ein weiteres Jahr – mit weniger Soldaten

**W**enn Ende 2014 der internationale ISAF-Einsatz in Afghanistan vorbei ist, soll auch die Bundeswehr als kämpfende Truppe das Land verlassen haben. An dieser Entscheidung hält die Bundesregierung nach wie vor fest. Angesichts dessen wird bereits die Truppenreduzierung geplant. Und zwar mit Unterstützung des Bundestages, der am vergangenen Donnerstag bei einer namentlichen Abstimmung die Mandatsverlängerung bis 28. Februar 2014 (17/11685, 17/12096) mit deutlicher Mehrheit bestätigte. Bei 585 abgegebenen Stimmen votierten 435 Abgeordnete für den Antrag der Bundesregierung, 111 stimmten dagegen, 39 enthielten sich.

**Zweifel** Künftig sollen demnach statt 4.900 nur noch 4.400 Soldaten am Hindukusch im Einsatz sein. Bis zum Ende des Mandatszeitraums soll sich deren Zahl auf 3.300 Soldaten verringern, schreibt die Regierung. Soweit jedenfalls „die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen und die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses“ der Sicherheitsverantwortung an afghanische Kräfte zu gefährden. Diese Planungen überzeugen aber nicht alle: Während der Debatte wurden Zweifel am Rückzugsinteresse der Bundesregierung laut. Und dieses Mal kamen sie nicht nur von der Linksfraktion. Deren Verteidigungsexperte Paul Schäfer erklärte erwartungsgemäß: „Die Linksfraktion lehnt die Fortsetzung des Einsatzes ab.“ Skeptisch beurteilte er die Abzugspläne. Zwar rede die Regierung andauernd von einem Abzug.

Tatsächlich sei jedoch ein „Zaudern und Zögern“ zu beobachten. So sei im Mandat die Rede davon, dass der Abzug nur erfolgen solle, wenn die Bedingungen dies zuließen. Zugleich würden neue Kampfjets nach Afghanistan verlegt. „Ein wirklicher Truppenabzug sieht anders aus“, sagte Schäfer.

Doch auch dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Frithjof Schmidt, fehlt das Vertrauen in die Regierungszugaben. Es gebe in dem Mandat „zu viele Hintertüren“, bemängelte Schmidt. Selbst für den Fall, dass die Umstände dies erlaubten, sei die angestrebte Zahl von 3.300 Soldaten neun Monate vor Beendigung des ISAF-Mandats viel zu hoch, meinte er. Wollte man Ende 2014 tatsächlich aus dem Land heraus, käme das schlussendlich einem fluchtartigen Verlassen gleich. Offensichtlich habe aber die Bundesregierung gar nicht vor, die Bundeswehr vollständig abzubauen, sagte Schmidt. Die Zahlen im Mandat seien dafür ausgelegt, dass die Bundeswehr auch 2015 mit einer deutlich vierstelligen Zahl an Soldaten in Afghanistan bleiben soll. „Das verfestigt den Eindruck, dass sie sich vom Ziel eines vollständigen Abzuges der Kampftruppen schon verabschiedet haben“, sagte Schmidt.

**Folgemission** Diesen Vorwurf wies Roderich Kiesewetter (CDU) zurück. „Es ist wichtig, mit einer großen Zahl fähiger Soldaten in Afghanistan zu sein“, sagte er. Schließlich sei Deutschland die „Leitnation im Norden“ und auch verantwortlich für den Rückzug von 18 Partnerstaaten, „die uns im Einsatz unterstützt haben“. Sein Fraktionskollege Andreas Schockenhoff hält die geplante Redu-

zierung der Truppenstärke für realistisch. Schließlich würden selbsttragende afghanische Sicherheitsstrukturen Gestalt annehmen, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion. Schon jetzt würden auf 76 Prozent der Fläche des Landes afghanische Kräfte die Hauptverantwortung für die

Auch dieses Vorhaben wurde vom Linken-Abgeordneten Schäfer kritisiert. „Bestenfalls im Kleingedruckten“ finde sich dort der Hinweis darauf, dass der Einsatz gegen Terroristen weitergehen werde und damit auch die Kampfeinsätze an der afghanisch-pakistanischen Grenze.

Energie- und Wasserversorgung, bei der wirtschaftlichen Entwicklung und beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, sagte Rebmann. Auch beim Zugang zu Bildung habe es Verbesserungen gegeben. So gingen heute mehr als sieben Millionen Kinder zur Schule, davon 2,7 Millionen Mädchen. „Diese Fortschritte sollten wir nicht kleinreden“, auch wenn es nach wie vor in all den genannten Bereichen „gravierende Defizite“ gebe, sagte Rebmann.

**Drohnen** Sein SPD-Fraktionskollege Lars Klingbeil ging auf die Äußerungen Andreas Schockenhoffs zum Thema Drohnen ein. Der CDU-Politiker hatte zuvor deutlich gemacht, dass er die Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen für notwendig halte. Die von kirchlicher Seite dazu geäußerten Bedenken nehme er sehr ernst, betonte der Christdemokrat. Eine unreflektierte sofortige Ablehnung sei aber falsch. Diese Aussagen seien „wenig hilfreich, um zu einer breiten Mehrheit für die Mandatsverlängerung zu kommen“, befand Klingbeil, der gleichwohl die Zustimmung vieler Teile der SPD-Fraktion signalisierte.

Schwierig ist aus Sicht von Elke Hoff (FDP) vor allem das anstehende Jahr des „längsten und anspruchsvollsten Einsatzes der Bundeswehr“. Es müsse der Spagat gelingen, einerseits „unsere Soldaten heil zurückzubringen“. Andererseits müsse auch der ISAF-Einsatz bis zum Ende ausgeführt werden. Das wichtigste Ziel der Politik müsse in den kommenden Monaten darin bestehen, „eine politische Lösung für Afghanistan zu finden, die auch trägt“. **Götz Hausing**



Afghanische Polizisten präsentieren konfiszierte Waffen im Osten des Landes.

Sicherheitslage tragen. Dazu habe auch die von Deutschland „mit Nachdruck“ betriebene Ausbildung beigetragen, betonte Schockenhoff. Gleichwohl benötigten die Sicherheitskräfte auch nach 2014 noch Unterstützung bei der Ausbildung. Zu diesem Zwecke plane die Nato auch eine Folgemission.

Stefan Rebmann (SPD) machte hingegen deutlich, dass aus seiner Sicht ein weiteres Engagement Deutschlands auch über 2014 hinaus nötig ist. Allerdings beziehe sich das auf die Ebene der Entwicklungszusammenarbeit. In den vergangenen Jahren habe es durchaus Fortschritte gegeben, etwa bei der

## Mursi erklärt sich

**VISITE** Der ägyptische Präsident stellte sich bei seinem Berlin-Besuch den Fragen der Abgeordneten

Ägyptens Präsident Mohammed Mursi hat bei seinem Besuch in Berlin vor Abgeordneten des Bundestages um Vertrauen für die demokratische Transformation in seinem Heimatland gebitten. Zwei Jahre nach der Revolution, die auf dem Tahrirplatz in Kairo ihren Ausgang nahm, sei Ägypten weder Theokratie noch Militärstaat, sondern ein ziviler Staat, der die Freiheits- und Grundrechte achte, sagte Mursi vergangene Woche in einer Aussprache mit Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses und Vertretern weiterer Ausschüsse. „Das neue Ägypten wird keine Diskriminierung dulden“, sagte Mursi. Das gelte auch für die Rechte von Frauen und von religiösen Minderheiten.

**Verfassungsprozess** In der Aussprache würdigten die Abgeordneten quer durch alle Fraktionen die Öffnung zur Demokratie, die die Ägypter mit ihren Protesten gegen die Herrschaft Husni Mubaraks erzwungen haben. „Unsere Sympathie galt und gilt all jenen, die auf dem Tahrirplatz friedlich für den Wandel, für Arbeit, Freiheit und Würde eingetreten sind“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz (CDU). Kritisch zeigten sich Abgeordnete quer durch alle Fraktionen zur Frage der Achtung von Minderheitenrechten und der Religionsfreiheit, zum stockenden Verfassungs-

prozess und zu dem aus ihrer Sicht ausbleibenden Dialog Mursis und seiner regierenden Partei der Muslimbrüder mit der ägyptischen Opposition. Auch die Mursi zugeschriebenen jüdenfeindlichen Äußerungen und seine Haltung zu Israel und zum Nahost-Konflikt waren Thema.

Vor der Aussprache mit den Abgeordneten hatte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in einem Gespräch mit Mursi für den weiteren Ausbau des demokratischen Systems in Ägypten eingesetzt. Lammert be-

dauerte das Scheitern der verfassungsgebenden Versammlung im ersten Anlauf nach dem Auszug der Opposition. Der Bundestagspräsident betonte die Bedeutung einer Verfassung als unbestrittenes Regelwerk jenseits der Rivalität von Parteien oder zwischen Regierung und Opposition. Bedauerlicherweise sei ein solcher Konsens nach der Überwindung der Diktatur in Ägypten noch nicht gelungen. Zugleich bot der Bundestagspräsident die Unterstützung des Bundestages für den weiteren Transformationsprozess in Ägypten an. **aha**



Ägyptens Präsident Mohammed Mursi (r.) und der Ausschussvorsitzende Ruprecht Polenz

## Lufttransport ohne Mandat

**MALI** Breite Unterstützung für deutsche Militärhilfe

Mit seiner Einschätzung stand Florian Hahn nicht allein: Das militärische Eingreifen Frankreichs habe „den totalen Zusammenbruch Malis und das Errichten eines terroristischen Stützpunkts vor den Toren Europas“ gerade noch rechtzeitig verhindert, sagte der CSU-Abgeordnete in einer aktuellen Stunde zur Situation in Mali, die vergangene Woche auf Verlangen der Koalitionsfraktionen auf der Tagesordnung stand. Redner fast aller Fraktionen dankten den französischen Soldaten. Selbst Wolfgang Gehrcke (Die Linke) kritisierte nicht explizit das französische Vorgehen. Er warnte nur vor der „Illusion“, Militärinterventionen könnten langfristig Stabilität und Sicherheit bringen. Auch warf Gehrcke dem Westen vor, dass er in Mali „Dschihadisten mit Bomben bekämpft“, während er in Syrien „die gleichen Dschihadisten“ unterstütze. Die Entsendung von Transall-Transportmaschinen der Bundeswehr nach Mali ohne Bundestagsmandat nannte Gehrcke eine „rechtswidrige Entscheidung“.

**Vorbehalt** Dem wollte sich Rainer Arnold (SPD) ausdrücklich nicht anschließen. Doch er kritisierte es als politischen Fehler, dass die Regierung keine Zustimmung des Parlaments eingeholt hat. Nun könne im Ausland der Eindruck entstehen, es sei „der Parlamentsvorbehalt, der ein stärkeres deutsches Engagement verhindert“. Zuvor hatte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) Gehrcke ausdrücklich aufgefordert, „die

Gerichte anzurufen“. Wenn Deutschland „auch nur in die Nähe einer Mandatspflicht“ komme, werde die Regierung den Bundestag beteiligen. Die Bundeswehr transportiert mit zwei und demnächst drei Transall-Maschinen Truppen und Ausrüstung der afrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS in die malische Hauptstadt Bamako. Diese ist weit entfernt von den Kriegsschauplätzen, weshalb die Bundesregierung darin keinen genehmigungspflichtigen Auslandseinsatz sieht. Arnold wies darauf hin, dass es inzwischen wesentlich näher „befriedete Flugplätze“ gebe, in die man die ECOWAS-Soldaten bringen sollte, statt „noch 2.000 Kilometer durchs Land zu fahren“.

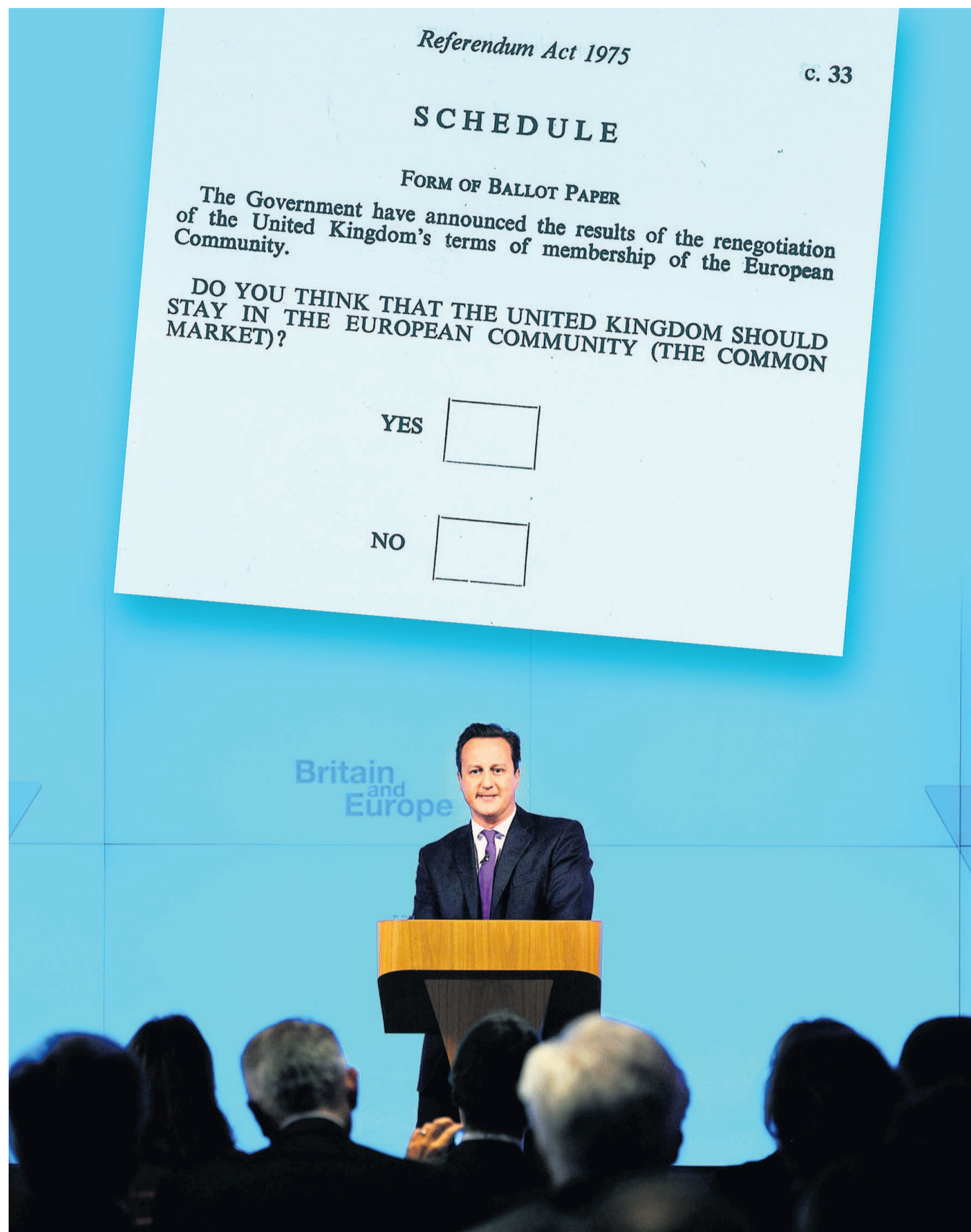
**Politische Lösung** Westerwelle bezeichnete die „wirtschaftliche und soziale Teilhabe“ des bisher „unterprivilegierten Nordens“ von Mali als wesentlichen Bestandteil einer politischen Lösung, die nach dem Ende der Militäroperation gesucht werden müsse. Marina Schuster (FDP) forderte zudem die Bestrafung von Kriegsverbrechern. Berichte über Menschenrechtsverletzungen auch der malischen Streitkräfte habe sie „mit Schrecken zur Kenntnis genommen“. Um den Konflikt langfristig zu befrieden, forderte Kerstin Müller (Bündnis 90/Grüne) die ECOWAS in die Lage zu versetzen, eine Sicherheitsarchitektur für die gesamte Region aufzubauen. Dazu müssten Deutschland und Europa die schon lange geforderte Ausbildungshilfe leisten. **pst**





## Weg frei für Kroatiens Beitritt

**EUROPA** Die Republik Kroatien soll ab 1. Juli 2013 das 28. Mitgliedsland der Europäischen Union werden. Die Bundesregierung hat dafür am vergangenen Freitag ein entsprechendes Vertragsgesetz (17/11872) vorgelegt. Gleichzeitig brachte die SPD einen Antrag (17/12182) ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den Beitritt des Landes zum Erfolg zu führen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Link (FDP), bezeichnete den Beitritt des Landes als „einmalige Erfolgsgeschichte“ und als „Katalysator für Reformen“. Zudem betonte er, dass der kroatische Beitritt für die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens „eine Signalfunktion“ habe. Für die Unionsfraktion wies Thomas Dörflinger darauf hin, dass die Reformbestrebungen des Landes „auch nach dem EU-Beitritt weitergehen müssten“. Man habe dabei aus Fehlern anderer Kandidaten gelernt, sagte er. Für den SPD-Politiker Josip Juratovic, der selbst kroatische Wurzeln hat, hat sich das Land durch die Verhandlungen „zu einer modernen Gesellschaft entwickelt, in der Argumente und nicht Ideologien das Geschehen bestimmen“, sagte er. Das kroatische Beispiel zeige daher, dass es sich lohne, auf die EU-Perspektive zu setzen. „Die Linke stimmt dem Beitritt gerne zu“, erklärte Stefan Liebich für seine Fraktion und betonte, dass die Linke eine „proeuropäische Partei“ sei. Gleichzeitig betonte er, dass die Akzeptanz der Europäischen Union „so gering wie nie“ sei und warnte vor weiterem Sozialabbau. Manuel Sarrazin wies auf einen anderen Aspekt hin. „Wir müssen uns vor Augen halten, dass Kroatien eine sehr alte Demokratie ist“, erklärte der Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Der Beitritt Kroatiens sei „ein Beitritt des Verstandes“ und man habe sehen können, wie sich das Land gewandelt habe. Und er fügte hinzu: „Dieser Beitritt ist verdient und hart erarbeitet.“ as ||



Premierminister Cameron erklärte bei seiner Rede in London, er wolle mit „Herz und Seele“ für einen Verbleib in der EU kämpfen.

# Der mit dem Feuer spielt

**GROSSBRITANNIEN** Premierminister Cameron will bis 2017 über einen Verbleib seines Landes in der EU abstimmen lassen

Als David Cameron Ende Januar das Unterhaus betrat, begrüßte ihn ein Gebrüll der Zustimmung seitens seiner Fraktionskollegen. So etwas hatte der Chef der Konservativen Partei schon lange nicht mehr erlebt. Der Grund: Wenige Stunden zuvor hatte Cameron seine Grundsatzrede zu Europa abgeleitet und angekündigt, dass er 2017 eine Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der EU ansetzen will. Das Thema Europa ist mit Macht auf die Tagesordnung zurückgekehrt, und die Tories wittern Morgenluft.

Camerons zentrales und durchaus logisches Argument lautete: Die EU wird sich in den nächsten Jahren grundlegend ändern, deshalb muss sich auch Großbritanniens Verhältnis zu ihr notwendigerweise verändern – und das wiederum braucht die Zustimmung des britischen Volkes. Der Regierungschef pries die historische Leistung der EU um den Frieden in Europa, aber er betonte, dass heute ihre erste Aufgabe sei, den Wohlstand zu erhalten in einem Zeitalter des globalen Wettkampfs. Er sieht drei große Herausforderungen. Die Krise in der Eurozone wird „zu fundamentalen Änderungen“ führen. Zum zweiten gebe es eine „Krise der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“, weil andere Nationen aufsteigen. Und schließlich habe man es mit einer wachsenden Kluft zwischen der EU und ihren Bürgern zu tun, einem „Mangel an demokratischer Verantwortung und Zustimmung“. Wenn man auf diese Herausforderungen nicht antworte, laufe man Gefahr, „dass Europa versagt und die Briten dem Ausgang zudriften“, sagte Cameron.

**EU für das 21. Jahrhundert** Er dagegen sieht sich als ein Pro-Europäer, der drinbleiben will. Er wolle eine „flexiblere, anpassungsfähigere, offenere“ Union. Eine Position des „weiter so“, würde die Probleme nur verschärfen, und deshalb sei Reform unumgänglich. Cameron will „eine für das 21. Jahrhundert taugliche EU“, die auf den Prin-

zipien der Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität, Subsidiarität, demokratischen Verantwortung und Fairness basiert. Cameron schiebt damit eine Reformdebatte an, die er aufgrund der Eurozonenkrise für unvermeidlich hält. Er kündigte an, dass die Konservative Partei in ihrem nächsten Wahlprogramm um ein Mandat ersuche, um Verhandlungen über Änderungen im Verhältnis zur EU zu führen. Das Ergebnis wird dann Gegenstand einer Volksabstimmung sein, die spätestens „in der ersten Hälfte der nächsten Legislatur“, also Ende 2017 stattfinden wird. Er wolle dann, so Cameron, „mit Herz und Seele“ für das neue Arrangement und damit für einen Verbleib in der EU streiten.

**Spaltplatz der Partei** Sein Bekenntnis zur EU war es allerdings nicht, das Camerons Fraktionskollegen so laut zum Jubeln brachte. Sie sind begeistert über das Versprechen eines Referendums. Cameron selbst ist Realist genug, um zu wissen, dass ein britischer Austritt ein ökonomisches und machtpolitisches Desaster gleichkäme. Andererseits ist er der Chef der Konservativen Partei. Und die ist tief zerrissen in der Europa-Frage. Früher, zu Zeiten seines Vorgängers John Major, war die Partei gespalten zwischen Euroskeptikern und Pro-Europäern. Heute liegt der Schwerpunkt weiter rechts: Pro-Europäer gibt es nur noch in der Form von Tory-Dinosauriern wie Michael Heseltine oder Kenneth Clarke. Die neue Demarkationslinie verläuft zwischen Konservativen, die das Verhältnis zur EU neu verhandeln wollen, und Tories, die lieber heute als morgen raus möchten. Die Gruppen sind etwa gleich groß, aber die erste Gruppe stellt die Regierung, während die „Europhoben“ zumeist auf den Hinterbänken sitzen.

Wenn es um Europa geht, werden manche Tories zu Fundamentalisten. Seit den Maastrikt-Verträgen vor 20 Jahren wirkt das Thema als der große Spaltplatz in der Partei. Ein Schuss Irrationalität beherrscht die Debatten. Obsession ist auch dabei. Ansonsten vernünftige Abgeordnete erklären Großbri-

tanniens Abschied von Europa zur nationalen Überlebensfrage. Man wähnt sich im Einklang mit der Volksmeinung. Einerseits stimmt das: In einer aktuellen Umfrage sprachen sich 56 Prozent der Befragten für einen Austritt aus der EU aus. Man vergisst: Auf der Prioritätenliste der Bürger steht Europa weit unten, viel wichtiger sind ihnen Themen wie Jobkrise, staatliche Ausgabenkürzungen oder Immigration. Als die Tories 2001 Europa zum Wahlkampfthema machten, wurden sie an den Urnen gnadenlos abgestraft. Cameron weiß das alles, aber er hat es mit einer Fraktion zu tun, die zur Rebellion bereit ist. So spielt der Premierminister wider besseren Wissens mit dem Feuer: Aus rein parteitaktischen Gründen musste er seinen Hinterbänkler ein Referendum in Aussicht stellen. Und die werden jetzt alles daran setzen, um einem Austritt den Weg zu bereiten. Konservative „Europhoben“ werden gemeinsame Sache mit der „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) machen, die zwar keine Präsenz im Unterhaus hat, aber laut jüngsten Meinungsumfragen zwischen zehn und 15 Prozent erzielen könnte.

**Lager der Neinsager** UKIP setzt die Konservative Partei von rechts unter Druck. Viele konservative Wähler finden sie attraktiv, weil sie eine völlig kompromisslose Position verspricht. Das Lager der Neinsager wird zudem durch eine rechtskonservative Presse unterstützt. Auf der anderen Seite dagegen stehen Labour und die Liberaldemokraten, die beiden anderen wesentlichen Parteien im Parlament. Der Oppositionschef Ed Miliband warnte, dass Camerons Referendumversprechen das Land in eine lange Periode der Ungewissheit stürzen und einen Aufschwung torpedieren würde. Auch die Gewerkschaften und große Teile der Wirtschaft und der City halten nichts von einem Austritt. Letzten Endes aber wird das Volk zu entscheiden haben. Jochen Wittmann ||

Der Autor ist langjähriger Korrespondent in London für mehrere Regionalzeitungen.

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### EU-Bericht für Europäisches Semester

**EUROPA** Der Jahreswachstumsbericht 2013 der Europäischen Kommission zeigt nach Auffassung der Bundesregierung „erste positive Ergebnisse“. Es gebe jedoch weiterhin „keinen Anlass, vom Konsolidierungskurs abzuweichen“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), vergangene Woche im Europaausschuss. Ziel des Jahreswirtschaftsberichtes ist es, im Rahmen des Europäischen Semesters die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten zu erläutern, die den Mitgliedstaaten anschließend als allgemeiner Wegweiser für ihr politisches Handeln dienen sollen. Kampeter sagte, dass sich die Anstrengungen der Länder auf EU-Ebene auf fünf Prioritäten konzentrieren sollten: Die Fortführung der Haushaltskonsolidierung, die Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft sowie die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Außerdem nannte Kampeter die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Modernisierung der Ver-

waltungen als weitere Schwerpunkte. Für die Unions-Fraktion lobte der Abgeordnete Johann Wadephul (CDU) die Bemühungen der Bundesregierung, den Europaausschuss frühzeitig einzubinden. Dabei sei ein „ehrfürlicher Blick auf die Ist-Situation“ nötig, erklärte er. Manfred Nink (SPD) äußerte die Befürchtung, dass die Sparpolitik in Europa den notwendigen Aufschwung verhindere: „Mehr Wachstumsimpulse sind notwendig“, mahnte er. Joachim Spatz erklärte für die FDP, dass man in Europa auf einen „guten, weil soliden Weg“ sei. Es gehe gleichzeitig „kein Weg daran vorbei, eine solide Haushaltskonsolidierung zu betreiben“. Für die Fraktion Die Linke sagte Alexander Ulrich hingegen, es sei offenkundig, dass die Art der europäischen „Krisenpolitik“ vollkommen gescheitert ist. Man könne sich nicht aus der Krise „heraussparen“. Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, es müsse deutlich gemacht werden, dass das Europäische Semester auch für Deutschland gelte. as ||

### Humanitäre Hilfe soll flexibler werden

**MENSCHENRECHTE** Die Bundesregierung will die Instrumente der humanitären Hilfe flexibler und effizienter gestalten. Sich abzeichnende Krisen sollen bereits im Vorfeld erkannt und entsprechend darauf reagiert werden, sagte eine Vertreterin des Auswärtigen Amtes vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte. Das neue Strategiekonzept zur humanitären Hilfe stehe für einen „Paradigmenwechsel“ hin zu einer „vorausschauenden Planung“. Ein zentraler Punkt sei „Preparedness“ – also das Ziel, die Reaktionsfähigkeit im Vorfeld zu verbessern, lokale Akteure und Strukturen zu fördern und die Kapazitäten zur Selbsthilfe bei Krisen und Katastrophen zu stärken. Zudem sollen die internationale Koordination von Hilfen und die Qualitätssicherung verbessert werden.

Das Auswärtige Amt hatte 2012 durch eine Resortvereinbarung mit dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die alleinige Zuständigkeit für humanitäre Hilfe im Ausland erhalten. Im Haushaltsjahr 2013 sind für diesen Posten 185 Millionen Euro vorgesehen. Zudem berichtete die Vertreterin des Auswärtigen Amtes über den Stand bei der Einrichtung eines Europäischen Freiwilligenkorps, das unter anderem Helfer auf ihren Einsatz in Krisengebieten vorbereiten soll und bereits als Pilotprojekt läuft. Die EU-Kommission wolle das Korps für den Zeitraum 2014 bis 2020 mit Mitteln in Höhe 250 Millionen Euro ausstatten. Noch in diesem Jahr wollten Rat und Europaparlament im Zusammenhang mit den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014 bis 2020 über die Ausstattung entscheiden. ahe ||

### Lockerungen für Myanmar

**ENTWICKLUNG** Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), plädiert für die Aufhebung der bisher lediglich suspendierten EU-Sanktionen gegenüber Myanmar. Mit dem Öffnungs- und Demokratisierungsprozess des ehemaligen Militärregimes in den vergangenen zwei Jahren seien „große Sprünge nach vorne“ gemacht worden, sagte Löning vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. So sei etwa die Parlaments-Nachwahl im vergangenen Jahr frei und fair verlaufen, die Pressezensur sei abgeschafft worden. Gleichwohl stehe das Land vor gewaltigen Herausforderungen, etwa beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen und bei der Befriedung von ethnischen Konflikten, sagte Löning. So seien Kämpfe zwischen Militär und ethnischen Milizen 2011 in der Region Kachin wieder aufgeflammt, in der

Region Rakhine gebe es Spannung zwischen der buddhistischen Mehrheit und den Rohingya, einer muslimischen Minderheit. Auch die Frage, ob noch politische Gefangene inhaftiert sind, sei nicht geklärt. Eine endgültige Aufhebung der EU-Sanktionen dürfe deshalb „kein Blankoscheck“ sein, sagte Löning. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gudrun Kopp (FDP), betonte, dass Deutschland seit der Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit im vergangenen Jahr 12,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt habe. Gefördert würden Projekte bei der beruflichen Bildung und zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen. Ende Januar hätten sich zudem die Gläubigerstaaten im „Pariser Club“ darauf verständigt, Myanmar die Hälfte seiner Auslandschulden zu erlassen, sagte Kopp. ahe ||

## Milliardär des Guten

**ENTWICKLUNG** Bill Gates wirbt im Bundestag für Projekte

Blitzlichtgewitter im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Bill Gates, Multi-Milliardär, Philanthrop und engagiert gegen Krankheiten und Hunger in der Welt, stattete vergangene Woche dem Ausschuss zum zweiten Mal nach 2010 einen Besuch ab. Der Microsoft-Gründer warb in Berlin um eine weitere Kooperation mit der von

Gates sagte zur Arbeit seiner Stiftung, hier gebe es „Fortschritte und es geht überall voran“ – ob bei den Impfstoffprogrammen, den Hilfen bei landwirtschaftlicher Produktion oder der Reduzierung der Kindersterblichkeit. „Die Millenniums-Entwicklungsziele der UN bleiben im Blick, aber nach 2015 müssen wir uns neue Ziele setzen“, mahnte Gates. Im Jahr 2000 hatten 189 UN-Mitgliedsstaaten eine Millenniumserklärung mit acht entwicklungspolitischen Zielen bis 2015 vereinbart. Gates zeigte sich erfreut, dass das für ihn „wichtigste Ziel“, die Senkung der Sterblichkeit von Kindern um zwei Drittel, auf gutem Wege sei. Die Abgeordneten würdigten – trotz kritischer Nachfragen – quer durch die Fraktionen Gates Engagement. Die Ausschussvorsitzende Dagmar G. Wöhrl (CSU) sagte, die Stiftung sei „vorbildlich in ihrem Wirken für eine bessere Welt“. Gates und Minister Dirk Niebel (FDP) hatten zuvor die Bereitstellung von je 20 Millionen Euro durch die



Bill Gates neben Ausschusschefin Dagmar G. Wöhrl (CSU)

Stiftung und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für Projekte zur Ernährungssicherung vereinbart. 2011 hatten das BMZ und die Stiftung eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Hans Krump ||

Stiftung und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für Projekte zur Ernährungssicherung vereinbart. 2011 hatten das BMZ und die Stiftung eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Hans Krump ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## KURZ NOTIERT

### Linksfraktion fordert Verbot von Uranmunition

Die Fraktion Die Linke setzt sich für eine weltweite Ächtung von Uranmunition ein. In ihrem entsprechenden Antrag (17/11898) fordert sie die Bundesregierung auf, die Herstellung, den Einsatz, den Verkauf und die Lieferung von Munition, die abgereichertes Uran enthält, zu untersagen. Auf die in Deutschland stationierten Truppen der Nato-Partner soll die Regierung einwirken, keine Uranmunition im Bundesgebiet zu lagern oder zu transportieren. Nach dem Willen der Linksfraktion soll sich die Regierung zudem bei den Vereinten Nationen für eine weltweite Ächtung von Uranmunition einsetzen. Gebiete, in denen Uranmunition eingesetzt worden ist, müssten dekontaminiert werden. aw ||

### SPD und Grüne scheitern mit Pakistan-Initiative

Die Fraktionen von SPD und Grünen sind mit ihrer Initiative für eine entschlossene internationale Einbindung Pakistans gescheitert. Ein gemeinsamer Antrag (17/11033) fand vergangene Woche keine Mehrheit im Plenum. Die Abgeordneten hatten die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den EU-Partnern „eine ressortübergreifende und kohärente Gesamtstrategie“ zu entwickeln. Dazu gehöre unter anderem, Pakistan „im Sinne einer aktiven Einbindungsdiplomatie“ aufzufordern und dabei zu unterstützen, „dass es seiner regionalen Verantwortung gerecht wird, und klarzustellen, dass es als Partner für eine politische Lösung erwünscht ist und gebraucht wird“. ahe ||

### Verfolgung von Gewalt gegen Frauen

Die Bundesregierung setzt sich für die Verfolgung von Gewaltdelikten gegen Frauen in Konflikten sowie einen angemessenen ausgestatteten Zeugenschutz ein. Das geht aus einer Unterrichtung (17/11943) zum Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2013 bis 2016 hervor. Darin seien erstmals Konfliktparteien dazu aufgefordert worden, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen einzubeziehen. bob ||

### SPD: Nato-Gipfel von Chicago war enttäuschend

Der Nato-Gipfel von Chicago im Jahr 2012 sei aus „sicherheits- und friedenspolitischer Sicht eine Enttäuschung“ gewesen, schreibt die SPD in einer Großen Anfrage (17/11905). Die Fraktion will unter anderem wissen, auf welche Weise nach Kenntnis der Bundesregierung die Nato als Organisation dazu beitragen wird, die Voraussetzungen für eine Welt ohne Nuklearwaffen zu schaffen. bob ||





Wegen des Risikos von starken Kursschwankungen ist Gold in Münzen oder auch Barren nur bedingt zur Altersvorsorge geeignet.

# Gold ist nicht alles

**FINANZEN** Koalition will private Altersvorsorge attraktiver machen. Linke fordert Sicherheit statt Riester

**W**enn die Bundesbürger an private Altersvorsorge denken, dann verhalten sie sich wie ihre Groß- und Urgroßväter und kaufen Gold. Schätzungsweise 8.000 Tonnen sollen sie in den eigenen vier Wänden oder in Schließfächern der Banken verwahren, lauten jüngste Schätzungen. Das wären etwa 100 Gramm pro Bürger in Schmuck, Barren oder Münzen. Unsicherheiten wegen der Euro-Währung und derzeit fallende Preise des Edelmetalls lassen die Nachfrage stark steigen.

steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (17/10818, 17/12219, 17/12220). Während Union und FDP für den Entwurf stimmten, sprachen sich die SPD-Fraktion, die Linksfraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dagegen aus. Ein Antrag der Linksfraktion (17/9194), die verlangt hatte, die Risiken der Riester-Rente offenzulegen und die Altersvorsorge von den Finanzmärkten zu entkoppeln, blieb erfolglos. Dieses Ansinnen der Linksfraktion bezeichnete Matthias Middelberg (CDU) als „ziemlich dümmlich, denn ich kann keine Altersvorsorge organisieren, die völlig abgekoppelt wäre vom wirtschaftlichen Geschehen und auch nicht von den Finanzmärkten“. Jede Altersvorsorge sei nur so stark wie die Volkswirtschaft, die dahinterstehe. Middelberg sagte, angesichts der dramatischen demografischen Veränderungen werde die betriebliche und private Altersvorsorge wichtiger werden. Trotz aller Kritik sei Riester-Sparen „immer noch eine hervorragende Möglichkeit gerade für Geringverdienende, für das Alter vorzusorgen“. Eine Familie mit einem Einkommen von 25.000 Euro im Jahr und mit zwei Kindern erhalte 793 Euro staatliche Zulagen, wenn sie 267 Euro im Jahr einzahle. „Besser kann es eigentlich nicht gehen“, lobte Middelberg. Mit den Reformen werde die private Altersvorsorge transparenter und vergleichbarer. Das neue Produktinformationsblatt mache die Sache „einfacher, klarer, besser“. Frank Schäffler (FDP) hob besonders die Verbesserungen für den Schutz von Berufsunfähigkeit im Rahmen der privaten Alters-

**»Nur wer faire und gerechte Löhne hat, kann für sein Alter auch vorsorgen.«**  
Petra Hinz (SPD)



**Wohnung hoch im Kurs**

Auch der Bankenverband bestätigt dies. Die Banker ermittelten in einer Umfrage, dass fast jeder Dritte in Gold investieren will. Im Vorjahr waren es nur neun Prozent. Doch Gold ist nicht alles. Ein weiteres Ergebnis der Banken-Umfrage lautet, dass die eigene Wohnung oder das Eigenheim mit 46 Prozent noch höher im Kurs stehen (Vorjahr 17 Prozent). Und schließlich bleiben die klassischen Geldanlagen zur Altersvorsorge. Rund fünf Billionen Euro haben die Bundesbürger an Geldvermögen angesammelt. Damit das Sparen als private Altersvorsorge attraktiv bleibt, hat die Koalition von Union und FDP die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge über die sogenannten Riester- und Rürup-Verträge verbessert. Auch die Vergleichbarkeit der staatlich geförderten Riester-Produkte wird verbessert. Der Bundestag beschloss am vergangenen Donnerstag den von der Koalition eingebrachten und vom Finanzausschuss in zahlreichen Punkten zuvor noch veränderten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der

vorsorge hervor. Er erinnerte daran, dass die rot-grüne Koalition den gesetzlichen Schutz vor Berufsunfähigkeit über die Rentenversicherung abgeschafft habe. Viele Menschen hätten keinen Schutz mehr. Jetzt werde über den Weg privater Vorsorge wieder ein Anreiz gegeben, gegen die finanziellen Folgen von Berufsunfähigkeit vorzusorgen. Den Zusammenhang zwischen Einkommen und Sparmöglichkeiten hob Petra Hinz (SPD) hervor. Die schwarz-gelbe Koalition habe nichts für faire Löhne getan und verweigere die Einführung von Mindestlöhnen. Das heiße aber auch: „Nur wer faire und gerechte Löhne hat, kann für sein Alter auch vorsorgen.“ Zwar lobte Hinz die Einführung der Produktinformationsblätter, die eine bessere Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Produkte ermöglichen sollen. Dennoch greife die Maßnahme nicht weit genug. Unter Verweis auf die Sachverständigenanhörung sagte Hinz, beim Produktinformationsblatt bestehe die Gefahr, dass die Menschen es nicht verstehen würden. Altersvorsorge mit Wohneigentum werde für viele Sparer ein Problem, wenn sie die nachgelagerten Kosten wie Reparaturaufwand und Steuern nicht bezahlen könnten. Da werde viel Sand in die Augen gestreut, kritisierte Hinz, die an dem Gesetzesentwurf insgesamt „zielgerichtete Instrumente für Geringverdienende“ vermisste. Gegen die anrollende gigantische Welle von Altersarmut tue die Koalition gar nichts, kritisierte Matthias Birkwald (Die Linke). Ziel der vor zehn Jahren eingeführten privaten Vorsorgemöglichkeiten sei die Schließung einer Vorsorgelücke gewesen. „Heute wissen wir: Das wird nicht funktionieren“, auch wenn die Regierung etwas anderes behauptete, stellte Birkwald fest, der an die Koalition appellierte: „Hören Sie endlich auf, die Leute hinter die Riester-Fichte zu führen.“ Die Privatvorsorge bringe den Versicherungsträgern Milliarden, aber „gegen Alters-

armut hilft Riester nicht.“ Viele Menschen mit geringem Einkommen könnten sich einen Riester-Vertrag nicht leisten. Und bei vielen Riester-Sparern seien die Erträge viel zu gering, um die Vorsorgelücke schließen zu können. Die Linksfraktion wolle dagegen „Sicherheit statt Riester“, sagte Birkwald. Die Linke schütze das Kind mit dem Bade aus, stellte Gerhard Schick (Grüne) fest. Es gebe Probleme und Fehler bei Riester, aber dass Menschen etwas für ihre Altersvorsorge tun, „ist im Grunde nicht falsch, und deswegen wäre es falsch, aus den Fehlern, die wir bei Riester sehen, gleich insgesamt das ganze Konzept der privaten Altersvorsorge abzuschaffen“. Der Koalition warf Schick vor, die Förderung für ein Prozent Höchstverdiener anzuheben „und für 99 Prozent nicht“. Das sei eine soziale Schiefle. Durch Kosten für den Finanzbetrieb, die zu Lasten der Versicherten abgerechnet würden, gehe ein Großteil der Rendite verloren. Auch das

im Prinzip gute Produktinformationsblatt gebe keine volle Kostentransparenz. Der Gesetzesentwurf sieht für die Basisvorsorge im Alter eine Erhöhung der Förderungsgrenze von 20.000 auf 24.000 Euro vor. Im Bereich der Altersvorsorge in Form selbst genutzten Wohneigentums sieht der Entwurf Vereinfachungen bei der Entnahme von gefördertem Altersvorsorgekapital vor. So soll die jederzeitige Kapitalentnahme für selbst genutztes Wohneigentum in der Ansparphase möglich sein. In die Eigenheimrentenförderung soll künftig auch der Umbau zur Reduzierung von Barrieren in oder an der selbst genutzten Wohnung einbezogen werden. Zur Verbesserung des Verbraucherschutzes werden Produktinformationsblätter vorgeschrieben, damit die verschiedenen Riester-Produkte vergleichbar werden. In den Ausschussberatungen waren die Informationsblätter noch „entschlackt“ worden.

**Hans-Jürgen Leersch**

**STICHWORT**

**Vielfältiges Riestern – Wohnungsförderung bisher noch nicht so stark genutzt**

**> Angebot** Riester-geförderte Angebote zur privaten Altersvorsorge gibt es fast für jeden Bedarf. So gibt es zum Beispiel klassische Rentenversicherungen, fondsgebundene Rentenversicherungen, Fondssparpläne, Banksparpläne, Bausparverträge sowie Sparpläne mit Genossenschaftsannteilen. Auch für Wohnzwecke kann gespart werden, so dass auch der Bau eines Eigenheims gefördert wird.



**> Nutzung** Es gab 2011 rund 15 Millionen Riester-Verträge – zehnmal so viele wie vor zehn Jahren (17/7964). Bei den meisten Riester-Verträgen handelt es sich um Versicherungen (10,64 Millionen), gefolgt von Investmentfondsverträgen (2,92 Millionen). Außerdem gibt es 733.000 Banksparverträge. Die noch relativ junge Möglichkeit zu „Wohn-Riester“/Eigenheimrente nutzen bereits 704.000 Bundesbürger.

## Fiskalvertrag wird umgesetzt

**HAUSHALT** Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag dem Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (17/12058, 17/12222) zugestimmt. Dieser entspricht im wesentlichen dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung (17/10976, 17/11504), den der Bundestag im vergangenen November beschloss und dem der Bundesrat im Dezember seine Zustimmung verweigert hat. Wichtigster Punkt auch des neuen Entwurfes ist die Festschreibung einer Obergrenze für das strukturelle Defizit von höchstens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ferner ist vorgesehen, dass der Stabilitätsrat damit beauftragt wird, die Einhaltung dieser Defizitgrenze zu überwachen. Zur Unterstützung des Stabilitätsrats wird ein unabhängiger Beirat eingerichtet. Zudem wird mit der Änderung des Sanktionszahlungs-Aufteilungsgesetzes die innerstaatliche Aufteilung der mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts neu eingeführten Sanktionen zur Sicherung der Disziplin geregelt. Schließlich soll mit der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes eine „Stufenlösung“ umgesetzt werden, auf die sich die Länder einvernehmlich verständigt haben. Danach sollen die Ergebnisse des Zensus 2011 schrittweise in Zweijahresstufen technisch in die noch ausstehenden endgültigen Berechnungen der Ausgleichsjahre 2011 und 2012 einbezogen werden. **mik**

## Bund macht weniger Schulden

**HAUSHALT** Der Bund hat im vergangenen Jahr neue Kredite in Höhe von rund 22,5 Milliarden Euro aufgenommen. Das geht aus dem Bericht des Bundesfinanzministeriums zum vorläufigen Jahresabschluss 2012 hervor, den der Haushaltsausschuss vergangene Woche zur Kenntnis genommen hat.

Damit ist die nach dem Zweiten Nachtragshaushalt 2012 vorgesehene Neuverschuldung von 28,1 Milliarden Euro um rund 5,6 Milliarden Euro „deutlich“ unterschritten worden, heißt es in dem Bericht weiter. Ohne die Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von rund 8,7 Milliarden Euro und die Erhöhung des deutschen Kapitalanteils an der Europäischen Investitionsbank in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro, die im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise einiger europäischer Staaten erfolgten und insofern als Sondereffekte zu betrachten seien, hätte dies eine deutliche Unterschreitung der Nettokreditaufnahme des Jahres 2011 um rund fünf Milliarden Euro bedeutet. Die Schuldenbremse hätte damit nicht nur eingehalten werden können, betont die Regierung. Vielmehr hätte die für die Schuldenbremse wichtige „strukturelle Nettokreditaufnahme“ auf Basis der vorläufigen Daten bereits 2012 leicht unter die für den Bund dauerhafte geltende Obergrenze von 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt reduziert werden können.

Die SPD-Fraktion betonte, dass der vorläufige Abschluss eines guten Ergebnisses sei, allseits werde aber bei den Langzeitarbeitslosen und bei den Rentenversicherungsgespart. Dies kritisierte auch die Linksfraktion. Ihre Sprecherin meinte, dass die Regierung bei der Haushaltsaufstellung die Neuverschuldung möglichst hoch ansetzen würde, um anschließend ohne Probleme darunter bleiben zu können. Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konnte keine eigene Anstrengung der Koalition an dem guten Abschluss erkennen. Für CDU/CSU und FDP sind die „ausgezeichneten Zahlen“ vor allem damit zu erklären, dass die Ausgabenseite stabil geblieben sei. Für die FDP-Fraktion ist keine soziale Schiefle erkennbar. **mik**

Anzeige

**Ausstellung**  
17. Januar bis 15. März 2013  
von 10 bis 18 Uhr  
im Lichthof des Auswärtigen Amts  
Eintritt frei  
Werderscher Markt 1 • 10117 Berlin  
U-Bahn U2 Hauptvogelplatz oder Spittelmarkt  
www.auswaertiges-amt.de

**ADENAUER DE GAULLE**  
Wegweiser deutsch-französischer Freundschaft  
Les biographies de l'Union France-Allemagne

**PARLAUF PAS DE DEUX**  
Junge Marktführer aus Frankreich und Deutschland zeigen aufschreiweisende Begeisterung heute und morgen

## Vereine sind oft schon Familienersatz

**FINANZEN** Koalition setzt Stärkung des Ehrenamtes durch. Übungsleiterpauschale wird erhöht

Der Bundestag hat am Freitag grünes Licht für das „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ (17/11316, 17/11632) gegeben. Die Koalition sowie die SPD stimmten dafür, während sich Grüne und Linke enthielten. Das Gesetz enthält unter anderem eine Anhebung der sogenannten Übungsleiterpauschale von 2.100 auf 2.400 Euro jährlich. Das Gesetz enthält auch Verbesserungen bei Haftungsregeln für Ehrenamtliche. In der Debatte lobte der Unions-Abgeordnete Christian Freiherr von Stetten (CDU) den Entwurf als „wichtige Investition in unsere Gesellschaft“ und betonte den „wesentlichen Beitrag der Vereine“. „Viele sind längst zu einem Familienersatz geworden“, sagte er. Auch die vorgesehene Stärkung der in Stiftungen engagierten Ehrenamtlichen sei notwendig. „Deutschland ist ein Land der Ehrenamtlichen geworden. Nun ist es außerdem dabei, ein Land der Stiftungen zu werden.“

Die SPD-Abgeordnete Ute Kumpf machte dagegen eine Verengung des bürgerschaftlichen Engagements auf den Begriff „Ehrenamt“ aus. Die Änderung des Titels des Gesetzesentwurfs von „Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts“ in „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ bezeichnete sie als „Schritt in die falsche Richtung“ und warnte zudem vor einem Missbrauch des Ehrenamts. „Wir alle wollen eine vitale Bürgergesellschaft“, sagte Kumpf. „Aber sie darf den Staat bei der Erfüllung wichtiger Aufgaben nicht ersetzen.“ Kritik an dem Gesetzesentwurf übte auch Britta Haßelmann (Grüne). Sie monierte „die unterschiedliche Bewertung von Engagement“. Durch die Erhöhung der Übungsleiterpauschale auf 2.400 sowie die parallele Anhebung der Ehrenamtspauschale von 500 auf lediglich 720 Euro entstehe eine Diskrepanz. Viele ehrenamtlich Engagierte schließe das Gesetz zudem aus. Manche

Bürger „engagieren sich nicht in einem Verein, aber kämpfen dennoch zum Wohle der Gemeinschaft für ein bestimmtes Ziel“. Unterstützung erhielt sie dabei von Barbara Höll von der Linksfraktion. „Sie beachten die Förderung außerhalb der Vereinsstrukturen viel zu wenig“, rief sie in Richtung der Koalition. Das ehrenamtliche Engagement als „Lückenbüßer für staatliche Aufgaben“ zu verstehen sei grundverkehrt. Marco Buschmann von der Fraktion der Liberalen ging zum Gegenangriff über und forderte: „Wir brauchen Bürger, die ihren eigenen Weg gehen und kein verstaatlichtes Denken, wie es die Linke will.“ **jmb**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





**KURZ NOTIERT**

**Globale Flugzeugflotte verdoppelt sich**

Die Größe der globalen Gesamtflugzeugflotte wird sich bis zum Jahr 2031 mehr als verdoppeln. Aus der als Unterrichtung vorgelegten Luftfahrtstrategie der Bundesregierung (17/12150) wird unter Bezug auf die jüngste Weltmarktprognose von Airbus mitgeteilt, dass bis 2031 ein Bedarf von mehr als 28.000 neuen großen Verkehrsflugzeugen bestehe. „Für die globale Gesamtflotte bedeutet dies einen Anstieg um fast 110 Prozent von heute 15.5560 auf 32.550 Flugzeuge“, heißt es in der Unterrichtung. Für die deutsche Luftfahrtindustrie sieht die Bundesregierung die Chance, auch in Zukunft überdurchschnittlich zu wachsen. Schon in den letzten zehn Jahren habe die Luftfahrtindustrie ein Wachstum von 5,4 Prozent pro Jahr erzielt, während die Wirtschaft insgesamt nur um 2,5 Prozent jährlich gewachsen sei. Auch die Zahl der Arbeitskräfte habe mit einer Steigerungsrate von 3,1 Prozent jährlich stärker zugenommen als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt (plus 0,6 Prozent). *hle* ||

**Benachteiligung deutscher Exporteure wird beendet**

Der Bundestag hat am Donnerstag dem Gesetz zur Modernisierung des Außenwirtschaftsrechts (17/11127, 17/12101) zugestimmt. Für den Entwurf stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. Die SPD-Fraktion enthielt sich, während Linke und Grüne den Entwurf ablehnten. Somit können jetzt Sondervorschriften aufgehoben werden, die deutsche Exporteure gegenüber ihren europäischen Konkurrenten benachteiligten. Die vorsätzliche ungenehmigte Ausfuhr von Rüstungsgütern bleibt aber nach Angaben der Regierung genauso eine Straftat wie der leichtfertige Verstoß gegen Waffenembargos. Abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion (17/12188), der das Ziel hatte, die politischen Grundsätze der Regierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in das Gesetz einzufügen. *hle* ||

**Neues Gesetz für die Konjunkturstatistik**

Die bisher auf Grund von EU-Recht erhobenen Daten für die Konjunkturstatistik sollen in Zukunft wieder über eine nationale Rechtsgrundlage erhoben werden. Daher hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes über konjunkturstatistische Erhebungen in bestimmten Dienstleistungsbereichen (17/12014) eingebracht. Der Gesetzentwurf wurde am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. Das Dienstleistungskonjunkturstatistik-Gesetz (DLKonjStatG) soll die bisher nach EU-Recht nicht mögliche Untergliederung der Beschäftigtenzahlen nach Bundesländern ermöglichen. Das Gesetz entspreche bis auf geringfügige Ausnahmen einem 2007 aufgehobenem Gesetz, so die Regierung. *hle* ||

**SPD-Fraktion will bessere Strom-Versorgungssicherheit**

Änderungen an der Anreizregulierungsverordnung verlangt die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/12214). Damit soll die Strom-Versorgungssicherheit in Deutschland gestärkt werden. Wie die Abgeordneten schreiben, erhalten Netzbetreiber mit guter Versorgungsqualität einen Zuschlag auf die Erlösbergrenze. Da bei der Qualitätsmessung nur Stromunterbrechungen über drei Minuten verlangt werden, verlangt die SPD-Fraktion auch eine Erhebung kürzerer Unterbrechungszeiten. Außerdem soll nicht nur die Nieder- und Mittelspannungsebene erfasst werden, sondern auch die Hoch- und Höchstspannungsebene. *hle* ||

**Kooperation gegen die Schwarzarbeit**

Deutschland und die Niederlande wollen bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Schwarzarbeit besser kooperieren. Daher hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zum deutsch-niederländischen Vertrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit (17/12015) eingebracht, der inzwischen vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Der Vertrag regelt besonders den Informationsaustausch zwischen beiden Ländern. *hle* ||

**Mehrwertsteuersystem soll harmonisiert werden**

Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene für ein betrugssicheres, transparentes und bürokratiearmes Mehrwertsteuersystem einsetzen, dessen Bemessungsgrundlage außerdem möglichst angeglichen und erweitert wird. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem inzwischen an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (17/12065). Befreiungen und Ermäßigungen sollen die Ausnahme sein. *hle* ||



U-Boote der „Dolphin-Klasse“ (hier ein für die israelische Marine gebautes Boot) gelten als Exportschlager der deutschen Rüstungswirtschaft.

# Deutsche Waffen überall auf der Welt

**WIRTSCHAFT** Bundestag streitet über Rekorde bei den Rüstungsexporten

Zahlen lügen nicht. Aber man kann sie sehr unterschiedlich interpretieren. So ist nach der Studie Deutschland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt, andere sehen die Bundesrepublik auf Platz vier, sechs oder sogar sieben. Sehr viel weiter noch gingen am vergangenen Donnerstag in der Debatte über den Rüstungsexportbericht 2011 der Bundesregierung (17/11785) die politischen Einschätzungen auseinander. Die Koalition bescheinigte der Bundesregierung eine absolut verantwortungsvolle Handhabung des sensiblen Bereichs, SPD und Linke bestritten ebendies, und die Linke lehnte jeden Rüstungsexport ab. Der Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Gregor Gysi, eröffnete die Aussprache ganz grundsätzlich: „Wir hätten eigentlich nach dem 2. Weltkrieg den Schluss ziehen müssen, nie wieder Waffen zu exportieren.“ Genau das habe Japan getan. Stattdessen nehme Deutschland heute den dritten Platz der Waffenexporteure ein, nach den USA und Russland. Entgegen den Beteuerungen der Regierung dürfe „fast jede deutsche Waffe in fast jedes Land der Welt“. Im Jahr 2011 seien von 17.586 Exportanträgen gerade mal 105 abgelehnt worden.

**Fiktive Werte** Dem widersprach Joachim Pfeiffer (CDU) auf der ganzen Linie. Die Zahlen des Schwedischen Instituts SIPRI, das Deutschland auf Platz drei der Rüstungsexporteure sieht, seien „mehr als fragwürdig“. Dort werde nicht mit tatsächlichen Genehmigungswerten gerechnet, sondern mit fiktiven Werten. Zudem handele es sich bei einem Großteil der deutschen Rüstungsexporte, insbesondere in Entwicklungsländer, nicht um Kriegswaffen. Es seien beispielsweise Minensuchgeräte, Feldkrankenhäuser in geschützten Containern, Dekon-

taminierungsausrüstung für den Zivilschutz und Boote für den Küstenschutz. Zwar sei 2011 der Wert aller Exportgenehmigungen um 660 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr gestiegen, der für Kriegswaffen aber um 834 Millionen Euro zurückgegangen. Letztere seien zu 58 Prozent an Partner in der EU und NATO gegangen und nur zu neun Prozent in Entwicklungsländer, hauptsächlich nach Indien und in den Irak. Deutschland habe „unstreitig die strengsten Rüstungsexportrichtlinien der Welt“, betonte Pfeiffer. Da dies bekannt sei, würden aussichtslose Exportanträge gar nicht gestellt – daher die von Gysi angeführte geringe Ablehnungsquote. Martin Lindner (FDP) ergänzte, im Vergleich zu anderen Ländern entfalle in Deutschland nur ein sehr geringer Anteil aller Exporte auf Kriegswaffen. Er liege seit Jahren deutlich unter 0,2 Prozent, nur 2005 habe er mit 0,26 Prozent deutlich höher gelegen. Damals habe Rot-Grün regiert. Exporte seien wichtig für den Bestand der deutschen Rüstungsindustrie. Darauf zu verzichten „würde bedeuten, dass wir darauf angewiesen sind, nur noch im Ausland zu kaufen“. Redner von SPD und Grünen warfen dagegen der Bundesregierung vor, zwar von restriktiver Rüstungsexportpolitik zu reden, tatsächlich aber beispielsweise die Lieferung von Kampfpanzern in Länder wie Saudi-Arabien zu genehmigen, in denen die Menschenrechte unterdrückt werden. „Die Doppelbödigkeit dieser Bundesregierung ist kaum noch zu überbieten“, sagte Klaus Barthel (SPD).

**»Der Export von Kriegswaffen ging um 834 Millionen Euro zurück.«**

Joachim Pfeiffer, CDU

Barthel warb für einen Antrag seiner Partei für eine schnellere Unterrichtung und bessere Beteiligung des Bundestages (17/9188). Auch die Grünen beantragten eine schärfere Beschränkung von Rüstungsexporten (17/9412). Die Opposition will, dass – ähnlich wie bei der Kontrolle der Geheimdiens-

ter – ein Gremium des Bundestages in die Entscheidung über Rüstungsexporte eingebunden wird. Zudem verlangt sie, dass die Bundesregierung den Bundestag nicht erst mit rund einjähriger Verspätung über die Exportgenehmigungen des Vorjahres in Kenntnis setzen darf. „Wir wollen diese Informationen vor der Genehmigung, damit wir gegebenenfalls noch Einfluss nehmen können“, sagte Katja Keul (Bündnis90/Die Grünen). Die schnellere Unterrichtung des Parlaments befrworteten auch die Redner der Koalition. Allerdings wandten sie sich gegen eine Vermischung der Befugnisse von Exekutive und Legislative. Die Entscheidung über Exportgenehmigungen solle bei der Regierung bleiben. Die beiden Oppositionsanträge wurden am Ende mit Koalitionsmehrheit abgelehnt. Martin Lindner (FDP) versicherte aber: „Die Frage einer Parlamentsbeteiligung im Sinne einer effektiveren Kontrolle werden wir uns vornehmen, da appellieren wir auch an die Bundesregierung, das gemeinsam mit uns zu tun.“ Einen Antrag der Linksfaktion für ein völliges Rüstungsexportverbot (17/10842) lehnten auch SPD und Grüne ab. Katja Keul sagte zu dem von Gysi als Vorbild angeführten Japan, dessen Regierung habe sich „gerade zu einer Kehrtwende entschlossen“, weil sich das Land keine autarken Rüstungsindustrie leisten könne. Martin Lindner (FDP) verteidigte Rüstungslieferungen an Länder wie Saudi-Arabien. Als Beispiel nannte er den Einsatz deutscher Wehrtechnik zur Grenzsicherung. Die damit verbundenen Schulungen durch das Bundesinnenministerium eröffneten die Gelegenheit, „Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung der inneren Führung in einem Land wie Saudi-Arabien“. Was Jan van Aken (Linke) mit der Bemerkung quitierte, ein Gefangener in einem saudischen Folterker-

ker werde kaum dankbar dafür sein, „mit deutscher Hilfe menschenrechtskonform festgenommen worden zu sein. Dessen Blut klebt auch an Ihren Fingern, Herr Lindner.“

**Zurückgehende Exporte** Die Bundesregierung schreibt im Rüstungsexportbericht, den sie dem Parlament zur Unterrichtung vorgelegt hatte, dass 2011 Kriegswaffen im Wert von insgesamt 1,29 Milliarden Euro aus Deutschland ausgeführt worden seien. Der Gesamtwert sei damit gegenüber dem Vorjahr um 834 Millionen Euro zurückgegangen. Insgesamt machten die Kriegswaffenausfuhren 0,12 Prozent aller deutschen Exporte aus. 32 Prozent aller Ausfuhren von Rüstungsgütern erfolgten in EU- und NATO-Länder oder denen gleichgestellte Staaten wie Japan. Bei diesen sind nach den Richtlinien der Bundesregierung Rüstungsexporte grundsätzlich nicht zu beschränken. Die wertmäßig größten Ausfuhren gingen nach Brunei, Singapur und in den Irak. Größer als die Ausfuhren war der Wert der 2011 erteilten Exportgenehmigungen. Sie betragen 5,41 Milliarden

Euro (2010: 4,75 Milliarden). Die Differenz zwischen tatsächlichen und genehmigten Ausfuhren erklärt die Bundesregierung damit, dass die erteilten Genehmigungen nicht unbedingt im selben Jahr für eine Ausfuhr genutzt würden. An Entwicklungsländer wurden 2011 Kriegswaffen im Wert von insgesamt 161,6 Millionen Euro ausgeführt. 2010 waren es 108,2 Millionen. Dieser hohe Wert beruhe im Wesentlichen auf Lieferungen an den Irak. *Peter Stütze* ||

## Kein neues Bergrecht

**WIRTSCHAFT** Die Opposition ist mit mehreren Vorstößen gescheitert, das Bergrecht in Deutschland zu reformieren. Der Bundestag lehnte am Donnerstag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP vier Oppositionsanträge und -gesetzentwürfe ab. So hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Förderabgabe von zehn Prozent einheitlich auf alle gefördert Bodenschätze verlangt (17/9390, 17/10182). Die zahlreichen Befreiungen von dieser Abgabe sollten gestrichen werden. Zudem hatten die Grünen die Vorlage eines völlig überarbeiteten Bundesberggesetzes gefordert (17/8133). Im Planungs- und Genehmigungsstadium müsse eine öffentliche Interessenabwägung „zwischen den potenziell positiven Wirkungen des Bergbaus für die Gesellschaft und seinen negativen Folgen für die betroffenen Menschen stattfinden“. Dem Bergbau dürfe nicht per se der höhere Rang eingeräumt werden. Auch die Linksfaktion verlangte in einem Antrag (17/9034) ein neues Bergrecht, das vor allem auf Konfliktvermeidung setze und sich bei der Genehmigung von Bergbauvorhaben an den Planfeststellungsverfahren orientieren müsse. Einerseits solle den Erfordernissen der Rohstoffversorgung Rechnung getragen werden. Andererseits seien aber auch die Interessen der Umwelt und der vom Abbau betroffenen Menschen angemessen zu berücksichtigen. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (17/9560), das Bundesberggesetz und die Verordnung über Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben so zu reformieren, „dass Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz im gesamten Verfahren deutlich erhöht werden“. Belange des Gewässerschutzes und des Grundwasserschutzes müssten umfassend berücksichtigt werden. *hle* ||

## Urlaub auch für sozial Schwache

**TOURISMUS** Um Tourismus für jedermann ging es am Donnerstag im Bundestag. Das Parlament beschäftigte sich mit einem Antrag (17/11588) der Fraktion Die Linke unter dem Titel „Reisen für alle – Für einen sozialen Tourismus“ dazu. Hierin fordert die Fraktion, ein für fünf Jahre ausgelegtes Programm für sozialen Tourismus vorzulegen. Das Programm soll sich dabei am globalen Ethikkodex für den Tourismus orientieren, den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung entsprechen und die Hinweise des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses berücksichtigen. Im Detail verlangt die Fraktion, dass im Rahmen der Regelbedarfsätze des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und SGB XII für Bedarfsgemeinschaften und Familien mit Kindern ein „angemessenes Budget“ für Erholungsurlaub berücksichtigt wird. Allgemein sollen Mittel für die stärkere Finanzierung von Projekten des sozialen Tourismus bereitgestellt werden. Ebenso sollen genossenschaftlich organisierte Formen des Sozialtourismus initiiert und gefördert werden. Die Fraktion fordert zudem, Festlegungen zur Finanzierung und jährlich obligatorischen Durchführung von Klassenfahrten zu treffen. Obwohl der Tourismus für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens sei, könne nach sich jedoch ein großer Teil der Bevölkerung keinen Urlaub mehr leisten. Der Antrag wurde ohne Aussprache an den zuständigen Ausschuss überwiesen. *jbb* ||

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

\*Bestellen Sie unverbindlich vier kostenloser Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75914233  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





KURZ NOTIERT

**SPD will mehr ökologische Landwirtschaft**

Die Bundesregierung soll in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel einer Umstellung auf ökologische Landwirtschaft auf 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis zum Jahr 2020 festlegen. Das geht aus einem Antrag (17/10862) der SPD-Fraktion hervor, der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Bisher sei vermieden worden, die Umsetzung des Ziels der Umstellung zeitlich festzuschreiben, heißt es in der Antragsbegründung der Sozialdemokraten. *eis*

**Dauerhafte Förderung von Öko-Bauern abgelehnt**

Die Bundesregierung muss sich nicht dafür einsetzen, dass in den Verhandlungen zur Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik nach 2013 die ökologische Landwirtschaft als integraler Bestandteil der europäischen Kulturlandschaft Anerkennung findet. Einen entsprechenden Antrag (17/7186) der SPD-Fraktion lehnte der Bundestag am vergangenen Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (17/8954) ab. Die Fraktion wollte unter anderem eine dauerhafte Förderung der gesellschaftlichen Leistungen durch den ökologischen Landbau erreichen. *eis*

**Regierung informiert über illegale Fischerei**

Die Bundesregierung hat eine Unterrichtung über die Umsetzung der Verordnung zur Bekämpfung der illegalen, unregulierten und unangemeldeten Fischerei (IUU) und der Kontrollverordnung in anderen EU-Mitgliedstaaten (17/12112) vorgelegt. Mit der Unterrichtung soll ein Jahr nach Inkrafttreten des Seefischereigesetzes ein Bericht darüber vorliegen, „wie die IUU-Verordnung und die Kontrollverordnung in anderen Mitgliedstaaten umgesetzt wurden und in welchen Punkten es relevante Abweichungen zur deutschen Gesetzgebung gibt“. Einerseits konstatiert die Unterrichtung, dass sich Abweichungen zur deutschen Gesetzgebung aus der Verschiedenheit der nationalen Rechts- und vor allem Strafrechtssysteme ergeben können, andererseits lasse sich aus den für den Bericht erhaltenen Rückmeldungen der betreffenden EU-Mitgliedstaaten der Schluss ziehen, dass die oftmals unterschiedlichen nationalen Rechtssysteme Regelungen treffen, „die im Ergebnis für den Rechtsunterworfenen dieselbe Wirkung haben“. *eis*

**Grüne fordern Regeln für Zugsicherungssystem**

Die Einführung des europäischen Zugsicherungssystems ERTMS (European Rail Traffic Management System) soll auf das Jahr 2015 verschoben werden. Zunächst müssten Regeln für einen verbindlichen und europaweit einheitlichen Stand für das Zugsicherungssystem festgelegt werden, fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/10844), der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Fraktion befürwortet in ihrem Antrag die Einführung des Systems, das Kapazitätssteigerungen um bis zu 30 Prozent sowie weniger Lärm und höhere Energieeffizienz mit sich bringen werde. Problematisch sei jedoch, dass die technischen Spezifikationen bislang europaweit nicht verbindlich einheitlich vorgegeben seien und keine vollständige Abwärtskompatibilität sichergestellt sei. *hle*

**Betrieb von Drohnen ist bisher noch nicht geregelt**

Derzeit sind noch keine Regelungen und Vorschriften für einen sicheren Betrieb von unbemannten Luftfahrtsystemen (sogenannten Drohnen) in Deutschland festgelegt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (17/12136) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/11978) hervor. Diese Regelungen müssen zunächst auf der internationalen, europäischen und nationalen Ebene erarbeitet und miteinander abgestimmt werden. *mik*

**Mehr Geld für die Mobilitätsforschung**

Die Bundesregierung hat die Haushaltsmittel für Mobilitätsforschung seit 2005 bis 2012 von rund 200 Millionen Euro auf mehr als 500 Millionen Euro jährlich gesteigert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung (17/12119) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (17/11860) hervor. *mik*



Unterschiedliche Lebensqualität: Das Gartenprojekt „Allmende Kontor“ auf dem früheren Flughafen Tempelhof und das Einkaufszentrum „Alexa“ in Berlin

# Der neue Kompass

**WACHSTUMS-ENQUETE** Die Kommission legt ein Konzept für eine alternative Wohlstandsmessung vor

**M**atthias Birkwald verblüfft die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ mit einer satirischen Einlage. Der Linken-Abgeordnete imitiert einen Tagesschau-Sprecher, der zwischen Zuschauerbegrüßung und Wetter eine komplette Sendung benötigt, um das von Union, SPD und FDP entworfene komplizierte Konzept einer alternativen Wohlstandsmessung mit Hilfe eines verschachtelten Systems von 20 Indikatoren sowie Warn- und Hinweislampen von der Artenvielfalt über die Einkommensverteilung bis zur Entwicklung der Nettoinvestitionen zu erläutern.

»Sammelsurium« Dieser „abstruse Zahlen-salat“ sei „etwas für die Heute-Show“, ätzt Birkwald, aber „nicht breit kommunizierbar“ und taue nicht dazu, eine Debatte über politische Konsequenzen aus einer neuen Definition von Lebensqualität anzustoßen. Von einem „Indikatoren-Wirrwarr“ spricht Grünen-Obmann Hermann Ott. Ein „Sammelsurium von Indikatoren und Lampen“, assistiert Fraktionskollegin Valerie Wilms, sei als „Instrument der politischen Steuerung“ ungeeignet. Gegen Union, SPD und Liberale nützt das Aufbegehren von Linken und Grünen gegen den „Wohlstandsindikatorenansatz“ indes nichts, mit dessen Präsentation das Bundes-tagsgremium vergangene Woche zu einem Kern seines Auftrags vorstößt – nämlich zur Neuberechnung des Wohlstands, der sich nicht mehr allein aus dem vom Bruttoin-

landsprodukt (BIP) ermittelten Wachstum ableiten soll. Das BIP misst Güter und Dienstleistungen in Marktpreisen – und ergibt sich dabei ein Wachstum, dann steigt die gesellschaftliche Wohlfahrt, dann geht es den Leuten besser, so die traditionelle Logik.

**Schwächen des BIP** Doch das BIP hat erhebliche Schwächen. In dieser Kennziffer schlagen sich ehrenamtliche Pflegedienste ebenso wenig nieder wie der Ressourcenverbrauch und Schädigungen der Umwelt durch den Klimawandel oder durch Katastrophen wie Fukushima. Im Gegenteil: Investitionen zur Beseitigung ökologischer Schäden etwa nach der Explosion einer Öl-plattform erhöhen sogar das BIP. Eine alternative Wohlstandsmessung soll das BIP nicht negieren, aber über weitere Kriterien ein adäquates Bild von Lebensqualität zeichnen. Das soll nicht bloß eine interessante statistische Ziffer bleiben, sondern auch der Politik die Richtung weisen. Wenn sich etwa zeigt, dass die Artenvielfalt schrumpft, die Verschuldung klettert, Nettoinvestitionen rückläufig sind, der Ausstoß an Treibhausgasen zunimmt oder die Beschäftigungsquote sinkt, dann soll die Politik gegensteuern.

Die CDU-Abgeordnete Stefanie Vogelsang als Vorsitzende der Projektgruppe 2, die das „Indikatoren-Set“ erarbeitet hat, sieht im Konzept der Mehrheit eine „Handlungsschnur für politische Entscheidungen“. Um die politische Debatte zu befruchten, fordert der von der SPD benannte Sachverständige Gert Wagner, die Regierung müsse zu „Jah-

reswohlstandsberichten“ stets Stellung nehmen. Der „Wohlstandsindikatorenansatz“ ist hochdifferenziert. Die für die Lebensqualität als wesentlich definierten drei Kriterien „Materieller Wohlstand“, „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ sollen über zehn



Volle Güterzüge mit Neuwagen sind meist gut für das Bruttoinlandsprodukt.

„Leitindikatoren“ berechnet werden: BIP, Einkommensverteilung, Staatsschulden, Beschäftigungsquote, Bildungsniveau, Gesundheit, das Maß an Freiheit, nationale Emissionen von Treibhausgasen, Stickstoffkreislauf und Artenvielfalt. Hinzu kommen neun „Warnlampen“ und eine „Hinweis-

lampe“, die bei heraufziehenden „Gefahren“ (Vogelsang) frühzeitig aufblincken sollen – zum Beispiel bei der Entwicklung der Weiterbildung, des Lebensalters oder der Qualität der Arbeit. Aber vermag ein solch verschachteltes Konzept medial Resonanz zu erzeugen? Für das

unterschätzen. SPD-Obfrau Edelgard Bulmahn: „Das Tableau ist ein guter Kompromiss aus Vollständigkeit und Übersichtlichkeit.“ Das Indikatoren-Set bietet für die Sachverständige Beate Jochimsen ein „konsistentes Bild über die Wohlfahrtsentwicklung“. Der FDP-Abgeordnete Florian Bernsneider mahnt, die politische Umsetzung müsse noch näher erörtert werden.

**Aussagekraft umstritten** Wenig diskutiert wird die Frage, wie aussagekräftig die Indikatoren eigentlich sind. Der Sachverständige Marc Oliver Bettzüge moniert, der internationale Kohlendioxid-Ausstoß werde zu gering gewichtet. Birkwald beklagt, soziale Ungleichheit und Raubbau an der Natur würden verharmlost. Die Linke schlägt das „klar strukturierte“ Modell eines „Trios der Lebensqualität“ vor, das die Wohlfahrt mit Hilfe des Bruttoeinkommens der Arbeitnehmer, der „Reich-Arm-Verteilung“ und des „ökologischen Fußabdrucks“ misst. Der „Wohlstandskompass“ der Grünen stützt sich neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf den Natur- und Ressourcenverbrauch, die Einkommensverteilung und die Lebenszufriedenheit der Bürger. Beide Anträge werden von Union, SPD und FDP abgelehnt. Als Kritiker der Mehrheit outet sich auch Meinhard Miegel. Aus Sicht des Sachverständigen hätte die Kommission ein „modifiziertes BIP“ entwickeln sollen. „Wohlstandsindikatoren“ neben dem BIP zusätzlich einen „Wohlstandsbericht“ geben, der aber auf wenig Interesse stoßen werde. Miegel: „Es wird sich wieder alles ums BIP drehen.“ *Karl-Otto Sattler*

## Altmaier zieht Strompreisbremse

**ENERGIE** Minister will EEG-Umlage zwei Jahre lang einfrieren und Kosten stärker umverteilen

Über eines war Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) in der vergangenen Woche selbst überrascht: Sein Vorschlag, die Ökostrom-Umlage einzufrieren und die Industrie stärker zu belasten, war bis zu seinem Auftritt in der Bundespressekonferenz nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Dabei wusste der Umweltminister, dass sein Vorstoß zu heftigen Diskussionen führen würde. „Ich schlage vor, dass wir die Höhe der EEG-Umlage erstmals festzuschreiben und begrenzen“, erklärte er. Die EEG-Umlage, mit der die Netzbetreiber Mehrkosten für erneuerbare Energien auf die Stromverbraucher umlegen, erreichte in diesem Jahr erstmals den Rekordwert von 5,3 Cent pro Kilowattstunde. Sie soll daher in diesem Jahr und 2014 eingefroren werden und danach höchstens um 2,5 Prozent pro Jahr steigen. „Ich halte es nicht für vertretbar, dass die privaten Stromverbraucher, Mittelstand und Handwerk das ausschließliche Risiko von Strompreiserhöhungen infolge der Energiewende tragen“, sagte Altmaier zur Begründung.

Zum anderen soll bei Neuanlagen für erneuerbare Energien der Beginn der Zahlung der Einspeisevergütung gestreckt werden. Betroffen wären davon auch Solaranlagenbesitzer, die selbst Strom produzieren. Altmaier möchte, dass sie künftig wie andere Stromkunden auch an der EEG-Umlage beteiligt werden. Außerdem kündigte Altmaier eine „Solidaritätsabgabe“ für die Besitzer von Altanlagen an, wenn dies verfassungs-

rechtlich möglich sei. Hinter den Maßnahmen, erklärte Altmaier, stehe das Prinzip, dass alle diejenigen, die von der Energiewende profitieren, auch einen Teil zur Begrenzung der Ausgaben beitragen müssten. Gleichzeitig kündigte der Umweltminister aber an, dass die Strompreisbremse die geplante Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) nicht ersetzen könne.

**Geteiltes Echo** Die Reaktionen auf Altmaiers Vorschläge fielen unterschiedlich aus. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hatte davon erst am selben Tag erfahren: Rösler sagte, die Vorschläge seines Kabinettskollegen gingen zwar in die richtige Richtung, aber dennoch „nicht weit genug“. Der neue Präsident des Industrieverbandes BDI, Ulrich Grillo, bewertete es als positiv, dass die Förderung von Ökostrom überarbeitet werde. Er warnte jedoch davor, Vergünstigungen für energieintensive Betriebe abzuschmelzen. Die Opposition kritisierte die Initiative des Umweltministers. SPD-Chef Sigmar Gabriel bezeichnete sie als „durchsichtiges Schau-Manöver“, das Investoren verunsichere. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin warnte, dass der Neubau von EEG-Anlagen mit einer solchen Regelung „zum Stillstand“ kommen würde. *Annette Sach*



Umweltminister Peter Altmaier (CDU) will Strompreiskosten senken.

**Weniger Ausnahmen** Noch vor Ende der Legislaturperiode will er daher ein ganzes Maßnahmenpaket verabschieden: Zum einen sollen die Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe reduziert werden.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## Plädoyer für attraktivere Innenstädte

**VERKEHR UND BAU** Die Vorschläge der Bundesregierung zur Stärkung der Innenstädte finden weitgehend die Zustimmung der Experten. Dies wurde vergangene Woche bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung deutlich. Dabei ging es um den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und zur weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts“ (17/11468) sowie um einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Baugesetzbuch wirklich novellieren“ (17/10846). Hilmar von Lojewski von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände begrüßte in seiner Stellungnahme „ausdrücklich“ den Vorrang der Innenentwicklung in den Planungsleitlinien des Baugesetzbuches. Durch die Ausgestaltung als „Soll“-Vorschrift sei bereits ein hoher Grad an Verbindlichkeit erreicht, der aber den Gemeinden dennoch den nötigen Abwägungsspielraum lasse, um auch andere gleichwertige Planungsbelange berücksichtigen zu können. Auch Andreas Mattner vom Zentralen Immobilien Ausschuss begrüßte die Vorschläge zur Stärkung der Innenstädte, die sich vielfach konsequent am Leitbild der kompakten Stadt der kurzen Wege orientierten. Gerade vor dem Hin-

tergrund des demografischen Wandels gelte es, die Innenentwicklung zu unterstützen, die Landschaft vor der weiteren Zersiedlung zu schützen und mehr Spielraum für einen verdichteten Städtebau zu eröffnen. Weiter forderte er aus Sicht der Immobilienwirtschaft, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Investitionssicherheit zu schaffen. Dies gelte für große Infrastrukturprojekte wie für komplexe Projektentwicklungen der Immobilienwirtschaft gleichermaßen. Für Christfried Tschepa (Bundesarchitektenkammer) sind die Regelungen geeignet, die Innenentwicklung unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Toleranz und Akzeptanz von Nutzungsmischung, Nutzungsvielfalt und Nutzungsdichte zu fördern und zu erleichtern. Er hielt den zeitnahen Abschluss dieses Gesetzgebungsverfahrens für wichtig, heißt es in seiner Stellungnahme. Für Nicola Krettek vom Naturschutzbund Deutschland ist die vorgeschlagene Novellierung des Baugesetzbuches ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie schlägt zudem vor, eine Kosten-Nutzen-Analyse der beabsichtigten Planungen einzuführen. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Privilegierung von Vorhaben im Außenbereich lehnte sie hingegen „grundsätzlich“ ab. *mik*





KURZ REZENSIIERT



**Wolf Schmidt:**  
Jung, deutsch,  
Taliban.

Ch. Links Verlag,  
Berlin 2012;  
206 S., 16,90 €

Gerade erst hat das Kriminalgericht in Berlin-Moabit den Dschihadisten Yusuf O. zu einer langen Haftstrafe verurteilt. Der junge Deutsch-Türke aus Berlin gehörte im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan den „Deutschen Taliban Mudschahidin“ (DTM) an, einer Terrorgruppe, die auch mit Anschlägen in Deutschland drohte. Später schloss er sich Al Qaida an und kehrte nach Europa zurück, um neue Anhänger zu rekrutieren. Sein Beispiel zeigt, wie aktuell das Buch des Journalisten Wolf Schmidt bleibt. In „Jung, deutsch, Taliban“ geht der Redakteur der Tageszeitung „taz“ der Frage nach, wie junge Männer – und auch Frauen – aus Deutschland zu Dschihadisten werden, die bereit sind, für ihren Glauben zu töten und zu sterben.

Bislang ist dieses Phänomen in Deutschland noch recht unerforscht. Schmidt beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema. Er hat Prozesse verfolgt, Moscheen besucht, mit Sicherheitsbehörden gesprochen und Eltern interviewt. Auch wichtige Fachliteratur nimmt er auf. Entstanden ist so ein akribisch recherchiertes Buch, das in verständlicher Sprache einen tiefen Einblick in die Abläufe und Szene gibt. Schmidt bleibt dabei stets differenziert und hütet sich vor einfachen Antworten auf komplexe Fragen. Für ihn sind die jungen Dschihadisten „gefährliche Dilettanten“, die in vielen Fällen eher zufällig in den gewaltbereiten Islam abgleiten. Könnte man sie davon auch abhalten? Zu recht kritisiert Schmidt, dass die Prävention in Deutschland noch immer vernachlässigt wird. Es fehlt auch an Anlaufstellen für Betroffene wie Familienangehörige oder Lehrer. Anders als in Großbritannien oder den Niederlanden habe die Politik hierzulande vor allem mit schärferen Gesetzen reagiert, moniert Schmidt. Für nötig hält der Journalist jedoch „keine rein sicherheitspolitische Lösung von oben, sondern ein Einmischen von unten“. Es sei Aufgabe aller, einer Radikalisierung vorzubeugen. Lehrer, Imame und Zivilgesellschaft brauchen dafür aber Hilfe – und die muss nicht zuletzt vom Staat kommen. *Jan Kuhlmann* ■



**Thomas Kuben:**  
Blut muss fließen.  
Undercover unter  
Nazis.

Campus Verlag,  
Frankfurt/M. 2012;  
317 S., 19,95 €

... in die Parlamente schmeißt die Handgranate rein“; ... lässt die Messer flutschen in den Judenleib“; ... Kanaken zerhacken“: Hunderte Male hörte der Undercover-Journalist Thomas Kuben die Lieder der Neonazi-Rockgruppen, dutzende Male besuchte er ihre streng konspirativen Konzerte in Deutschland und im Ausland. Seit 2003 filmte Kuban diese Events. Im Falle seiner Enttarnung musste er damit rechnen, zum Krüppel geschlagen zu werden.

Inzwischen wurden seine mit Spionagetechnik aufgenommenen Dokumentationen von politischen Fernsehmagazinen wie „Spiegel TV“, „Stern TV“ und „Panorama“ ausgestrahlt. Auf diese Weise geriet die internationale Neonazi-Musikszene erheblich unter Druck. Die einzigartigen Erfahrungen aus seiner langjährigen Recherchearbeit veröffentlichte Thomas Kuban jetzt in einem informativen Buch. Er beschreibt, wie sich die neonazistische Jugendkultur international ausbreitet: in Deutschland, Österreich, Italien, Ungarn, Polen, Frankreich, Belgien, England und der Schweiz. Über sogenannte „Nationale Info-Telefone“ – es handelt sich um Anrufbeantworter – werden Nachrichten in der rechtsextremistischen Szene verbreitet. So erfährt auch der Autor, wo das nächste „Hüttenwochenende“, Rechtsschulungen, Demonstrationen oder Mahnwachen stattfanden. Perfekt passte sich Kuban der Szene an: er kleidete sich wie ein Neonazi und rasierte sich eine Glatze. Für seine Recherchen benutzte er bis zu 40 verschiedene Identitäten.

Kuben beschreibt die Skinhead-Musikszene als wichtigsten Rekrutierungsort der Szene: dort werden junge Leute für den militanten Neonazismus begeistert. Zudem konnte er die engen Verbindungen von NPD-Mitgliedern zur rechtsextremistischen Musikszene nachweisen. Auch in den NSU-Bekennervideos wurde die Musik dieser Gruppen gespielt. Bis heute existiert in Deutschland eine Grauzone um deren Konzerte, in der Rechtsextremisten frei agieren können. Dazu gehören auch Großveranstaltungen der NPD, die die „Freien Kameradschaften“ für Auftritte nutzen. *Aschot Manutscharjan* ■



Gerade für Kinder ist Verbraucherschutz im Internet ein wichtiges Thema.

# Zähes Ringen

**INTERNET-ENQUETE** Nach knapp drei Jahren Arbeit bleiben viele Fragen ungeklärt. Zu oft stand die Parteipolitik im Weg

Mehr als 2.000 Seiten an Berichten haben die Mitglieder der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ in ihrer knapp dreijährigen Tätigkeit zusammengeschrieben. zwölf Projektgruppen haben insgesamt 179 Mal getagt. Die Gesamt-enquete traf sich zu 20 Sitzungen. Dabei wurde diskutiert, gestritten und nach Kompromissen gesucht. Gefunden wurden sie in den wenigsten Fällen. An der fehlenden Kompetenz der Kommission-Mitglieder lag dies keineswegs. Neben den 17 netzpolitisch interessierten Bundestagsabgeordneten gehörten auch 17 externe Sachverständige zu der auf Antrag aller Fraktionen im März 2010 eingesetzten Kommission. Zudem war schon im Einsetzungsauftrag von einem 18. Sachverständigen – der interessierten Öffentlichkeit – die Rede. Seit Februar 2011

nutzte die Kommission die Online-Beteiligungsplattform Adhocracy zur Bürgerbeteiligung. All das konnte jedoch nicht verhindern, dass bei vielen brisanten Fragen keine gemeinsamen Handlungsempfehlungen gefunden werden konnten.

**Machtpolitische Fragen** Für den Blogger Markus Beckedahl, von den Grünen als Sachverständiger in die Kommission entsandt, liegt der Grund darin, dass „machtpolitische Fragen eine größere Rolle gespielt haben als thematische Fragen“. Auch der von der Union nominierte Sachverständige Bernhard Rohleder, Geschäftsführer des IT-Verbandes Bitkom, spricht in seinem Resümee von einer „Lagerbildung entlang der Konstellation im Bundestag“, die ihn überrascht habe. Gleichwohl hätten die Berichte „das Zeug, zur maßgeblichen Quelle für Zukunftsentscheidungen und zum Standardwerk zu werden“.

Fest steht: Weder in der Frage, ob künftig die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden müsse, noch bei datenschutzrechtlichen Themen wie Frage des Kopplungsverbot, dem Beschäftigtendatenschutz oder den Schadensansprüchen im Datenschutzrecht gibt es eine einheitliche Linie. In den besagten Fällen erhielt weder der Text der Koalition noch jener der Opposition eine Mehrheit, was dazu führte, dass beide Vorschläge als sogenannte Sondervoten in den Bericht gingen.

Dem gegenüber stehen Einigungen unter anderem im Bereich Medienkompetenz, bei der Nutzung von Open Access in der Wissenschaft und der Forderung nach einer stärkeren Begleitung internationaler Entwicklungen im Internetbereich durch die Bundesregierung. In der Mehrzahl der strittigen Fälle setzte die Koalition ihre Textvorschläge als Handlungsempfehlungen durch. So auch in der

abschließenden Sitzung der Enquete-Kommission in der vergangenen Woche, als die Zwischenberichte der letzten beiden Projektgruppen verabschiedet wurden. Dabei konnte die Projektgruppe „Verbraucherschutz“ zu keinem einzigen Thema gemeinsame Handlungsempfehlungen vorlegen, also auch nicht zu der Frage des Umgangs mit Massenabmahnungen bei Urheberrechtsverletzungen. Das sei für Millionen Menschen ein „massiv relevantes Problem“, sagte Konstantin von Notz (Grüne). Es sei ein „Armutzeugnis und ärgerlich“, dass die Enquete-Kommission hier „nicht sprechfähig ist“. Cornelia Tausch, von der SPD benannte Sachverständige, erinnerte daran, dass auch die Bundesregierung das Problem des „Abmahnungswesens“ erkannt habe. Das angekündigte Gesetz sei jedoch nicht verabschiedet worden. „Der Verbraucher bleibt auf der Strecke“ urteilte sie. Man habe sich um eine Darstellung der Sachlage, einschließlich der aktuellen Rechtsprechung, bemüht, sagte der von der FDP benannte Sachverständige Wolf Osthaus. Dies habe gezeigt, dass sich „viele Dinge lösen“, so Osthaus. „Unseriöse“ Inkasso-Unternehmen müssten selbstverständlich „begrenzt“ werden, machte er deutlich und forderte zugleich: „Abmahnungen dürfen aber nicht per se ins negative Licht gerückt werden.“

**Nicht nur Lückenfüller** Ein höheres Maß an Übereinstimmung gab es in der Projektgruppe „Kultur, Medien und Öffentlichkeit“. So war man sich unter anderem einig, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Daseinsberechtigung hat. Unter welchen Bedingungen dessen Angebote im Online-Bereich zulässig sein sollen, war hingegen umstritten. Laut Koalition sollten derartige Angebote nur zulässig sein, „wenn sie im Vergleich zu den Angeboten Privater einen Mehrwert begründen“. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse, „wenigstens im Bereich des Internets“, von einem „Vollversorger“ zu einem „Qualitätsversorger“ werden, forderte der von der FDP benannte Sachverständige Professor Hubertus Gersdorf. Dieser Paradigmenwechsel sei nötig, da nicht einzusehen sei, „dass mit öffentlichen Geldern etwas bereitgestellt werden soll, was die Zivilgesellschaft und die privaten Anbieter auch generieren“, sagte Gersdorf.

Professor Wolfgang Schulz, von der SPD benannter Experte, verwies darauf, dass der Vorschlag der Koalition ignoriere, dass es zwischen Privaten und öffentlich-rechtlichem Rundfunk keine „Arbeitsteilung“ sondern einen „publizistischen Wettbewerb“ gebe. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf nicht nur eine Lückenfüller-Position haben“, warnte Schulz. Die Koalition wolle offenbar das öffentlich-rechtliche Prinzip austrocknen, vermutete Petra Sitte (Die Linke). Es sei zudem völlig unklar, was der angesprochene Mehrwert sein solle.

**Ständiger Ausschuss** Bei der Diskussion um den Schlussbericht, der sich mit der Onlinebeteiligung befasst, kam die Kommission nach zähem Ringen zu einer gemeinsamen Forderung. So soll der Bundestag künftig jenen Ausschüssen, die damit arbeiten wollten, Beteiligungswerkzeuge – wie beispielsweise Adhocracy – zur Verfügung stellen. Nutznießer könnten in der kommenden Legislaturperiode auch die Netzpolitiker selbst sein. Denn auch in der Forderung nach einem eigenen ständigen Ausschuss „Internet und digitale Gesellschaft“ waren sie sich einig. Angesichts des vorläufigen Abschlusses zog der Vorsitzende Axel E. Fischer (CDU) ein positives Fazit: „Die 2000 Seiten spiegeln ein umfassendes Bild der digitalen Gesellschaft wider: eine bisher beispiellose Beschreibung der Potentiale, der Problemfelder und der Lösungsansätze“, befand Fischer. *Götz Hausding* ■

## SPD scheitert mit Sport-Antrag

**AUSWÄRTIGES** Die SPD-Fraktion ist mit ihrer Initiative zur Stärkung der Sportförderung in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gescheitert. Der entsprechende Antrag (17/9731) wurde vom Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Die SPD hatte unter anderem gefordert zu prüfen, ob die Mittel für die internationale Sportförderung mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2009 zu erhöhen sind. Bereits bewilligte Mittel müssten zudem ohne Verzögerung freigegeben werden, um den an den Projekten beteiligten Partnern Planungssicherheit zu verschaffen. Die Sportförderung trage zur Überwindung von sozialen, sprachlichen und kulturellen Barrieren bei. Die Koalitionsfraktionen bekannnten sich in der Debatte zwar ausdrücklich zur herausragenden Rolle des Sports in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Allerdings arbeiteten das Auswärtige Amt und der Deutsche Olympische Sportbund bereits daran, die angestrebten Projekte umzusetzen. Insofern habe sich der SPD-Antrag erledigt. Ebenso bereite das Auswärtige Amt diverse Veranstaltungen zur Förderung des Nachwuchses von Auslandstrainern vor. Der Stellung des Sports sei auch im Bundeshaushalt Rechnung getragen worden. *aw* ■

## Sinnfrage zum Urheberrecht

**RECHT** Die Schutzdauer von Rechten ausübender Künstler und Tonträgerhersteller soll von 50 auf 70 Jahre verlängert werden. Das sieht der „Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes“ (17/12013) der Bundesregierung vor. Mit dieser Initiative folgt sie einer EU-Richtlinie, die bis zum 1. November 2013 in nationales Recht umgesetzt werden muss. Vergangenen Donnerstag wurde sie in erster Lesung im Bundestagsplenar beraten. Max Stadler, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesjustizministerin, wies darauf hin, dass ein entsprechendes Gesetz wegen der EU-Frist und den anstehenden Bundestagswahlen noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden müsse, da sonst Schadensersatzansprüche drohen.

Ansgar Heveling (CDU) warb in der Debatte um Zustimmung zur Gesetzesnovelle, mit der die Koalition „einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von im Musikbereich tätigen Künstlern und Urhebern“ leisten wolle. Ihm widersprach Burkhard Lischka (SPD) vehement, denn die meisten Künstler würden ihre Rechte ohnehin an Plattenfirmen abtreten und zumeist nur eine einmalige Pauschale erhalten. Von der Neuregelung würde seiner Meinung nach also in erster Linie die Plattenfirmen, nicht aber die Künstler profitieren.

Ähnlich argumentierte auch Petra Sitte (Die Linke). Auch Jerzy Montag (Grüne) sprach sich gegen das Gesetz aus. „Ich will nur zu bedenken geben“, sagte er, „dass die Änderungen der Schutzfristenrichtlinie – wörter wir heute reden – auf Initiativen derjenigen zurückgehen, die die Rechte an den Beatles-Liedern halten.“ Anschließend wurde der Regierungsentwurf zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. *ver* ■

## Kunst in der Katastrophe

**AUSSTELLUNG** Der Bundestag präsentiert verfolgte Künstler im Nationalsozialismus

„Wenn ich untergehe – lasst meine Bilder nicht sterben.“ So lauten die überlieferten Worte des im Vernichtungslager Auschwitz ermordeten Malers Felix Nussbaum. Dessen Bild „Trostlose Straße“ ist Teil der Ausstellung „Kunst in der Katastrophe“, die Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald (CSU) vergangene Woche im Paul-Löbe-Haus des Bundestages eröffnete. Die Bitte Nussbaums stehe stellvertretend für alle jene Künstler, die während der Zeit des Nationalsozialismus verhaftet und verfolgt waren und dennoch künstlerisch gearbeitet haben, sagte Oswald. „Es ist eine Mahnung an uns alle“, fügte er an. Persönlich sei er davon beeindruckt, „woher die Menschen in der Unterdrückung die Kraft genommen haben“. Es zeige sich jedoch an der Fülle der in Verstecken und auch im Exil entstandenen Werke, dass Kunst auch ein Mittel ist, „der schlimmen Wirklichkeit zu entfliehen“. Kein Zufall sei es, dass die Eröffnung am 80. Jahrestag der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten stattfand. Oswald erinnerte daran, dass die Kunst seinerzeit eines der ersten Opfer der Nazis gewesen sei. Die am Westeingang des Paul-Löbe-Hauses bis zum 5. März gezeigte Ausstellung ist Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum für verfolgte Künstler im Kunstmuseum Solingen und dem Museum Montanelli in der tschechischen Hauptstadt Prag. Seit 2009 arbeiten die beiden Häuser



Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald bei der Ausstellungseröffnung

zusammen, kopieren gemeinsam Ausstellungen, zeigen wechselseitig ihre Sammlungen und leben eine europäische Partnerschaft. Er freue sich, dass an der Ausstellung auch ein Museum aus seinem Land vertreten ist, sagte der Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland, Rudolf Jindrák. Es gehe darum, die Opfer nicht zu vergessen, gerade in Zeiten, in denen Rechtsextremisten die Verbrechen des Naziregimes zu bagatellisieren suchten. Künstler seien jedoch

auch nach dem Krieg verhaftet und unterdrückt worden, sagte der Botschafter. Dazu gehöre auch sein Landsmann Daniel Pešta, dessen Videointerventionen „Scream“ und „Narcissus“ deutlich machten, wie wichtig es sei, sich nicht hinter einer Maske zu verstecken und im Angesicht der Katastrophe zu schweigen. Auch Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen), stellvertretende Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens, sagte, es sei heute noch Realität, dass Künstler unerwünscht seien. Das Museum in ihrer Heimatstadt Solingen sei ein Mahnmal für die Verfolgten. Man habe in der Ausstellung versucht, Literaten und Künstler „persönlich vorzustellen“, erläuterte Rolf Jesewitsch, Direktor des Kunstmuseums Solingen. So etwa die Künstlerin und Dichterin Else Lasker-Schüler, deren Zeichnungen von den Nazis aus der Berliner Nationalgalerie entfernt wurden. „Von der persönlichen Geschichte zur Weltgeschichte soll der Blick gehen“, sagte der Museumsleiter.

Die Ausstellung kann montags bis donnerstags jeweils um 11 und um 14 Uhr sowie freitags um 11 Uhr besichtigt werden. Der Eingang des Paul-Löbe-Hauses gegenüber dem Bundeskanzleramt. Besucher müssen sich zuvor mit Vor- und Zunamen sowie Geburtsdatum anmelden (Telefon: 030/227-38883, E-Mail: info-ausstellungen-plh) und ein Personaldokument mitbringen. *hau* ■

## Digital für die Nachwelt

**KULTUR** Das deutsche Filmerbe soll archiviert werden

Das deutsche Filmerbe soll dauerhaft für die Nachwelt erhalten werden. Darin sind sich alle fünf Fraktionen im Bundestag einig. Einigkeit herrscht weitestgehend auch darüber, dass dies letztlich nur durch ein zentrales Archiv zu gewährleisten ist, in dem deutsche Filmproduktionen in digitalisierter Form hinterlegt werden müssen. Uneinigkeit herrscht jedoch über den Fahrplan und die Deckung der Kosten. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung deshalb auf, ein Konzept zu erarbeiten, wie eine Pflichthinterlegung für deutsche Filme konkret realisiert werden kann, welche Kosten für eine umfassende Digitalisierung des Filmerbes und seiner dauerhaften Archivierung entstehen werden. Den entsprechenden Antrag (17/11933) verabschiedete der Bundestag am vergangenen Freitag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Linksfraktion. Die Oppositionsfraktionen hatten jeweils eigene Anträge (17/10098, 17/11007, 17/8353) zum Erhalt des Filmerbes vorgelegt. Diese fanden jedoch keine Mehrheit. Der erste Schritt zur dauerhaften Bewahrung des Filmerbes ist bereits gemacht. Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Koalitionsantrags überwieb der Bundestag einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesarchivgesetzes

(17/12012). Damit soll zumindest bereits eine Pflichtregistrierung für alle deutschen Kinofilme im Bundesarchiv geregelt werden. Von der Regelung betroffen sollen alle Kinofilme sein, deren Produktionsfirma ihren Sitz oder eine Niederlassung in Deutschland haben. Diese Regelung bezieht auch internationale Koproduktionen ein. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die betroffenen Filmproduktionen binnen zwölf Monaten nach ihrer Erstaufführung in einem Kino oder auf einem nationalen oder internationalen Filmfestival in einer Datenbank des Bundesarchivs registriert werden. Mit der Vorlage der Gesetzesnovelle hat die Regierung bereits eine zentrale Forderung aller Fraktionen erfüllt. Unklar ist bislang aber, wie die enormen Kosten für das ambitionierte Projekt einer dauerhaften Digitalisierung gestemmt werden können. Die Linke hatte sich in ihrem Antrag bereits für die Bereitstellung von jeweils sechs Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt und der Film- und Werbewirtschaft sowie für eine Abgabe von fünf Cent auf jede verkaufte Kinokarte ausgesprochen. *Alexander Weinlein* ■





**AUFGEKEHRT**

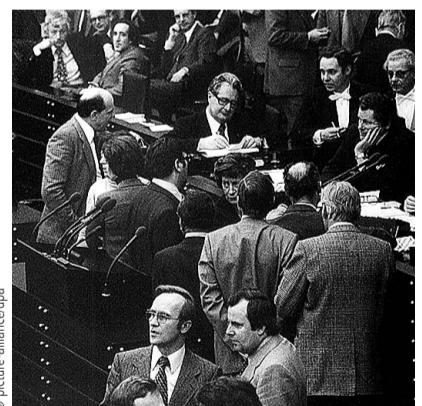
**Im Rahmen der Kehrwoche**

Das Wort hat innerhalb weniger Tage in Berlin die Runde gemacht. Oft wird es mit wütendem Gesichtsausdruck ausgesprochen. Und das alles wegen Bundespräsident Wolfgang Thierse (SPD). Dieser wohnt seit Jahr und Tag im Bezirk Prenzlauer Berg. Nach der Wende wurden dort massenhaft heruntergekommene Altbauwohnungen in luxuriöse Eigentumswohnungen umgewandelt. In diese zogen vorwiegend solvente Neubürger, darunter gefühlte 110 Prozent Schwaben. Einer der wenigen verbliebenen Ureinwohner ist Wolfgang Thierse. Und der gab vor wenigen Wochen seinen Unmut darüber kund, dass beim Bäcker um die Ecke „Wecken“ statt Schrippen angepisst würden. Münchener verstehen das; sie mögen es auch nicht, wenn ihre Semmeln als Brötchen bezeichnet werden. Viele Schwaben aber verstanden es gar nicht. Eine Woge der Empörung schwappte bis an den Bodensee. Intoleranz gegen Zuwanderer war noch der geringste Vorwurf. Das ihm! Der Gegenschlag ließ nicht lange auf sich warten. Die Glossisten der Berliner Presse schrieben sich die Finger wund, die Leserbriefspalten quollen über vor Empörung über die zugezogenen Schwaben – die mit ihrer Kehrwoche, hieß es. Das ist im Württembergischen die Woche, in der man tumusmäßig für die Säuberung in einem Mehrparteienhaus verantwortlich ist. Dass Berliner Mietshäuser auch solche Regeln kennen, wen interessiert's? Und dann das: Jemand bewarf das Käthe-Kollwitz-Denkmal mit Spätzle! Gerade noch rechtzeitig stoppte Baden-Württemberg Europaminister Peter Friedrich den drohenden Bürgerkrieg: „Unser größtes Problem ist doch nicht, ob es Schrippe oder Wecken heißt, sondern was man in Berlin alles so versammelt.“ Peter Stütze

**VOR 35 JAHREN ...**

**Gesetz gegen Terror**

**16.2.1978: Anti-Terror-Gesetz verabschiedet** Wenn heute von Anti-Terror-Gesetzen die Rede ist, denkt man an die Sicherheitspakete, die der Bundestag nach den 9/11-Anschlägen verabschiedete und die die Politik bis heute beschäftigen: Aktuell prüft man, ob die Gesetzgebung zur Terrorismusbekämpfung reformiert werden muss. Doch schon vor 2001 stand der Terrorismus auf der Parlamentsagenda – in den 70er Jahren, als die RAF das Land in Atem hielt. Am 2. Februar 1978 verabschiedete der Bundestag das sogenannte zweite Anti-Terror-Gesetz. Ende 1974, kurz vor dem Prozess gegen die RAF-Anführer der ersten Generation, schnürte man ein erstes Anti-Terror-Pa-



Der Bundestag stimmt am 16.02.1978 über das Anti-Terror-Gesetz ab.

ket, das eine Verschärfung des Strafverfahrensrechts mit sich brachte. Unter anderem ermöglichte es, Verteidiger von Verfahren auszuschließen, wenn Verdacht auf Tatbeteiligung bestand. 1976 wurde zudem die Bildung einer terroristischen Vereinigung unter Strafe gestellt. Auf dem Höhepunkt des RAF-Terrors im Herbst 1977 kam das Kontaktparagrafen-Gesetz hinzu. Das zweite Anti-Terror-Gesetz von 1978 erweiterte schließlich die Befugnisse der Polizei bei der Fahndung nach Terroristen. Verteidiger mussten fortan durch eine Scheibe von ihren Mandanten getrennt sein. Wie heute sorgten auch damals die Anti-Terror-Gesetze für Kontroversen: Die einen kritisierten die Gesetze, weil sie individuelle Rechte einschränkten. Anderen gingen sie nicht weit genug. So passierte das zweite Anti-Terror-Gesetz nur knapp das Parlament. Einen Einspruch des Bundesrates wies der Bundestag zurück. Benjamin Stahl

**AUFLÖSUNG DES WEIHNACHTSRÄTSELS**



Das Reichstagsgebäude von oben: Auch in diesem Jahr ist der 1. Preis des Weihnachtsrätsels eine Fahrt nach Berlin und ein Besuch des Regierungsviertels.

**Die richtigen Antworten**

- Der Gewinner des Weihnachtsrätsels 2012 steht fest: Rudi Nikolaus aus Speyer hat die Reise nach Berlin für zwei Personen mit zwei Übernachtungen und einem Besuch des Bundestages gewonnen. Herzlichen Glückwunsch!**
- An unsere Leser vielen Dank für die zahlreichen Einsendungen. Und hier die Antworten auf die Fragen, die zum Sieg geführt haben:**
1. Wie viele Erst- und Zweitstimmen bekam die CDU im Dresdner Wahlkreis 160 bei der Bundestagswahl 2005? **Antwort: 57.931 Erststimmen und 38.208 Zweitstimmen**
  2. Wann ist die Abgeordnete Halina Wawrzyniak in die PDS eingetreten? **Antwort: Im August 1990**
  3. In welchem Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht erstmals das bestehende Wahlgesetz wegen des Auftretens negativer Stimmungswerte für verfassungswidrig erklärt? **Antwort: 2008**
  4. Wie viele Wahlkreise gibt es in Deutschland? **Antwort: 299**
  5. Wodurch werden im neuen Wahlrecht die Überhangmandate ausgeglichen? **Antwort: Durch Ausgleichsmandate**
  6. In welchem Zeitraum nach der Geburt muss das männliche Kind im Judentum beschnitten werden? **Antwort: Am achten Lebenstag des Jungen**
  7. Wer trat vergangenen Freitag als Zeuge vor dem NSU-Ausschuss auf? **Antwort: Wolfgang Schäuble**
  8. Wie heißt der neue Direktor beim Deutschen Bundestag? **Antwort: Horst Risse**
  9. Wer muss in Deutschland den Export von Rüstungsgütern genehmigen? **Antwort: Die Bundesregierung beziehungsweise der Bundessicherheitsrat**
  10. Um wie viele Soldaten soll die deutsche Truppe in Afghanistan reduziert werden? **Antwort: Bis 2013 um 500 Soldaten, bis 2014 nochmals um 1.100 Soldaten**
  11. Ab wann soll die neue Bankenaufsicht in Kraft treten? **Antwort: 2014**
  12. Was ist die „Hydraulic Fracturing“-Methode? **Antwort: Eine Fördertechnologie für Erdöl und Erdgas**
  13. Welche Behandlung bei Pferden soll künftig verboten werden? **Antwort: Der Schenkelbrand sollte ursprünglich verboten werden, wird es jetzt jedoch nicht**
  14. Was sind OTC-Derivate? **Antwort: OTC = Over the Counter = Über den Schalter, Geschäfte, die an den Börsen vorbei gemacht werden**
  15. Für was steht die Abkürzung BAföG? **Antwort: Bundesausbildungsförderungsgesetz**

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 4-5 vom 21.1.2013, Buchrezension „Pussy Riot! Ein Punkgebet für Freiheit“ auf Seite 13:**

Der Rezensent maß sich das Urteil an, die Pussy-Riot Frauen und den russischen Dissidenten Andrej Sacharow und Alexander Solschenizyn zu vergleichen. Dies ist ein großes Fehlurteil. Sacharow und Solschenizyn waren gestandene Wissenschaftler und Dichter, als sie sich kritisch zum politischen System in der damaligen Sowjetunion äußerten. Die Frauen von Pussy-Riot haben hingegen nur diese in meinen Augen sehr fragwürdige Aktion zu verzeichnen. Ihr Auftritt in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale verletzte die Gefühle der großen Mehrheit der russischen Bevölkerung, die sich wieder zum orthodoxen Glauben bekennt. Gerade durch die Aufnahme auf Video liegt die Vermutung nahe, dass die Aktion gezielt für das Ausland geplant war. Sie hat aber eine kontrafaktische Wirkung erzielt und nur die Macht Putins gestärkt. Die Anti-Putin-Demonstrationen, die hauptsächlich nur in Moskau stattfanden, sind im letzten halben Jahr abgeebbt. Zu-

dem habe ich auf einer Russlandreise persönlich sehen können, wie sich das Wohlstandsniveau der russischen Bevölkerung unter Putin verbessert hat. Das danken die Menschen Putin und daran ändern solche fragwürdigen Aktionen nichts. Siegfried Seidel, Leipzig

**Zur Ausgabe 1 vom 31.12.2012, „Zwangsbekämpfung als Ultima Ratio“ auf Seite 10:**

Ihrem Beitrag habe ich entnommen, dass das Gesetz zur Regelung von ärztlichen Zwangsmaßnahmen am 19. November 2012 in den Bundestag eingebracht worden

ist. In den Medien gab es jedoch schon vor diesem Datum Berichte über den Fall Mollath. Hier ergibt sich in meinen Augen ein unmittelbarer Zusammenhang. Es entsteht der Eindruck, dass der Gesetzesentwurf möglicherweise darauf abzielt, nachträglich eine Rechtsgrundlage zu einem ergangenen Fehlurteil zu schaffen. Falls dies zutreffen sollte, halte ich diese Vorgehensweise im höchsten Maße für bedenklich. Bezogen auf diesen Fall halte ich den Gesetzesentwurf ohnehin für unausgewogen, weil er keine Regelung für den Fall vorsieht, dass das Gesetz missbräuchlich angewendet wird. Manfred Zimmer, per E-Mail

**Zur Ausgabe 4-5 vom 21.2.2013, „Eigenanbau bleibt verboten“ auf Seite 4:**

Der von den Linken geäußerte Vorschlag, sogenannte „Cannabis-Clubs“ einzuführen, in denen der Konsum von Marihuana legal möglich ist, wäre meines Erachtens ein realistischer Weg, um den Drogenkonsum zu überwachen. Das würde wohl zu einer ähnlichen Situation wie in den Niederlanden führen. Dort ist der Kauf und Konsum von kleinen Mengen an Marihuana in den Coffee-Shops erlaubt. Der Vorschlag der Linken ließe sich doch sogar mit dem Vorschlag der Grünen verbinden, ein sogenanntes „Drug-checking“ einzuführen. Heraus käme dann ein staatlich kontrollierter Handel mit staatlich geprüften Cannabis-Produkten. Insgesamt erscheint mir der kontrollierte Verkauf immer besser als ein Verbot, zumal diese Politik keinen Erfolg verspricht. Selbst in den USA, die in Drogenfragen bisher besonders repressiv und konservativ waren, wurde der Cannabis-Konsum inzwischen in zwei Bundesstaaten per Volksentscheid erlaubt. Dennis Kaiser, per E-Mail

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1,  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

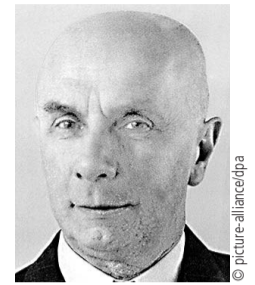
Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

**Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. Februar.**

**ERINNERUNG**

**125. Geburtstag Jakob Kaisers**

Der Namensgeber eines der Verwaltungsgebäude des Bundestages, Jakob Kaiser, wäre am 8. Februar dieses Jahres 125 Jahre alt geworden. Schon in der Weimarer Republik für die Zentrumspartei aktiv, engagierte sich der 1888 in Hammelburg Geborene während der Herrschaft der Nationalsozialisten in der Widerstandsbewegung. Nach dem Krieg gehörte der gelehrte Buchbinder zu den Gründern der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und kritisierte die von Konrad Adenauer verfolgte Politik der Westanbindung. Kaiser gehörte dem Parlamentarischen Rat an und war von 1949 bis 1957 Abgeordneter des Bundestages sowie Minister für gesamtdeutsche Fragen. Von 1950 bis 1958 war er außerdem stellvertretender Vorsitzender der CDU, spätere Ehrenvorsitzender. jbb



Jakob Kaiser

**PERSONALIA**

**>Harald B. Schäfer † Bundestagsabgeordneter 1972-1992, SPD**

Am 22. Januar starb Harald B. Schäfer im Alter von 74 Jahren. Der Gymnasiallehrer aus Offenburg trat 1962 der SPD bei, war von 1977 bis 1996 stellvertretender Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und dort von 1992 bis 1996 Umweltminister. Schäfer, der von 1988 bis 1991 als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion amtierte, arbeitete im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit.

**>Günter Marten † Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**

Günter Marten starb am 12. Januar im Alter von 73 Jahren. Der Fregattenkapitän trat 1974 der CDU bei. Marten, Direktkandidat des Wahlkreises Güstrow-Ludwigslust, gehörte in beiden Legislaturperioden dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an.

**>Fritz Böhm † Bundestagsabgeordneter 1965-1972, SPD**

Am 10. Januar starb Fritz Böhm im Alter von 92 Jahren. Der kaufmännische Angestellte gehörte von 1958 bis 1965 dem bayerischen Landtag an. Böhm war Mitglied des Wirtschaftsausschusses sowie des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung.

**>Heinrich Junker † Bundestagsabgeordneter 1961-1980, SPD**

Heinrich Junker starb am 30. Dezember im Alter von 89 Jahren. Der Volkswirt trat 1947 der SPD bei und war langjähriger Vorsitzender des SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe. Junker engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Wirtschaftsausschuss.

**>Rudolf Ruf † Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CDU**

Am 11. Dezember starb Rudolf Ruf im Alter von 90 Jahren. Der Glasermeister aus Karlsruhe schloss sich 1979 der CDU an. Von 1974 bis 1994 war er Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe. In allen drei Wahlperioden gehörte Ruf dem Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau an.

**>Paul K. Friedhoff Bundestagsabgeordneter 1990-2002, 2005-2012, FDP**

Paul K. Friedhoff wurde am 2. Februar 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Lönningen/Kreis Cloppenburg wurde 1972 FDP-Mitglied, war von 1982 bis 1990 Vorsitzender des Ortsverbands Kleve und gehörte acht Jahre dem FDP-Bundesvorstand an. Der langjährige wirtschaftspolitische Sprecher seiner Fraktion engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.

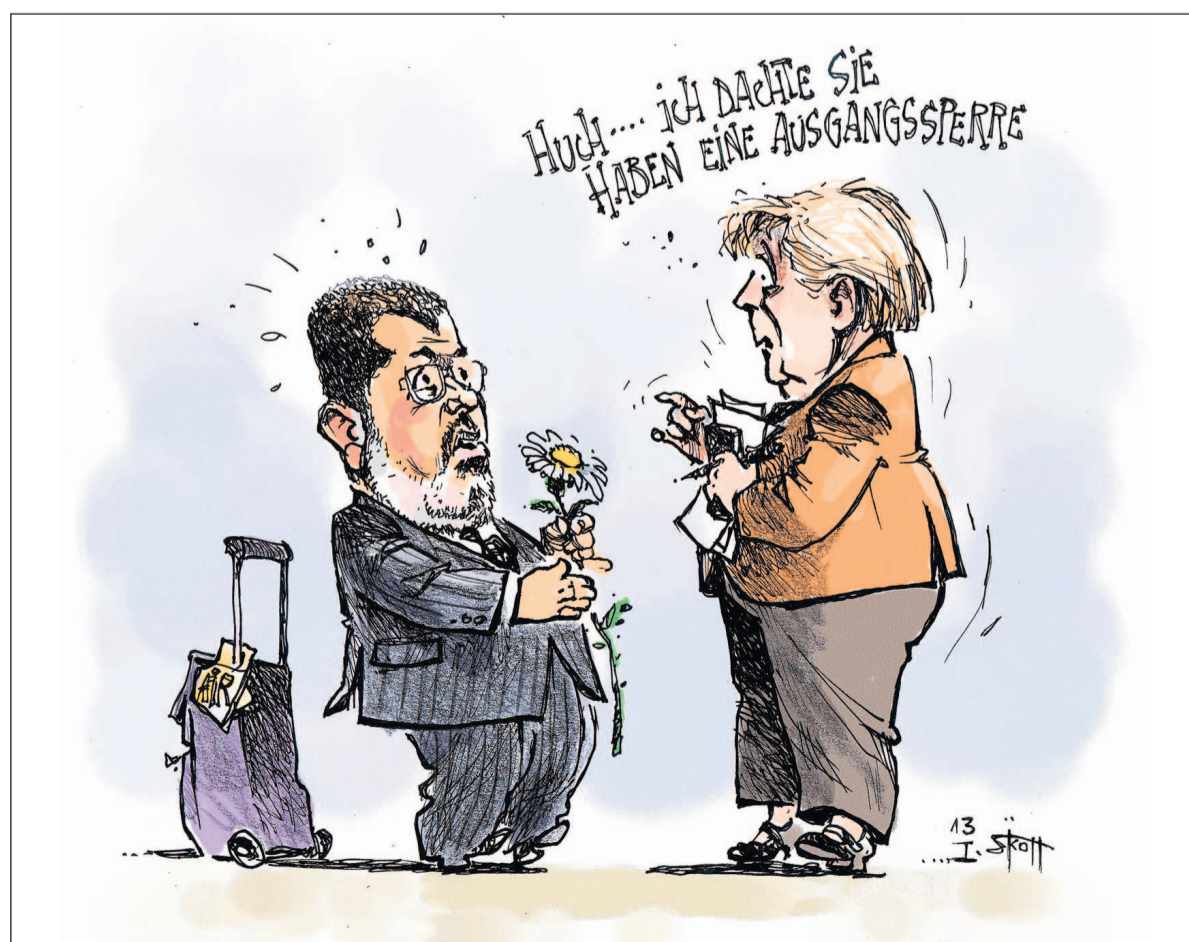
**>Wilhelm Peter Stommel Bundestagsabgeordneter 1976-1980, 1985-1987, CDU**

Am 9. Februar wird Wilhelm Peter Stommel 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt aus Sankt Augustin trat 1965 der CDU bei und war von 1967 bis 1969 persönlicher Referent Ludwig Erhards. Stommel engagierte sich im Bundestag im Finanz- und im Wirtschaftsausschuss.

**>Gottfried Arnold Bundestagsabgeordneter 1961-1983, CDU**

Am 10. Februar vollendet Gottfried Arnold sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Jurist, Rechtsanwalt und Verleger vertrat als Direktkandidat den Wahlkreis Düsseldorf I. Arnold engagierte sich im Bundestag im Rechtsausschuss. bmf

**SEITENBLICKE**



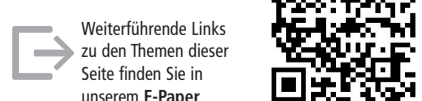
**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 18.-22.02.2013

Verwaltung alternativer Investmentfonds (Do), Verbraucherpolitik (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream





# Das Parlament

## DOKUMENTATION

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus / 218. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 30. Januar 2013

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages:

## Der Weg nach Auschwitz begann mit der Zerstörung der Demokratie



Norbert Lammert (\*1948)  
Bundestagspräsident

Meine Damen und Herren!  
Der 30. Januar ist nicht irgendein Datum. Heute vor 80 Jahren, am 30. Januar 1933, wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Damit begann das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Die Nationalsozialisten übernahmen an diesem Tag die Macht in Deutschland und liquidierten innerhalb weniger Wochen die erste Demokratie auf deutschem Boden.

Fast exakt zwölf Jahre später, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz, das zum Symbol des Zivilisationsbruchs, menschenverachtender Brutalität und eines

staatlich organisierten Völkermords geworden ist. Beide Daten trennen nur zwölf Jahre – und eine Ewigkeit des Grauens.

Am Ende des von Deutschland entfesselten Vernichtungskrieges und des nationalsozialistischen Rassenwahns lag fast ganz Europa in Trümmern, nicht nur materiell; tiefer als die mit bloßem Auge sichtbaren Ruinen europäischer Städte reichten die unermesslichen seelischen und geistigen Verwundungen.

Wir gedenken heute aller Opfer der verbrecherischen Ideologie des Nationalsozialismus, aller Menschen, die um ihre materielle, seelische und physische Existenz gebracht und ihrer Würde beraubt wurden, der Verfolgten, Gemarterten, Gedemütigten, Ermordeten. Wir gedenken der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der zu „Untermenschen“ degradierten slawischen Völker, der Zwangsarbeiterin-

nen und Zwangsarbeiter, dem Hungertod preisgegebenen Kriegsgefangenen, der Opfer staatlicher Euthanasie, der Homosexuellen, aller, die sich aus religiösen, politischen oder schlicht menschlichen Beweggründen dem Terror widersetzen und deswegen der totalitären Staatsgewalt zum Opfer fielen. Wir gedenken Millionen und Abermillionen Toten.

Wir gedenken auch der Überlebenden, derjenigen, die an dem Grauen der Unmenschlichkeit seelisch zerbrochen sind, die, wie der Schriftsteller Jean Améry einmal sagte, nach der Schoah in dieser Welt nicht mehr heimisch werden konnten.

Wir denken heute auch an alle, deren Familien damals ausgelöscht wurden – ein Schicksal, das auch die Familie von Inge Deutschkron erlitt. Verehrte Frau Deutschkron, ich begrüße Sie herzlich hier im Deutschen Bundestag.

Seit 1996 begehen wir den Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz als nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Wir gedenken ihrer im Par-

lament, im wichtigsten Forum der deutschen Demokratie. Der Reichstag ist ein stummer Zeuge der Demontage unserer ersten Demokratie vor 80 Jahren. Deshalb ist er der richtige Ort, um öffentlich als Staat und Gesell-

schaft den Toten Ehre zu erweisen und gleichzeitig den Willen zu bekunden, alles zu tun, damit eine ähnliche menschengemachte und staatlich organisierte Katastrophe sich nie mehr ereignen kann.

Deshalb ist es gut, dass diese Veranstaltung von Phoenix übertragen wird. Noch schöner wäre es, wenn es auch ARD und ZDF, wie wir, wichtig genug fänden, dieses gemeinsame jährliche Gedenken und den politischen Willen aller Demokraten einer breiten Öffentlichkeit im Hauptprogramm öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten zu vermitteln.

Der Weg nach Auschwitz, meine Damen und Herren, begann mit der Zerstörung der Demokratie und der anschließenden verbrecherischen Pervertierung legitimer Macht in Willkür und Despotie. Und wir wissen auch: Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war kein Betriebsun-

fall in unserer Geschichte; sie war weder zufällig noch zwangsläufig. Die Selbstaufgabe der Weimarer Demokratie ist und bleibt eine Warnung und Verpflichtung für die Nachgeborenen.

Dieses Bewusstsein wachzuhalten und zu vermitteln, hat Inge Deutschkron zu ihrer ganz persönlichen Mission gemacht. Sie hat die nationalsozialistische Diktatur, als Unrecht zum geltenden Recht wurde, erlebt und erlitten. In Ihrem Buch *Ich trug den gelben Stern* beschreiben Sie, verehrte Frau Deutschkron, die Situation in Berlin in den 30er-Jahren und während des Krieges – wie die Diskriminierung und die Schikanen gegen die Juden immer perfidere, zynischere Formen angenommen haben, wie die Existenzängste und schließlich die blanke Todesangst zu täglichen Begleitern der Entrechteten wurden. Ihre Erinnerungen, die als Theaterstück unter dem Titel *„Ab heute heißt du Sara“* viele, vor allem junge Menschen beeindruckt haben, sind ein wertvolles aufklärerisches Zeugnis.

Wir leben in Deutschland heute in einer gefestigten, selbstbewussten Demokratie. Aber wir wissen auch: Diese Demokratie ist uns nicht ein für alle Mal geschenkt, sondern muss täglich gestaltet, mit Leben erfüllt und – ja – auch verteidigt werden. Wie bitter nötig das auch heute ist, haben uns in jüngster Zeit die unglaubliche, entsetzliche sogenannte NSU-Mordserie und antisemitisch motivierte Gewalttaten gezeigt.

„Alles, was das Böse benötigt, um zu triumphieren, ist das Schweigen der Mehrheit“, hat der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan einmal im Hinblick auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gesagt. Das Wissen um die Vergangenheit ist daher auch und gerade eine verbindliche Verpflichtung für alle Demokraten, ihre Stimme unsere Stimme gegen jegliche Ansätze und Formen von Ausgrenzung, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit zu erheben und danach zu handeln.

Meine Damen und Herren, Erinnerung lebt vor allem von der Unmittelbarkeit des Erlebten. Mit den Zeitzeugen der damaligen Ereignisse schwindet der unmittelbare Zugang zur Vergangenheit. Umso wichtiger sind neue Formen der Erinnerung. Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger, selbst Überlebender des Holocaust, Redner im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2000, hat diese Aufgabe einmal so be-

schrieben: „... eine Generation von Zeugen von Zeugen von Zeugen zu bilden.“

Genau dies geschieht bei der jährlichen Jugendbegegnung auf Einladung des Deutschen Bundestages. Ich freue mich, dass auch in diesem Jahr 80 junge Leute aus verschiedenen Ländern unserer Einladung gefolgt sind, und begrüße die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich in den vergangenen Tagen intensiv mit der Schoah in der Ukraine auseinandergesetzt haben.

Sie trafen in Kiew Zeitzeugen von Massenerschießungen, sprachen mit ehemaligen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen.

Der Holocaust im Osten, vor allem in der Ukraine und in Weißrussland, gehörte lange zu den wenig erforschten Kapiteln des Zweiten Weltkrieges. Durch generalstabsmäßig organisierte Massenerschießungen wurden allein in der Ukraine rund 1,5 Millionen

Juden ermordet und in Gruben verscharrt. Fast jedes Dorf wurde Zeuge dieser Tragödie. Erschütternd sind die übereinstimmenden Berichte der Kinder und Jugendlichen von damals, dass sich die Erde über den Massengräbern noch tagelang nach den Erschießungen bewegt habe, weil manche Opfer noch lebten. Erst in den vergangenen zehn Jahren wurden Hunderte dieser Massengräber der Anonymität entrissen – durch einen Franzosen, den Priester Patrick Desbois, den ich unter den Gästen unserer heutigen Veranstaltung besonders herzlich begrüße.

Wie Auschwitz als Chiffre für den fabrikmäßigen Mord in vielen nationalsozialistischen Vernichtungslagern steht, so ist die größte einzelne Mordaktion des Zweiten Weltkrieges in Babij Jar bei Kiew zum Symbol des Völkermordes durch Gewehr- und Handfeuerwaffen geworden. Am 29. und 30. September 1941 wurden in dieser Schlucht 33 771 ukrainische Juden erschossen, wie es mehrere deutsche Berichte aus dieser Zeit mit akribischer Präzision festhalten. Bis November 1943 wurden in dieser Schlucht weit mehr als 100 000 Menschen ermordet, darunter Ukrainer, Russen, Weißrussen.

Deutschland ist sich seiner Verantwortung bewusst. Sie drückt sich nicht zuletzt in dem neuen Entschädigungsabkommen aus, das die Bundesrepublik und die Jewish Claims Conference im vergangenen November unterzeichnet haben, nachdem die Holocaust-Überlebenden aus Osteuropa lange auf eine materielle Anerkennung ihrer Verfolgung und Leiden warten mussten.

Meine Damen und Herren, die Jugendbegegnungen belegen jedes Jahr aufs Neue: Es gibt bei jungen Menschen ein großes Interesse, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Und es gibt ein großes Bedürfnis, zu fragen: Was ist damals geschehen, und warum? Wie konnte es dazu kommen? Inge Deutschkron gehört zu denen, die darüber reden, aus eigenem Erleben. Sie ist eine von den etwa 1 700 geretteten Berliner Juden, die sich der Deportation in den sicheren Tod entziehen konnten, weil sie von nichtjüdischen Bürgern dieser Stadt Hilfe erfahren haben.

Die Erfahrung als Verstoßene, Todgeweihte und Gejagte hat Inge Deutschkron geprägt – auch in ihrer journalistischen und schriftstellerischen Arbeit, wie auch in ihrem unermüdlichen Engagement gegen das Vergessen. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland lebendig zu halten

und dabei auch jene Helferinnen und Helfer bekannt zu machen, die Zivilcourage gezeigt und Verfolgte gerettet haben.

Verehrte Frau Deutschkron, es ist Ihr großes Verdienst, dass Sie im Sinne Elie Wiesels Ihre Erlebnisse an junge Menschen weitergeben und ihnen am Beispiel der sogenannten stillen Helden zeigen, dass es auch in Zeiten des Terrors möglich war, Menschlichkeit zu beweisen. Sie tragen dazu bei, eine Generation der Zeugen von Zeugen zu bilden.

Ich danke Ihnen, dass Sie der Einladung zu dieser Gedenkstunde gefolgt sind und zu uns sprechen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, in diese Gedenkstunde haben uns Klänge der Synagogalmusik von Louis Lewandowski eingestimmt, der im 19. Jahrhundert die alte jüdische Tradition meisterhaft mit der abendländischen Harmonik zu einem neuen Ganzen verband. Auf seinem Grabstein in der Ehrenreihe des Berliner Friedhofs in Weißensee steht geschrieben: „Liebe macht das Lied unsterblich!“ Seine Sakralmusik sollte ausgetilgt werden, doch sie lebt wieder. Ich danke herzlich dem Synagoga Ensemble Berlin, das die Tradition jüdischer Musik bis heute in Gottesdiensten und Konzerten lebendig hält.

Wir werden nun das traditionelle Gebet *El Male Rachamim* hören, das mit Nennung der Namen einiger Konzentrationslager zum Gedenken an die Opfer des Holocaust gesungen wird.

Ich möchte Sie bitten, sich dazu von den Plätzen zu erheben.

**Meine Damen und Herren,  
Erinnerung lebt vor allem von der Unmittelbarkeit des Erlebten.**



Inge Deutschkorn:

## Dieses Gefühl von Schuld verfolgte mich, es ließ mich nie wieder los



Inge Deutschkorn (\*1922)

Meine Damen und Herren! Der Titel meines Vortrags ist: Zerrissenes Leben. Dicht an dicht, so standen sie am Straßenrand in jener Nacht des 30. Januar 1933. Männer und Frauen, Junge und Alte. Und sie grüßten die vielen Hunderte, die in ihren kaki-farbenen Uniformen mit dröhnendem Marschtritt durch das Brandenburger Tor in die Stadt einmarschierten – brennende Fackeln in ihren Händen. Die Massen am Straßenrand rissen ihre Arme hoch, dem Himmel entgegen, und schrien ihre Begeisterung hinaus über die Macht-ergreifung, wie die neuen Herren des Deutschen Reiches ihren auf demokratische Weise errungenen Wahlsieg bezeichneten. Und die marschierenden Kolonnen sangen ihre Lieder dazu: „Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut“ war eines davon. War's nur ein Lied oder symbolischer Ausdruck ihrer Politik?

„Mein Kind, du bist Jüdin.“ Meine Mutter setzte sich zu mir, wie so oft, wenn sie mir etwas Wichtiges mitteilen wollte. Es war wenige Tage, nachdem die NSDAP die Macht in Deutschland übernommen hatte. „Du gehörst nun zu einer Minderheit“, sagte sie mit fester Stimme. „Du musst den ändern in deiner Klasse zeigen, dass du deshalb nicht geringer bist als sie.“ Sie wisse natürlich, dass ich das auch tun würde. Energischer werdend, fügte sie hinzu: „Lass dir nichts gefallen, wenn dich jemand angreifen will. Wehr dich!“ Ein Satz, der mein ganzes Leben bestimmen sollte ...

Doch was war das, eine Jüdin? Ich fragte nicht danach ... Irgendwie schien mir dies ein schwieriges Thema zu sein. Möglicherweise hatte es etwas mit Religion zu tun. Ein Fach, das in meiner Schule nicht gelehrt worden war und zu Hause keine Rolle spielte. Ich weiß auch heute nicht mehr, ob meine Mutter ihre Feststellung näher erläutert hatte. Ich weiß nur noch, dass ich sie nicht verstand.

Hingegen wusste ich genau, wer die Nazis waren, was ihre Ziele und wer dieser Hitler war. Das hatte meine Mutter mir erklärt. Sie wollte, dass ich die Gründe für ihre vielen Aktivitäten verstand, die alle dem Kampf gegen die Nazis galten. Und dass dies dazu führte, dass sie mich immer öfter allein in der Obhut unserer Haushaltshilfe zu Hause lassen musste. Sie seien Sozialisten, hatte meine Mutter einmal beiläufig gesagt. Sie kämpften für den Sieg des Sozialismus in Deutschland; denn nur dann würde die Gleichberechtigung aller Menschen gewährleistet und eine weitere Judenfeindschaft ausgeschlossen sein.

Oft konnte ich des Abends nicht einschlafen und horchte auf Tritte im Treppenhaus. Waren es die von Stiefeln, bekam ich Angst, es könnten die von SA-Männern sein, die kämen, um meinen Vater zu verhaften. Verhaftung - das Wort war mir bald nicht mehr fremd. Häufig wurden Menschen verhaftet, die aus ihrer gegnerischen Haltung zur „neuen Ordnung“ keinen Hehl gemacht hatten. Dann wurden sie in Folterkellern der SA, irgendwo in Berlin, gequält. Das entnahm ich Gesprächsfetzen, die ich, an der Tür zum Arbeitszimmer meines Vaters lauschend, aufschnappen konnte. Zitat: „Ich musste auf allen Vieren wie ein kleiner Hund durch einen langen Gang kriechen, während SA-Männer mit Peitschen auf mich eindroschen.“

Ich verschwieg meine Ängste. Es war das erste Mal, dass meine Mutter nicht mit mir über ihre Sorgen sprach. Ich spürte deutlich, dass sich unser Leben in den letzten Wochen verändert hatte. Es war ernster geworden ... Bei uns wurde immer viel gelacht. Nun war man eher schweigsam, nachdenklich. So schien es mir, wenn wir drei am Mittagstisch saßen. Auf Fragen oder Berichte aus der Schule, auf die meine Mutter immer großen Wert gelegt hatte, erhielt ich, ganz entgegen früheren Gewohnheiten, nur spärlich Antwort. Obleich ich die Einzelheiten und Zusammenhänge nicht kannte und auch nicht übersehen konnte, spürte ich deutlich die Spannung, die mein Elternhaus nun beherrschte.

Doch auch die Atmosphäre der Stadt war verändert. Das Leben in den Straßen war lauter geworden, unfreundlicher. Lautsprecher verkündeten mit kreischender Stimme die unabänderliche Oberhoheit der neuen Machthaber und die große

Chance, die dem deutschen Volk damit gegeben worden sei. Zeitungsverkäufer schrien die Schlagzeilen ihrer Zeitungen den potenziellen Käufern entgegen, auf dass sie die Gunst der Stunde richtig einschätzten. Litfaßsäulen und Mauern waren verschandelt und mit Parolen der Partei beschmiert und weithin sichtbar. An manchen Sonntagen eilten Massen von Berlinern zu öffentlichen Plätzen, um die Ersten zu sein, denen bekannte Schauspieler mit großen Kellen aus Gulaschkanonen im Namen der Partei einen Eintopf servierten. Ein Volksfest war's, mit Trommeln, Trompeten und Querflöten, zur Festigung der Bande zwischen einem begeisterten Volk und der NSDAP.

Nie zuvor und nie wieder habe ich meinen Vater so empört gesehen wie bei der Lektüre eines Briefes mit dem Stempel des 7. April 1933. Der Absender war das Provinzialschulkollegium. Er enthielt die Mitteilung, dass das erste von der neuen Reichsregierung erlassene Gesetz gegen ihre politischen Gegner und Juden auch

gegen meinen Vater angewendet werden würde. Dieses „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ bestimmte die Entlassung all jener aus dem Staatsdienst, die nach ihrer „politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ würden.

„Ich, der ich als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teilgenommen habe, dürfte wohl damit meine positive Einstellung zum Nationalstaat bewiesen haben“, antwortete mein Vater auf diesen Brief. Seine Empörung sprach deutlich aus seinen Worten. Einer Antwort seitens des Ministeriums wurde der Oberstudienrat Dr. Martin Deutschkron nicht mehr gewürdigt. Das Gesetz wurde erlassen und ausgeführt. Viele ehemalige Beamte und Angestellte führte dieses Gesetz in die Arbeitslosigkeit. Auch unser Budget musste drastisch gekürzt werden.

Mein Vater erzählte auch auf Aufforderung nur selten über seine Erfahrungen im Ersten Weltkrieg. Man merkte ihm an, dass es ihm schwerfiel, darüber zu sprechen, was damals an Grausamkeit nicht zu überbieten war. Es war die Schlacht von Verdun 1917, an der er teilgenommen hatte. Zitat: „Ich sehe es noch heute vor mir, wie eine Kugel meinen Kameraden traf.“ Für die Teilnahme an diesem Ersten Weltkrieg verließ der Staat meinem Vater das

Eiserne Kreuz. Er legte es in eine Schublade, getragen hat er es nie. Es verschwand auf mysteriöse Weise im Laufe unseres zerrissenen Lebens.

„Tragt ihn mit Stolz, den gelben Stern.“ Mit diesen Worten versuchten Funktionäre der Jüdischen Gemeinde ihre Mitglieder zu ermutigen, als wir im September 1941 gezwungen wurden, diesen gelben Lappen am äußersten Kleidungsstück in Herzhöhe zu befestigen. „Fest angenäht“, so stand es im Gesetz, das für Kinder ab sechs Jahren galt. Mit Stolz? Die Mehrheit der Deutschen, denen ich in den Straßen Berlins begegnete, guckte weg, wenn sie diesen „Stern“ an mir bemerkte, oder guckte durch mich, die Gezeichnete, durch oder drehte sich weg.

Wie auch andere Juden, hatte ich gelegentlich erfreuliche Erlebnisse. Ich erinnere mich, wie Unbekannte in der U-Bahn oder auf der Straße, meist im dichten Gewühl der Großstadt, ganz nah an mich herantraten und mir etwas in die Manteltasche steckten, während sie in eine andere Richtung blickten. Mal war es ein Apfel, mal eine Fleischmarke Dinge, die Juden offiziell nicht erhielten. Wie so vieles, was unsere Hungerrationen hätte aufbessern können. Doch es gab auch andere, solche, die mich mit Hass ansahen oder hässliche Grimassen vor mir schnitten, um ihrem Abscheu für die Jüdin Ausdruck zu geben. Fraglos, der „Stern“ schuf eine diskriminierende Isolation für uns. Auf der Straße gewöhnte ich mich daran, meinem Gesicht den Ausdruck einer Maske zu geben. Niemand sollte auch nur ahnen, wie es wirklich um mich stand.

Was bedeutete eigentlich dieser „Stern“, vor allen Dingen jenen, die ihn uns zu tragen zwangen? fragte ich mich. War er als Zielscheibe gedacht oder als Hinweis auf die Richtung, die uns den Weg zu einem schrecklichen Ende wies? Ich dachte darüber nach. Ich kam zu dem Schluss, dass es doch wohl sinnlos wäre, wenn man uns im Vorhinein auf diese Weise über unser Ende informieren würde, sodass wir uns ängstigten und nicht wie bisher gelassen den Befehlen folgten.

Und so reagierte ich unmutig, wenn meine Mutter mit Gerüchten über das, was uns bevorstehen sollte, nach Hause kam. Ich bat sie, mich damit zu verschonen. „Aber vielleicht sind diese Gerüchte dennoch wahr“, hielt meine Mutter dagegen.

Nichts konnte darüber hinwegtäuschen, dass die Lage der Juden von Berlin immer kritischer wurde. Fast täglich gab die Regierung neue Gesetze, neue Vorschriften, neue Verbote für Juden bekannt, nach denen wir leben mussten. In ein sogenanntes Judenhaus eingewiesen, mussten sich immer zwei Personen ein Zimmer teilen. Um unsere Ausgrenzung

perfekt zu machen, wurden die Telefonkabel durchschnitten, nahm man uns die Radioapparate weg. Der Gang zum Friseur wurde verboten, so wie das Waschen unserer Wäsche in einem Salon. Seife durfte uns nicht verkauft werden. Auch Eier und Kuchen nicht. Das Einkaufender wenigen uns zugeteilten Lebensmittel war nur zwischen 16 und 17 Uhr erlaubt. Besuche von Kulturstätten waren Juden als Erstes untersagt worden; es schloss den Spaziergang „im Grünen“ ein. Haustiere wurden Opfer der angeblichen „Rasse ihrer Herrchen“. Ach, es muss zu jener Zeit eine Riege von Unmenschen im Reichsinnenministerium beschäftigt worden sein, deren einzige Aufgabe es war, darüber nachzudenken, wie man Leben zur Qual macht.

Lautes Motorengeräusch von Polizeiflitzern, die zu so ungewöhnlich früher Stunde durch Berlins Straßen rasten, vor einem Haus plötzlich hart bremsen, unterbrach die morgendliche Stille am 27. Februar 1943. Ein Polizist sprang aus dem Auto, stürzte in ein Haus, kam nach wenigen Minuten mit einem Menschen zurück, hatte ihn fest im Griff, schob ihn unsanft in den Wagen, fuhr zum nächsten Haus. Dort das gleiche Bild. Die wenigen Passanten, wohl auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle, beschleunigten ihre Schritte. Sie ahnten wohl, dass sich hier etwas Ungewöhnliches abspielte. Nur nichts sehen, was man hier getan hat, nur nichts wissen, was man hier tut - so oder ähnlich schienen ihre Reaktionen. In den Häusern ging Licht an. Schemenhaft sah man Gesichter hinter dem Vorhang der Küchenfenster, von wo aus man das Geschehen auf der Straße am besten verfolgen konnte.

Man holte Juden ab. Die letzten der einstmaligen stolzen Jüdischen Gemeinde, die sich noch in Berlin befanden. Damit löste die Nazi-Regierung ihr Versprechen ein, das sie dem deutschen Volk gegeben hatte: Berlin soll judenrein werden!

Diese Aktion hatte im Oktober 1941 begonnen. Damals erhielten Tausend Menschen von der Jüdischen Gemeinde Formulare, auf denen sie angeben mussten, was sie noch besaßen. Die ausgefüllten Formulare mussten an die Jüdische Gemeinde zurückgeschickt werden, die gezwungen war, alles auszuführen, was die Gestapo ihr auftrag.

Am 16. Oktober 1941 holten Gestapobeamte noch eigenhändig die Tausend ab, deren Besitzum ihnen von den Formularen her bekannt war – nach 20 Uhr, versteht sich: die Uhrzeit, zu der Juden dem Gesetz entsprechend zu Hause sein mussten.

Die Beamten in ihren grauen Ledermänteln forderten Klara Sara Hohenstein, unsere Zimmernachbarin, eine etwa 65-jährige Dame, die typi-

**Damit löste die Nazi-Regierung ihr Versprechen ein: Berlin sollte judenrein werden!**

**Des Nachts sah ich sie wieder vor mir, hörte nicht auf, an sie zu denken: Wo waren sie jetzt?**



sche Großmutter. Zehn Minuten später verabschiedete sie sich von uns Zitat: „Die Herren wissen auch nicht, wohin ich komme. Ich melde mich, sobald ich kann.“

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit ging von da an jeden Monat ein Transport mit 1 000 oder 1 500 Menschen aus Berlin „gen Osten“ ab. Die Zahl der zu Deportierenden hing von der Kapazität der Deutschen Reichsbahn ab. Nun allerdings überließ die Gestapo die gesamte Organisation der Deportationen der jüdischen Gemeinde. Nur auf die persönliche Verriegelung der mit Menschen bis an den Rand gefüllten Waggons verzichteten die deutschen Beamten nicht.

Die letzten Berliner Juden holte man vornehmlich aus Fabriken ab, wo sie zur Herstellung von Munition für Hitlers Kriege zwangsverpflichtet gewesen waren. Dieser Tag ist als „Fabrikaktion“ in die Annalen der Judenverfolgung in Deutschland eingegangen. Doch man ergriff sie auch, wo und wie man sie fand: in ihren Wohnungen, auf der Straße, im Morgenrock, im Arbeitskittel. Ahnungslos folgten sie den Anweisungen, genau wie die Deportierten vor ihnen, von deren Schicksal sie nichts wussten. Zurück blieb die kleine Zahl derer, die ein Versteck gefunden hatten und in die Illegalität gingen, wie meine Mutter und ich.

Auch ich sah sie vom Fenster aus, sehe sie noch heute, in ihrem Erschrecken wie erstarrt, von Polizisten in die Wagen gestoßen. „Schnell, schnell“, trieb man sie an. Diese letzte Deportation aus Berlin dauerte mehrere Tage.

Dann waren sie alle weg – meine Familie, meine Freunde, die blinden jüdischen Bürstenzieher von Otto Weidt, die jüdischen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg, ihre Orden noch am Revers ihres Mantels. Wir hatten keinen Schrei gehört, sahen kein Aufbegehren; blickten ihnen nach, wie sie gehorsam ihren letzten Weg antraten.

Des Nachts sah ich sie wieder vor mir, hörte nicht auf, an sie zu denken: Wo waren sie jetzt? Was tat man ihnen an? Ich begann mich schuldig zu fühlen. Mit welchem Recht, so fragte ich mich, versteckte ich mich, drückte ich mich vor einem Schicksal, das auch das meine hätte sein müssen? Dieses Gefühl von Schuld verfolgte mich, es ließ mich nie wieder los.

Ein Jahr nach Kriegsende erhielten meine Mutter und ich die Erlaubnis zur Einreise nach England, zu meinem Vater. Begleitet von Emigranten, holte mein Vater uns vom Bahnhof in London ab. Ich sah es sofort: Für die Emigranten waren wir wie die Abgesandten ihrer ermordeten Angehörigen. Sie kämpften mit Tränen, als sie uns sahen. Wir waren wie eine Bestätigung, dass die Ihren den Kampf um ihr Leben in Nazi-Deutschland verloren hatten. Und wieder war es da, das Gefühl meiner Schuld.

Dieses Gefühl wich zeitweise der Sprachlosigkeit, wenn Menschen im Nachkriegsdeutschland zu mir sagten: „So vergessen sie doch“, wenn sie mich nicht anders zum Schweigen bringen konnten. „Sie müssen doch auch vergeben können“, meinten sie. „Es ist doch schon so lange her.“ Die meisten, denen ich in der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn begegnete, hatten sie einfach aus ihrem Gedächtnis gestrichen: die Verbrechen, für die der deutsche Staat eine eigene Mordmaschine hatte errichten lassen und die sie geschehen ließen.

Da wusste ich plötzlich, was meine Pflicht war, die mir meine Schuld auferlegte: Ich musste es niederschreiben. Die Wahrheit, die lückenlose Wahrheit, präzise und emotionslos, so wie ich es mit eigenen Augen gesehen hatte. Es ging mir dabei nicht darum, dass die Schuldigen und jene, die dazu geschwiegen hatten, versuchen sollten, einen Weg der Sühne dem jüdischen Volk gegenüber zu finden. Nein, nein, das wäre sinnlos gewesen. Das deutsche Volk jener ersten Nachkriegsjahre wurde beschützt von seinem ersten Kanzler, der im Parlament in einer Regierungserklärung behauptet hatte, die Mehrheit der Deutschen wären Gegner der Verbrechen an den Juden gewesen; viele von ihnen hät-

ten sogar den Juden geholfen, ihren Mördern zu entkommen. Ach, wäre das doch die Wahrheit gewesen!

Ich aber war wie besessen von der Idee, dass Vergleichbares nie wieder geschehen dürfe: dass Menschen anderen Menschen das Recht auf Leben streitig machen könnten – ganz gleich, welcher Hautfarbe, ganz gleich, welcher Religion, welcher politischen Einstellung, nicht hier und nicht anderswo. Und um dieses Ziel wegen gilt es, die Wahrheit zu wissen, die ganze Wahrheit. Denn solange die Frage Rätsel aufgibt: „Wie konnte das Fürchterliche geschehen?“, ist die Gefahr nicht gebannt, dass Verbrechen ähnlicher Art die Menschheit erneut heimsuchen. Ich wollte daran mit-tun, hier, heute und jetzt, mit meinem ganzen Eifer, meiner ganzen Kraft.

Sieben Jahre waren wir getrennt, mein Vater und ich. Kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte mein Vater noch nach England fliehen können. Er blieb in meiner Erinnerung als relativ kleiner Mann, aber kraftvoll in seinen Bewegungen, ein beliebter Lehrer und politischer Kämpfer, voller Energie und Tatendrang. Meine Mutter unterstützte dieses Bild von ihrem Mann in der Erinnerung sieben Jahre lang. Und nun saß er mir gegenüber in Birmingham, einer damals lieb- und

leblosen Stadt in Mittelengland, müde, erschöpft, wie es mir schien, passiv dem Leben gegenüber. Während der sieben Jahre hatte er um eine Existenz in England ringen müssen, ohne Rücksicht auf die Gründe seiner Flucht aus Nazi-Deutschland. Mal störte sein deutscher Name, und mal ebenso sein deutscher Akzent.

Ich hingegen hatte in jenen Jahren um mein Überleben kämpfen müssen – zwei Jahre und vier Monate ganz genau, in Verstecken, mit Hilfe von Freunden meiner Eltern, die ihr Leben für meine Mutter und mich riskiert hatten. Und wie sie war ich nun nach dem Krieg bereit, mich einzusetzen für ein Deutschland der Freiheit und der Demokratie. Den Beweis dafür erbrachte ich im ersten Nachkriegsjahr in Berlin, gerade 23 Jahre alt, als die Sowjets sich mühten, ihren Bereich über ganz Berlin auszudehnen.

Ich merkte, dass mein Vater irritiert war. Er hatte 1939 einen Teenager zurückgelassen und mich so in Erinnerung behalten. Nun stand ich vor ihm: eine energische junge Frau, die das Kämpfen für Freiheit und Recht zur Maxime ihres Lebens gemacht hatte. Seine Augen glänzten ein wenig, als er mir plötzlich gestand, einst ähnlich gesprochen zu haben. Dann gab er mir gegenüber schließlich zu, dass er mit dem Kriegsende einen Rückruf nach Berlin erwartet hatte. Man habe ihn 1933 im wahrsten Sinne des Wortes rausgeschmissen. Daher, so meinte er, müsste man ihn nun, den nicht

ganz unbekanntem Pädagogen, zur Rückkehr einladen.

Gewiss, seine vier Geschwister mit Familien gehörten zu den Mordopfern. Dennoch glaubte er weiter an die Deutschen, die damals seine Freunde waren und die sich nun verpflichtet fühlten wie er, ein neues Deutschland aufzubauen, das die Rechte eines jeden Menschen auf seine Fahnen schrieb. Doch dieser Ruf, diese Einladung kam nicht. Als er dies sagte, wandte er seinen Blick von mir ab, als wolle er nicht den Eindruck erwecken, er neide mir meine Zielsicherheit und meine Willenskraft.

Nun fuhr er fort, in englischen Schulen Deutsch zu lehren. Jeden Morgen suchte er im Briefkasten nach Post aus Berlin. An ihrer Stelle kam ein Brief von einer englischen Schulbehörde, die ihm nahelegte, die britische Staatsangehörigkeit anzunehmen, wenn er weiter in England lehren wollte. Tagelang überlegte er, kämpfte er mit sich. Dann sagte er zu.

Die Urkunde brachte der Postbote. Er nahm sie, stand stundenlang mit der Urkunde in der Hand, die ihn zum englischen Staatsbürger machte, am Fenster, guckte in die Ferne, ließ niemanden an sich heran.

Woran dachte er wohl in diesen Momenten?

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

### Dieser Tag ging als „Fabrikaktion“ in die Annalen der Judenverfolgung in Deutschland ein.



Inge Deutschkron spricht im Plenarsaal des Bundestages während der offiziellen Gedenkstunde an die Opfer der Nationalsozialisten am 30. Januar.



Elke Hoff, FDP:

## Ein Dankeschön an unsere Soldaten



Elke Hoff (\*1957)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Wir beschließen heute erneut über die Fortsetzung eines der längsten und anspruchsvollsten Einsätze der Bundeswehr. Ich möchte diese Gelegenheit nicht nur dazu nutzen, den Soldatinnen und Soldaten zu danken, die in einer hervorragenden Art und Weise diesen Einsatz gemeistert haben, sondern ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich auch der militärischen Führung der Bundeswehr dafür danken, dass sie unsere Soldatinnen und Soldaten in schwierigen Zeiten durch die Klippen

und Herausforderungen eines schwierigen Einsatzes manövriert hat. Wir sollten diesen Tag ebenfalls zum Anlass nehmen, derjenigen zu gedenken, die in diesem Einsatz gefallen sind. In diesem Einsatz hat die Bundeswehr zum ersten Mal seit langem wieder tote Soldaten zu tragen. Es gibt viele verwundete Soldatinnen und Soldaten. An dieser Stelle sollten wir alle in diesem Parlament der Soldaten, die verwundet sind, insbesondere auch der Familienangehörigen, gedenken.

Wir werden mit diesem Mandat unsere Soldatinnen und Soldaten in einen der schwierigsten Einsätze dieser Jahre senden. Wir müssen zum einen die Rückverlegung unserer eigenen Truppen vorbereiten, um diese heil und gesund zurückzubringen, zum anderen sind wir als Führungsnation im Norden des Landes Anlehnungspartner für andere Nationen. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen in diesem schwierigen Jahr, in dem die Vorbereitungen für ein

wichtiges politisches Ereignis in Afghanistan, nämlich die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014, anstehen, also einerseits ihren Auftrag im Rahmen von ISAF erfüllen, aber andererseits auch dafür sorgen, dass eine möglichst gefahrlose Rückverlegung stattfindet.

Es ist aber nicht alleine Aufgabe der Bundeswehr, in Afghanistan dafür zu sorgen, dass eine stabile Nation hinterlassen wird. Wir werden in den nächsten Monaten gemeinsam mit unseren Partnern gefordert sein, eine politische Lösung für dieses Land zu finden, die trägt, die die unterschiedlichen Ethnien mit einbezieht und die dieses Land vor allen Dingen in die Lage versetzt, endlich seine Souveränität zu erlangen. Es wird also in hohem Maße auch darauf ankommen, die Nachbarstaaten Afghanistans, die bereits heute in Erwartung, aber auch mit Besorgnis auf die Lage nach 2014 schauen, so weit einzubinden, dass die afghanischen Menschen – das war auch einer der wesentlichen Gründe, warum wir uns militärisch, außenpolitisch und mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit in diesem

**Wir werden mit diesem Mandat unsere Soldaten in einen der schwierigsten Einsätze senden.**

Land eingesetzt haben – ihr Leben in Frieden und in Sicherheit leben können. Das muss für uns alle weiterhin ein Ansporn sein, das Richtige zu tun und den Männern und Frauen, die dieser Aufgabe verpflichtet sind, die notwendige politische Rückendeckung zu verschaffen.

Ich möchte an dieser Stelle einen letzten Satz sagen. Für unser Land besteht an keiner Stelle auch nur der geringste Anlass, sich gegenüber anderen Nationen als ein Land zu fühlen, das nicht genug tut. Wir haben in Afghanistan mit Tausenden von Soldaten – da gab es Opfer und Verwundete –, mit viel Geld und viel Herzblut dafür gesorgt, dass wir unserer Aufgabe in der Weltpolitik gerecht werden. Wann immer jemand der Meinung ist, dieses Land würde zu wenig tun: Treten Sie dem entgegen! Denn das ist falsch.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Stefan Rebmann, SPD:

## Eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan



Stefan Rebmann (\*1962)  
Landesliste Baden-Württemberg

Seit wir vor über einem Jahrzehnt die schwierige Entscheidung getroffen haben, uns am ISAF-Einsatz in Afghanistan zu beteiligen, tragen wir eine besondere Verantwortung – eine besondere Verantwortung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, gegenüber den internationalen Helferinnen und Helfern und besonders gegenüber den Menschen in Afghanistan.

Angesichts der Situation in Afghanistan müssen wir unser Engagement vor Ort kritisch betrachten und bewerten. In den vergangenen zehn, elf Jahren gab es zahlreiche Rückschläge, es gab aber auch Fortschritte. Wir haben Fortschritte bei der Energie- und Wasserversorgung und bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Und für rund 3,5 Millionen Menschen wurde der Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessert. Ein afghanisches Sprichwort sagt: Ein Mensch ohne Bildung ist wie ein Baum ohne Frucht – ein kluges Sprichwort, wie ich meine; denn Bildung und der Zugang zu Bildung sind enorm wichtig für die Entwicklung einer Gesellschaft. Deshalb ist es gut, dass heute mehr als 7 Millionen Kinder zur Schule gehen, 2,7 Millionen davon sind Mädchen. Seit 2009 sind mit deutscher Hilfe über 93 000 Lehrkräfte aus- und fortgebildet worden. Das sind alles Fortschritte, die erzielt wurden, und die sollten wir nicht kleinreden.

Aber wir dürfen auch nicht verkennen, dass es nach wie vor gravierende Defizite gibt, dass sich die Gesundheitsversorgung und der Bildungsbereich insgesamt, auch von der Qualität her, auf einem sehr

niedrigen Niveau bewegen, dass nach wie vor viele Mädchen vom Schulbesuch ausgeschlossen werden, dass es Kinder gibt, die die Schule verlassen, ohne lesen und schreiben zu können, und es in ganzen Regionen keine Schule und keine Krankenstation gibt. Deshalb müssen wir die verbleibenden zwei Jahre gemeinsam mit den Afghanen nutzen, um die Weichen für eine bessere Zukunft in Afghanistan zu stellen.

Es gibt vieles, sehr vieles, was noch unerreich ist: Die Regierung und die Verwaltung müssen ihre Kapazitäten ausbauen. Wir brauchen gute Regierungsführung. Wir brauchen die Bekämpfung der Korruption. Wir brauchen den Aufbau einer Rechtsstaatlichkeit, die diesen Namen auch verdient. Wir brauchen die Achtung der Menschenrechte und den Aufbau funktionierender, legitimer staatlicher Institutionen. Die wirtschaftliche und die soziale Infrastruktur, die medizinische Versorgung und der Zugang zu Wasser und Energie müssen weiter ausgebaut werden. Und: Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 und 2015, die nach demokratischen Standards verlaufen sollen, sind eine Herausforderung, die erst noch bewältigt werden muss.

Das alles sind Schlüsselbereiche, die für die weitere Entwicklung des Landes und für das Vertrauen der Menschen in die eigene Regierung von enormer Bedeutung sind. Dabei braucht Afghanistan unsere Unterstützung und die klare Zusage und Botschaft: Wir ziehen uns nicht aus der Verantwortung zurück. Wir lassen Afghanistan und die Menschen nicht allein. Menschenrechte, Kinderrechte und vor allen Dingen auch Frauenrechte sind für uns nicht verhandelbar.

Im vergangenen Jahr sind zwei Leiterinnen einer örtlichen Frauenbehörde bei gezielten Anschlägen ums Leben gekommen. Dieses und viele weitere Beispiele zeigen: Frauen und deren Rechte, auch wenn sie

mittlerweile in der Verfassung stehen, sind noch lange nicht ausreichend geschützt. Tief in der Gesellschaft verankerte Wertvorstellungen, aber auch der pure Unwille in so mancher Behörde begünstigen und lassen Gewalt gegen Frauen zu. Das können und werden wir niemals akzeptieren.

Die Sorge ist groß, dass mit dem Abzug der Truppen auch viele soziale Errungenschaften zunichte gemacht werden. Die wachsende Unsicherheit und Nervosität der afghanischen Zivilgesellschaft, der internationalen Helfer und der afghanischen

Partner machen deutlich: Ein weiteres verlässliches Engagement von deutscher und internationaler Seite über 2014 hinaus ist absolut notwendig. Uns Entwicklungspolitikern liegt sehr an einem gemeinsam erarbeiteten Konzept für die Unterstützung einer nachhaltigen, sozialen, wirtschaftlichen und friedlichen Entwicklung Afghanistans. Deshalb ist es absolut notwendig,

das die Entwicklungspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit in den Vordergrund rückt und die verschiedenen Ressorts – Außen- und Verteidigungspolitik, Inneres, Entwicklungspolitik und Menschenrechtspolitik – zusammenarbeiten, um eine umfassende und kohärente Strategie für Afghanistan zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Wir brauchen Achtung der Menschenrechte und funktionierende staatliche Institutionen.**

**Für 3,5 Millionen Menschen wurde der Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessert.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU:

## Wir bleiben den Menschen in Afghanistan verpflichtet



Andreas Schockenhoff (\*1957)  
Wahlkreis Ravensburg

Nach dem Strategiewechsel vor bald drei Jahren können wir nun den konkreten Abzug unserer ISAF-Soldaten ins Auge fassen. Das Mandat sieht eine Absenkung der Obergrenze um 500 Soldatinnen und Soldaten auf 4 400 vor. Ab Mitte 2013 sollen afghanische Kräfte die Hauptverantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen. Das müssen wir abwarten. Unter der Voraussetzung, dass sich die Sicherheitslage weiter positiv entwickelt und keine Gefahr für unsere Soldaten entsteht, werden Anfang 2014 weitere 1 100 Soldatinnen und Soldaten nach Hause kommen.

Für die CDU/CSU gebietet es der Respekt vor der Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten, dass ihr

Dienst in Afghanistan die Wertschätzung erfährt, die der Einsatz von Leib und Leben für die Sicherheit Deutschlands verdient, auch und gerade über das Ende des ISAF-Einsatzes hinaus. Ihre Anerkennung als Veteranen ist deshalb so bedeutsam. Wir danken Verteidigungsminister de Maizière, dass er hier Klarheit geschaffen hat.

Selbstverständlich richtet sich unser Dank auch an die zivilen Helferinnen und Helfer in Afghanistan. Wir können die weitere Reduzierung unseres ISAF-Kontingents verantworten, weil selbsttragende afghanische Sicherheitsstrukturen Gestalt annehmen. Der Transformationsprozess verläuft planmäßig. Schon jetzt tragen in 76 Prozent der Fläche Afghanistans afghanische Kräfte die Hauptverantwortung für die Sicherheitslage, in unserem Einsatzgebiet in vier von fünf Distrikten.

Die von Deutschland mit Nachdruck betriebene Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte hat die schrittweise Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch afghanische Kräfte entscheidend ermöglicht. Die afghanischen Kräfte werden aber auch über 2014 hinaus Ausbildung, Beratung und Unterstützung brauchen. Wir werden uns

nach dem Aufwuchs der afghanischen Kräfte insbesondere um ihr Fähigkeitsprofil kümmern müssen. Zu diesem Zweck plant die NATO eine Folgemission auf Grundlage eines neuen UN-Mandates. Die schwer erarbeitete Sicherheit des Landes und die Selbstständigkeit der afghanischen Kräfte müssen konsolidiert werden. Die CDU/CSU unterstützt deshalb die Planungen für eine neue Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission nach 2014.

### Die afghanischen Kräfte werden auch über 2014 hinaus Unterstützung brauchen.

Die Reduzierung unseres Bundeswehrkontingents birgt aber auch Herausforderungen. Der ISAF-Auftrag, also Stabilisierung und Ausbildung, muss fortgeführt werden. Gleichzeitig läuft die Rückverlegung von Material und Personal. Zudem muss die internationale Nachfolgemission zur kontinuierlichen Ausbildung und Befähigung der afghanischen Sicherheitskräfte vorbereitet werden. Aufgrund dieses breiten Aufgabenspektrums bis zum Ende der Mission muss die militärische Handlungsfähigkeit bis Ende 2014 gewährleistet bleiben, um den Schutz unserer Soldaten nicht zu gefährden. Das ist für die CDU/CSU zentral, und das ist im Mandat sichergestellt.

Erstens. Wenn wir in einer spezifischen Situation abschrecken wollen, allerdings keine Kampftruppen oder Kampfflugzeuge einsetzen, aber dennoch auch aus eigenem Sicherheitsinteresse unsere Partner mit eigenen militärischen Beiträgen unterstützen wollen, wären bewaffnete Drogen, wären bewaffnete Drohnen eine neue Option.

Zweitens. Wenn der Kollege Arnold sagt, am liebsten wäre es ihm, wenn es eine gemeinsam verfügbare europäische Fähigkeit bei Drohnen gäbe, dann stellt sich für unsere Partner sehr schnell die Frage nach der Verfügbarkeit und der politischen Verlässlichkeit und damit auch die Frage nach den Auswirkungen auf die Beteiligung des Deutschen Bundestages.

Drittens. Ich nehme die moralischen Bedenken, die insbesondere von kirchlichen Vertretern geäußert werden, sehr ernst; auch sie gehören in eine Sicherheitsdiskussion, die wir führen müssen. Aber nicht akzeptabel ist, dass zu neuen militärischen Optionen, die es im Übrigen künftig in allen großen Armeen geben wird, gleich grundsätzlich Nein gesagt wird, ohne dass eine sicherheitspolitische Diskussion geführt wird.

Denn das Argument von Verteidigungsminister de Maizière wiegt schwer. Er sagt:

Unbemannte, bewaffnete Luftfahrzeuge unterscheiden sich in der Wirkung nicht von bemannten. Immer entscheidet ein Mensch ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Beispiel in der Diskussion über Drohnen zeigt erneut: Wir brauchen eine regelmäßige Generaldebatte zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands.

Eine solche Debatte kann und soll unsere Debatten über die jeweiligen Mandate nicht ersetzen.

Aber sie gäbe uns die Möglichkeit, über Mandatsfragen hinausgehende sicherheitspolitische Aspekte grundsätzlich zu debattieren. Hier besteht großer Bedarf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

### Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 28. Januar bis zum 1. Februar 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

#### Zustimmung

Europa „Gesetz zu dem Protokoll vom 16. Mai 2012 zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrages von Lissabon“ (Bundesregierung, 17/11367, 17/12169); Umwelt „Gesetz zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes“ (Bundesregierung, 17/11368, 17/12216); Umwelt „Verordnung zur Beschränkung der Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung – ElektroStoffV)“ (Bundesregierung, 17/11836, 17/11907 Nr. 2, 17/12216); Inneres „Entwurf eines Einundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, 17/11820, 17/12174); Gesundheit „Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) und zur Änderung weiterer Gesetze“ (Vermittlungsausschuss, 17/7576, 17/8615, 17/8871, 17/12170).

#### Ablehnung

Auswärtiges „Für ein glaubwürdige Außenpolitik gegenüber Usbekistan“ (Bündnis 90/Die Grünen, 17/6498, 17/7712); Auswärtiges „Eine kohärente Gesamtstrategie für Pakistan – für eine aktive Einbindungsdiplo-matie, Stärkung der demokratischen Kräfte und eine verlässliche Entwicklungszusammenarbeit“ (SPD und Bündnis 90/Die Grünen, 17/11033, 17/11451).



Wird bald nicht mehr in Afghanistan wehen: Die Flagge der Bundeswehr



Paul Schäfer, DIE LINKE:

## Ein wirklicher Truppenabzug sieht anders aus



Paul Schäfer (\*1949)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Linke lehnt die Fortsetzung des Militäreinsatzes in Afghanistan ab.

Diese Regierung redet inzwischen gern vom Abzug, handelt aber nicht konsequent in diesem Sinne. Sie zögert und zaudert; der vorliegende Antrag bestätigt das. Gerade einmal 25 Prozent des jetzigen Kontingents sollen das Land am Hindukusch bis Anfang 2014 verlassen haben, und das nur, wenn die Bedingungen es zulassen. Zugleich werden mal eben neue Kampfhubschrauber nach Afghanistan verlegt. Ein wirklicher Truppenabzug sieht anders aus.

Nötig wäre es, die Bundeswehr vollständig, so rasch wie möglich, ohne Vorbedingungen und ohne eine Hintertür zur Fortsetzung des Krieges zurückzuholen. Das müsste gemacht werden.

Meine Damen und Herren, noch schlimmer als der zögerliche Abzug ist, dass die Vorbereitungen und Planungen für das Folgemandat nach 2014 längst im Gange sind. Man darf eigentlich nicht „Folgemandat“ sagen; es soll ja etwas ganz Neues werden. Beschwichtigend heißt es in diesem Zusammenhang: Keine Kampfoperationen mehr. – Ist ernsthaft damit zu rechnen, dass jegliche militärisch-operative, logistische Unterstützung zur sogenannten Aufstandsbekämpfung eingestellt werden wird?

Bestenfalls im Kleingedruckten findet sich der Hinweis, dass die Operationen der US-Spezialkräfte gegen die Terroristen weitergehen werden, also genau die Kampfeinsätze an der afghanisch-pakistanischen Grenze - Drohneneinsatz inklusive -, die das Völkerrecht unterlaufen, die neuen Hass erzeugen und die für das bisherige militärische Versagen stehen. Dieser Ansatz ist gescheitert und damit auch die NATO, die diese Politik getragen

hat. Warum also soll man in dieser Weise weitermachen?

Meine Damen und Herren, es ist Zeit für eine klare Zäsur, für einen zivil geprägten Aufbauplan, den die Afghaninnen und Afghanen verantworten und bei dem die Vereinten Nationen endlich an die erste Stelle gerückt werden. Ja, Selbstbestimmung der Afghaninnen und Afghanen statt Fremdbestimmung, das ist ein zentraler Punkt.

Nun kann man einwenden, gerade die Linke kritisiere doch besonders scharf die inneren Verhältnisse in Afghanistan. Wie passt das zusammen?

Richtig: Der jüngste UNAMA-Bericht zeichnet ein düsteres Bild von der Lage der Gefangenen in Afghanistan. Viele werden misshandelt, ja gefoltert. Vorsichtig verallgemeinert: Es steht in Afghanistan nicht allzu gut um die Menschenrechte, auch nicht um die Frauenrechte.

Oder lesen Sie die jüngsten Berichte des UNO-Büros für die Koordination humanitärer Angelegenheiten oder auch des Feinstein International Center. Beiden Quellen zu-

folge hat sich die humanitäre Lage in Afghanistan in den letzten Jahren verschlechtert. Nur eine Zahl: Die Anzahl der Menschen, die unter akuter Unterernährung leiden, ist zwischen 2008 und 2011 noch einmal gestiegen. In den am meisten leidenden Regionen betraf das 31 Prozent der Bevölkerung. Auch die Zahl der Binnenflüchtlinge ist in diesem Zeitraum noch einmal gestiegen.

Last, not least: Korruption und Güntlingswirtschaft prägen nach wie vor die politischen Institutionen und das öffentliche Leben. Es ist der bis heute wirkende Fluch der bösen Tat, dass man vor allem mit denjenigen paktiert hat, denen es um Machterhalt geht. Genau damit hat man die Ursachen von Not und Rückständigkeit perpetuiert.

Trotz alledem setzen wir unsere Hoffnungen auf die Afghaninnen und Afghanen; denn nur von innen heraus wird eine nachhaltig-demokratische Entwicklung möglich sein.

Man kann und muss von außen helfen – aber bitte mit den richtigen Konzepten. Gerade deshalb ist es so wichtig, scharf zu analysieren und zu kritisieren, was alles falsch gelaufen ist. Aber ich füge auch eines hinzu: Die Ausgangslage heute – es gibt erste Verhandlungsansätze, Wahlen stehen bevor, und der Truppenabzug ist zumindest eingeleitet worden – bietet durchaus

Chancen, die Dinge zum Besseren zu wenden.

Was die Bundesregierung jetzt tun könnte, tun müsste, ist erstens energisch mithelfen, dass noch vor den Wahlen 2014/2015 eine Verhandlungslösung erreicht wird. Ein konsequenter Truppenabzug der NATO ist dabei ebenso eine *Conditio sine qua non* wie eine Beendigung der Militäraktionen unter *Enduring Freedom*.

Zweitens muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Federführung der auswärtigen Hilfe beim Friedens- und Aufbauprozess nicht nur formal, sondern auch materiell unter das Dach der UNO gebracht wird.

Die Vergangenheit hat gezeigt: Zu viele Köche verderben den Brei.

Drittens sollte die Bundesregierung ratgebend und nicht bevormundend auf die Karzai-Regierung einwirken, damit diese versucht, alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Landes an einen Tisch zu bringen. Ein alle einschließender Friedensplan wird nur gelingen, wenn ein demokratischeres Wahlrecht und eine Verfassungsreform, die den Menschen auf lokaler Ebene mehr Mitwirkungsrechte gibt, vereinbart werden. Das könnte die Basis dafür sein, den bewaffneten Konflikt in einen politischen zu transformieren. Und dieser politische Prozess ist entscheidend – nicht das Militär – bei der Frage, ob Afghanistan wieder im Chaos versinkt oder ob es mit dem Land vorwärtsgeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Frithjof Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE:

## Verwirrspiele mit Zahlen und Absichten



Frithjof Schmidt (\*1953)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die internationale Gemeinschaft hat sich seit der Londoner Konferenz Anfang 2010 mehrfach dazu bekannt, den ISAF-Einsatz in Afghanistan bis Dezember 2014 zu beenden und die Kampftruppen abzuziehen.

Meine Fraktion hat diese Linie unterstützt. Es war und ist richtig, den Abzug im Geleitzug mit unseren Partnern schrittweise umzusetzen. Deshalb haben wir uns deutlich gegen alle Forderungen nach einem schnelleren Abzug gewandt. Da gab es einen Konsens mit den Regierungsfractionen und der SPD, für den wir öffentlich gemeinsam geworben haben. Das war gut so, gerade auch im Interesse der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, denen unser Dank gebührt.

Das Mandat, das Sie uns jetzt vorgelegen, ist das erste Mandat, das die Abzugsphase einleitet und – gegebenenfalls – auch den Übergang zu einer Nachfolgemission vorbereitet. Das ist eine neue Qualität, eine neue Aufgabenstellung, und daran muss dieses Mandat gemessen werden. Herr de Maizière, Sie haben vor über einem Jahr hier im Plenum angekündigt, dass Sie 2012 eine Planung

für den Abzug der Bundeswehr vorgelegen werden.

Sie haben gesagt – ich darf zitieren –:

Deswegen werden wir im Laufe des nächsten Jahres darüber diskutieren und die Pläne transparent vorlegen.

Das, was Sie uns heute präsentieren, erfüllt dieses Versprechen nicht einmal annähernd, im Gegenteil.

Sie möchten die Obergrenze der Stationierung bis zum 1. März 2014 lediglich auf 4 400 Soldatinnen und Soldaten reduzieren. Nur in der Begründung kündigen Sie den Wunsch an, die Truppengröße möglichst auf 3 300 abzusinken, wenn die Umstände es erlauben. Das bedeutet, dass am 1. März 2014 noch mindestens 3 300 Bundeswehrangehörige

in Afghanistan stehen werden; es können auch noch mehr sein. Diese Zahlen sind doch viel zu hoch. Dann verbleiben gerade noch neun Monate bis zum Ende von ISAF.

Natürlich könnte man technisch in knapp neun Monaten dort auch über 3 000 Soldaten abziehen. Wenn man viel Material einfach stehen lässt, eine überstürzte Optik – um nicht zu sagen: eine fluchtartige Anmutung – nicht scheut, dann geht das vielleicht. Der politische Effekt wäre verheerend und destabilisierend, und deswegen haben Sie das offensichtlich auch nicht vor.

Die hohen Zahlen im Mandat sind objektiv darauf ausgelegt, dass die Bundeswehr auch 2015 mit einer deutlich vierstelligen Zahl in Afghanistan im Einsatz bleiben soll.

Das verfestigt den Eindruck, dass Sie sich vom Ziel eines vollständigen Abzuges der Kampftruppen schon unausgesprochen verabschiedet haben. Wenn Sie so etwas anstreben, dann sollten Sie das hier und heute auch klar aussprechen. Das gehört nämlich zur Mandatswahrheit und -klarheit.

**Das Mandat schafft politische und militärische Sachzwänge, und das heißt vollendete Tatsachen.**

Die Frage ist doch: In welcher Größenordnung strebt die Bundesregierung eine Beteiligung an einer geplanten Ausbildungsmission nach 2014 an? Dass Sie hohe Zahlen anstreben, zeigt Ihre Reaktion auf die Überlegungen in der Obama-Administration hinsichtlich verschiedener Optionen für einen substanziellen Abzug der amerikanischen Truppen 2014. Da gab es scharfe Kritik durch Sprecher der Bundesregierung an den USA, das sei realitätsfern. Das war kein Versehen.

Sie präjudizieren mit diesem Mandat, dass auch 2015 eine deutlich vierstellige Zahl von Bundeswehrtruppen in Afghanistan bleibt. Das Mandat schafft politische und militärische Sachzwänge, und das heißt de facto auch vollendete Tatsachen für die Zeit nach 2014. Aber Sie tun gegenüber der Öffentlichkeit so, als wäre da gar nichts.

Diese Verwirrspiele mit Zahlen und Absichten erschüttern das Vertrauen der Bevölkerung in die Wahrhaftigkeit der Mandate, die wir hier beschließen.

Aus all diesen Gründen wird die große Mehrheit meiner Fraktion diesem Mandat heute nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Bijan Djir-Sarai, FDP:

## Ergebnis einer effektiven Politik



**Bijan Djir-Sarai (\*1976)**  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir befinden uns aus unserer Sicht am Anfang vom Ende eines langen, schwierigen, aber erfolgreichen Weges in Afghanistan. Wir befinden uns im Abschlusskapitel eines langen Einsatzes in diesem Land. Viele unserer Maßnahmen und Initiativen waren erfolgreich, andere wiederum bitter und lehrreich.

Herr Kollege Schmidt, ich schätze Sie sehr; das wissen Sie auch aus Gre-

mienarbeit und Ausschusssitzungen. Aber es ist an der Stelle wichtig, zu sagen: Die deutsche Bundesregierung hat immer dafür plädiert, eine verantwortungsvolle Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte zu entwickeln. Diese scheint nun bis Ende 2014 vollzogen werden zu können.

Unsere erfolgreiche Operation erlaubt nun eine weitere Reduzierung der Soldatinnen und Soldaten vor Ort. Deswegen wird in dem Antrag die Personalobergrenze von ursprünglich knapp 5 000 Mann auf 4 400 gesenkt. Außerdem wird angestrebt – das haben die Vorredner schon gesagt –, in den nächsten Monaten nochmals 1 100 Soldaten abzuziehen, sofern es die Umstände erlauben.

Die Zahl der Streitkräfte umfasst schon Personal für Rückbau und Logistik. Wir sind daher auf dem richtigen Weg.

Die zweite wichtige Änderung in diesem Antrag betrifft die Mandatsdauer. Die Laufzeit des Mandats soll 13 Monate betragen. Dieser zusätzliche Monat gibt den Soldaten Pla-

nungssicherheit. Dadurch kann man nämlich nach der Bundestagswahl in Ruhe und mit Sorgfalt ein neues Mandat erarbeiten, ohne dass sich dies mit der Organisation eines neu gewählten Parlaments überschneidet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Übergabe der Verantwortung an die Afghanen ist weder einem populistischen „Raus aus Afghanistan“ noch Desinteresse geschuldet, sondern sie ist das Ergebnis einer effektiven deutschen Afghanistan-Politik. Wir machen in Afghanistan weiter, aber das ist kein Weiter-so.

Die deutsche Afghanistan-Strategie basiert auf zwei Säulen: zum einen auf der Garantie der Sicherheit der afghanischen Bevölkerung durch unsere Soldatinnen und Soldaten, zum anderen auf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die den Menschen das Leben erleichtert.

Wenn wir uns die erste Säule anschauen, so stellen wir fest: Die Sicherheitslage verbessert sich allgemein von Jahr zu Jahr. Die afghanischen Streitkräfte sind kontinuierlich besser geworden. Unsere

Ausbildung fruchtet. Im Norden des Landes agieren bereits heute afghanische Sicherheitskräfte selbstständig, und die ISAF-Kräfte müssen diese nur noch punktuell unterstützen. Ein sicheres Afghanistan stärkt zusätzlich die Sicherheit in der ganzen Region.

Leider muss man immer wieder Rückschläge ertragen, wie die jüngsten Vorwürfe von Folter in afghanischen Polizeidienststellen offenbaren. Jegliche Art von Folter ist aufs Schärfste zu verurteilen.

Allerdings zeigt die Anordnung Präsident Karzais, diese Schreckenstaten unverzüglich zu untersuchen, den Mentalitätswandel, der vor zehn Jahren in Afghanistan noch undenkbar gewesen wäre. Folter ist unentschuldig und wird nicht geduldet, sondern bekämpft – auch in Afghanistan.

Liebe Freunde, die zweite Säule, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, gibt den Afghanen Hoffnung und hilft ihnen in ihrem alltäglichen Leben. Durch das Ineinandergreifen von Schutz und Fürsorge zeigen wir den Einwohnern, dass sie uns vertrauen können, dass wir für sie da sind. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in den rund 180 Millionen Euro wider, die wir im nächsten Haushalt für Afghanistan bereitstel-

len. So sind Hilfsleistungen auch in der Zukunft gesichert.

Wir werden unsere Soldatinnen und Soldaten Ende 2014 aus dem Land abziehen, aber wir werden dieses Land nicht fallen lassen. Deutschland ist einer der wichtigsten Partner in Afghanistan, und wir werden es auch bleiben – auch nach 2014. Wir werden dieses Land nie mehr alleine lassen.

Meine Damen und Herren, die deutschen Streitkräfte haben zusammen mit unseren Verbündeten für

ein demokratisches Afghanistan gekämpft, für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Afghanistan, für ein freies und sicheres Land. Dafür möchte ich mich im Namen der FDP-Bundestagsfraktion

an dieser Stelle auch bei den Soldatinnen und Soldaten ganz herzlich bedanken.

Mit der hier zu beschließenden Mandatsverlängerung geben wir unseren Soldaten und der afghanischen Bevölkerung Sicherheit, Stabilität und Selbstbestimmung. Daher bitte ich die Kolleginnen und Kollegen, für diesen Antrag zu stimmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Wir befinden uns in einem Abschlusskapitel eines langen Einsatzes in diesem Land.**

Lars Klingbeil, SPD:

## Übergabe der Verantwortung ist ein Meilenstein



**Lars Klingbeil (\*1978)**  
Landesliste Niedersachsen

Und wie ich gerade gelernt habe: Liebe Freunde! Große Teile der SPD-Fraktion werden diesem Mandat zustimmen. Dieses Mandat ist ein Meilenstein. Das Mandat steht für den Übergang von einer Kampfhandlung hin zu einem Mandat der Ausbildung. Es steht für die Übergabe der Verantwortung. Dieses Mandat markiert deutlich den beginnenden Abzug deutscher Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan.

Ich sage aber auch: Dieses Mandat muss uns alle ermahnen, dass wir unsere Verantwortung, die wir für und in Afghanistan übernommen haben, nicht vergessen, und uns daran erinnern, dass diese Verantwortung noch lange nicht vorbei ist.

Es ist richtig, dass wir hier im Parlament einen breiten Konsens suchen, wenn es um die Verlängerung von Bundeswehrmandaten geht. Herr Schockenhoff, als ich Ihre Rede gehört habe und Sie von Drohnen gesprochen haben, da dachte ich erst, ich hätte mich auf das falsche Mandat vorbereitet. Ich habe dann noch einmal nachgeschaut und habe gesehen: Sie haben sich auf die falsche Debatte vorbereitet. Über die Drohnen wird an anderer Stelle diskutiert.

Das war kein hilfreicher Beitrag, um hier im Parlament eine breite Mehrheit für ein solches Mandat zu erzielen.

Wenn wir als Deutscher Bundestag Mehrheiten im Parlament suchen, dann hat das etwas mit Tradition und auch mit der Verantwortung zu tun, die wir gegenüber Sol-

datinnen und Soldaten, die wir ins Ausland schicken, wahrzunehmen haben. Ich will auch im Namen meiner Fraktion an dieser Stelle all denen danken, die sich in Afghanistan engagiert haben und dies bis 2014 und darüber hinaus noch tun werden. Ihr Einsatz verdient größten Respekt von uns allen.

Wenn wir heute ein Mandat auf den Weg bringen, das für 13 Monate gilt, dann hat auch dies unsere Unterstützung. Der nächste Bundestag, der veränderte Mehrheiten haben wird, hat dadurch Zeit, sich in eine schwierige Problematik, in ein komplexes Thema einzuarbeiten und dann weise Entscheidungen zu fällen.

Eine solche Mandatsentscheidung dokumentiert aber auch hier im Parlament immer wieder unsere Verantwortung. Wir alle müssen uns heute, wenn wir abstimmen, fragen, ob wir bis zu diesem Zeitpunkt alles unternehmen haben, um die Soldatinnen und Soldaten und Zivilbeschäftigten, die wir ins Ausland schicken, im Hinblick auf die Ausbildung, die Ausrüstung und das Umfeld ausrei-

chend vorzubereiten. Dann ist es auch egal, ob wir 4 400 Soldatinnen und Soldaten nach Afghanistan schicken oder ob am Ende dieses Mandates nur noch 3 300 Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan sein werden. Ich sage Ihnen: Solange auch nur ein deutscher Soldat in Afghanistan ist, haben wir als Parlament unsere Verantwortung umfassend wahrzunehmen.

Wenn wir nach Afghanistan blicken, müssen wir eingestehen, dass es bei weitem nicht nur Erfolgsmeldungen sind, die uns erreichen. Wir alle mussten, glaube ich, in den letzten Jahren lernen, dass es viel schwieriger ist, ein Land aufzubauen, als Terroristen zu vertreiben, dass es schwieriger ist, ein Land aufzubauen, als ein Regime zu stürzen, das Terroristen unterstützt. Diese Lektion mussten wir als Parlament gemeinsam lernen. Wir wissen heute, wie langatmig, wie anstrengend, aber auch wie schmerzlich eine solche Mission sein kann, wenn es um den Wiederaufbau eines Landes geht. In Afghanistan mussten wir diesen Schmerz viel zu häufig ertragen.

Die Übergabe in Verantwortung, die wir heute auf den Weg bringen, ist ein Meilenstein. Die Präsidentschaftswahl 2014 wird ein markan-

ter Punkt auf diesem Weg sein. Dann wird sich zeigen, wie stabil Afghanistan ist und wie die inneren Zustände sind. Wir alle hoffen, dass diese Wahl fair verläuft und dass alle Menschen in Afghanistan beteiligt werden. Aber wir müssen auch wachsam sein, weil gerade die Präsidentschaftswahl ein Zeitpunkt sein kann, an dem die Stimmung in Afghanistan kippt.

Es war richtig, dass wir einen Korridor für den Abzug definiert haben. Ich will an dieser Stelle erwähnen,

**Dieses Mandat markiert deutlich den beginnenden Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan.**

dass es die SPD-Bundestagsfraktion war, die mit großen Kongressen und einer Taskforce Afghanistan/Pakistan, die über zweieinhalb Jahre getagt hat, genau diese Forderung früh erhoben hat.

Unser damaliger Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat die Definition eines solchen Korridors auf den Weg gebracht. Wir haben den Afghanen das Signal gegeben: Liebe Freunde, wir helfen euch, aber strengt euch an, dass ihr bald die Verantwortung selbst übernehmen könnt.

Die Konferenz in London - sie ist bereits genannt worden - und der Gipfel in Chicago waren wichtig,



Fortsetzung von Seite 7: Lars Klingbeil (SPD)

weil wir dort mit unseren Partnern einen gemeinsamen Weg vereinbart haben. Jetzt sehen wir aber, dass der amerikanische Präsident von diesem Weg ein Stück weit abrückt. Ich hätte mir gewünscht, dass der Verteidigungsminister und der Außenminister heute hier im Parlament erklärt hätten, was es eigentlich bedeutet, wenn die Amerikaner frühzeitig auf Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Kräfte umsteigen wollen. Was be-

deutet das für das Mandat, das wir heute auf den Weg bringen, und welche Folgen ergeben sich für das deutsche Engagement? Wir wissen, dass wir auch nach 2014 in Afghanistan aktiv sein werden. Die Soldatinnen und Soldaten werden dann in einer völlig neuen Mission unterwegs sein. Ich hätte mir auch hierzu einige Worte des Ministers gewünscht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleiben Fragen offen, die wir hier

im Parlament klären müssen. Ich wünsche mir, dass die Opposition dabei eingebunden wird, damit ein parlamentarischer Konsens erhalten bleibt. Wir alle wissen: In Afghanistan ist noch eine lange Strecke zu gehen. Wir haben als Deutscher Bundestag 2001 Verantwortung in Afghanistan übernommen, die weiterbesteht, auch wenn keine Soldatinnen und Soldaten mehr im Land sind. Wenn weniger Militär da ist, rückt das Zivile in den Vorder-

grund. Ich ermahne uns alle, dass das nicht dazu führen darf, dass wir im Bereich der zivilen Mittel kürzen.

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass unsere Aufmerksamkeit hoch bleiben sollte, wenn es um Auslandseinsätze geht. Wir reden inzwischen auch über Mali. Das hätten wir vor wenigen Monaten nicht gedacht. Deswegen finde ich den mehrfach in der Diskussion angesprochenen Punkt wichtig,

dass wir als Parlament die sicherheitspolitische Diskussion befördern müssen, dass wir dafür sorgen müssen, dass hier in der Kernzeit über Mandate diskutiert wird. Ich wünsche mir, dass sich mehr Kolleginnen und Kollegen an dieser sicherheitspolitischen Diskussion beteiligen. Das sind wir denen schuldig, die wir ins Ausland schicken.

(Beifall bei der SPD)

Roderich, Kieseewetter, CDU/CSU:

## Das ISAF-Mandat bietet Chancen für Afghanistan und Deutschland



Roderich Kieseewetter (\*1963)  
Wahlkreis Aalen-Heidenheim

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt in voller Überzeugung die Fortsetzung des ISAF-Mandats. Wir

möchten hier in aller Klarheit sagen: Dieses Mandat beinhaltet eine ganze Reihe von Chancen.

Worin bestehen die Chancen? Zunächst einmal darin, dass wir deutlich machen: Zum Ende des Jahres 2014 werden unsere Truppen dort keinen Kampfauftrag mehr haben.

Die Übergabe in Verantwortung beinhaltet die Übergabe von Vertrauen und auch, zuzulassen, dass die Afghanen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Das heißt für uns, uns schrittweise zurückzunehmen. Wir erleben seit 2011, dass die Afghanen schrittweise die Verantwortung in einzelnen Regionen übernommen haben, mittlerweile in 75 Prozent des Landes. Deshalb, lieber Herr Kollege Schmidt von den Grünen, weise ich Ihren Vorwurf der versteckten Überhöhung und der

versteckten Fortsetzung des Kampfauftrags eindeutig zurück. Wir haben in unserer Fraktion darum gerungen - zuletzt im November, als wir einen großen Fraktionskongress zu diesem Thema durchgeführt haben -, ob wir zwei Mandate einholen, eines zum Rückbau und eines zur Fortsetzung des jeweiligen Auftrags. Wir sind vollkommen überzeugt davon, dass man die Verantwortung nicht teilen kann. Es ist wichtig, dass wir mit einer großen Anzahl fähiger Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan sind, weil wir nämlich Leitnation im Norden sind. Das wird immer wieder vergessen. Wir sind Leitnation und damit verantwortlich für den Rückzug und den Rückbau von 18 Partnerstaaten, die uns im Einsatz unterstützen. Auch das gehört zu unserer Verant-

wortung und zur deutschen Sicherheitspolitik.

Ich möchte deshalb noch einmal dringend bei Ihnen darum werben: Geben Sie sich einen Ruck! Enthaltung ist kein Bekenntnis.

Ich möchte in der verbleibenden Zeit noch ein Zwischenfazit ziehen: Was hat uns dieser Afghanistan-Einsatz nach über zehn Jahren zu sagen? Was bleibt zurück, außer dass wir wissen, dass unser Engagement weitergeht, wenn es auch verstärkt zivilen Charakter haben wird? Ich möchte vier Punkte ansprechen, die mir am Herzen liegen.

Erstens. Wenn wir die Situation von vor zehn Jahren mit der heutigen vergleichen, dann sehen wir, wie eng die Entwicklungszusammenarbeit, die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die Arbeit der GIZ und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, mit der Rolle der Bundeswehr im Rahmen der vernetzten Sicherheit, der Absicherung durch das Militär verwoben ist. Der vernetzte Ansatz ist das, was wir aus den vergangenen zehn Jahren mitnehmen.

Zweitens. Wir haben gelernt, einen Einsatz vom Ende her zu denken. Vom Ende her zu denken, heißt, politische Ziele zu setzen.

Der Punkt ist, dass wir eine sicherheitspolitische Strategie brauchen, die vernetzt ist, die Entwicklungsaspekte genauso berücksichtigt wie die Konflikttransformation und die Absicherung durch das Militär, wo es geboten ist. Wir denken also Einsätze vom Ende her. Das zeigt auch die aktuelle Debatte über Mali, wo wir gemeinsam mit unseren französischen Partnern aus dem Einsatz eine europäische Mission machen sollten.

Drittens. Der regionale Bezug ist ganz entscheidend, weil wir Afghanistan nicht isoliert betrachten können, also ohne Pakistan, Iran oder die Staaten im Norden Afghanistans. Regionaler Bezug bedeutet, dass wir in der Lage sind, die Gesamtzusammenhänge zu analysieren. Wir müssen mithelfen, dass zum Beispiel Pakistan, das zunehmend mit Instabilität zu kämpfen hat, ein Partner wird. Das heißt, dass wir immer die Nachbarstaaten im Blick haben müssen. Das zeigt

sich auch bei der aktuellen Debatte über Mali.

Viertens. Wir haben eine neue Tradition in den Streitkräften, die der Minister vor zwei Wochen in Bad Reichenhall angesprochen hat. Es waren bisher rund 300 000 Soldaten in Afghanistan. Einige von ihnen sind mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung nach Hause gekommen. Diese und die allermeisten sind in dem Bewusstsein wiedergekommen, etwas für den Wiederaufbau Afghanistans geleistet zu haben. Es geht um die Anerkennung derjenigen, die die Bundeswehr verlassen haben und im Auslandseinsatz für unser Land Verantwortung übernommen haben. Ich bin sehr dankbar, dass wir Bundeswehrveteranen als Anerkennung für deren Leistung unterstützen und damit eine neue Tradition etablieren. Ich bitte,

dass wir uns auch im Parlament einmal darüber unterhalten.

Wichtig ist auch die Diskussion über die Beschaffung von bewaffneten Drohnen. Ich kann Herrn Kollegen Schockenhoff in dieser Hin-

sicht nur ausdrücklich unterstützen. Aber auch Diskussionen über Mali und die Sicherheitspolitik insgesamt müssen geführt werden. Wir müssen davon wegkommen, ausschließlich über einzelne, isolierte Mandate zu diskutieren; vielmehr müssen wir eine übergreifende Sicherheitspolitik, die sich auf alle Einsatzgebiete erstreckt, entwickeln. Wir müssen dieses Thema transparent und in der Öffentlichkeit debattieren; da gehört es hin. Wir dürfen dabei nicht die Anerkennung für diejenigen vergessen, die die Einsätze durchführen. Hier im Parlament brauchen wir diese sicherheitspolitische Gesamtdebatte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Hier im Parlament brauchen wir die sicherheitspolitische Gesamtdebatte.**



Bundeswehr-Soldaten der ISAF Truppe besteigen ein Transall-Transportflugzeug in Afghanistan.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprach Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.



Debatte über die Rüstungsexportpolitik / 219. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 31. Januar 2013

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

## Deutschland sollte keine Waffen mehr verkaufen



Gregor Gysi (\*1948)  
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Die Frage des Waffenexports aus Deutschland ist in Anbetracht unserer Geschichte meines Erachtens eine herausragende Frage. Wir hätten eigentlich nach dem Zweiten Weltkrieg den Schluss ziehen müssen, nie wieder an Kriegen verdienen zu wollen.

Wenn wir diesen Schluss gezogen hätten, hätten wir Waffenexporte aus Deutschland gänzlich und für alle Zeiten verboten. Das hätten auch alle Nachbarn verstanden.

Interessant ist, was in Deutschland gar nicht diskutiert wird: dass Japan – bekanntlich auch ein Aggressor im Zweiten Weltkrieg – exakt diesen Schluss gezogen hat und bis heute keine Waffenexporte durchführt.

Die Argumente, dass man dann politisch und ökonomisch kein Gewicht habe, sind doch durch Japan widerlegt. Japan hat großes Gewicht, ohne Waffenexporteur zu sein.

In Art. 26 unseres Grundgesetzes ist festgehalten, wie sehr wir Angriffskriege verurteilen. Jedes Jahr sterben weltweit 500 000 Menschen durch Waffengewalt – das ist jede Minute ein Mensch. Auch deutsche Waffen werden dabei benutzt. 2011 hat die Bundesregierung – ich bitte Sie, das weiß kaum jemand in der Öffentlichkeit – Waffenexporte in 125 Länder im Gesamtwert von 10,8 Milliarden Euro genehmigt. Seit 2006 gibt es Exportgenehmigungen von durchschnittlich 8 Milliarden Euro pro Jahr.

Bei der Frage von Rüstungsexporten gibt es eine Große Koalition; ich muss das so sagen. Ob Union, SPD, FDP oder Grüne: Sie alle haben immer gemeinsam diese Exporte ge-

nehmigt und fortgeführt. Deutschland nimmt auf der Liste der größten Waffenexporteure der Erde den dritten Platz ein. Das heißt, es gibt zwei Länder, die mehr Waffen exportieren als Deutschland. Das sind die USA und Russland. Alle anderen Länder – beispielsweise China, Großbritannien, Frankreich – verkaufen weniger Waffen als Deutschland. Ich sage: Fast jede deutsche Waffe darf in fast jedes Land der Welt verkauft werden.

Jetzt nenne ich Ihnen eine Zahl, die die meisten in der Öffentlichkeit überhaupt nicht kennen. Im Jahre 2011 gab es bei dem berühmten Bundessicherheitsrat, der ja zu entscheiden hat, ob ein Rüstungsexport genehmigt wird, 17 586 Anträge auf Genehmigung des Exports von Waffen.

Wissen Sie, wie viele abgelehnt worden sind? Von 17 586 Anträgen wurden 105 abgelehnt. Das sind gut 0,5 Prozent. Und da wird immer behauptet, Sie behandelten das restriktiv. Sie genehmigen ja fast jeden Antrag.

Da muss man schon ein riesiges Glück haben, wenn man mal einen Antrag nicht genehmigt bekommt.

Interessant ist auch: Was sind eigentlich die 20 Topländer, die die meisten Rüstungsgüter im Jahre 2011 bekommen haben? Ich sage Ihnen: Darunter sind die Vereinigten Arabischen Emirate, sie sind auf Platz drei – eine tolle Demokratie. Irak: Platz sechs – eine tolle Demokratie. Algerien: Platz acht – ein

Beispiel für Demokratie. Saudi-Arabien: Platz zwölf. Ein Land der Menschenrechte? Top, kann ich nur sagen. Ägypten, wo wir jetzt all das erleben: Platz 18. Sie liefern überall Waffen hin. Da-

mit macht man doch die eigene Politik völlig unglaubwürdig.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir unterstützen doch die Kräfte des – so nennen wir es – arabischen Frühlings, also die Rebellen in den arabischen Ländern. Mit unseren Waffen marschiert Saudi-Arabien in Bahrain ein und schießt die Demonstranten zusammen. Dazu hört man keinen Ton; auch in der Öffentlichkeit wird das fast totgeschwiegen. Ich finde, das ist ein einzigartiger Skandal.

Mal so und mal so: Damit wird die gesamte Militärpolitik unglaubwürdig.

Im Übrigen haben wir erlebt, dass im Konflikt in Libyen beide Seiten deutsche Waffen hatten. Dann hat die Bundesregierung gesagt: Die libysche Regierung hätte die Waffen gar nicht haben dürfen. Daran sieht man aber Folgendes: Wenn man Waffen exportiert, weiß man nie, wo sie letztlich landen.

Irgendwann wird damit getötet und geschossen, und darüber müssen wir nachdenken.

Viele Menschen bei uns glauben, dass es eine Vorschrift gäbe, dass keine Waffen in Krisengebiete und Kriegsgebiete verkauft werden dürfen. Es gibt diesbezüglich gar kein Gesetz. Es gibt nur eine Verabredung, die aber nicht eingehalten wird. Wenn Sie uns schon nicht folgen und Waffenexporte nicht vollständig verbieten, könnte man nicht einmal erste Schritte gehen, wenigstens erste Schritte? Dazu würde zum Beispiel gehören, dass man die Waf-

**Ich möchte gerne, dass Deutschland diesbezüglich eines Tages ein Waffendienstverweigerer ist.**

fenlieferungen in den Nahen Osten komplett einstellt und sagt: Da gehen keine deutschen Waffen mehr hin.

Das wäre doch mal ein Signal; das wäre ein Politikwechsel.

Es gibt noch etwas: Sturmgewehre und Maschinenpistolen. Ich wusste es gar nicht, aber diese Waffen sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts: Mit ihnen werden mehr Menschen getötet als mit allen anderen Waffen

zusammen. Wäre es nicht wenigstens ein erster Schritt, zu sagen: „Wir verbieten den Verkauf von Sturmgewehren und Maschinenpistolen“?

Ich will nicht, dass mit deutschen Waffen weltweit getötet wird.

Ich habe schon vor kurzem etwas zur Bereitstellung von Patriot-Raketen gesagt; ich halte das wirklich für eine ganz groteske Fehlentscheidung. Sie müssen sich überlegen: Wenn eine Rakete abgeschossen wird, sind wir Konfliktpartei bzw. Kriegspartei im Nahen Osten. Das können wir uns bei unserer Geschichte überhaupt nicht leisten.

Ich sage Ihnen auch, was mich bei den Kampfdrohnen stört. Wissen Sie, Kampfdrohnen, die Herr de Mazière einführen, herstellen lassen und kaufen will, haben etwas sehr

Übles: Sie können keine Gefangenen nehmen. Kampfdrohnen können nur töten. Aber derjenige, der tötet, ist ja nicht einmal vor Ort; er gefährdet sich gar nicht.

Er sitzt irgendwo in Berlin oder Bonn, drückt auf einen Knopf und tötet gezielt Menschen. Ich sage Ihnen: Wenn Sie das völkerrechtlich ungeregelt zulassen, werden eines Tages auch Terroristen solche Kampfdrohnen haben. Wir verschärfen alles nur, wenn wir uns immer neue Wege der Rüstung überlegen, statt den umgekehrten Weg zu gehen.

Ich gehe zum Schluss darauf ein, dass dieser komische Bundessicherheitsrat im Geheimen tagt; der Bundestag wird nicht einbezogen. Das alles verläuft ohne Transparenz. In den USA verläuft es übrigens mit Transparenz. Damit ist bewiesen, dass es auch mit Transparenz geht.

Aber Transparenz allein reicht uns natürlich nicht aus; wir wollen endlich eine Abkehr. Ich möchte gerne, dass Deutschland diesbezüglich eines Tages ein Waffendienstverweigerer ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn Deutschland bei den Exporten von Waffen den letzten Platz auf der Erde einnimmt, weg von Platz drei. Kehren Sie die Politik um, und sorgen Sie dafür, dass Deutschland nicht länger an Kriegen in dieser Welt verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU:

## Für europäische Rüstungsexport-Richtlinien



Joachim Pfeiffer (\*1967)  
Wahlkreis Waiblingen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rüstungsexport ist ja immer wieder ein Thema in diesem Hause. Ich will zunächst ein paar Zahlen und Fakten nennen. Denn nachdem man die Ausführungen des Kollegen Gysi gehört hat, könnte man in der Tat der Meinung

sein, Deutschland würde zuvorderst in der ganzen Welt mit Kriegswaffen hantieren und diese exportieren.

Das Gegenteil ist natürlich der Fall.

Wir hatten in dem Jahr, auf das sich der Rüstungsexportbericht bezieht, einen steigenden Gesamtwert aller Ausfuhrgenehmigungen zu verzeichnen; es waren 660 Millionen Euro mehr. Wir hatten

aber in dem Bereich, von dem Sie gesprochen haben, nämlich bei den Kriegswaffen, keinen Anstieg, sondern einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen, nämlich um mehr als 834 Millionen Euro auf rund 1,2 Milliarden Euro in dem entsprechenden Jahr.

Ich komme nun auf die Gesamtausfuhren der Rüstungsgüter zu sprechen. Was darunter zu verstehen

ist, darauf komme ich nachher zurück.

Sie reden immer von Kriegswaffen, von Panzern, von Gewehren und werfen dabei Äpfel, Birnen, Eier und Kartoffeln in einen Sack und rühren dies alles freudig um.

Das Gegenteil ist natürlich richtig. 58 Prozent der Gesamtexporte, vor allem eben Kriegswaffen, gehen in EU-Staaten und in NATO-Länder: 21 Prozent in die NATO-Länder, 37 Prozent in EU-Staaten.

Nur 9 Prozent gehen in Entwicklungsländer, in 2011 insbesondere in zwei Länder: in den Irak, wohin Hubschrauber exportiert wurden,

**58 Prozent der Gesamtexporte von Kriegswaffen gehen in EU-Staaten und NATO-Länder.**

Fortsetzung auf Seite 10



Fortsetzung von Seite 9: Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU)

und nach Indien, wo es um Sicherheitsausrüstungen ging.

2011 wurden Kriegswaffen in einem Wert von gerade einmal 3,1 Millionen Euro in die ärmsten Länder exportiert. Das sind 0,06 Prozent des gesamten Genehmigungswertes. Im Übrigen sind das 6 448 Prozent weniger, als Rot-Grün im Jahr 2004 in diese Länder exportiert hat. Sie werden sicherlich gleich darauf eingehen, was Sie da alles Tolles veranstalten wollen.

Das heißt also, wir sind bei weitem nicht vorne dabei, ganz im Gegenteil. Der Platz drei, den Sie genannt haben, beruht auf den SIPRI-Zahlen, die mehr als fragwürdig sind, weil dort nicht mit den tatsächlichen Genehmigungswerten, sondern mit fiktiven Werten gerechnet wird. Es gibt ganz andere Aufstellungen.

Sie haben es erwähnt: In den USA gibt es die wohl transparenteste Aufstellung. Es handelt sich um die Aufstellung des US-amerikanischen Congressional Research Service, CRS. Das neueste Material, das ich in diesem Zusammenhang gefunden habe, stammt von August 2012. Dort wird klargemacht, dass die USA im Zeitraum von 2008 bis 2011 – um nicht nur ein Jahr zu nennen – mit 145 Milliarden US-Dollar an der Spitze lagen, gefolgt von Russland mit 33,5 Milliarden US-Dollar, Frankreich mit 19,6 Milliarden US-Dollar und Deutschland mit 9 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2011 waren es in Deutschland gar nur 1,6 Milliarden US-Dollar, während die USA Rüstungsgüter für 16,1 Milliarden US-Dollar exportiert haben, gefolgt von Russland, Großbritannien, Israel, Frankreich und Italien. Insofern sind die Zahlen, die Sie vorgetragen haben, von vornherein zu hinterfragen.

Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Sie versuchen hier die Verteidigungs- und die Sicherheitspolitik, zum Teil auch die Rüstungsproduktion, in ein schiefes Licht zu rücken. Ich muss hierzu sagen: Ich halte dies alles überhaupt nicht für verwerflich. Ganz im Gegenteil: Ich bin stolz auf das, was die 80 000 hochqualifizierten Arbeitskräfte, die in der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in Deutschland unmittelbar beschäftigt sind, zustande bringen.

Hinzu kommen mehrere Hunderttausend Beschäftigte in Zulieferbetrieben. Diese leisten zuvorderst einen Beitrag zur Sicherheit in Deutschland. In diesem Zusammenhang kann ich nur den neuen Chef des SIPRI zitieren, der unlängst sinngemäß gesagt hat: Wenn es mal ein Jahr nicht brennt, dann schafft man auch nicht gleich die Feuerwehr ab.

Genau das ist der Hintergrund unserer Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in Deutschland. Sie produziert Sicherheit in und für Deutsch-

land und für unsere Verbündeten, und sie ermöglicht uns Unabhängigkeit bei Technologien, sodass wir diese nicht importieren müssen.

Ich sage ganz klar – denn auch hierzu gibt es Anträge und Aussagen –: Selbstverständlich sind Rüstungsexporte auch ein Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik – selbstverständlich sind sie dies –, und zwar nach strengsten Regeln und äußerst restriktiv gehandhabt. Diese Rüstungsexporte tragen nämlich auch zur Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte auf dieser Welt bei.

Durch Rüstungsexporte kommen wir beispielsweise unseren Bündnispflichten nach. Es gab 38 Ausfuhrgenehmigungen für die kanadischen Streitkräfte, die mit uns in Afghanistan im Einsatz sind. Das Mandat dazu haben wir gerade mit großer Mehrheit – das vermute ich mal; die Auszählung ist noch nicht abgeschlossen – wieder verlängert. Es gab ebenfalls zahlreiche Ausfuhrgenehmigungen für die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit UN-Einsätzen, egal ob im Sudan, Südsudan, Kongo oder Angola. Es werden also Menschenrechte geschützt und der Frieden erhalten.

Über welche Rüstungsgüter reden wir eigentlich? Wir reden nicht über Panzer und Kriegswaffen. Ich nenne einige Beispiele: Es geht um gepanzerte, geländegängige Personenkraftwagen. Diese dienen dem Personenschutz unseres diplomatischen Personals in der EU, bei Botschaften oder der UNO.

Selbstverständlich werden beispielsweise Minensuchgeräte nicht nach Luxemburg exportiert, sondern dorthin geliefert, wo Minen verlegt sind und Menschen gefährden, verstümmeln und umbringen. Sie werden geliefert, um diese Minen zu beseitigen.

Insofern dienen sie dort auch dem Schutz der Menschenrechte.

Ein großer Anteil der Rüstungsgüter sind auch Feldkrankenhäuser in geschützten Containern. Hier sind wir führend. Darauf bin ich stolz. Auch das dient dem Menschenrechtsschutz.

Hierzu gehört auch die Dekontaminierungsausrüstung für den Zivilschutz. Es gehören dazu auch Boote für den Küstenschutz, die einerseits im Bereich der Piraterie im Einsatz sind und andererseits Fischressourcen schützen.

Ich will hier nicht spekulieren, aber ich bin der Meinung, dass wir und unsere Verbündeten in den Ländern, in denen Menschen aus der EU im Einsatz sind – ich denke an Algerien –, den besten Objektschutz und die beste Grenzsicherung haben, die wir uns vorstellen können. Ich weiß nicht, ob es vielleicht möglich gewesen wäre, bei dem letzten Anschlag in Algerien noch mehr Menschen zu

schützen, wenn wir noch besseres Material gehabt hätten.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir diese Exporte selbstverständlich als Instrument einsetzen sollten, wenn es um Objektschutz und den Schutz von Grenzen geht.

Abschließend einige Sätze zur Diskussion über das Thema Export, die Beteiligung des Parlaments und Transparenz. Wir haben nun einmal die Trennung zwischen Legislative und Exekutive; ich glaube, damit sind wir gut gefahren. Das möchte ich, ehrlich gesagt, auch nicht ändern und verwischen. Wir haben unzweifelhaft die strengsten Rüstungsexportrichtlinien dieser Welt. Diese wurden 2000 von Rot-Grün verabschiedet. Die Exekutive füllt sie aus. Nach besten Überlegungen und strengsten Gewissensentscheidungen werden diese auch entsprechend umgesetzt.

Nebenbei, weil mein Vorredner betont hat, wie gering die Zahl der abgelehnten Rüstungsexportanträge ist: Viele Anträge zur Erteilung von

Exportgenehmigungen werden erst gar nicht gestellt, weil klar ist, dass wir Exporte in bestimmte Krisengebiete nicht genehmigen. Insofern geht auch dieser Vorwurf ins Leere.

Man kann sich aber überlegen, wie man die Situation bezüglich der Beteiligung des Parlaments verbessern könnte. Ich halte nichts davon, dass wir als Parlament das Geschäft der Regierung machen. Wir haben Richtlinien, und die Regierung füllt und führt sie aus.

Das halte ich für richtig.

Jetzt stellt sich die Frage: Wann werden wir informiert? Im Zeitalter der Social Media, in dem alles sofort präsent ist, ist es vielleicht sinnvoll, die Berichtszeit zu verkürzen. Man sollte nicht einmal im Jahr, sondern vielleicht einmal im Quartal Bericht erstatten, damit man die Situation besser nachvollziehen kann. Aber an der grundsätzlichen Aufteilung würde ich nichts ändern.

Ein letzter Gedanke; ich komme zum Ende, Herr Präsident. Wir sind nicht allein auf der Welt. Das sehen

wir beispielsweise in Mali. Im Bereich der Rüstungsexporte und der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir uns für eine vertiefendere europäische Integration entscheiden und uns dann überlegen, wie wir uns in Europa insgesamt aufstellen, und sollten nicht unsere nationale Suppe kochen.

Deshalb kann ich sagen: Es ist unsere vornehmste Aufgabe, neben den finanz-, haushalts- und wirtschaftspolitischen Fragen zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch zu einheitlichen Rüstungsexportrichtlinien in der Europäischen Union zu kommen, so wie das bei Dual-Use-Gütern, anderen Rüstungsexportgütern und Kriegswaffen bereits der Fall ist. Das halte ich für das richtige Ziel. Wir brauchen keinen Populismus mit falschen Zahlen, womit versucht wird, etwas ins falsche Licht zu rücken bzw. die Menschen hinters Licht zu führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

### Durch Rüstungsexporte kommen wir unseren Bündnisverpflichtungen nach.

Klaus Barthel, SPD:

## Eine unaufrichtige und widersprüchliche Politik



Klaus Barthel (\*1955)  
Landesliste Bayern

Das ist nicht die erste Debatte zu diesem Thema. Es gab zahllose Anfragen an die Bundesregierung, Ausschussberatungen, Anhörungen zum Rüstungsexportbericht usw. Lassen Sie uns das zum Anlass nehmen, Bilanz zu ziehen.

Die Rüstungsexportpolitik dieser Bundesregierung ist eines von vielen Symbolen für deren unaufrichtige, widersprüchliche und im Ergebnis schädliche Politik.

Es wird versucht, die Leute für dumm zu verkaufen.

Es wird von Lohnuntergrenzen geredet, aber es soll keinen gesetzlichen Mindestlohn geben. Im Ergebnis geht das Ausufer des Niedriglohnssektors weiter.

Es soll gegen Altersarmut gekämpft werden, aber man blockiert sich in der Rentenpolitik. Gleichzei-

tig wird die Rentenkasse geplündert.

Gebetsmühlenartig – das haben wir eben wieder gehört – wird an der Formulierung einer sogenannten restriktiven Rüstungsexportpolitik festgehalten. In Wirklichkeit haben wir es mit einem galoppierenden Prozess der Enttabuisierung von Exporten von Großwaffen in Krisenregionen und mit einer ständigen volumenmäßigen Ausweitung von Waffenexportgenehmigungen zu tun.

Die Bundesregierung versucht mühsam, das alles sprachlich zu verschleiern. Aber schon im Koalitionsvertrag gelingt es nicht ganz, weil dort die Rüstungsexporte immer im Zusammenhang mit Außenwirtschaftspolitik und Beschaffungspolitik der Bundeswehr genannt werden. Allerdings haben sie da gar nichts zu suchen. Im Ergebnis stellen wir heute fest: Das ganze Gerede kann man vergessen.

Schauen wir uns die Fakten an. Ja, Sie haben recht: Auch bei früheren Regierungen gab es Rüstungsexporte, die eine oder andere umstrittene Genehmigung, und es gab auch Steigerungen. Aber Fakt ist, dass wir überall neuen Rekorden entgegenstreben: bei den Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen, den tatsächlichen Rüstungsexporten, dem Anteil der Exporte in

Drittstaaten und dem Export in Entwicklungsländer und menschenrechtlich problematische Staaten. Sie müssen nur die Zahlen Jahr für Jahr vergleichen, dann werden Sie eine ganz klare Tendenz feststellen und erkennen, was tatsächlich passiert.

Weltweit wurden 2010 für 1,6 Billionen US-Dollar Waffen gekauft, 50 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Ein Zehntel davon floss an deutsche Firmen. Wir liegen damit in der Tat auf dem dritten Platz. Es gab in den letzten zehn Jahren, vor allen Dingen in den letzten Jahren, eine überdurchschnittliche Steigerung. Das ist eine der Haupttriebfedern von Staatsverschuldung, eine Mitursache für die Krise und die Arbeitslosigkeit; denn das, was für Rüstungsimporte ausgegeben wird, kann nicht mehr für andere Ausgaben verwendet werden. Das ist eines der Haupteinfallstore für Korruption. Es wird geschätzt, dass jährlich rund 20 Milliarden Dollar an Korruptionsgeldern fließen.

Ja, es ist richtig: Andere Länder exportieren auch. Diesen Hinweis, meine Herren und Damen von der Koalition, können Sie sich aber sparen; sonst hätte man ja mal etwas von Anstrengungen oder Initiativen der Bundesregierung hören müssen, auf internationaler oder wenigstens europäischer Ebene Waf-

### Rüstungsexportpolitik war und ist kein Instrument außenpolitischer Einflussnahme.



fenexporte gemeinsam zu regeln und einzuschränken. Aber nichts davon ist passiert. Stattdessen müssen die europäischen Regeln und die Lücken darin erhalten, wenn es darum geht, die Erhöhung der deutschen Exporte zu rechtfertigen. In Sonntagsreden wird die europäische Gemeinsamkeit bei der Rüstungsbeschaffung und -produktion beschworen. Doch dann erklären Vertreter der Bundesregierung mit Blick auf Europa, man wolle nicht abhängig werden von ausländischen Firmen, auch nicht in Europa. So sagte es Staatssekretär Wolf. In Wirklichkeit unterstützt die Bundesregierung also auf vielen Wegen die deutschen Unternehmen beim Wettlauf um maximale Verkäufe, und das bei minimaler Bedeutung für den deutschen Gesamtexport – 0,2 Prozent – und maximalem Schaden für den Rest der deutschen Exportwirtschaft und die deutschen Außen- und Sicherheitsinteressen. SIPRI kommt zu dem Schluss – ich zitiere –:

Wir beobachten in Deutschland eine immer intensivere Unterstützung der Politik, die wegbrechenden Militärausgaben mit mehr Rüstungsexporten zu kompensieren.

Die Listen sind lang. Panzer für Saudi-Arabien waren der letzte Schlager. Das ist nur eines von vielen Ländern in der Krisenregion Nahost und Nordafrika, wo ein großer Teil unserer Exporte hingeht. Das ist die Hauptabnehmerregion. Jetzt ist Nordafrika eine Zone gefährlicher Instabilität, permanenter Unruhe und bewaffneter Auseinandersetzungen.

In der Tat haben auch frühere deutsche Regierungen Waffen dorthin geliefert. Das muss man kritisch sehen. Zu Saudi-Arabien muss man aber auch sagen: Die mischen in vielen Staaten in der Region mit, in Syrien, in Libyen, in Bahrein oder im Libanon. Und dann faselt die Bundesregierung, Saudi-Arabien sei - Zitat – ein „konstruktiver Spieler, den wir natürlich einbeziehen müssen“, so ein Sprecher des Auswärtigen Amtes.

Die Doppelbödigkeit dieser Politik der Bundesregierung ist kaum noch zu überbieten.

Da wird die Kontinuität beschworen und die Behauptung aufgestellt - Zitat;

Herr Dr. Pfeiffer, hören Sie zu:

Die deutsche Rüstungsexportpolitik war und ist im Unterschied zu einer Reihe anderer Staaten kein Instrument außenpolitischer Einflussnahme.

So sagte es ein Vertreter der Bundesregierung im Auswärtigen Ausschuss. Gleichzeitig sagt die Merkel-Doktrin – wir haben es gerade von Herrn Dr. Pfeiffer gehört –:

Es liegt in unserem Interesse ..., wenn wir Partner dazu befähigen, sich für die Bewahrung oder Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden in ihren Regionen wirksam einzusetzen.

Gemeint war damit der Rüstungsexport. Also kein Instrument von

Außenpolitik? Herr Pfeiffer hat das gerade selbst zugegeben. Es gibt Widersprüche, wohin man schaut.

Ein aktuelles Beispiel ist Mali. Hier kämpfen verbündete Soldaten, in diesem Fall die Franzosen, nicht nur gegen die Fehler und Versäumnisse ihrer eigenen kolonialen Vergangenheit, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch gegen Waffen aus europäischer Produktion. Zitat Bundesregierung, Auswärtiger Ausschuss:

Entsprechend den Regelungen des Gemeinsamen Standpunktes der EU werden Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern nur erteilt, wenn zuvor der Endverbleib dieser Güter im Empfängerland sichergestellt ist.

Deswegen habe ich mir erlaubt, die Bundesregierung zu fragen, woher die Waffen der malischen Aufständischen kommen und ob vielleicht welche aus europäischer und deutscher Produktion dabei sind. Antwort der Bundesregierung: Dazu liegen keine Erkenntnisse vor. Meine vorbeugende Nachfrage, ob man denn dieser Frage im Sinne der eigenen Beteuerungen nachgehen wolle und gegebenenfalls Untersuchungen einleiten wolle, wurde mit dem Hinweis beantwortet, dass diese Frage ausreichend beantwortet sei. Das heißt, es ist ausreichend, nichts zu wissen, und man will auch nichts wissen. So viel zum Thema Endverbleibsklausel.

Über all dieses Durcheinander und die Widersprüche in den Parlamentsdebatten der letzten Monate könnten wir jetzt noch stundenlang reden. Man konnte aus den Koalitionsfraktionen nahezu jede Position hören; das wird auch heute so sein. Die einen argumentieren, dass es gut ist, dass die Regierung unsere Rüstungsindustrie unterstützt, zum Beispiel wegen der Technologie.

Die CSU ist besonders engagiert. Ich zitiere aus dem Bayern-Kurier den Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Thomas Kreuzer: „Die Bundesregierung müsse, die Wirtschaft auf den Exportmärkten nach Kräften unterstützen“. Der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt sagte dazu bei dem gleichen Treffen: „Die Industrie kann darauf rechnen, dass wir sie anderen Kunden empfehlen.“

Die Politik, besonders die bayerische, will wehrtechnische Exporte gerne unterstützen, versicherte Florian Hahn, Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag.

Man solle am Wahltag noch einmal daran erinnern.

Eines der Highlights in dieser Debatte hat der schon zitierte Staatssekretär Christian Schmidt geliefert. In der Stuttgarter Zeitung vergleicht er den Deutschen Bundestag in seiner sicherheitspolitischen Verantwortung mit dem Finanzamt:

Der Bundestag entscheidet auch nicht über Steuerbescheide - wieso soll er dann über Rüstungsexporte entscheiden?

Also, die einen verharmlosen und wollen ausweiten, die anderen sagen das genaue Gegenteil: Es soll sich nichts ändern, und es hat sich nichts geändert. Interessant an dem Ganzen war bisher eines – das ist auch heute so –: Mitglieder der Bundesregierung werden zwar ständig in den Medien zitiert oder lassen sich zitieren, auch die Kanzlerin, aber bei keiner der Debatten hier im Parlament zum Thema Rüstungsexporte gab es einen Auftritt eines Mitglieds der Bundesregierung.

### Die Doppelbödigkeit der Politik der Bundesregierung ist kaum noch zu überbieten.

Ich würde hier vom zuständigen Ressortminister gern etwas über den Vergleich mit dem Steuerbescheid oder auch zu den Erkenntnissen über die Waffen in Mali hören. Aber dieser Regierung fehlt der Mut, hier dazu Stellung zu nehmen.

Es gibt ein Riesendurcheinander. Niemand will sich hier hinstellen und sagen, was Sache ist. Wir sagen: Das ist nicht nur eine Missachtung des Parlaments, sondern auch eine

Missachtung der interessierten Öffentlichkeit. Die Menschen sind bei dieser Frage zu Recht sensibel. Sie haben recht, wenn sie sagen, dass Rüstungsexporte keine Steuererklärung sind. Mit dieser Mischung aus Geheimnistuerei, Widersprüchen und Nebelkerzenwerfen kommen Sie auf Dauer nicht mehr durch.

Wir haben sehr wohl mit Genugtuung wahrgenommen, dass es eine Reihe von Koalitionspolitikern gibt, die unsere Vorschläge ernst nehmen und aufgreifen. Wir haben dazu Herrn Polenz und Herrn Stinner sowie den Kollegen Fritz gehört. Der Kollege Kieseewetter fordert sogar ein Vetorecht des Parlaments.

Frau Hoff von der FDP plädiert für ein parlamentarisches Gremium zur Kontrolle von Waffenexporten. Das alles sind erfreuliche Töne. Bestimmt habe ich jetzt viele vergessen, die sich auch in diese Richtung geäußert haben; aber Sie können sich ja heute noch outen.

Das heißt, Grüne und SPD sind mit ihrer Überzeugungsarbeit gut vorangekommen. Unsere Forderungen finden sich auch in unseren Anträgen, über die hier heute abschließend beraten wird. Zurück zu einer

restriktiven Rüstungsexportpolitik, alle Kriterien einschließlich der Menschenrechte ernst nehmen, laufende parlamentarische Kontrolle, zeitnahe Information der Öffentlichkeit und Offenlegung von Firmenspenden aus diesem Bereich – das sind einige unserer Forderungen.

1971, 1982 und 2000 – in diesen Jahren wurden jeweils die Richtlinien für Rüstungsexporte überhaupt geschaffen bzw. weiterentwickelt, immer unter sozialdemokratisch geführten Regierungen. Also spätestens nach einem Regierungswechsel 2013 werden wir vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Debatten, die wir jetzt machen und erleben, die Rüstungsexportpolitik erneut reformieren. Wir danken allen, die uns bis heute dabei unterstützt haben und uns Argumente geliefert haben.

Die Zustimmung zu den heute vorliegenden Anträgen von Grünen und SPD könnte ein gutes Signal für eine neue Rüstungsexportpolitik sein, und zwar in dem Sinne, wie wir es hier dargestellt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Martin Lindner, FDP:

## Eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik



Martin Lindner (\*1964)  
Landesliste Berlin

Bevor ich ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Rüstungsexportpolitik mache und zum Schluss auf die Anträge, das Parlament mehr zu beteiligen, zu sprechen komme, möchte ich gerne ein paar Fakten klarstellen, vor allen Dingen in Richtung des Fraktionsvorsitzenden der Linken. Lieber Kollege Gysi, Sie haben alles miteinander vermischt, als Sie die 17 000 Genehmigungsanträge erwähnt haben. Sie vermischen zum Beispiel Kriegswaffen mit allgemeinen Rüstungsgütern und Dual-Use-Gütern. Das geht bei Ihnen alles durcheinander.

Sie schauen sich die Fakten und Zahlen an und weisen darauf hin, dass Deutschland bei Kriegswaffen-

exporten weltweit an Nummer drei steht.

Das ist natürlich eine Tatsache, genauso wie es eine Tatsache ist, dass Deutschland bei allgemeinen Exporten an Nummer zwei steht. Davon kann man ableiten, dass der Anteil unserer Exporte von Rüstungsgütern und Kriegswaffen im Vergleich zum Anteil der allgemeinen Exporte unterproportional ist.

Deutschland ist nun einmal ein starkes Exportland und wird es auch bleiben, weil es keinen Regierungswechsel geben wird und wir weiter dafür sorgen werden, dass wir einen starken Export in Deutschland haben.

Wir konzentrieren uns auf die Zahlen und Fakten. Wenn Sie – das gilt natürlich auch für den Kollegen Barthel – immer wieder darauf hinweisen, dass die Exporte von Kriegswaffen, die Kriegswaffenausfuhren, unter Schwarz-Gelb angeblich dramatisch gestiegen seien, dann möchte ich Sie, zumindest diejenigen, die noch einigermaßen offenen Ohres sind, auch hier auf die entsprechenden Zahlen hinweisen. 1998 lag der Anteil der exportierten Kriegswaffen am Gesamtexport bei 0,14 Prozent. Nach dem letzten Exportbericht, dem für 2009, betrug dieser Anteil 0,17 Prozent. Der Anteil der Kriegswaffenexporte am Gesamtexport hat sich also so gut wie nicht verändert.

Es gab ein einziges Ausreißerjahr, in dem der Anteil deutlich größer war; das war das Jahr 2005. Damals lag der Anteil der Kriegswaffenexporte am Gesamtexport bei 0,26 Prozent. Jetzt frage ich Sie, Kollege Barthel: Als Sie gerade sagten, wir müssten zur restriktiven Exportpolitik von Rot-Grün zurück, meinten Sie damit das Jahr 2005, als ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen war?

Das kann man nämlich eindeutig festmachen: Ausschlaggebend dafür waren nicht Entscheidungen, die noch unter Schwarz-Gelb getroffen worden sind, sondern Entscheidungen, die im Bundessicherheitsrat unter Mitwirkung Ihrer Parteimitglieder – von Frau Wiczorek-Zeul und anderen – getroffen worden sind.

Das ist ein erhebliches Stück Heuchelei und Verlogenheit, das Sie uns in Ihren Reden zum Thema Rüstungsexporte immer wieder offenbaren.

Wir halten also fest: An der restriktiven Exportpolitik der Bundesregierung hat sich nichts geändert, auch unter Schwarz-Gelb nicht. Daran wird sich auch nichts ändern.

Der nächste Punkt, Kollege Gysi. Es war schon abenteuerlich, was Sie zu den Drohnen ausführten. Machen Sie sich einmal kundig, was



Fortsetzung von Seite 11: Dr. Martin Lindner (FDP)

Drohnen ersetzen. Sie sind doch kein Ersatz für Infanterie oder für Waffen, die am Boden eingesetzt werden.

Sie sind ein Ersatz für die Fliegerei, in der fernen Zukunft eventuell auch für die Kampffliegerei. Sie schonen und sichern unsere eigenen Soldaten.

Ich glaube, das Ziel von Rüstungspolitik muss sein, in allererster Linie unsere eigenen Leute zu schützen.

Wenn Sie den Einsatz von Eurofightern mit dem Einsatz von Drohnen vergleichen, muss man sagen: Mit einer Drohne kommt man wesentlich näher an Ziele heran. Dann kann man wesentlich besser entscheiden, ob beispielsweise Menschen gefährdet sind, die nicht im Kriegseinsatz sind, als man es unter Verwendung von Kampfflugzeugen tun könnte, mit denen man die Ziele aus wesentlich größerer Distanz

angreift. Auch hier vermischen Sie die Dinge. Sie machen den Leuten etwas vor. Bei Ihnen gerät alles irgendwie durcheinander. Sie verfolgen ein einziges Ziel: Sie wollen uns schaden, wenn es darum geht, wie wir uns außen- und sicherheitspolitisch positionieren.

Ich sage Ihnen: An dieser Stelle wird sich nichts ändern. Diese Regierung

wird weiterhin einen restriktiven Kurs fahren. Priorität haben die außen- und sicherheitspolitischen Belange. Aber wir werden uns natürlich immer wieder auch dafür einsetzen, dass die Menschenrechtssituation betrachtet wird.

Meine Damen und Herren, das führt mich direkt zur Frage der Menschenrechte, zu der der Kollege Pfeiffer wirklich Bemerkenswertes gesagt hat. Auch hier können Sie sagen: Ohne mich! Wir stellen uns daneben und machen uns nicht schmut-

zig. – Aber Sie werden dann auch nicht mitgestalten. Der Kollege Gysi hat das Beispiel Saudi-Arabien angesprochen. Das ist ein gutes Beispiel: Dort wird, auch mithilfe deutscher Wehrtechnologie, eine Grenzsicherung aufgebaut.

Das bietet im Rahmen der Partnerschaft zusammen mit dem Innenministerium die Gelegenheit, durch Schulungen Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung der inneren Führung in einem Land wie Saudi-Arabien.

Das ist tausendmal besser, als sich an den Rand zu stellen und allen anderen Staaten das Spielfeld zu überlassen. Auch hier haben wir wieder den Unterschied zwischen Ihnen und uns, zwischen Verantwortung und Populismus, zwischen konstruktiven Sicherheitspartnerschaften und einer „Ohne mich!“-Position. Mit Ihrer Position können Sie vielleicht in dem einen oder anderen

Zirkel, in dem Sie zu Hause sind, glänzen – mit Verantwortung hat das aber nichts zu tun.

Ich sage Ihnen auch klar: Wir bekennen uns zur Rüstungsindustrie in Deutschland. Was wäre denn die Alternative? Dass wir darauf angewiesen wären, entsprechendes Gerät für die Bundeswehr ausschließlich aus dem Ausland zu beschaffen. Dann bestimmen wir gar nichts mehr, dann bestimmen die die Preise und die Technologie, und wir sind draußen.

Mit Verantwortung hat das nichts zu tun. Deswegen werden wir die Fragen der Technologie und der Arbeitsplätze mit berücksichtigen. Auch hierzu bekennen wir uns ganz klar.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Sätze zur Frage der Parlamentsbeteiligung sagen. Auch hier besteht – da beziehe ich mich ebenfalls auf den Kollegen Pfeiffer – ein Unter-

schied zwischen entscheiden und kontrollieren. Die Frage der Parlamentsbeteiligung im Sinne einer effektiveren Kontrolle werden wir uns vornehmen. Wir appellieren an die Bundesregierung, das gemeinsam mit uns zu tun. Ich glaube, da können wir etwas verbessern, wir könnten schneller und detaillierter informiert werden – aber informiert werden im Sinne einer Kontrolle, also nachdem das Geschäft getätigt ist. Was ich aber ablehne, ist eine Vermischung von Befugnissen der Exekutive und Befugnissen der Legislative. Eine solche Vermischung gibt es auch in keinem anderen europäischen Land. Das sind sehr komplexe Verfahren, wo sehr viele Interessen und sehr viele Auswertungen mit zu berücksichtigen sind. Da werden wir versuchen, die Kontrolle zu stärken. Damit werden wir auch bei diesem System einen Schritt weiterkommen im Sinne einer vernünftigen, restriktiven, aber auch verantwortungsbewussten Exportpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

### Das Ziel von Rüstungspolitik muss sein, in allererster Linie unsere eigenen Leute zu schützen.

### An der restriktiven Exportpolitik hat sich nichts geändert, auch unter Schwarz-Gelb nicht.

Katja Keul, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik



Katja Keul (\*1969)  
Landesliste Niedersachsen

Im Jahr 2011 hat Deutschland mehr als doppelt so viele Kriegswaffen an Drittstaaten ausgeliefert wie an EU- und NATO-Staaten. Dabei sollte das Regel-Ausnahme-Verhältnis genau umgekehrt sein. Zu den Hauptabnehmern gehören vor allem die zahlungskräftigen Monarchien der arabischen Halbinsel. Gleichzeitig debattieren wir hier seit Wochen, wie wir Mali im Kampf gegen die islamistischen Terroristen unterstützen sollen. Ich möchte Ihnen hierzu einmal aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 23. Januar vorstellen:

Es gibt kaum einen Politologen, der nicht vermutete, dass alle mit der Kaida verbündeten Islamisten der Sahelzone zu einem beträchtlichen, wenn nicht entscheidenden Teil von Saudiarabien und den Golfemiraten

finanziert werden. Deutschland aber hat Saudiarabien letztes Jahr Waffen im Wert von 30 Millionen Euro geliefert, Riad ist an Kampfpanzern der Typen Boxer und Leopard interessiert, Verhandlungen über die Lieferung von ABC-Spürpanzern des Typs Dingo sind im Gang. Ist das nicht etwas seltsam?

Diese Frage ist meines Erachtens mehr als berechtigt.

Ob in Syrien oder in Mali: Nur wenn wir ganz fest die Augen verschließen, können wir übersehen, dass islamistische Kämpfer in bewaffneten Konflikten von ihrer Hausmacht auf der arabischen Halbinsel finanziert werden. Dennoch bezeichnet die Kanzlerin die Golfstaaten als strategische Partner, die wir mit deutschen Waffen ertüchtigen wollen. Gleichzeitig schicken wir deutsche Soldaten in die Wüste, um die Scherben der Politik dieser strategischen Partner wieder einzusammeln.

Bei dieser Gelegenheit gibt es dann noch ein Wiedersehen der Bundeswehr mit den Waffen, die in früheren Jahren einem anderen strategischen Partner in Libyen geliefert wurden. Was an diesem ganzen Schlamassel strategisch sein soll, verstehen doch nicht einmal mehr die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen.

Die Kanzlerin ist der Meinung, die Abgeordneten müssten das auch gar nicht verstehen. Es sei besser, wenn wir uns gar nicht mit diesen strategischen Entscheidungen beschäftigen, denn das sei alles Kernbereich der Exekutive und damit streng geheim. So einfach lässt sich parlamentarische Kontrolle aber nicht aushebeln, Frau Merkel.

Da haben Sie Art. 26 Grundgesetz gründlich falsch verstanden. Dort steht zwar, dass Kriegswaffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung exportiert werden dürfen. Die Grundlage für diese Genehmigung regelt allerdings ein Gesetz, und der Gesetzgeber sind immer noch wir.

Man kann zu Recht behaupten, dass der Deutsche Bundestag der Exekutive bislang mit dem Außenwirtschaftsgesetz und dem Kriegswaffenkontrollgesetz zu viel Spielraum gelassen hat. Die freiwillige Selbstverpflichtung, die unter Rot-Grün in Form der Rüstungsexportrichtlinie verabschiedet wurde, hat sich als zu schwach erwiesen, sonst wäre Deutschland nicht drittgrößter Waffenexporteur geworden. Deshalb wollen wir Grüne mit dem vorliegenden Antrag die in der Richtlinie genannten Kriterien, wie Menschenrechtslage, Gefahr in-

nerer Repression und bewaffnete Konflikte, endlich als Gesetz verabschieden.

Wir wollen diese Kriterien verbindlich und am Ende auch justizierbar machen. Denn die Exekutive ist an Recht und Gesetz gebunden, und wenn sie dagegen verstößt, ist es Aufgabe der Gerichte, den jeweiligen Einzelfall zu prüfen.

Da ein einzelner Bürger nicht klagebefugt ist, wenn es um die Menschenrechtslage in einem anderen Land geht, brauchen wir dazu die Möglichkeit einer Verbandsklage. Bislang funktioniert die Rüstungsexportkontrolle nach dem Motto „Wo kein Kläger, da kein Richter“.

Im Umweltbereich hat sich gezeigt, wie die Wahrnehmung berechtigter Interessen durch Klagerechte von Verbänden funktionieren kann. Warum soll das nicht auch im Bereich der Rüstungsexportkontrolle funktionieren?

Solange wir keine gerichtliche Kontrolle haben, ist die parlamentarische umso wichtiger. Wie in jedem anderen Politikbereich auch, hat die Bundesregierung dem Bundestag Rede und Antwort zu stehen und ihre Entscheidungen zu begründen. Wir Parlamentarier können aber nur dann die richtigen Fragen stellen, wenn wir zunächst einmal informiert werden. Darauf haben wir einen in Art. 38 Grundgesetz verankerten Anspruch.

Der Rüstungsexportbericht ist aufgrund seiner zeitlichen Verzögerung längst nicht mehr geeignet, die parlamentarische Kontrolle zu ermöglichen. Wir wollen daher regelmäßige Unterrichtungen über sensible Exporte, insbesondere in Staaten außerhalb von NATO und EU. Und wir wollen diese Unterrichtung auch vor der abschließenden Genehmigung, damit wir zumindest in die Lage ver-

setzt werden, eine Stellungnahme abzugeben.

Selbstverständlich muss dabei nicht jede Information gegenüber dem Plenum erteilt werden. Das ständig wiederholte Gegenargument, wir würden mit unseren Vorschlägen das Parlament überfordern, ist geradezu absurd. So, wie der Bundestag sonst auch arbeitsteilig vorgeht, brauchen wir für die Rüstungsexportkontrolle ein parlamentarisches Gremium ähnlich dem bereits existierenden Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“.

Auch das Letztentscheidungsrecht der Exekutive stellt deswegen noch keiner infrage. Es kann aber nicht sein, dass die Exekutive alles, was mit Rüstungsexporten zu tun hat, pauschal als streng geheimen Kernbereich einstuft. Nur im begründeten Ausnahme- bzw. Einzelfall, wenn unternehmerische Interessen gegenüber dem öffentlichen Interesse überwiegen, ist eine solche Einstufung gerechtfertigt. Dass Rüstungsexporte in der Bevölkerung unpopulär sind, reicht als Geheimhaltungsgrund nicht aus.

Auch die Lage in den Empfängerländern ist in der Regel öffentlich nachzulesen, am besten gleich im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung. Die Möglichkeit diplomatischer Verwicklungen ist daher auch kein Geheimhaltungsgrund. Das unternehmerische Interesse dürfte sich überwiegend auf die Geheimhaltung von Kostenkalkulationen und technischen Daten beziehen. Die können dann gerne geheim bleiben.

Wir wollen die außen- und sicherheitspolitische Bedeutung solcher Entscheidungen diskutieren, und zwar am liebsten mit den Kolleginnen und Kollegen, die dafür zuständig sind. Das federführende Wirt-

### Solange wir keine gerichtliche Kontrolle haben, ist die parlamentarische umso wichtiger.



schaftsministerium hat so gut wie nie Einwendungen gegen beantragte Exportgenehmigungen. Warum auch? Für die Krisenherde dieser Welt sind schließlich andere federführend zuständig.

Wir fordern daher mit unserem Antrag, die Zuständigkeit auf das Auswärtige Amt zu übertragen; denn letztlich kann dieses am besten beurteilen, ob im Empfängerland innere Repressionen drohen oder Menschenrechte verletzt werden. Die Zuständigkeit ist letztlich keine reine Formsache; sie offenbart die politische Gewichtung der unterschiedlichen Interessen und Kriterien.

Im Antrag der Linken finde ich zu all diesen konkreten Vorschlägen leider nichts. Sie beschränken sich darauf, sämtliche Exporte von Rüstungsgütern auszuschließen, also auch die an EU- und NATO-Staaten. Das hieße in der Konsequenz, dass sich alle europäischen Länder eine

autonome nationale Rüstungsindustrie für die Ausstattung ihrer Armeen mit den entsprechend hohen staatlichen Subventionen leisten müssten. Das kann doch nicht ihr Ernst sein!

Oder wollen Sie doch die Bundeswehr abschaffen und aus der NATO austreten? Das wäre dann wenigstens konsequent.

Auch das Beispiel Japan ist leider überholt. Dort hat sich die Regierung nämlich gerade zu einer Kehrtwende entschlossen, weil sich das Land schon lange keine autarke Rüstungsindustrie mehr leisten kann.

Ich glaube vielmehr, dass Abrüstung in Europa nur durch mehr Zusammenarbeit erfolgen kann. Dazu gehört zwingend auch eine Konsoli-

dierung des europäischen Rüstungsmarktes. Nicht jedes europäische Land braucht sämtliche militärischen Fähigkeiten, und nicht jedes europäische Land braucht seinen eigenen Hersteller für Jagdflugzeuge und Panzer.

### Ich glaube, dass Abrüstung in Europa nur durch mehr Zusammenarbeit erfolgen kann.

Klar ist aber auch: Wenn wir den Export von Rüstungsgütern und Kriegswaffen innerhalb von NATO und EU zulassen, muss die Exportkontrolle an

Europas Außengrenzen umso besser funktionieren. Deswegen wollen wir auch den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten stärken und in nationales Recht umsetzen. Noch heute Abend werden die Kollegen von der Koalition die Chance dazu ungenutzt verstreichen lassen und das Außenwirtschaftsgesetz oh-

ne Umsetzung dieses Vorschlages beschließen. Schade eigentlich!

Die SPD fordert in ihrem Antrag mehr Transparenz und parlamentarische Beteiligung in der Rüstungsexportkontrolle. Das ist zweifelsfrei unerlässlich, sodass wir diesem Antrag zustimmen werden.

Transparenz ist allerdings kein Selbstzweck, sondern ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer restriktiveren Genehmigungspraxis. Genauso wichtig ist es deswegen, den Endverbleib der Waffen tatsächlich zu überprüfen und sich nicht mit einer schriftlichen Endverbleibserklärung zu begnügen. Die Bundesrepublik hat hier gegenüber den staatlichen Empfängern durchaus diplomatische und gegebenenfalls auch rechtliche Möglichkeiten, ihre Entscheidungen durchzusetzen, wenn sie es nur will.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Versteckspiel der Bundesregie-

rung bei der Waffenausfuhr ist einer Demokratie unwürdig; unwürdig für die Regierung selbst, da sie sich offensichtlich nicht in der Lage sieht, ihre Entscheidung gegenüber einer kritischen Bevölkerung darzulegen und zu begründen, unwürdig vor allem für uns Parlamentarier, die wir allesamt, egal auf welcher Seite des Parlamentes, von der Regierung in Unwissenheit gelassen werden.

Lassen Sie uns diesen unwürdigen Zustand beenden und sowohl das Verfahren als auch die gesetzlichen Vorgaben beschließen, nach denen die Regierung ihre Entscheidungen auszurichten hat.

Stimmen Sie deswegen für ein Rüstungsexportkontrollgesetz! Stimmen Sie unserem grünen Antrag zu!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Andreas G. Lämmel, CDU/CSU:

## Die Opposition arbeitet mit unterschwelligen Behauptungen



Andreas G. Lämmel (\*1959)  
Wahlkreis Dresden I

Im letzten Jahr, im Jahr 2012, haben wir hier in diesem Hause alle acht Wochen über das Thema „Rüstungskontrolle, Rüstungsexporte“ gesprochen.

Der Verlauf der heutigen Debatte ist im Prinzip genauso wie bei den sechs Debatten im letzten Jahr. Es gibt nicht ein einziges neues Argument in der Debatte. Die Opposition arbeitet mit unterschwelligen Behauptungen.

Mir stellen sich schon alle Nackenhaare auf, wenn ich Ihnen zuhöre, Herr Kollege Gysi. Sie erinnern sich doch noch an die drei Buchstaben SED. Die kennen Sie doch noch. Da haben Sie doch schon damals Verantwortung getragen, Sie waren Mitglied in dieser Partei.

Es gab gerechte Kriege, und es gab ungerechte Kriege. Wenn dann die SED einen Krieg als „gerechten Krieg“ gekennzeichnet hat, dann hat die SED mit ihren Verbände-

ten Waffen in ungeahnter Zahl über die Welt verstreut, Herr Gysi: ohne Transparenz, ohne Rüstungsexportbericht, ohne dass überhaupt jemand wusste, wohin diese Waffen gingen, wer diese Waffen hatte und wer diese Waffen weiterverkauft hat.

Der Gipfel von all dem war – daran können Sie sich erinnern – im Dezember 1989: In der Nähe von Rostock wurden von der Bürgerbewegung mehrere Lagerhallen mit versandfertigen Waffen aufgefunden. Jetzt stellen Sie sich mit Ihrer Vergangenheit hier hin und sagen keinen einzigen Ton dazu, was Sie damals als Mitglied der SED getan haben, und sind jetzt sozusagen der Friedensengel des Deutschen Bundestages.

Wissen Sie, das ist schon ein starkes Stück.

Mit Blick auf den Rüstungsexportbericht muss ich natürlich sagen:

Auch mir gefällt es nicht, dass wir im Jahre 2013 über den Rüstungsexportbericht des Jahres 2011 diskutieren.

Wie meine Vorredner bin ich der Auffassung: Hier brauchen wir dringend eine Änderung. Es muss dem Parlament und der Öffentlichkeit zügiger berichtet werden. Darin sind wir uns einig. Daran werden wir weiter arbeiten. Da werden wir gemeinsam mit der Bundesregierung zu Lösungen kommen.

Nun muss man sich einmal die Zahlen in dem Rüstungsexportbericht genauer ansehen. Da fällt erstens auf – Herr Barthel, das haben Sie nicht erwähnt –: Die absoluten Summen, die ausgewiesen sind, sagen noch nichts über die Quantität aus; denn die Preissteigerungsraten der letzten Jahre bei den Rüstungssystemen sind sehr hoch. Das spiegelt sich natürlich in der wertmäßigen Summe im Rüstungsexportbericht wider. Hier muss man die Inflationsrate bei Rüstungssystemen einrechnen.

Zweitens haben Sie ganz verschwiegen – der Kollege Lindner hat allerdings darauf hingewiesen –, dass der Höchststand bei den Rüstungsexporten 2005 war. Die rot-grüne Bundesregierung hat damals hierfür die Genehmigungen erteilt. Nun will ich Ihnen diese Zahl gar nicht an den Kopf werfen, aber da Sie uns immer unterstellen, die Bundesregierung würde ihre Grundsätze verlassen, die Bundesregierung hätte eine neue Doktrin aufgestellt, sage ich Ihnen: Diese Vorwürfe sind nicht zu belegen. Der Höchststand der Rüstungsexporte war 2005 unter der rot-grünen Regierung. Das müssen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen!

Dann will ich Ihnen noch etwas sagen. Als Kronzeugen für Ihre Behauptungen führen Sie immer das SIPRI an. Das SIPRI – der Kollege

Lindner hat schon auf die Problematik bei der Ermittlung der Zahlen des SIPRI hingewiesen – weist aus, Herr Barthel, dass der deutsche Marktanteil an den internationalen Rüstungsexporten von 11 auf 9 Prozent rückläufig ist; das können Sie dort nachlesen.

Zum Verständnis der Zahlen muss man noch Folgendes wissen – in der Anhörung im Wirtschaftsausschuss, Herr Kollege Barthel, wurde das noch einmal deutlich dargestellt –: Bei großen Waffensystemen wird die wertmäßige Summe dem Land zugerechnet, in dem die Endkontrolle stattfindet. Ich erkläre das: Ein großes System besteht aus vielen Komponenten, die aus verschiedenen Ländern geliefert werden. Letztendlich wird der Gesamtwert dem Land zugeschrieben, in dem das entsprechende System endmontiert wird. Da die deutsche Wehrindustrie für sehr viele Endmontagen zuständig ist, ist aufgrund dessen der wertmäßige Umsatz in Deutschland hoch.

Die IG Metall zum Beispiel bescheinigt der wehrtechnischen Industrie in Deutschland, dass sie ein wichtiger Technologiemoor der deutschen Wirtschaft ist. Es gibt also verschiedene Sichtweisen. Insofern sollte man nicht wie Sie dieses Thema so polemisch behandeln und mit Unterstellungen und Halbwahrheiten arbeiten. Man muss sich die Lage genau anschauen. Dann stellt man fest: Deutschland ist kein gewissenloser Waffenhändler, wie vor allen Dingen Sie, Herr Kollege Gysi, das versuchen darzustellen. Sie verkünden Zahlen als Weltneuheiten, die in jedem Bericht nachzulesen sind. Sie sagen im-

mer, dass das, was Sie sagen, eine Sensation sei; dabei ist alles nachzulesen. Das ist eben Teil Ihrer PDS-Show.

Die Bundesregierung hält sich genau an die Grundsätze, die unter Rot-Grün aufgestellt wurden. Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass wir, die christlich-liberale Koalition und die Bundesregierung, uns genau an das halten,

was Sie aufgestellt haben. Davon müssten Sie doch eigentlich begeistert sein und müssten sagen: Es ist sehr gut, dass sich Deutschland solche Regelungen gegeben hat.

Deutschland liefert nicht leichtfertig Waffen in die ganze Welt. Hier gibt es ganz klare Regularien, an die wir uns halten.

Schauen wir uns die vorliegenden Anträge an. Zu dem Antrag der Linken hat die Kollegin von den Grünen schon alles gesagt. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Er ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Das hat bloß Ihren ökologischen Fußabdruck wieder etwas verschlechtert, Herr Kollege Gysi. Sie haben wieder Papier verbraucht. Der Antrag der SPD enthält wieder einige Behauptungen, die so nicht haltbar sind. Das passt aber genau zu dem Bild, das der Kollege Barthel hier gemalt hat.

Klar ist: Wir werden hier im Parlament immer wieder über Rüstungskontrolle und Rüstungsausfuhr diskutieren. Sie können sicher sein, dass wir uns diesem Thema mit großer Verantwortung stellen. Dafür brauchen wir Ihre Belehrungen nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

### Deutschland liefert nicht leichtfertig Waffen in die ganze Welt.

### Der Höchststand der Rüstungsexporte war 2005 unter der rot-grünen Regierung.



Edelgard Bulmahn, SPD:

## Bundesregierung kündigt Grundkonsens auf



Edelgard Bulmahn (\*1951)  
Wahlkreis Stadt Hannover II

Die Bundesregierung stellt sich gerne als entschiedene Kämpferin für die Menschenrechte dar, deren Einhaltung sie ohne Rücksicht auf wirtschaftliche oder sonstige Interessen anmahnt und einfordert. Eine Politik, die auch meine Fraktion uneingeschränkt unterstützt. Ich muss aber ein „Aber“ oder ein „Wenn“ einfügen. Wir würden diese Politik uneingeschränkt unterstützen, wenn nicht die Bundesregierung immer dann, wenn es um die Interessen der deutschen Waffenlobby geht, offenkundig andere Prioritäten setzen würde.

Deutschland hat sich unter dieser Bundesregierung zur führenden Exportnation bei Kriegswaffen entwickelt. Nur die USA und Russland exportieren noch mehr Kriegsgerät. Man mag das für einen Ausweis deutscher Wettbewerbsfähigkeit halten, die wir – jedenfalls gilt das für meine Fraktion – sicherlich für sehr wichtig halten. Aber, Kollege Lindner, Waffen sind keine x-beliebigen Wirtschaftsgüter.

Ganz heimlich hat sich die Bundesregierung von den im Jahr 2000 unter Rot-Grün verankerten politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern verabschiedet. Nach diesen Richtlinien sollten Ausfuhrgenehmigungen für den Export in Staaten außerhalb der NATO und der EU restriktiv und nur im Einzelfall erteilt werden. Das besagen die Richtlinien.

Es gibt drei wesentliche Kriterien für die Gewährung bzw. die Versagung einer Exportgenehmigung.

Das erste Kriterium ist die strikte Beachtung der Menschenrechte. Jetzt frage ich Sie, Kollegen von der Koalition: Ist die strikte Beachtung von Menschenrechten vereinbar mit Waffenexporten nach Saudi-Arabien oder nach Pakistan?

Das zweite Kriterium ist die Beurteilung, ob ein Export im Empfängerland eine nachhaltige Entwicklung be- oder verhindert. Wenn eine nachhaltige Entwicklung be- oder verhindert wird, dann sollte keine Exportgenehmigung erteilt werden. Ist diesem Kriterium eigentlich bei der Prüfung Genüge getan, wenn wir jetzt beispielsweise Waffen nach Ägypten liefern oder wenn wir sie nach Algerien liefern werden?

Das dritte Kriterium lautet: Der Export sollte zum Friedenserhalt und zur Konfliktvermeidung beitragen.

Das sind die Kriterien, die angelegt und geprüft werden müssen. Die Bundesregierung betont zwar immer wieder, dass sie an diesen politischen Grundsätzen festhalten würde

– das ist auch eben wieder geschehen –, aber wenn es um den Export von möglicherweise mehreren Hundert Panzern nach Saudi-Arabien geht, wird doch schon einmal ein Auge zugedrückt.

Die Bundeskanzlerin hat inzwischen auch öffentlich von einer restriktiven Rüstungsexportpolitik Abstand genommen. In einer denkwürdigen Rede auf der Tagung des zivilen und militärischen Spitzenpersonals der Bundeswehr am 2. Oktober 2012 in Strausberg sprach sie sich, wie die Nachrichtenagentur AFP zu melden wusste, für Rüstungsexporte zur Friedenssicherung aus.

Man höre: Rüstungsexporte zur Friedenssicherung. Und das in die Länder, die ich eben genannt habe. Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Ich finde, man muss schon zwischen einer aufgeklärten Politik und einer kaum noch hinnehmbaren Naivität unterscheiden.

Die sogenannten Schwellenländer, so die Bundeskanzlerin weiter, müssten vor dem Hintergrund ihrer gewachsenen wirtschaftspolitischen Bedeutung mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen, wozu wir, NATO und EU,

also auch Deutschland, sie durch den Export von Rüstungsgütern und Ausbildungshilfe ertüchtigen müssten. Ausbildungshilfe ja, wirtschaftliche Entwicklung ja, aber Rüstungsexporte nein. Das ist jedenfalls unsere Position.

Das, so finde ich, ist das eigentlich Gravierende: Mit dieser Position der Bundeskanzlerin kündigt diese Bundesregierung einen Grundkonsens der gesamten Nachkriegszeit auf, einen Grundkonsens, der von den 50er-Jahren bis heute gegolten hat. Dieser Grundkonsens bestand darin, dass Waffenexporte nur mit äußerster Zurückhaltung zugelassen werden sollten.

Das ist eine Weichenstellung, die meines Erachtens nicht akzeptabel ist.

Die Bundeskanzlerin behauptet zwar, die Beachtung der Menschenrechte bleibe das entscheidende Kriterium und die Waffenexporte sollten nur an vertrauenswürdige Partner gehen. Aber was waren und sind denn vertrauenswürdige Partner? War das Schahregime zum Beispiel ein solcher Partner? Wurde nicht auch der Irak einst vom Westen als Bollwerk gegen die iranischen Ajatollahs hochgerüstet? Gegen welche Feinde sollen denn eigentlich die Panzer in Saudi-Arabien eingesetzt werden? Doch wohl kaum gegen

den Iran in den Fluten des Persischen Golfs.

Ein Blick in die Nachkriegsgeschichte zeigt in aller Deutlichkeit: Die Lieferung von Waffen in Konfliktregionen, an autokratische Herrscher oder auch in instabile Staaten hat sich sicherheitspolitisch nie ausgezahlt, weil nur allzu oft die Freunde von gestern zu den Gegnern von heute geworden sind und weil nur allzu oft die Waffen nicht zur eigenen Verteidigung, sondern zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung eingesetzt wurden. Aber ungeprüft von all diesen Erfahrungen fördert die Bundesregierung den Rüstungsexport – in zwischen sogar aktiv – in diese Länder. Sie fördert ihn nicht nur durch die Vorführung der Möglichkeiten des Leopard 2 in Saudi-Arabien; als die Kanzlerin in Angola weilte, vergaß sie nicht, darauf hinzuweisen, dass man angesichts der zahlreichen unzureichend geschützten Ölplattformen gerne bei der ertüchtigung der Marine, etwa durch die Lieferung von Patrouillenbooten, helfen wolle.

Das ist meines Erachtens eine falsche Politik. Wer Waffen liefert, fördert regionales Wettrüsten und riskiert letztendlich, dass sie, über einen längeren Zeitraum betrachtet, dem Falschen in die Hände fallen. Wir tun deshalb gut daran, Waffenexporte in Staaten, die nicht Mitglied der NATO oder der EU sind, äußerst restriktiv zu behandeln. Der jetzt von der Bundesregierung eingeschlagene Weg hat mit Friedenssicherung nichts, aber auch gar nichts zu tun. Im Gegenteil: Er ist risikoreich, konfliktstürend und friedensgefährdend. Deshalb sollten wir dem Einhalt gebieten und mit der heutigen Beschlussfassung Sorge dafür tragen, dass die Bundesregierung zu einer restriktiven Genehmigungspraxis zurückkehrt. Das gilt insbesondere für die Rüstungsexportpolitik gegenüber Drittstaaten.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis geben. Sie haben vorhin das Jahr 2005 genannt. Wenn Sie sich das einmal ein bisschen genauer an-gucken – ich gehe davon aus, dass Sie das getan haben –, dann werden Sie feststellen, dass die Lieferungen in Drittstaaten im Jahre 2006 einen Anteil von 27,5 Prozent an den gesamten Rüstungsexporten hatten, im Jahre 2011 von 42 Prozent. Das ist genau das Problem. Rüstungsexporte in NATO-Mitgliedstaaten und in die EU sind jedenfalls unserer Auffassung nach nicht das Problem. Das Problem sind die Rüstungsexporte in Drittstaaten, die eben nicht politisch stabil sind, sondern in denen wir genau von den Gefahren ausgehen müssen, die ich gerade beschrieben habe.

Das können Sie nicht ignorieren und wegleugnen. Das steht in Ihren eigenen Berichten. Lesen Sie es nach!

Umso wichtiger ist es, dass wir als Parlament uns der Frage der Rüstungsexporte und der Kontrolle der Rüstungsexporte stärker annehmen, als dies bisher der Fall gewesen ist, und zwar gerade deshalb, damit so etwas nicht immer unter dem Tisch geschieht, nicht geheim bleibt, sondern damit wir als Parlament unsere Verantwortung auch tatsächlich wahrnehmen können.

Im Augenblick erhält das Parlament die Rüstungsexportberichte immer erst mit monatelangen Verspätungen, manchmal sogar erst nach Jahren. Darüber haben wir hier schon mehrfach diskutiert. Drei Monate nach Jahresende – so unsere Auffassung – müssen die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung dem Parlament vorliegen. Das sollte ein Muss sein und keine Frage von Güte oder Ähnlichem.

Wir haben noch einen zweiten Vorschlag gemacht, der mir sehr wichtig ist und der sicherlich zu einer Verbesserung der Politik führen wird, nämlich dass wir ein parlamentarischeres Gremium damit beauftragen, die Verantwortung des Parlaments auch tatsächlich wahrzunehmen. Sicherlich – das haben einige meiner Vorredner gesagt; das zeigt schon ein Blick in das Grundgesetz – ist eine Genehmigung oder Versagung eines Rüstungsexportvorhabens eine Sache der Exekutive. Das kann aber nicht heißen, dass das Parlament in die Entscheidungsfindung nicht mit einbezogen wird oder werden könnte und über den Vorgang noch nicht einmal informiert wird, sondern diese Informationen der Presse entnehmen muss. Waffenexporte sind von grundlegender außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung. Deshalb kann sich auch im Parlament niemand von seiner Verantwortung freisprechen.

Ich kann überhaupt keinen Grund für eine übertriebene Geheimhaltung sehen. Glaubt denn wirklich jemand allen Ernstes, dass Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien in den Zeiten, in denen wir heute leben, im Verborgenen stattfinden können? Warum kann denn eine Bundesregierung nicht Farbe bekennen und ihre Entscheidungen auch begründet darlegen? Ist es nicht Sache des Parlaments, Entscheidungen der Regierung zu überprüfen und zu kontrollieren und gegebenenfalls auch infrage zu stellen?

Genau das fordern wir. Deshalb sage ich ganz offen: Ich habe kein Verständnis für die Entscheidung der Mehrheit im Wirtschaftsausschuss, sich genau vor dieser Verantwortung zu drücken. Deshalb appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Die Lieferung von Waffen in Konfliktregionen hat sich sicherheitspolitisch nie ausgezahlt.**

**Deutschland ist unter Schwarz-Gelb zur größten Exportnation bei Kriegswaffen geworden.**



Exportschlagler der deutschen Rüstungsindustrie: Der Panzer Leopard 2A7 +



Dr. Rainer Stinner, FDP:

## Waffenexport ist die Entscheidung der Exekutive



Rainer Stinner (\*1947)  
Landesliste Bayern

Zum wiederholten Mal sprechen wir heute dieses Thema an. Die Opposition macht eine saubere Oppositionsarbeit: Sie recycelt ihre alten Anträge und ihre alten Argumente. Die Opposition ist aber leider nicht lernfähig.

Deshalb werden Sie sich heute von unserer Seite ähnliche Argumente anhören müssen wie beim letzten Mal.

Frau Keul, ich erinnere mich daran, dass Sie beim letzten Mal bei einigen meiner Argumente richtig heftig genickt haben. Deshalb möchte ich dies einleitend noch einmal sagen: Wenn wir über das Thema Rüstungsexporte sprechen, dann sprechen wir über die Frage: Ist die deutsche wehrtechnische Industrie sinnvoll, und welche Bedeutung hat sie? Deswegen, sehr verehrte liebe Frau Keul, wiederhole ich mein Argument, bei dem Sie das letzte Mal so begeistert genickt haben: Ich stehe dafür, dass wir in Deutschland nach wie vor eine Bundeswehr haben.

Nicht alle wollen das; aber wir stehen dafür. Wenn das so ist, dann stehe ich dafür, dass wir die Bundeswehr nicht nur mit Waffen aus Tschechien, Schweden, Amerika und Großbritannien ausrüsten, sondern dass wir sie auch mit deutschen Waffen ausrüsten wollen und müssen.

Wenn das richtig ist, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass niemand von uns in der Lage und bereit ist, den deutschen Wehretat so weit aufzublasen, dass wir dadurch eine veritable leistungsfähige deutsche wehrtechnische Industrie erhalten können.

Wenn auch dieser Satz richtig ist, dann heißt das: Rüstungsexport, Export von wehrtechnischen Produkten kommt natürlich in Betracht.

Auch jetzt wiederhole ich mich zum wiederholten Male: Liebe Kol-

leginnen und Kollegen von der Linken, wir erwarten nicht, dass bei Ihnen die Argumente verfangen.

Aber wir lassen Ihnen auch nicht durchgehen, dass Sie hier dauernd alles durcheinanderbringen - das ist ja wie Kraut und Rüben - und alles miteinander vermischen. Der Kollege Pfeiffer hat völlig zu Recht gesagt, dass in den Zahlen, über die wir sprechen, zum Beispiel die Ausrüstung der Krankenhäuser und die Ausrüstung für die Minensuche enthalten sind. Das sind humanitäre Aspekte, die in die Kategorisierung fallen. Damit tun wir doch etwas Gutes für die Welt. Von daher denken wir gar nicht daran, das so undifferenziert stehen zu lassen.

Ich erwarte auch nicht, dass wir Sie überzeugen. Aber wir sprechen hier im Deutschen Bundestag als Podium für das Volk, für die vielen Journalisten, die hier oben links sitzen, für die vielen Bürgerinnen und Bürger, auch für jene aus Beilstein, die uns heute zuhören, und für die vielen Millionen an den Rundfunkgeräten zu Hause. Deshalb müssen Sie sich die Argumente hier noch einmal anhören.

Ich sage also zum wiederholten Male: Es gibt hier im Raum eine Person, die als Ministerin Teil des Bundeskabinetts war, das Kriegswaffen, das Waffen nach Saudi-Arabien geliefert hat, und zwar solche Waffen, die in erster Linie zur Unterdrückung von Aufständischen eingesetzt werden, nämlich Handfeuerwaffen und Maschinenpistolen. Sehr verehrte Frau Bulmahn, da waren Sie im Bundeskabinetts! Sie tun jetzt so, als gäbe es eine neue Politik gegenüber Saudi-Arabien. Sie tun so, als

entdeckten Sie erst heute, dass Saudi-Arabien kein Rechtsstaat wie Dänemark, Deutschland und Belgien ist; dazu sage ich: Das ist traurig und spricht nicht für Ihre außenpolitische Kompetenz. Medizinisch könnte man sagen: Sie leiden unter retrograder Amnesie, das heißt, Sie haben vergessen, was Sie damals selber gemacht haben. Das müssen wir sehr deutlich sagen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss zu der ersten Frage, die uns jetzt bewegt: Wie gehen wir mit der Situation um, was das Informativische und den Entscheidungsrythmus angeht? Es ist schon gesagt worden - da sind wir einer Meinung; ich bin auch zitiert worden; es ist ja richtig, was ich gesagt habe -, dass wir mit der gegenwärtigen Situation natürlich nicht zufrieden sein können. Den In-

formationsrythmus haben aber nicht wir eingeführt, den hat nicht diese böse Bundesregierung eingeführt. Wir haben nur das fortgesetzt, was frühere Bundesregierungen getan haben, vor allen Dingen diejenigen, unter denen viele Waffen nach Saudi-Arabien geliefert worden sind.

Den Rythmus haben wir beibehalten.

Wir sehen jetzt alle gemeinsam, dass es sinnvoll ist, den Rythmus zu ändern. Deshalb schlagen wir vor, dass wir tatsächlich in einen anderen Rythmus kommen; das kann zum Beispiel quartalsmäßig sein.

Die weitere Frage ist: Wann kann der Bericht veröffentlicht werden? Ich persönlich nehme der Bundesregierung nicht ab - das Argument hat sie bisher immer gebracht -, es sei so

schwierig, die Daten zusammenzustellen. Nein, liebe Leute in der Regierung, da müsst ihr euch ein bisschen anstrengen! Das klappt schon! Ich halte die Bundesregierung für fähig, innerhalb von drei Monaten die Zahlen zusammenzustellen. Dann hätten wir einen neuen Rythmus.

Ich gehe davon aus - ich gehöre der Regierung nicht an -, dass wir Initiativen ergreifen werden mit dem Ziel, noch in dieser Legislaturperiode eine Änderung hinzubekommen. Das ist jedenfalls mein Ziel. Ich hoffe, es zu erreichen. Wenn ich es nicht erreiche, bedaure ich es, und dann können Sie mich auch gern kritisieren.

**Durch Rüstungsexporte erhalten wir eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie.**

Ich möchte das aber jetzt im Zusammenhang darlegen. - Ich möchte jetzt zu der nächsten Frage kommen, nämlich zu der Frage: Ist es sinnvoll, ein Gremium zu schaffen, das sich mit Rüstungsexporten beschäftigt? Darüber kann man durchaus nachdenken. Es gibt Pros und Cons. In einigen anderen Ländern - wir haben uns das angeguckt - ist das Parlament tatsächlich beteiligt. Darüber

mit Rüstungsexporten beschäftigt? Darüber kann man durchaus nachdenken. Es gibt Pros und Cons. In einigen anderen Ländern - wir haben uns das angeguckt - ist das Parlament tatsächlich beteiligt. Darüber

muss man nachdenken, und das werden wir sicherlich auch gern tun. Die Frage, die wir uns selber stellen müssen, Frau Bulmahn, ist nur: Hilft es dem einzelnen Abgeordneten, wenn es ein Gremium gibt, das mit solchen Fragen befasst ist, aber im Geheimen tagt? Wenn ich als Abgeordneter dem Gremium nicht angehöre, werde ich in der Öffentlichkeit trotzdem für solche Themen in Anspruch genommen, kann mich aber nicht wehren, kann auch nichts sagen. Von daher ist die Frage, wie das Ganze gestaltet werden soll, noch offen. Es ist, glaube ich, zu früh, darüber zu entscheiden. Ich persönlich gehe nicht davon aus - auch das mögen Sie kritisieren -, dass wir das noch in dieser Legislaturperiode schaffen werden. Ich halte das nicht für realistisch. Aber es wird dann ja weitergehen. Wir müssen uns genau überlegen, was wir dort machen. Aber an der exekutiven Aufgabe werden wir nicht rütteln wollen und können. Letztendlich ist die Entscheidung eine Entscheidung der Bundesregierung, der Exekutive. Das wird auch in Zukunft nach meinem Dafürhalten so sein und so sein müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jan van Aken, DIE LINKE:

## Nur klare Verbote retten Menschenleben



Jan van Aken (\*1961)  
Landesliste Hamburg

Es geht hier heute darum, dass Deutschland Panzer, Gewehre und tausend Arten von Waffen ziemlich hemmungslos in alle Welt exportiert.

Es geht hier darum, dass Deutschland drittgrößter Waffenexporteur der Welt ist. Das schreibt die Bundesregierung selbst in ihrem Rüstungsexportbericht. Was heißt das eigentlich? Ganz praktisch heißt das, dass da draußen Menschen sterben, weil Sie sich weigern, Waffenexporte zu verbieten. So einfach ist das, und so brutal ist das.

Jetzt habe ich hier verschiedene Argumente gehört, mit denen Sie Waf-

fenexporte begründen wollen. Das letzte Argument war „humanitär“, weil unter Rüstungsexporten auch Minenräumgeräte fallen. Das ist wirklich das lächerlichste Argument, Herr Stinner, das ich je gehört habe. Im Jahre 2011 hat diese Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 10,8 Milliarden Euro genehmigt. Wenn ich Minenräumgeräte und Krankenhäuser herausrechne, sind es mit Sicherheit immer noch 10,7 Milliarden Euro. Das sind 10,7 Milliarden Euro zu viel, Herr Stinner; das wissen Sie auch.

Das zweite Argument - und da läuft es mir wirklich kalt den Rücken herunter - ist, dass ein massiver Verkauf von Waffen für Sicherheit in der Welt sorgt. Wissen Sie, woran mich das erinnert? An diese widerliche Waffenlobby in den USA. Jedes Mal, wenn es dort einen Amoklauf gibt, wenn wieder tote Kinder im Klassenraum liegen, sagen ihre Vertreter: Wir müssen noch mehr Waffen verkaufen, um damit noch mehr Sicherheit zu schaffen. - Wir wissen doch alle, wie absurd das ist, dass damit nur noch mehr Amokläufe befördert werden, dass es noch mehr Tote gibt. Mit Waffenexporten fördern Sie keine Sicherheit, sondern Unsicherheit und Destabilisierung; das wissen Sie.

Machen Sie sich keine Illusionen. Jede einzelne dieser Waffen, die Sie

jetzt verkaufen wollen, wird irgendwann auch eingesetzt, ganz blutig und ganz brutal. Ich finde, Sie ganz persönlich tragen daran eine Mitschuld.

Das dritte Argument, das ich heute von CDU und FDP gehört habe, ist wirklich der Hammer: dass mit Waffenexporten Menschenrechte geschützt werden. Wissen Sie, in welches Land im Jahre 2012 die meisten Rüstungsexporte - im Wert von über 1,3 Milliarden Euro - genehmigt wurden? Nach Saudi-Arabien. Was glauben Sie denn, wie Sie mit Leopard-Panzern in Saudi-Arabien Menschenrechte schützen? Herr Lindner, Sie wissen ganz genau, dass das Blödsinn ist.

Dann höre ich hier das Argument, dass die deutsche Polizei in Saudi-Arabien einen Job im Dienst der Menschenrechte betreibt, weil sie dort die Grenzpolizisten ausbildet und dafür sorgt, dass die Menschen dann menschenrechtskonform festgenommen werden. Glauben Sie denn ganz im Ernst, Herr Lindner, dass der arme Mensch, der heute in Riad im Folterkeller sitzt, der gemartert wird, dankbar dafür ist, mit deutscher Hilfe menschenrechtskonform festgenommen worden zu sein? Dessen Blut klebt auch an Ihren Fingern, Herr Lindner.

Fortsetzung auf Seite 16



Fortsetzung von Seite 15: Jan van Aken (DIE LINKEN)

Ich finde das widerlich, was Sie hier verbreiten.

Wenn das Ganze nicht so brutal wäre, dann hätte ich mich eigentlich bei der heutigen Debatte das ein oder andere Mal auch amüsiert zurücklehnen und beobachten können, wie Sie sich hier gegenseitig vorwerfen, dass Sie doch alle hemmungslos Waffen in alle Welt verkauft haben. Das stimmt ja auch. Sie alle – SPD, Grüne, CDU, CSU, FDP – haben über viele Jahre und Jahrzehnte hemmungslos Waffen in alle Welt verkauft und werfen sich jetzt gegenseitig Heuchelei vor. Auch das stimmt.

Frau Bulmahn, ich finde es wirklich verlogen, dass Sie für die SPD hier Waffenexporte nach Saudi-Arabien

kritisieren, aber gleichzeitig keinen einzigen Ton dazu sagen, dass Sie Ministerin waren und die SPD mitregiert hat, als eine ganze Waffenfabrik für Saudi-Arabien genehmigt wurde. Heute sind die Saudis in der Lage, das hochmoderne deutsche G36-Gewehr selbst zu bauen. Die bewerben das schon international zum Verkauf. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wie viel Blut in den nächsten Jahrzehnten damit vergossen wird. Und wer hat es gemacht? Sie von der SPD haben es gemacht. Das ist leider so.

Sie sagen jetzt hier, Sie hätten gelernt; aber das stimmt nicht. Ich habe mir die Anträge genau durchgelesen. Wenn man alles von dem, was die SPD hier im Moment fordert, umset-

zen würde, dann würde sich gar nichts ändern. Keine einzige Ihrer Forderungen würde bei einer Umsetzung auch nur einen einzigen Waffenexport verhindern. Wenn man Ihren Antrag genau durchliest, dann erkennt man: Sie fordern explizit, dass weiterhin Waffen nach Saudi-Arabien, an Diktaturen verkauft werden können.

Sie fordern, dass weiterhin Kleinwaffen in alle Welt verkauft werden können. Ich frage mich: Warum eigentlich? Warum sind Sie von der SPD und von den Grünen eigentlich nicht

bereit, zu sagen: „Wir müssen wenigstens ein generelles Verbot von Kleinwaffenexporten endlich durchsetzen“?

**Wenn man  
Waffenexporte  
einschränken will,  
dann helfen nur  
klare Verbote  
ohne Ausnahme.**

Sie wissen genau, dass das die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit sind. Sie wissen genau, wie viele Menschenleben wir retten könnten, wenn wir die Kleinwaffenexporte endlich verböten; aber

Sie trauen sich nicht.

Sie reden über Transparenz; das finde ich gut. Ich möchte auch mehr wissen; ich möchte schneller wissen, welche Waffenexporte die Regierung ge-

nehmigt. Aber Sie wissen auch, dass Transparenz allein nicht einen einzigen Waffenverkauf verhindert. Sie haben Ihre eigenen Erfahrungen gesammelt: Die rot-grüne Regierung hat 1999 für mehr Transparenz gesorgt und den Rüstungsexportbericht eingeführt. Aber Sie haben damit keinen einzigen Waffenexport verhindert. Das Volumen der Waffenexporte ist auch in Ihrer Regierungszeit gestiegen und gestiegen und gestiegen, und das tun sie bis heute.

Wenn man Waffenexporte einschränken will, dann helfen nur klare Verbote ohne jede Ausnahme. Dafür steht die Linke, und zwar nur die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Philipp Mißfelder, CDU/CSU:

## Rüstungsindustrie schafft und sichert Arbeitsplätze



Philipp Mißfelder (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr van Aken, ich muss schon ein paar Dinge richtigstellen, die Sie hier aus meiner Sicht falsch dargestellt haben. Sie haben sich wieder auf diese Zahlenspielererei eingelassen – es gibt große Differenzierungen bei der Zählweise: In manchen Statistiken sind wir nicht auf Platz drei, sondern auf Platz sechs – und dabei unter den Tisch fallen lassen, dass das, was die Regierung im Rahmen des Rüstungsexportberichts präsentiert, ein Höchstmaß an Transparenz herstellt. Wir schaffen Transparenz, weil wir in der Tat alles, was im weitesten Sinne mit Rüstung zu tun hat – hier geht es nicht zwangsläufig um Waffen –, in den Bericht aufnehmen.

Das machen nicht alle Länder auf der Welt; aber die Bundesregierung hat es gemacht. Insofern zeugt die Statistik von einem Höchstmaß an Transparenz.

Beruhigen Sie sich doch! Ich lobe Sie doch gleich dafür, dass Sie von der SPD zu Zeiten, in denen Sie regiert haben, wenig Probleme damit hatten, in genau dieselben Länder, über die wir in den vergangenen Monaten diskutiert haben, Rüstungsgüter zu exportieren. Es war auch außenpoli-

tisch richtig, es so zu machen. Ich verstehe dann allerdings nicht, dass Ihr Kanzlerkandidat vollmundig ankündigt, den Hebel umzulegen und bei der Rüstungsexportpolitik eine andere Richtung einzuschlagen. Was soll denn das für eine Richtung sein? Soll es die Richtung von Schröder und Fischer sein: noch mehr -Exporte? Oder will man das mit Augenmaß angehen, so wie wir es machen, in der Kontinuität dessen, was wir in der Großen Koalition gemeinsam getan haben? Viele Rüstungsgeschäfte, die sich erst jetzt in der Statistik abbilden, haben wir in der Großen Koalition eingeleitet. Da saßen Sie mit uns zusammen in der Regierung. Deshalb ist das, was die SPD hier heute aufführt, einfach nur gespieltes Theater. Denn die Empörung, die Sie hier nach außen tragen, können Sie nicht wirklich ernst meinen.

Helmut Schmidt hat zu Beginn der 80er-Jahre, zwischen 1978 und 1981, in groben Zügen genau die Geheimhaltungsregeln auf den Weg gebracht – er konnte sich am Ende mit den Vorschlägen nicht durchsetzen –, die wir heute haben. Sein damaliger Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, Peer Steinbrück – er war zwar nicht unmittelbar daran beteiligt, aber er eifert Helmut Schmidt Zug um Zug nach –, sollte wissen, was der große Mentor und Übervater der SPD zur damaligen Zeit von sich gegeben hat.

Es wurde im Übrigen auch über Saudi-Arabien geredet. Man hatte damals keine Bedenken, mit Saudi-Arabien Gespräche zu führen – auch wenn es nachher nicht zu dem Geschäft gekommen ist. Die Empörungskompetenz, die Sie hier heute beweisen, hatten Sie damals nicht; sie erlahmt erstaunlicherweise immer dann, wenn Sie regieren. Insofern ist das, was Sie machen, absolut verantwortungslos. Wir sollten nicht

sensibelste Punkte der deutschen Außenpolitik zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzung machen. Diesen Konsens lösen Sie zunehmend auf; das gilt sowohl für die Grünen als auch für die SPD, meine Damen und Herren. Ich werbe dafür, dass man mit der außenpolitischen Rationalität, mit dem realpolitischen Ansatz, für den wir in der Rüstungsexportpolitik stehen, auch in Zukunft verantwortungsbewusst umgeht.

Es macht sich wirklich niemand an dieser Stelle das Leben leicht. Wir haben es gestern bei der Mali-Debatte erlebt; wir haben es bei der Afghanistan-Debatte erlebt. Hier redet doch niemand aus unserer Fraktion oder aus der FDP-Fraktion in Schwarz-Weiß-Bildern.

Wir wissen, dass wir es oft mit sehr schwierigen Partnern zu tun haben. Trotzdem hat Deutschland als Industrienation, als Exportnation auch Interessen. Zu den deutschen Interessen gehört zum Beispiel, dass wir im Mittleren Osten Stabilität brauchen.

Dazu gehört auch, dass wir in Afrika Partner, auf die wir setzen, stark machen wollen, damit sie sich selbst helfen können.

Dazu gehört die Ausbildung; dazu gehört aber auch die Bereitstellung von militärischer Unterstützung. Das ist bei Rüstungsgütern nun einmal der Fall. Wenn Sie sich vorstellen, dass in Mali nicht die Franzosen eingreifen müssten, sondern wir es in Mali mit starken ECOWAS-Verbänden zu tun hätten, die vernünftig ausgebildet und auf die Herausforderung vorbereitet gewesen wären, wären die Möglichkeiten größer, dass sich die Europäer und an dieser

Stelle die Franzosen zurückhalten könnten. Die Ertüchtigung unserer Partner und Verbündeten nach einem realpolitischen Abwägungsprozess – wir wägen auch nach moralischen und ethischen Kriterien ab – wollen wir vorantreiben.

Ich sage Ihnen: Es gibt in diesem Zusammenhang keine Entscheidung der Bundesregierung, die mit Jubel oder mit großer Euphorie getragen wird. Vielmehr ist es eine realpolitische nüchterne Abwägung, bei der unsere Interessen und unsere Wertmaßstäbe immer miteinander kollidieren. Das ist bei fast allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr so; das ist bei vielen bilateralen Abkommen von der Rohstoffpolitik bis hin zu Verträgen bei anderen wirtschaftlichen Themen, die wir mit schwierigen Partnern beraten, der Fall. Es ist eben nicht alles schwarz und weiß. In der Außenpolitik gibt es vielmehr sehr viele Graubereiche. Da muss man nüchtern und realpolitisch antworten.

**Ein letzter Punkt  
zur deutschen  
Rüstungsindustrie:  
Es hängen viele  
Arbeitsplätze  
daran.**

Ich komme zurück zu Helmut Schmidt. Ich finde, das, was er in seinen Büchern dazu schreibt, was er als Bundeskanzler gesagt und getan hat, sollte Sie ermahnen. Daran sollten Sie sich wirklich mehr orientieren. Demokratie lebt ja vom Wechsel. Nicht dieses Jahr, aber irgendwann wird auch wieder Verantwortung auf Sie zukommen. Ich hoffe, dass Sie dann auch so viel Vernunft aufbringen, dass Sie eine solche außenpolitische Kompetenz zurückgewinnen.

Das, was Sie in den letzten Wochen und Monaten von sich gegeben haben, reicht schon jetzt für eine Sammlung, die man an dem Tag einer SPD-Regierungsbeteiligung vortragen kann, an dem Sie sämtlichen Rüstungsexporten wieder zustimmen werden, so wie Sie es auch in der Vergangenheit getan haben. Das ist es, was ich Ihnen vorwerfe: dass Sie überhaupt nicht konsequent sind in Ihrem vergangenen Regierungshandeln und in dem Opposi-

tionsserede, das Sie heute von sich geben.

Ein letzter Punkt zur Rüstungsindustrie in Deutschland insgesamt: Es hängen viele Arbeitsplätze daran. Deshalb kann man diesen wichtigen Wirtschaftszweig auch nicht leichtfertig aburteilen. Wir beteiligen uns zum Beispiel an der Global-Zero-Initiative. Außenminister Westerwelle ist dort seit Jahren aktiv. Wir sind bei vielen Abrüstungsinitiativen weltweit engagiert. Aber wir glauben trotzdem, dass auch Waffen, verbunden mit dem rechtsstaatlichen Gewaltmonopol, zur außenpolitischen Konzeption gehören. Für eine waffenfreie Welt kann man gern sein; man kann sich dafür gern einsetzen. Aber es ist in erster Linie Träumerei. Deshalb sind wir nach der klaren Maßgabe unserer Richtlinien, nach einer strengen Rückkopplung auch hier und einer permanenten öffentlichen Überprüfung der Diskussion – nichts anderes machen wir hier seit anderthalb Jahren; wir diskutieren häufig über die Frage der Rüstungsexporte – der Meinung, dass die Unterstützung des Gewaltmonopols einzelner Staaten auch durch Rüstungsexporte stattfinden kann.

Eines noch zu den Arbeitsplätzen: Ich bin der festen Überzeugung, dass die deutsche Rüstungsindustrie weiterhin eine gute Zukunft braucht, nicht nur für die Arbeitsplätze, sondern auch als Technologieträger für ganz andere technologische Entwicklungen. Die Vergangenheit hat doch gezeigt, dass die Rüstungsfirmen in Deutschland zum technologischen Fortschritt beigetragen haben. Hören Sie deshalb mit diesen Diffamierungskampagnen auf!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprach: Erich G. Fritz (CDU/CSU). Es gab keine weiteren Redner. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.